

Magistratsdirektion

9500 Villach,
www.villach.at

Auskunft Claudia Godec
T 04242 / 205-1101
F 04242 / 205-1199
E claudia.godec@villach.at

DVR: 0013145
Unsere Zahl: MD-70/11-06/Go

Niederschrift

Villach, 27. Februar 2012

über die **6. Gemeinderatssitzung** am Mittwoch, den 7. Dezember 2011 um 9.00 Uhr im Paracelsussaal, Rathaus.

Tagesordnung

Fragestunde

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Mitteilungen des Jugendrates
3. Bewertungs-(Stellen-)plan 2012
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
4. Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
5. Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung 2012 – 2016
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
6. Wirtschaftspläne der Unternehmen 2012 und Tarifierungsanpassungen
Berichterstatterin: Stadträtin Mag.^a Hilde Schaumberger
7. Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
8. Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
9. Bericht gemäß § 86 (3) Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

10. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Aufrechterhaltung der Wehrpflicht und zur Erhaltung des Österreichischen Bundesheeres
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
11. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Kinder-spielecken im Rathaus
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
12. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Eltern-magazin im Mitteilungsblatt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
13. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Alkohol-verbot auf öffentlichen Plätzen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
14. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Gemeinderatsprotokoll auf www.villach.at
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
15. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Ver-längerung der Parkzeit in den Kurzparkzonen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
16. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Resolution gegen die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
17. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Mehr Sicherheit für Villach durch den fortgeführten Einsatz einer Sicherheitsstreife für die Villacher Innenstadt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
18. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Berichterstattung im Mitteilungsblatt über den Villacher Wochenmarkt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
19. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Live-Über-tragung von Gemeinderatssitzungen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
20. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Teilnahme Villachs am Blumenschmuckwettbewerb
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
21. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Implementierung eines Energierferates
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

22. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Veröffentlichungen im Namen des Bürgermeisters bei gleichzeitiger Finanzierung durch die Stadt Villach
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
23. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Mautbefreiung Dobratsch-Alpenstraße für KFZ mit alternativer Energie
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
24. Vertretung der Stadt in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Änderung in der Verkehrskommission
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
25. Antrag auf Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadt Villach am Internationalen EU-Projekt „ALPSTAR“ 2011 bis 2014; Genehmigung der Vorbelastung für die Voranschläge 2013 und 2014 für das EU-Projekt „ALPSTAR“
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
26. Förderbeschluss zum Projekt „Studie und Ausstellung über die Lebensumstände und Schicksale der Villacher Jüdinnen und Juden im Bezirk Villach“ in den Jahren 2012/13/14
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
27. Mitgliedschaft der Stadt Villach im Universitäts.Club-Wissenschaftsverein Kärnten
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
28. Einmalige Belohnung (Gewährung einer Weihnachtszuwendung)
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
29. Änderung der Verordnung betreffend die Dienstzulage (Allgemeine Verwendungszulage/AVZ und Funktionszulagen) nach § 61 (6) K-StBG
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
30. Änderung der Verordnung betreffend die Zuerkennung von Dienstzulagen nach § 61 (6) K-StBG
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
31. me2c – Verein [micro] elektronik cluster; Subvention, Vorbelastung der Budgets 2012, 2013 und 2014
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

32. Planica 2017 – FIS Nordic World Ski Championship; Förderung der Bewerbung für die Nordischen Skiweltmeisterschaften - Ski Association of Slovenia OK Organizing Committee Planica, Vorbelastung des Budgets 2012
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
33. Villacher Altstadtmärkte GmbH; Änderung Gesellschaftsvertrag
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
34. Abänderung des Grundsatzbeschlusses Villacher Freibad GmbH „Kärnten Therme“
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
35. Errichtung eines Parkhauses und Verlegung der Busabstellplätze im Naherholungsgebiet Warmbad
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
36. Darlehensaufnahme 2011 über EUR 6 Mio. für die Finanzierung des AO-Haushaltes
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
37. Darlehen mit Tilgungsaussetzung 2009 bis 2011 – Abwicklung der Tilgungsaussetzung; Möglichkeit des Wechsels von Euribor 6 Monate Bindung auf Euribor 3 Monate und umgekehrt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
38. Bestimmung des Anlegerprofiles der Stadt Villach im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinien für Anlagen im Finanzbereich („MiFiD“)
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
39. Investments in Emerging Markets Anleihen im R 50 und Änderungen Veranlagungsrichtlinie R 50 – Anpassung der Benchmark; Abänderung der Nebenabsprache zum A 40 Anlage ./A (Fondsbestimmungen); Abänderung der Nebenabsprache zum A 40 Anlage ./B (Veranlagungsrichtlinie)
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
40. Verlängerung Leasingvertrag BAWAG PSK Leasing GmbH – Feuerwehrzentrum
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
41. Selbständige Anträge an den Gemeinderat mit finanziellen Auswirkungen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
42. Schule für Krankenpflege – Zustimmung Übertragung Liegenschaft an LIG
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
43. VIV Villacher Immobilien Vermögensverwaltung GmbH & Co KG – Budget 2012; Bilanz 2010; Bauvorhaben 2012
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

44. Änderung Wasseranschlussbeitragsverordnung
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
45. Änderung Wasserbezugsgebührenverordnung – Gemeindewasser-
versorgungsanlage der Stadt Villach
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
46. Änderung Wasserbezugsgebührenverordnung – Gemeindewasser-
versorgungsanlage Faakersee-Gebiet
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
47. Verordnung Haushaltsordnung
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
48. Antrag auf Abschreibung von uneinbringlichen Forderungen (Abgaben und
privatrechtliche) ab einem Betrag von Euro 3.000,00 im Einzelfall
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
49. Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
50. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Widmungs-
begehren Gregor Kempfer
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
51. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Freier Seezugang
und Baderechte in Egg „Tschernjak“-Bad für 2012
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
52. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Kaufstopp für
Kunstwerke im Jahr 2012
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
53. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Möblierung
Draufufer
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
54. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend
Sanierungsoffensive des Landes (Energiespartausender) – Beteiligung der
Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
55. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend E-Tank-stelle am
Freihausplatz
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
56. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Durchführung von
Jazz- und Brass-Festivals in Villachs Innenstadt
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler

57. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Zuschuss zu Monatskarten der Stadtbuslinien
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
58. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Schaffung von Fahrradabstellanlagen in der nächsten Umgebung des Hauptplatzes
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
59. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Schaffung von ausreichenden und adäquaten Fahrradabstellanlagen im Bereich des Congress Centers Villach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
60. Einräumung einer Dienstbarkeit für die Kelag Netz im Bereich Infineon
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
61. Verkehrsrechner Kärnten – Vereinbarung über Anschaffung und Betrieb
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
62. Unternehmen Wohn- und Geschäftsgebäude der Stadt Villach – Wirtschaftsplan 2012; Investitionsplan 2012
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
63. Einräumung von Dienstbarkeiten für die Kelag Netz, Ausschwenkung der Überspannung des Gst. 330/57 im Bereich UW – Infineon; für die Infineon, Verlegung von Hochspannungskabeln über Gst. 330/57 im Bereich UW – Infineon
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
64. Einräumung von Leitungsdienstbarkeiten für die Kelag Netz im Bereich des Studentenwohnheimes in St. Magdalen
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
65. Erstellung eines Kaufvertrages; Änderung des Mietvertrages; Verlängerung des Gestattungsvertrages mit der Infineon Technologies Austria AG
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
66. Ansuchen von Herrn Karl Gradsak um Ankauf des Grundstückes 329/7 LN, EZ 1861, KG Seebach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
67. Ansuchen von Frau Irene Raicevich um Erwerb des Grundstückes 921/4, KG Villach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler

68. Ansuchen von Frau Marsella Haßlacher-Wedam und Frau Regina Wedam um Ankauf einer Teilfläche aus Gst. 486/Bfl. und LN, EZ 931, GB Völkendorf
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
69. Ansuchen von Herrn Rudolf Tischner und Herrn Andreas Klein um Ankauf einer Teilfläche aus Gst. 1304/1 Bfl. (ehem. Feuerwehrhaus St. Martin) sowie der Gst. 1304/2, 1309/3 und 1323/4, KG St. Martin
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
70. Zufahrt Federaun – „ALPLOG Nord“; Erstellung eines weiteren Kaufvertrages
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
71. Erstellung eines Dienstbarkeitsvertrages betreffend das Gst. 254/7 Bfl., KG St. Ruprecht
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
72. Antrag auf Abschreibung von uneinbringlichen privatrechtlichen Forderungen ab Euro 3.000,00 im Einzelfall
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
73. VERBUND Hydro Power AG (FN 84438z), Am Hof 6a, 1010 Wien - Nutzungsübereinkommen Drauradweg
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
74. Bad Bleiberger Kanalisationerrichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H.; Einleitvereinbarung Kläranlage Villach – Nachtrag
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
75. Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Unterfeldweg; Gerd Meinhart
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
76. Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Heideweg; Johann Arnold Innerhofer, Gertrude Pauline Innerhofer
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
77. Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Margeritenstraße; Lisa Klotz, Theresa Werner, Alexandra Frattnig, Claudia Kamnig, Barbara Frattnig, Hermine Natmessnig, Anna Werner
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
78. Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Lerchenweg; Erich Tscheinig, Gabriele Tscheinig, Sylvester Srienz, Ludmilla Srienz, Otto Kramer, Ute Kramer, Johannes Wilhelmer
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler

79. Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Kugelweg;
Manuela Marko, Melanie Marko, Benjamin Marko
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
80. Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Marterlweg;
Johann Tschemernjak
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
81. Villacher Freibad GmbH – Grundübernahme in das Öffentliche Gut der
Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
82. Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Pogöriach;
Agrargemeinschaft Ortschaft Pogöriach – St. Georgen
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
83. Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach –
Linsengasse; Andrea Kuess, Brigitte Kuess, Rudolf Meidl
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
84. Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Pogöriach,
Heiligengeist; Bringungsgemeinschaft FAW Mooswiese – Hundsmarhof
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
85. Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach –
Warmbader Straße; Gerda Elliott
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
86. Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach –
Seepromenade; Dr. Herbert Arbesser, Irmgard Arbesser
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
87. Grunderwerbe für das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Ernst-Pliwa-
Gasse; SeneCura AIS Pflegeheim GmbH, BKS-Immobilienleasing
Gesellschaft m.b.H.
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
88. Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Lise-Meitner-
Weg; Thomas Wiesinger, Manuela Wiesinger
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
89. Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Anna-
Neumann-Weg; Wolfgang Spitaler, Elfriede Obersteiner
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
90. Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 740/5 (teilweise),
KG Drobollach; Mag. Christof Mörtl
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler

91. Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 240/3 (teilweise),
KG Maria Gail; Mag. (FH) Dipl.-Ing. Thomas und Jordana Lydia Blaich
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
92. Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstücke 1118/7 und 1118/8,
KG Seebach, und 1097/5 und 1097/6, KG Villach; Hans Kreuter, Alois
Hechl-Kreuter, Ursula Kreuter, Treibacher Schleifmittel GmbH, Stadt
Villach - Tiefbau
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
93. Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 482/32 (teilweise),
KG Judendorf; Prim. Dr. Georg Lukeschitsch (Zl.: 10/32/10)
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
94. Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 482/32 (teilweise),
KG Judendorf; Prim. Dr. Georg Lukeschitsch (Zl.: 10/33/10)
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
95. Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 520 (teilweise),
KG Pogöriach; DI (FH) Andreas Santner
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
96. Erstellung eines Teilbebauungsplanes Obere Fellach – Bereich Hafner-
straße; Zl.: 20/06/01A
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
97. Erstellung eines Teilbebauungsplanes „Bürohaus am Burgplatz“,
Gst. Nr. 51 und .12/2, KG Villach; Zl.: 20/16/05
Berichterstatter: Vizebürgermeister Richard Pfeiler
98. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Erholung für
japanische Familien in Villach
Berichterstatterin: Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser
99. Innensanierung VS 11 Maria Gail – Subvention Schulbaufonds AdKLR
Berichterstatterin: Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser
100. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend
Lückenschluss des Radweges von der Tirolerstraße über die Tirolerbrücke
zum Hans-Gasser-Platz
Berichterstatter: Stadtrat Mag. Peter Weidinger
101. Harley Davidson – Jubiläumsveranstaltung 2012; „European Bike Week“
Herbst 2014 bis 2018
Berichterstatter: Stadtrat Mag. Peter Weidinger
102. Straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich
Berichterstatter: Stadtrat Mag. Peter Weidinger

103. Vorübergehende straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich
Berichterstatter: Stadtrat Mag. Peter Weidinger
104. ORF-Film „Erlebnis Österreich – Naturpark Dobratsch“
Berichterstatterin: Stadträtin Mag.^a Hilde Schaumberger
105. WVA Villach BA 22 HB Oberwollanig; Genehmigung eines Fondsdarlehens
Berichterstatterin: Stadträtin Mag.^a Hilde Schaumberger
106. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Eislaufen am Rathausplatz mit synthetischen Eisoberflächen
Berichterstatter: Stadtrat Mag. Dr. Josef Zauchner
107. CTR Carinthian Tech Research AG – Basisfinanzierung 2012 – 2015; Basisfinanzierung und Vorbelastung der Budgets 2012 bis 2015
Berichterstatter: Stadtrat Mag. Dr. Josef Zauchner
108. Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Anwesende:

Bürgermeister Helmut Manzenreiter (bis 18.40 Uhr)
 1. Vizebürgermeister Richard Pfeiler (ab 18.40 Uhr)
 1. Vizebürgermeister Richard Pfeiler (bis 18.40 Uhr)
 GR Harald Sobe (ab 18.40 Uhr)
 2. Vizebürgermeisterin Wally Rettl
 Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser (bis 15.00 Uhr und ab 16.30 Uhr)
 GRⁱⁿ Irene Hochstetter-Lackner (ab 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr)
 Stadtrat Mag. Peter Weidinger
 Stadträtin Mag.^a Hilde Schaumberger
 Stadtrat Mag. Dr. Josef Zauchner
 GR Harald Sobe (bis 18.40 Uhr)
 GRⁱⁿ Ecaterina Esterl (ab 18.40 Uhr)
 GRⁱⁿ Irene Hochstetter-Lackner (bis 15.00 Uhr)
 GR Karl Binder (ab 15.00 Uhr)
 GR Gerhard Kofler
 GRⁱⁿ Brigitte Franc-Niederdorfer
 GR Ewald Koren
 GRⁱⁿ Bianca Ettinger (bis 15.00 Uhr)
 GR Alim Görgülü (ab 15.00 Uhr)
 GR Ing. Karl Woschitz (bis 14.30 Uhr und ab 16.30 Uhr)
 GR Horst Hoffmann (ab 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr)
 GRⁱⁿ Mag.^a Gerda Pichler (ab 13.30 Uhr)
 GR Ing. Klaus Frei (bis 11.50 Uhr)
 GR Günther Stastny
 GR Dieter Berger
 für GR Herbert Hartlieb

GR Mag. Ingo Mittersteiner (ab 13.30 Uhr)
GR Horst Hoffmann (bis 13.30 Uhr)
GR Mag. Bernd Olexinski
GR Isidor Scheriau (ab 14.20 Uhr)
GRⁱⁿ Ecaterina Esterl (bis 14.20 Uhr)
GR Ewald Michelitsch, MAS, MBA (bis 16.00 Uhr)
GRⁱⁿ Waltraud Rohrer (ab 16.00 Uhr)
GR Günther Krainer
GR Günther Albel (bis 19.00 Uhr)
GRⁱⁿ Carmen Strauss (ab 19.00 Uhr)
GR Harald Geissler (bis 18.20 Uhr)
GR Josef Rossmann (ab 18.20 Uhr)
GR Gernot Schick
GR Erwin Baumann
GR Dipl.-Päd. Otto Hoffmann
GRⁱⁿ Mag.^a Elisabeth Dieringer-Granza (ab 18.00 Uhr)
GRⁱⁿ Isabella Lehner (bis 18.00 Uhr)
GRⁱⁿ Eveline Tilly
GR Wilhelm FRITZ
GR Gernot Prinz
GR Sascha Jabali-Adeh
GR Albin Alfred Waldner
GRⁱⁿ Aliza Zwitter, MBA (bis 17.30 Uhr)
GR Dipl.-Ing. Josef Brunner (ab 17.30 Uhr)
GR Dipl.-HTL-Ing. Christian Struger, MSc
GRⁱⁿ Hermine Krenn (bis 16.00 Uhr)
GRⁱⁿ Helga Sacherer (ab 16.00 Uhr)
GR Johann Innerhofer
GR Bernhard Plasounig (bis 16.00 Uhr)
GR Sandro de Roja (ab 16.00 Uhr)
GR Mag. Markus Steinacher
GRⁱⁿ Sigrid Bister (bis 13.30 Uhr und ab 14.30 Uhr)
GR Josef Lackner (ab 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr)
GR Stephan Klammer (bis 17.30 Uhr)
und GRⁱⁿ Christiana Sedlnitzky (ab 17.30 Uhr)
für GR Adolf Pobaschnig
GRⁱⁿ Sabina Schautzer
GRⁱⁿ Susanne Zimmermann
GR Hartwig Warmuth (bis 11.00 Uhr)
GR Josef Spitzer (ab 11.00 Uhr bis 15.20 Uhr)
GR Dr. Wolfgang Lausegger (ab 15.20 Uhr)
GR Albert Gangl (ab 11.00 Uhr bis 16.55 Uhr)
GR Arnulf Jachs (bis 11.00 Uhr und ab 16.55 Uhr bis 18.00 Uhr)
GRⁱⁿ Isabella Lehner (ab 18.00 Uhr)

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart
Dr. Alfred Winkler

Dipl.-Ing. Walter Steinmetz
 Finanzdirektor Mag. Emil Pinter
 Dr. Ewald Tillian
 Dr.ⁱⁿ Claudia Pacher
 Dipl.-Ing. Herwig Töscher
 Kontrollamtsdirektor Mag. Hannes Liposchek

Schriftführung: Barbara Ortner, Claudia Godec

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Für Bürgermeister Helmut Manzenreiter (ab 18.40 Uhr dienstlich verhindert) ist Vizebürgermeister Richard Pfeiler, für Vizebürgermeister Richard Pfeiler (ab 18.40 Uhr Vertretung von Bürgermeister Helmut Manzenreiter) ist Gemeinderat Harald Sobe, für Frau Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser (ab 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Irene Hochstetter-Lackner, für Gemeinderat Harald Sobe (ab 18.40 Uhr Vertretung von Vizebürgermeister Richard Pfeiler) ist Frau Gemeinderätin Ecaterina Esterl, für Frau Gemeinderätin Irene Hochstetter-Lackner (ab 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr Vertretung von Frau Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser) ist Gemeinderat Karl Binder, für Frau Gemeinderätin Bianca Ettinger (ab 15.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Alim Görgülü, für Gemeinderat Ing. Karl Woschitz (ab 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Horst Hoffmann, für Frau Gemeinderätin Mag.^a Gerda Pichler (bis 13.30 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Ing. Klaus Frei, für Gemeinderat Herbert Hartlieb (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Dieter Berger, für Gemeinderat Mag. Ingo Mittersteiner (bis 13.30 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Horst Hoffmann, für Gemeinderat Isidor Scheriau (bis 14.20 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Ecaterina Esterl, für Gemeinderat Ewald Michelitsch, MAS, MBA (ab 16.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Waltraud Rohrer, für Gemeinderat Günther Albel (ab 19.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Carmen Strauss, für Gemeinderat Harald Geissler (ab 18.20 Uhr dienstlich verhindert) ist Herr Josef Rossmann, für Frau Gemeinderätin Mag.^a Elisabeth Dieringer-Granza (bis 18.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Isabella Lehner, für Frau Gemeinderätin Aliza Zwitter, MBA (ab 17.30 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Josef Brunner, für Frau Gemeinderätin Hermine Krenn (ab 16.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Helga Sacherer, für Gemeinderat Bernhard Plasounig (ab 16.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Sandro de Roja, für Frau Gemeinderätin Sigrid Bister (ab 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Josef Lackner, für Gemeinderat Adolf Pobaschnig (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Stephan Klammer (bis 17.30 Uhr) und Frau Gemeinderätin Christiana Sedlnitzky (ab 17.30 Uhr), für Gemeinderat Hartwig Warmuth (ab 11.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Josef Spitzer (ab 11.00 Uhr bis 15.20 Uhr) und Gemeinderat Dr. Wolfgang Lausegger (ab 15.20 Uhr) und für Gemeinderat Albert Gangl (bis 11.00 Uhr und ab 17.00 Uhr verhindert) ist

Gemeinderat Arnulf Jachs (bis 11.00 Uhr und ab 17.00 Uhr) und Frau Gemeinderätin Isabella Lehner (ab 18.00 Uhr) anwesend.
Anzugeloben sind noch Frau Waltraud Rohrer, Herr Josef Rossmann und Frau Carmen Strauss.

Bürgermeister Manzenreiter stellt die **Beschlussfähigkeit** des Gemeinderates fest.

Gegen die **Protokolle** der Gemeinderatssitzungen vom 30.5./7.6.2011, 27.7.2011 und 24.9.2011 werden keine Einwendungen erhoben; sie gelten somit als **genehmigt**.

Der Tagesordnungspunkt

2.) Mitteilungen des Jugendrates

wird am Beginn des Nachmittages behandelt, da sich die Mitglieder des Jugendrates noch in der Schule befinden.

Es wird beantragt, die Punkte

4.) Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

und

5.) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung 2012 - 2016
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

gemeinsam vorzutragen und zu diskutieren und getrennt darüber abzustimmen.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Es wäre der Wunsch der ÖVP, keine Gemeinderatssitzungen abzuhalten, in welcher so viele Tagesordnungspunkte behandelt werden müssen. Vielleicht könnten wir es uns für das nächste Jahr vornehmen, ein paar Gemeinderatssitzungen „einzuschieben“, damit wir nicht wie heute in einer einzigen Sitzung 108 Tagesordnungspunkte zu behandeln haben. Ich habe diesbezüglich schon Signale von anderen Fraktionen gehört, dass sie auch grundsätzlich dafür sind. Das wäre unser Wunsch an Sie, Herr Bürgermeister, im nächsten Jahr.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Ich möchte in das gleiche Horn blasen, Gemeinderat Mag. Steinacher war beim Aufzeigen nur schneller als ich. Ich habe dazu noch einen konkreten Vorschlag:

Es ist einfach ein bisschen unverantwortlich, wenn man sich einen solchen Brocken vornimmt, wenn man es mit der Behandlung aller Tagesordnungspunkte tatsächlich ernst meint. Ich bin noch nie so lange über den Unterlagen gesessen wie heuer. Noch dazu bekommt man diese relativ spät. Man kann auch nicht alles können und verstehen, weshalb man viel hinterfragen muss. Ich möchte anregen, dass man beim nächsten Mal darauf achten soll, dass die Tagesordnung nicht so lange ist, speziell bei den Gemeinderatssitzungen, in welchen das Budget oder der Rechnungsabschluss behandelt werden. Der Beginn der Gemeinderatssitzung, in welcher der Rechnungsabschluss behandelt wird, könnte schon am Vormittag festgelegt werden.

Ich schlage Folgendes vor: Nehmen wir alle Punkte, die das Budget betreffen und jene, die unmittelbar, fast oder indirekt zum Budget gehören, und behandeln diese in einer Gemeinderatssitzung. Es sind sicher alle Gemeinderatsmitglieder bereit, drei oder vier Wochen vorher eine Gemeinderatssitzung mit allen anderen zu behandelnden Punkte abzuhalten. Das wäre unser Vorschlag.

Bürgermeister Manzenreiter:

Jährlich ergeht von meiner Seite die Anfrage, ob die Sitzung auf zwei Tage anberaumt werden soll, nämlich an einem Freitag und an einem Samstag. Ich glaube, dass ein Auseinanderlegen der Sitzung für viele noch schwieriger ist. Der Wunsch war immer, die Sitzung an einem Tag abzuhalten. Für mich stellt eine Änderung kein Problem dar, denn ich bin es gewöhnt zu arbeiten. Ich darf die Klubobleute bitten, darüber zu reden. Was die Administration betrifft, wäre es jedoch vernünftiger, die Sitzung an zwei nacheinanderfolgenden Tagen festzulegen anstelle zwei eigene Sitzungen abzuhalten. Vielleicht sollte man überlegen, die Antragsflut zu beschränken. Ich weiß, dass es das Recht eines jeden Gemeinderates ist, Anträge einzubringen. Wir werden ja sehen, wann wir heute fertig werden, Frau Gemeinderätin Zimmermann.

Wie gesagt bitte ich die Klubobleute, sich diesbezüglich abzusprechen und mir mitzuteilen, wie sie es gerne handhaben würden. Jahrelang haben wir die Sitzung an zwei Tagen abgehalten. Dann ist der Wunsch gekommen, die Sitzung auf einen Tag einzudämmen. Wir hatten die Sitzung auf zwei Tage anberaumt und sind dann doch am ersten Tag fertig geworden. Wir haben immer schriftlich darauf hingewiesen, dass man damit rechnen müsse, dass die Sitzung am zweiten Tag fortgesetzt wird. Das Schicksal kann diesbezüglich von den Fraktionen selbst bestimmt werden.

Gegen die **Tagesordnung** und die Änderung zur Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben; beides gilt somit als **genehmigt**.

Als **Protokollprüfer** werden Gemeinderat Gerhard Kofler (SPÖ) und Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Christian Struger, MSc (ÖVP) bestellt.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den Vorsitz.

Die Fragestunde entfällt.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Landesbaupreis

Bürgermeister Manzenreiter:

Gestern hat im Kärntner Haus der Architektur in Klagenfurt die Verleihung der Landesbaupreise stattgefunden. Da Vizebürgermeister Pfeiler gestern noch krank war, war als Vertreter der Stadt Villach Herr Magistratsdirektor Dr. Mainhart dort anwesend. Die Stadt Villach hat den Preis für besonderes baukulturelles Engagement bekommen. Das ist sehr erfreulich. Ich darf Ihnen die entsprechende Urkunde zeigen. Damit sind unsere Bemühungen in den letzten Jahren anerkannt worden.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

b) Sitzungstermin

Bürgermeister Manzenreiter:

Die voraussichtlich nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Mittwoch, den 25.4.2012 mit Beginn um 15.00 Uhr im Bambergsaal, Parkhotel, statt.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

c) Resolution Kiesabbau Rogatsch – Keine dritte Schottergrube!

Bürgermeister Manzenreiter

bringt das Schreiben von Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Uwe Scheuch vom 29.8.2011 betreffend Resolution Kiesabbau Rogatsch – Keine dritte Schottergrube! zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

d) Volksbegehren Bildungsinitiative

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Bericht der Abteilung Melde- und Standesamt vom 11.11.2011 betreffend Volksbegehren Bildungsinitiative zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- e) Zurückziehung des selbständigen Antrages betreffend Schaffung einer offenen Planungsgruppe zur Gestaltung der Verkehrsführung an der Westtangente Tirolerbrücke

Bürgermeister Manzenreiter:

Der selbständige Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Schaffung einer offenen Planungsgruppe zur Gestaltung der Verkehrsführung an der Westtangente Tirolerbrücke wurde vom Antragsteller am 25.11.2011 zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- f) Zurückziehung des selbständigen Antrages betreffend Schaffung eines durchgehenden Radweges von St. Martin über den Staatsbahnsteig zum Hauptbahnhof

Bürgermeister Manzenreiter:

Der selbständige Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Schaffung eines durchgehenden Radweges von St. Martin über den Staatsbahnsteig zum Hauptbahnhof wurde vom Antragsteller am 25.11.2011 zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- g) Zurückziehung des selbständigen Antrages betreffend österreichweiter Wettbewerb von Verkehrsplanern für den Bereich der Westtangente Tirolerbrücke

Bürgermeister Manzenreiter:

Der selbständige Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend österreichweiter Wettbewerb von Verkehrsplanern für den Bereich der Westtangente Tirolerbrücke wurde vom Antragsteller am 25.11.2011 zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- h) Zurückziehung des selbständigen Antrages betreffend Fahrtkostenunterstützung beim Öffentlichen Verkehr für Personen mit Hauptwohnsitz in der Stadt Villach, die ein Bezugsrecht auf die Mindestsicherung haben

Bürgermeister Manzenreiter:

Der selbständige Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Fahrtkostenunterstützung beim Öffentlichen Verkehr für Personen mit Hauptwohnsitz in der Stadt Villach, die ein Bezugsrecht auf die Mindestsicherung haben wurde vom Antragsteller am 29.11.2011 zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- i) Zurückziehung des selbständigen Antrages betreffend Übernahme der Kosten durch die Stadt Villach für eine leistbare Ferien-Lernhilfe im Sommer in der Volkshochschule Villach

Bürgermeister Manzenreiter:

Der selbständige Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Übernahme der Kosten durch die Stadt Villach für eine leistbare Ferien-Lernhilfe im Sommer in der Volkshochschule Villach wurde vom Antragsteller am 29.11.2011 zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- j) Zurückziehung des selbständigen Antrages betreffend Änderung – 10 Minuten Gratisparken

Bürgermeister Manzenreiter:

Der selbständige Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Änderung - 10 Minuten Gratisparken wurde vom Antragsteller am 30.11.2011 zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 2.) Mitteilungen des Jugendrates

Vizebürgermeister Pfeiler:

Der Tagesordnungspunkt 2.) Mitteilungen des Jugendrates wird am Beginn des Nachmittages behandelt, da sich die Mitglieder des Jugendrates derzeit noch in der Schule befinden.

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Personal vom 9.11.2011, Zl.: 0121-5, wie folgt:

Ich darf Ihnen den Bewertungs-(Stellen-)plan 2012, der die Zahl der Mitarbeiter, deren Verwendung und deren Entlohnung regelt, vorstellen. Wir verringern die Gesamtzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um zwei Planstellen von 836 auf 834 Planstellen, was einer Vollzeitäquivalenz von 760 entspricht, das heißt, dass wir hochgerechnet auf die 40-Stunden-Woche 760 Mitarbeiter im gesamten Bereich beschäftigen. Des Weiteren gibt es die Aufwertung von sechs Planstellen unter gleichzeitiger Abwertung von drei Planstellen, die Neubezeichnung von sieben Planstellen sowie die Transferierung von weiteren 31 Planstellen. Im kw-Pool wird eine Planstelle gestrichen und eine neue Planstelle beantragt.

Im Anhang sollen sechs Planstellen gestrichen und zwei Planstellen aufgewertet werden. Unter Berücksichtigung der Erstattungen, die wir nicht zu bezahlen haben, liegt der tatsächliche Personalaufwand für das Jahr 2012 bei 22,613 Prozent des Budgets, was eine Verringerung gegenüber dem heurigen Jahr bedeutet, in welchem der Personalaufwand bei 23,098 Prozent liegt. Das heißt, dass das Budget durch die Personalkosten im Jahr 2012 geringer belastet wird.

Sie erinnern sich sicher daran, dass wir mit der Verwaltungsreform in einem großen Umfang in einer Zeit begonnen haben, in welcher dafür eigentlich noch keine Notwendigkeit bestand. Viele Städte handeln erst, wenn die Katastrophe sozusagen schon vor der Tür steht. Auf Grund der Organisationsreform aus dem Jahr 2000 und weiteren Reorganisationen in den Jahren 2004 und 2012 wurden insgesamt 132 Planstellen nicht nachbesetzt. Dieser Weg ist aber noch nicht zu Ende, denn es werden 22 Planstellen im kw-Pool als künftig wegfallend geführt. Die Entwicklung des Personalbudgets ist für die Steuerzahler insofern erfreulich, als dass wir im Zeitraum 2003 bis 2012 zwar eine Steigerung von 21,29 Prozent haben, im selben Zeitraum allerdings von der Stadt nicht beeinflussbare Bezugserhöhungen von 22,26 Prozent aufzufangen waren beziehungsweise sind. Dazu muss man noch die Biennalsprünge berücksichtigen. Das heißt, dass in dieser Zeit durch die Verwaltungsreform und das effiziente Arbeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Mehrkosten abgefangen werden konnten.

Damit Sie sehen, welche Leistungsfähigkeit und Effizienz die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadt haben, darf ich Ihnen hier eine entsprechende Tabelle zeigen. Sie können erkennen, dass in Villach ein Bediensteter 62 Gemeindebürgerinnen und -bürger zu betreuen hat. Somit zählt die Stadt Villach von der Effizienz und der Effektivität her nicht nur zu den Besten, sondern ich denke, dass wir sogar Anspruch darauf haben, sagen zu können, dass wir diesbezüglich Österreich weit führend sind. In der Stadt Wels entfallen 26 Mitarbeiter auf 1.000 Einwohner. In Klagenfurt sind es 20 Mitarbeiter, in Villach hingegen entfallen 16 Mitarbeiter auf 1.000 Einwohner. Sie mögen daraus

erkennen, dass die Verwaltungsreform der letzten zwölf Jahre in Villach massiv gegriffen hat. Wir haben wahrscheinlich die effizienteste Verwaltung aller vergleichbaren Städte.

Für mich ist die von Neid bestimmte Diskussion um eine Nulllohnrunde für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig unverständlich. Ebenso wie in allen anderen Bereichen leisten die Arbeitnehmer unserer Stadt hochqualifizierte und intensive Arbeit. Warum soll ein Mitarbeiter des Rathauses zum Staatshaushalt mehr beitragen als die Beamten oder Mitarbeiter von Banken, wie zum Beispiel Bankdirektoren, die sich im letzten Jahr ihre Gehälter selbst um 17 Prozent erhöht haben. Ich denke, dass es schon zu einer Erhöhung kommen muss, da wir unseren Mitarbeitern ja auch sagen, dass sie Leistungen zu erbringen haben, die sich bei weitem mit der Privatwirtschaft messen können. Wer einmal einen Handwerker gebraucht hat, versteht, was ich damit meine. Wir kommen in eine Situation, in welcher unsere Mitarbeiterinnen nicht als diejenigen dargestellt werden, die sie sind und es scheint so, als ob dieses Thema egal wäre, da sie ohnehin nichts tun würden. Das lehne ich entschieden ab. Die Diskussion, die Arbeitnehmer in zwei Klassen teilt, ist für mich völlig unverständlich.

Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank aussprechen. Ebenso geht mein Dank an die Personalvertretung. Einerseits muss sie die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter massiv vertreten und andererseits hat sie den gesunden Blick für das mögliche Maß. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt können sich glücklich schätzen, solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus und in den ausführenden Dienststellen zu haben. Ich ersuche um Zustimmung zu dem vorliegenden Amtsvortrag.

Gemeinderat Kofler:

Ich darf einige Zahlen, die Bürgermeister Manzenreiter zwar schon genannt hat, nochmals hervorheben. Der Bewertungs-(Stellen-)plan 2012 sieht die Schaffung von neun Planstellen, die Streichung von acht Planstellen sowie die Transferierung von drei Planstellen in den Anhang vor. Damit verringert sich die Gesamtzahl der Mitarbeiter um zwei Planstellen von 836 auf 834. Diese 834 Planstellen entsprechen faktisch 760 vollbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Magistrat. Des Weiteren wird die Aufwertung von sechs Planstellen unter gleichzeitiger Abwertung von drei Planstellen, die Neubezeichnung von sieben Planstellen sowie die Transferierung von weiteren 31 Planstellen, die Neubesetzung als kw-Pool – künftig wegfallend von einer Planstelle und die Streichung der Bezeichnung „kw-Pool – künftig wegfallend“ von einer Planstelle beantragt.

Unter Berücksichtigung der Erstattungen verringert sich der tatsächliche Personalaufwand gegenüber dem Jahr 2011 um 44.000,00 Euro und beträgt 39,827.000,00 Euro. Wie Bürgermeister Manzenreiter schon ausgeführt hat, ist das mit 22,613 Prozent eine ganz tolle Bewertung, die wir eigentlich schon wieder unterschritten haben, denn im Jahre 2011 belief sich der Personalaufwand auf 23 Prozent.

Generell ist auszuführen, dass seit der Organisationsreform 2000 mit den Nachbesserungen in den Jahren 2004 und 2012 weitere 30 beziehungsweise 26 künftig wegfallende Planstellen nicht mehr nachbesetzt werden. Es wurden insgesamt 132 Planstellen nicht mehr nachbesetzt. Es ist in den nächsten Jahren mit einer weiteren Reduktion zu rechnen, da 22 Planstellen noch im kw-Pool geführt werden.

Auch der aktuelle Städtevergleich mit den Städten Klagenfurt, Steyr, St. Pölten, Wels und Wiener Neustadt zeigt, dass in Villach ein Bediensteter 62 Gemeindebürgerinnen und –bürger zu betreuen hat. Villach liegt damit vor der Stadt Steyr, in welcher ein Gemeindebediensteter für 60 Gemeindebürgerinnen und –bürger zuständig ist. Die Stadt Klagenfurt liegt weit hinten, nämlich an dritter Stelle mit lediglich 51 Gemeindebürgern. Sie sehen auf Grund dieser Zahl, dass Villach mit seiner sozialdemokratischen Personalpolitik unter Personalreferent Bürgermeister Helmut Manzenreiter zeitgerecht die richtige Weichenstellung für die Personalentwicklung in unserer Stadt gestellt hat. Ich darf Ihnen auch mitteilen, dass wir im Personalausschuss, und das schon seit Jahren, nahezu eine fast hundertprozentige Zustimmung bei den Sitzungen erzielen konnten. Das ist aber auch nur dann möglich, wenn Verwaltung, Personalvertretung und Politik an einem Strang ziehen und dabei das beste Ergebnis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erzielen können. Wenn Sie die Zeitungsberichte über die Personalpolitik in der Stadt, die 40 Kilometer östlich von Villach gelegen ist, verfolgt haben, wissen Sie, dass wir uns glücklich schätzen dürfen, hier in Villach Personalpolitik unter der sozialdemokratischen Verantwortung von Bürgermeister Helmut Manzenreiter mitgestalten zu können. Ich kann Ihnen mit Stolz sagen: Wir sind die Besten im Süden.

Zum Schluss darf ich mich noch bei allen konstruktiven Mitgestaltern, vor allem bei Personalreferent Bürgermeister Helmut Manzenreiter, den Mitgliedern des Personalausschusses, bei der Geschäftsgruppe Organisation, Personal und Controlling, der Abteilung Personal, der Magistratsdirektion aber auch bei den Personalvertretern mit ihren Obmännern Ing. Franz Liposchek und Peter Wetzlinger recht herzlich für ihre geleistete Arbeit bedanken. Ich sage auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank für ihre tolle Arbeit, die sie täglich für unsere Stadt Villach und ihre Bürger erbringen.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

„Der Bewertungs-(Stellen-)plan 2011, Beschluss des Gemeinderates vom 10.12.2010, wird mit Wirksamkeit vom 1.1.2012 wie folgt geändert:

„9 NEUE PLANSTELLEN

Nummer	Abteilung	Bezeichnung	Bewertung
nach 41	Gesundheit	Fachdienst	VGr. C
nach 96	Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen	Elektromeister/in	VGr. 1/V
nach 248	Geschäftsgruppe 3	Gehobener Dienst	VGr. B

nach 504	Soziales und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI
nach 504	Soziales und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI
nach 509	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Soziales	Fachdienst	VGr. C/V
nach 691	Wirtschaftshof	Gehobener technischer Dienst/Zentrale Dienste	VGr. B/VI
nach 803	Personalreserve	Höherer Dienst	VGr. A
nach 803	Personalreserve	Höherer Dienst	VGr. A

8 STREICHUNGEN VON PLANSTELLEN

Nummer	Abteilung	Bezeichnung	Bewertung
125, 126	Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen – Gebäudereinigung – Volksschule Auen – VS 6	Reinigungskraft	VGr. 5 (4)
134, 135, 136, 137	Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen – Gebäudereinigung – Hauptschule Auen – HS 1	Reinigungskraft	VGr. 5 (4)
kw-190	Stadt- und Verkehrsplanung	Gehobener technischer Dienst	VGr. B
631	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofhelfer/in	VGr. 4 (3)

3 TRANSFERIERUNGEN VON PLANSTELLEN IN DEN ANHANG

618	Plakatierung	Stellvertreter/in/ Plakatierung	VGr. 2/IV	Anhang – EPAMEDIA (Europäische Plakat- und Außenmedien GmbH)	Anhang
619	Plakatierung	Arbeiter/in angelernt	VGr. 4 (3)	Anhang – EPAMEDIA (Europäische Plakat- und Außenmedien GmbH)	Anhang
620	Plakatierung	Arbeiter/in angelernt	VGr. 4 (3)	Anhang – EPAMEDIA (Europäische Plakat- und Außenmedien GmbH)	Anhang

6 AUFWERTUNGEN VON PLANSTELLEN

Nummer	Abteilung	Bezeichnung	Bewertung derzeit	Aufwertung auf
82	Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen	Abteilungsleiter/in	VGr. B/VII	VGr. A/VII
290	Geschäftsgruppe 4	Fachdienst Neubezeichnung als Gehobener Dienst	VGr. C	VGr. B
298	Kultur	Fachdienst Neubezeichnung als Gehobener Dienst und Transferierung zur Geschäftsgruppe 4 – nach Nr. 283	VGr. C	VGr. B/VI/VII
551	Büro des Bürgermeisters	Stellvertreter/in Neubezeichnung als Stellvertreter/in/ Protokollverantwortliche/r	VGr. B/VI	VGr. B/VI/VII
kw-605	Öffentlichkeitsarbeit	Gehobener Dienst Neubezeichnung als Gehobener Dienst (Redakteur/in) und Streichung der Bezeichnung kw-Pool (künftig wegfallend)	VGr. B	VGr. B/VI
652	Stadtgarten	Gartenfacharbeiter/in Neubezeichnung als Gartenfach- arbeiter/in/Partieführer/in	VGr. 3 (2)	VGr. 2/IV

3 ABWERTUNGEN VON PLANSTELLEN

Nummer	Abteilung	Bezeichnung	Bewertung derzeit	Abwertung auf
kw-552	Büro des Bürgermeisters	Gehobener Dienst/Protokollverantwortliche/r Neubezeichnung als Gehobener Dienst und Streichung der Bezeichnung kw-Pool (künftig wegfallend)	VGr. B/VI/VII	VGr. B/VI
621	Bestattung und Friedhöfe	Abteilungsleiter/in Transferierung zur Abteilung Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe – nach Nr. 661 – und Neubezeichnung als Sachgebietsleiter/in	VGr. B/VII	VGr. B/VI
773	Wirtschaftshof	Partieführer/in Lind Neubezeichnung als Partieführer/in-Stellvertreter/in Warmbad/Drobollach	VGr. 2/IV	VGr. 2

7 NEUBEZEICHNUNGEN VON PLANSTELLEN

Nummer	Abteilung	Bezeichnung derzeit	Bewertung	Neubezeichnung auf
284	Geschäftsgruppe 4	Gehobener Dienst (Frauenbeauftragte/r)	VGr. B/VI	Gehobener Dienst
681	Wasserwerk	Installateur/in/Qualitätskontrollor/in	VGr. 3 (2)	Installateur/in
769	Wirtschaftshof	Partieführer/in Maria Gail	VGr. 2/IV	Partieführer/in Warmbad/Drobollach
770	Wirtschaftshof	Partieführer/in Maria Gail/ Stellvertreter/in	VGr. 2	Partieführer/in-Stellvertreter/in Innenstadt Nord/Süd
771	Wirtschaftshof	Partieführer/in Landskron	VGr. 2/IV	Partieführer/in Landskron/Lind
772	Wirtschaftshof	Partieführer/in Landskron/ Stellvertreter/in	VGr. 2	Partieführer/in-Stellvertreter/in Landskron/Lind
774	Wirtschaftshof	Partieführer/in Innenstadt	VGr. 2/IV	Partieführer/in Innenstadt Nord/Süd

31 TRANSFERIERUNGEN VON PLANSTELLEN

Nummer	Abteilung	Bezeichnung	Bewertung	Neue Abteilung	Nummer
138	Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen – Gebäudereinigung – Hauptschule Auen – HS 1	Reinigungskraft	VGr. 5 (4)	Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen – Gebäudereinigung – Volksschule Friedensschule – VS 2 und Sonderschule	nach Nr. 119
301	Kultur	Gehobener Dienst (Jugendbetreuer/in)	VGr. B	Geschäftsgruppe 4	nach Nr. 287
302	Kultur	Gehobener Dienst (Jugendbetreuer/in)	VGr. B	Geschäftsgruppe 4	nach Nr. 287
303	Kultur	Fachdienst (Jugendbetreuer/in)	VGr. C	Geschäftsgruppe 4	nach Nr. 291
505	Soziales und Jugendwohlfahrt	Gehobener Dienst	VGr. B	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Soziales	nach Nr. 515
506	Soziales und Jugendwohlfahrt	Fachdienst	VGr. C/V	Soziales und Jugendwohlfahrt - Sachgebiet Soziales	nach Nr. 515
507	Soziales und Jugendwohlfahrt	Fachdienst	VGr. C/V	Soziales und Jugendwohlfahrt - Sachgebiet Soziales	nach Nr. 515

508	Soziales und Jugendwohlfahrt	Fachdienst	VGr. C/V	Soziales und Jugendwohlfahrt - Sachgebiet Soziales	nach Nr. 515
509	Soziales und Jugendwohlfahrt	Fachdienst	VGr. C/V	Soziales und Jugendwohlfahrt - Sachgebiet Soziales	nach Nr. 515
510	Soziales und Jugendwohlfahrt	Fachdienst	VGr. C	Soziales und Jugendwohlfahrt - Sachgebiet Soziales	nach Nr. 516
516	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI	Soziales und Jugendwohlfahrt	nach Nr. 504
517	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI	Soziales und Jugendwohlfahrt	nach Nr. 504
518	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI	Soziales und Jugendwohlfahrt	nach Nr. 504
519	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI	Soziales und Jugendwohlfahrt	nach Nr. 504
520	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI	Soziales und Jugendwohlfahrt	nach Nr. 504
521	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI	Soziales und Jugendwohlfahrt	nach Nr. 504
522	Soziales und Jugendwohlfahrt – Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sozialarbeiter/in	VGr. B/VI	Soziales und Jugendwohlfahrt	nach Nr. 504
601	Öffentlichkeitsarbeit	Höherer Dienst	VGr. A/VI/VII	Geschäftsgruppe 4 Neubezeichnung als Höherer Dienst/Stabsstelle	nach Nr. 283
617	Plakatierung	Geschäftsführer/in	VGr. C/V	Geschäftsgruppe 6 Neubezeichnung als Fachdienst	nach Nr. 616
622	Bestattung und Friedhöfe	Fachdienst	VGr. C/V	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
623	Bestattung und Friedhöfe	Partieführer/in/ Gärtner/in	VGr. 2/IV	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
624	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofwärter/in Waldfriedhof	VGr. 2/IV	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
625	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofwärter/in Zentralfriedhof	VGr. 2/IV	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
626	Bestattung und Friedhöfe	Baggerlenker/in	VGr. 3 (2)	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
627	Bestattung und Friedhöfe	Gartenfacharbeiter/in	VGr. 3 (2)	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661

628	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofshelfer/in	VGr. 4 (3)	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
629	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofshelfer/in	VGr. 4 (3)	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
630	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofshelfer/in	VGr. 4 (3)	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
632	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofshelfer/in	VGr. 4 (3)	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
633	Bestattung und Friedhöfe	Friedhofshelfer/in	VGr. 4 (3)	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	nach Nr. 661
kw-639	Stadtgarten	Gartenmeister/in	VGr. 1/V	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe Neubezeichnung als Friedhofs- /Baummeister/in – und Streichung der Bezeichnung kw-Pool (künftig wegfallend)	nach Nr. 661

1 NEUBEZEICHNUNG ALS KW-POOL (KÜNFTIG WEGFALLEND)

Nummer	Abteilung	Bezeichnung	Bewertung
699	Wirtschaftshof	Garagen-/Werkstättenmeister/in-Stellvertreter/in	VGr. 1

1 STREICHUNG DER BEZEICHNUNG KW-POOL (KÜNFTIG WEGFALLEND)

Nummer	Abteilung	Bezeichnung	Bewertung
kw-545	Geschäftsgruppe 5	Gehobener technischer Dienst/Sicherheitsfachkraft	VGr. B/VI/VII

1 NEUBEZEICHNUNG EINER ABTEILUNG

Bezeichnung derzeit	Neubezeichnung auf
Stadtgarten	Stadtgarten und Friedhöfe und Neuschaffung eines Sachgebietes Friedhöfe

1 STREICHUNG EINER ABTEILUNG

Bezeichnung
Bestattung und Friedhöfe

1 NEUBEZEICHNUNG EINES SACHGEBIETES

Bezeichnung derzeit	Neubezeichnung auf
Sachgebiet Kinder- und Jugendwohlfahrt	Sachgebiet Soziales

ANHANG - 6 STREICHUNGEN VON PLANSTELLEN

Abteilung	Bezeichnung	Bewertung
Congress Center Villach GmbH	Reinigungskraft	VGr. 5 (4)
Congress Center Villach GmbH	Garderobiere	
Congress Center Villach GmbH	Garderobiere	
Bestattung Kärnten GmbH	Bereichsleiter/in/Geschäftsführer/in	VGr. B/VII
Abfallwirtschaft (Villacher Saubermacher GmbH)	Partieführer/in Grünschnittannahme	VGr. 2/IV

Wasserversorgungsverband Faaker-See-Gebiet	Stellvertreter/in	VGr. B
--	-------------------	--------

ANHANG - 2 AUFWERTUNGEN VON PLANSTELLEN

Abteilung	Bezeichnung	Bewertung derzeit	Aufwertung auf
Wasserversorgungsverband Faaker-See-Gebiet	Leiter/in	VGr. C/V	VGr. B/VI
Wasserversorgungsverband Faaker-See-Gebiet	Mittlerer Dienst Neubezeichnung als Fachdienst	VGr. D	VGr. C

ANHANG – 2 NEUBEZEICHNUNGEN VON PLANSTELLEN

Abteilung	Bezeichnung derzeit	Bewertung	Neubezeichnung auf
Kinderhaus Puch	Kindergärtner/in	VGr. K	Hortlerzieher/in
Kinderhaus Puch	Hortlerzieher/in-Springer/in	VGr. K	Kindergärtner/in-Springer/in

ANHANG - 4 TRANSFERIERUNGEN VON PLANSTELLEN

Abteilung	Bezeichnung	Bewertung	Neue Abteilung	Nummer
Bestattung und Friedhöfe	Saison/Gartenfacharbeiter/in	VGr. 3	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	Anhang
Bestattung und Friedhöfe	Saisonarbeiter/in	VGr. 4	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	Anhang
Bestattung und Friedhöfe	Saisonarbeiter/in	VGr. 4	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	Anhang
Bestattung und Friedhöfe	Saisonarbeiter/in	VGr. 5-75 %	Stadtgarten und Friedhöfe – Sachgebiet Friedhöfe	Anhang

Pkt. 4.) Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012

Pkt. 5.) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung 2012 – 2016

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 22.11.2011, Zl.: VA/Amtsvortrag/VA12/FasAntrag, und der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 20.11.2011, Zl.: FW-300/2011/Mag.Wi., wie folgt:

Sie kennen die Geschichte der guten und der schlechten Nachricht. Zuerst freut man sich, wenn man eine gute Nachricht bekommt, und die schlechte Nachricht trifft einen dann wie ein Schlag mit einem Hammer. Ich sage Ihnen nun zuerst das Positive, also die gute Nachricht: Wie ich glaube, haben wir mit den Zahlen des Landes Kärnten, die uns vom Finanzreferat des Landes Kärnten bekanntgegeben werden und die wir nun vor sechs Wochen bekommen haben, betreffend die Einnahmen ein gutes Budget vorbereitet. Das zeigt sich auch darin, dass eigentlich alle Parteien angekündigt haben, dass sie diesem Budget ihre Zustimmung geben werden. Investitionen und auch Projekte, die in diesem Budget berücksichtigt sind, gewährleisten im Jahr 2012 eine Aufwärtsentwicklung und Stärkung unserer Stadt. Bildung und Forschung werden höher dotiert als zuvor, und wir werden in diesen Bereichen auch im nächsten Jahr sehr aktiv sein können.

Das Tourismusbudget wurde ausgeweitet, und wir kommen damit den Bedürfnissen, die sich im Tourismus ergeben, nach, wobei Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen nicht im Tourismusbudget enthalten sind. Diese werden aus dem allgemeinen Budgettopf gezahlt und erhöhen somit den Prozentsatz wesentlich. Die Bereiche Soziales und Kindergärten bekommen mehr Geld. Dadurch sind hohe Leistungen in den Kindergärten weiterhin möglich. Wir haben hier einen Standard, der zumindest in Kärnten Spitzenqualität und unseren Kindergärten auch internationale Anerkennung gebracht hat. Im Gegensatz zum Land Kärnten, wo der Gratisbesuch des Kindergartens für zwei Jahre vor kurzem vom zuständigen Referenten, Landeshauptmann Dörfler, abgeschafft worden ist, wird es in Villach bei sozial begründeten Fällen den Gratiskindergarten auch im Jahr 2012 geben. Wir haben alles, was an Belastungen durch das Land Kärnten auf uns zugekommen ist, und diese belaufen sich auf eine Million Euro, mit unserem Budget abgefangen. Wir haben vor kurzem gehört, dass sich eine Partei in diesem Gemeinderat als Familienpartei fühlt. Das, was im Kindergartenbereich durch die FPK auf Landesebene gemacht wurde, weist sie jedoch als Anti-Familienpartei aus. Wir hingegen werden den Gratiskindergarten für sozial Schwächere auch im Jahr 2012 anbieten können.

Alle Gratisangebote an unsere Bürgerinnen und Bürger gibt es wieder in diesem Budget, wie zum Beispiel das Gratis-Baden beim Seezugang in Egg am Faaker See, Eislaufen oder Langlaufen. So gibt es wahrscheinlich keinen anderen Ort, wo

Langlaufen bei Flutlicht kostenlos möglich ist. Weiters zählt zu den Gratisangeboten das Tourenschifahren am Dobratsch, finanziert durch das Stadtbudget. Die Nutzung von Sportanlagen kann zum Großteil kostenlos erfolgen. Das Kulturangebot ist ebenfalls sehr oft kostenlos. Nehmen Sie nur das Draukonzert oder die Veranstaltung „Villacher Wiesn“ mit zehn Spitzen-Musikgruppen her, die von Villacherinnen und Villachern sowie Gästen gratis besucht werden konnte. Denken Sie auch an das Jugendzentrum und vieles andere mehr. Viele Gratisleistungen sind in diesem Budgetentwurf enthalten.

Die Substanz, die wir haben und die von einigen als Familiensilber bezeichnet wird, nämlich die vorhandenen Rücklagen und das Vermögen aus dem Verkauf der Kelag-Aktien in Höhe von 87 Millionen Euro, bleibt im Budget enthalten. Das Familiensilber wird nicht angerührt. Natürlich nutzen wir den Ertrag der Kelag-Fonds, der uns seit 1995 rund 70 Millionen Euro gebracht hat. Stellen Sie sich vor, wie die Stadtentwicklung aussehen würde, wenn man in den letzten Jahren eine Milliarde Schilling weniger zur Verfügung gehabt hätte. Diese Erträge werden natürlich weiterhin für die Wirtschaftsentwicklung und den Bildungsausbau genutzt. Vieles ist gelungen, obwohl die Höhe der Ertragsanteile noch immer bei jener aus dem Jahr 2008 liegt. Die Ertragsteile sind noch immer nicht über die Beträge des Jahres 2008 hinausgewachsen. Es ist die Villacher Erfolgsgeschichte, die nur möglich war, weil in dieser Stadt viele goldrichtige Entscheidungen, zumindest von einem Teil des Gemeinderates, getroffen worden sind. Es ist eine erstklassige und nachhaltige Politik gewesen, die uns in die soeben genannte Lage versetzt hat.

Ich denke, dass wir richtig entschieden haben, indem die Erlöse aus den Kelag-Aktien neu veranlagt wurden. Wir haben dem Budget seit dem Verkauf der Anteile 70 Millionen Euro zuführen können. Da sollten sich jene Parteien, die damals gegen diesen Schritt waren, und ich glaube, dass sich damals alle bis auf die SPÖ gegen den Verkauf ausgesprochen haben, ein paar Gedanken darüber machen, ob sie mit ihrer Entscheidung damals richtig gelegen sind. Wir haben am Dobratsch keine 130 Millionen Schilling investiert, um dort Liftanlagen zu errichten, die weiterhin ein Defizit zu verzeichnen gehabt hätten. Zum jetzigen Zeitpunkt hätten wir wahrscheinlich daran denken müssen, diese zuzusperren, so wie es das Land Kärnten bei zehn Anlagen insgesamt tun wird. Wir haben einen boomenden Naturpark daraus gemacht, und ich danke Frau Stadträtin Mag.^a Hilde Schaumberger als Naturparkreferentin sehr herzlich für Ihre Arbeit. Die ÖVP hat damals dagegen gestimmt.

Wir haben eine Personal- und Verwaltungsreform, auch ohne aus der Not heraus handeln zu müssen, in guten Zeiten durchgeführt. Ich glaube, dass wir mit dem Investment beim Congress Center heuer die Tourismusbilanz gerettet haben. Die Nächtigungen, die durch den boomenden Kongresstourismus zu verzeichnen waren, sind von der Wertschöpfung her vor allem für unsere Altstadt hotels besonders wichtig. Obwohl wir im Tourismus ein Plus von 3,6 Prozent zu verzeichnen hatten, sollten wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, denn der Österreich-Schnitt liegt bei 4,6 Prozent.

Wir haben richtig entschieden, im Bereich des Technologieparkes, der Fachhochschule und der Carinthian Tech Research AG viel Geld zu investieren. Was in der Stadt Klagenfurt durch das Land im Lakeside Park finanziert wurde, musste in Villach seitens der Stadt Villach übernommen werden. Ich bedauere, dass auch kürzlich wieder bei einer Pressekonferenz die Zuwendung des Landes durch Landeshauptmann Dörfler ausschließlich dem Lakeside Park und nicht auch dem Technologiepark Villach gegolten hat. Wir haben, was die Alpenarena betrifft richtig entschieden, nämlich dort mit der Errichtung von verschiedenen Angeboten zu beginnen, die nun fertig gestellt werden. Die ÖVP, die FPÖ und die Grünen waren gegen den Bau der Alpenarena, wobei damals die lustigste Wortmeldung jene des FPÖ-Gemeinderates Otto Skedl war, der gesagt hat, dass es dort keinen Unfall geben wird, da der einzige Schispringer, der sich dort aufhalten wird, nicht mit sich selbst zusammenstoßen kann. Solche Aussagen hat es damals gegeben. Heute ist die Alpenarena die erfolgreichste Anlage, die es in dieser Form gibt. Ich denke auch, dass wir mit der G.A.V. eine Zukunftsentscheidung getroffen haben, die uns viele Betriebsansiedelungen ermöglicht.

Es ist für uns das Wichtigste, dass wir in den letzten Jahrzehnten durch unsere Wirtschaftspolitik Vertrauen in den Standort Villach aufbauen konnten. Unser Wirtschaftsstandort ist einer der verlässlichsten, wenn es um Fragen von Politik und Wirtschaft geht. Ich darf Ihnen sagen, dass das IHS, das Institut für Höhere Studien, vor kurzem eine Bewertung der örtlichen Standortqualitäten aller Kärntner Städte vorgenommen hat. Natürlich ist Villach mit der Zeugnisnote 1,88 am besten vertreten. Das heißt, dass von Unternehmern die Standortqualität in Villach am meisten von allen Kärntner Städten geschätzt wird. Ich glaube, dass wir darauf stolz sein können.

Ich darf auch erwähnen, dass vor kurzem der Chefredakteur der Kärntner Woche zur Frage „Klagenfurt – Villach – eine klare Sache“ in etwa Folgendes geschrieben hat, was mich persönlich ganz besonders freut: Vor 15 oder 17 Jahren waren die Villacher relativ frech und haben den Spruch „Villach führt“ kreiert, was in Klagenfurt noch als Angeberei bewertet worden ist. Der Chefredakteur schreibt weiters, dass das jetzt kein Marketinggag mehr ist, sondern eine klar entschiedene Sache. Aus dem Marketinginstrument ist Realität geworden. Er erwähnt das Hallenbad, die Eishalle und die Fernheizwerke. Wir haben vor kurzem wieder ein neues Fernheizwerk in Villach errichtet und liegen, was den Betrieb der Fernheizkraftwerke mit Biomasse betrifft, schon bei 80 Prozent, und es werden weitere Investitionen in diesem Bereich folgen. Hier sehen die Lindwürmer nur mehr das Rücklicht von Villach. Das liegt nicht nur, aber auch, an den jeweils Regierenden.

Jetzt leite ich über zur schrecklichen Nachricht: Das alles könnten wir, und nicht nur wir, sondern viele Gemeinden und Städte, weiterhin gewährleisten, was auch der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister Mödlhammer sagt, wenn keine neuen Aufgaben und Belastungen auf die Städte und Gemeinden zukommen würden. Genau das passiert aber derzeit. Es wird viel auf die Gemeinden und Städte abgewälzt.

Noch vor sechs Wochen sind uns Einnahmen vom Land Kärnten genannt worden, die die Grundlage für das vorliegende Budget waren. Vor wenigen Tagen ist mit einem Gesetzesentwurf überfallsartig eine Hiobsbotschaft gekommen. Es geht um den Entwurf für ein Mindestsicherungsgesetz und Chancengleichheitsgesetz, wobei ich es schon als Hohn empfinde, wenn sich dieses Gesetz eigentlich auf die Chancengleichheit von Städte und Gemeinden beziehen soll, was aber nicht so ist. Es ist dies eine schwere Verletzung von Treu und Glauben, wenn man plötzlich eine völlig veränderte Finanzierungslandschaft für unsere Stadt vorfindet. Ich kann das nur damit begründen, dass sich das Land Kärnten in einer selbst verschuldeten Pleite befindet. Von Beamten der Landesregierung habe ich gehört, dass das erst der Anfang sein soll. Der Tresor der Villacher soll geknackt werden, und man will an unser Geld heran. Es sind neue Gesetze und neue Belastungen durch Landeshauptmann Dörfler und Landesrat Dr. Martinz mit katastrophalen Auswirkungen geplant. Umverteilungen von Mitteln finanzstarker Gemeinden, wobei es solche in Kärnten in Wahrheit nicht mehr gibt, sind auf angeblich finanzschwächere Gemeinden vorgesehen. Ohne Berücksichtigung der Leistungen, die wir, das heißt die Städte Klagenfurt und Villach, für das Umland erbringen, und der Zahlungen von Städten an das Land und der nachfolgenden Umverteilung an die angeblich finanzschwächeren Gemeinden, sind für zentralörtliche Aufgaben, auf die ich noch zurückkommen werde, weitere Abgaben geplant.

Der Villacher Steuerzahler, das heißt der Bürger, soll zahlen. In einem beispiellosen Raubzug sollen zwei Millionen Euro an das Land gehen. Wenn ich die Kindergartenfrage mitberücksichtige, ist es noch eine weitere Million Euro, und wenn ich an die Kosten denke, die nun mit dem beschlossenen Rettungswesengesetz auf uns zukommen, sind es noch einmal 110.000,00 Euro, die plötzlich auf uns zukommen. Den Villacher Steuerzahlern sollen durch das Gesetz der Mindestsicherung zwei Millionen Euro gestohlen werden. Ich verwende dieses Wort, da es für die geplante Vorgehensweise keine andere Benennung gibt, wenn man sich mit diesem Thema fachlich auseinandersetzt.

Weiters erwarten uns in der Zukunft durch das nicht aufkommensneutrale Tourismusgesetz Aufgaben, deren Bewältigung uns einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr kosten wird. Wie ich noch erläutern werde, wird auch dies mit dramatischen Folgen für unsere Stadt verbunden sein. Man hängt den Städten Klagenfurt und Villach die Abgangsgemeinden um, für welche bisher aus dem Landesbudget bezahlt werden musste. Sie müssen sich das wie folgt vorstellen: Es gibt derzeit 40 Abgangsgemeinden, und auf Grund der Budgetsituation wird es in Zukunft 70 oder 80 Abgangsgemeinden geben. Wenn jetzt durch eine Umverteilung auf Grund des Mindestsicherungsgesetzes mehr Geld in diese Abgangsgemeinden fließt, erspart sich Landesrat Dr. Martinz dieses Geld. Es wird indirekt eine Umverteilung aus dem Villacher Budget über die finanzschwächeren Gemeinden in das Landesbudget erfolgen. Das ist jedoch nicht einzusehen. Es handelt sich dabei um eine Bestrafung der Tüchtigen, wie ich es heute wiederholt sagen werde. Landesrat Dr. Martinz kassiert, und die Villacher zahlen.

Nun komme ich zu dem viel genannten abgestuften Bevölkerungsschlüssel. Je größer eine Einheit ist, umso mehr Leistungen sind aus dem Finanzausgleich je Bürger an die kleinere Einheit zu bezahlen. Sie wissen, dass es bei einer Größe von 50.000 Bewohnern zu einer Steigerung kommt. Das ist damit begründet, dass es zentralörtliche Aufgaben gibt, von denen auch die Gemeinden rund um die größeren Städte massiv profitieren. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist eine Schimäre. Er ist längst ausgehöhlt. Es gibt ihn nicht mehr. Herr Finanzdirektor Mag. Pinter hat mir diesbezüglich ein Papier geliefert, das das eindeutig beweist, und auch seitens des KDZ, dem Zentrum für Verwaltungsforschung, wird diese Meinung vertreten. Mit dem Argument, dass man den Kleinen helfen muss, sind die Städte Österreichs an den Rand der Finanzierbarkeit gelangt. Das ist nachgewiesen, aber es ist eben so schön, wenn man aus Mitleid handelt, denn wie Sie wissen, gibt es mehr Bürgermeister kleinerer und finanzschwächerer Städte als größerer.

Ich nenne Ihnen nun einige Punkte, warum der Bevölkerungsschlüssel ausgehöhlt ist und einige Dinge nicht stimmen. Das Land erspart sich in Villach, da wir eine autonome Stadt sind, durch die Übernahme der Bezirkshauptmannschaft Angelegenheiten, die in der zweiten Distanz mindestens 5,3 Millionen Euro kosten. Diesen Betrag zahlt der Villacher Steuerzahler. Das zahlt in keiner anderen Gemeinde außer in Villach und Klagenfurt der Steuerzahler. Wir haben bei den Bedarfszuweisungen seit 1973 folgende Situation: Es gibt einen Vorabzug, der in Form von Bedarfszuweisungen für überregionale Projekte auf die Gemeinden aufgeteilt wird. Wir haben einen Vorabzug von rund sieben Millionen Euro, das heißt, dass wir dieses Geld überhaupt nicht bekommen. Derzeit bekommen wir 800.000,00 Euro retour. Das heißt, dass wir an das Land sieben Millionen Euro zahlen. Das Geld wird auf die schwächeren Gemeinden verteilt, und wir bekommen 800.000,00 Euro zurück.

Ich komme nun auf einige zentralörtliche Aufgaben zu sprechen: Die Fachhochschule kostet der Stadt Villach 2,6 Millionen Euro. Ich habe noch nie gehört, dass diese nur von Villachern besucht wird. Das ist eine Leistung der Stadt Villach für das Land Kärnten. Das Land wird erst bemerken, was los ist, wenn die Städte Klagenfurt und Villach sich gewisse Dinge nicht mehr leisten werden können, wenn man sie weiter schröpfen wird. Wie die Entwicklung des Landes Kärnten darunter leiden wird, kann man sich vorstellen. Wir sind jetzt schon im Fachhochschulbereich in der Situation, dass wir weit hinter den anderen Bundesländern nachhinken, da man diesem Bereich von Landesseite her nicht die entsprechende Wertschätzung zukommen lässt. An das Forschungszentrum CTR AG werden rund 250.000,00 Euro gezahlt, was man als die intelligenteste Wirtschaftsförderung bezeichnen kann. Wir sind die einzige Stadt, die das auch in dieser Form macht. Ich darf an die Therme erinnern. Die Umsetzung war eine Großanstrengung für die Stadt Villach, aber ich glaube, dass diese Therme nicht nur für das Land Kärnten und den überregionalen Tourismus, sondern auch vor allem für die Tourismusbetriebe im Umfeld der Stadt Villach große Bedeutung haben wird, denn gerade sie profitieren davon und ihnen entstehen keine Kosten.

Ich denke, dass die Bedeutung des Congress Centers Villach insgesamt, vielleicht zwar weniger im Tourismusbereich, aber vor allem im Kulturbereich, weit über unsere Stadtgrenzen hinaus sehr hoch ist. Wir zahlen viel Geld für dieses Angebot. Das Congress Center ist bis zu 50 Prozent ein Kulturtempel. Natürlich freuen wir uns sehr über die Steigerung der Nächtigungszahlen im Tourismus, und gerade im Kulturbereich gibt es ein Angebot, das von uns zwar subventioniert wird, aber eben nicht auf Villacher beschränkt ist. Wir machen keinen Unterschied, ob Leute aus St. Veit, Lienz oder aus anderen Städten Österreichs zu uns kommen, um Veranstaltungen im Congress Center zu besuchen. Ich darf den Golfplatz in Finkenstein erwähnen, dessen Errichtung wir in einer anderen Gemeinde überregional gefördert haben. Ich erinnere an den Naturpark, dessen Erfolg eigentlich wenig Geld gekostet hat. Natürlich macht der entsprechende Betrag im Budget viel aus. Die Musikschule kann nicht kostendeckend geführt werden, was die Erhaltung des Gebäudes betrifft, wofür wir zuständig sind. Dort werden jedoch auch nicht nur Schüler aus Villach unterrichtet. Nicht zu vergessen ist der Technologiepark. Vor kurzem hat sich Herr Sitter, Gemeindevorstand aus Finkenstein, darüber geäußert, dass man das geplante Umspannwerk nach Villach verlegen soll, denn Villach würde es benötigen. Ich habe gesagt, dass man das jederzeit gerne machen kann, er dann aber dafür sorgen müsse, dass jene Menschen aus Finkenstein, die in Villach arbeiten, in Finkenstein untergebracht werden. Ich bin der Meinung, dass eine gegenseitige Aufrechnung nicht funktioniert.

Für den Besuch von Kindergärten zahlen die Bürgerinnen und Bürger unserer Nachbargemeinden, die ihre Kinder in Villach in den Kindergarten geben möchten, etwas mehr, aber ihr Beitrag ist bei weitem nicht kostendeckend. Das heißt, dass auch dieser Bereich von uns subventioniert wird. Zur Wirtschaftsförderung muss ich noch eines sagen: Wenn sich hier in Villach Betriebe ansiedeln, kommen 50 Prozent der Arbeitnehmer in diesen Betrieben aus den Umlandgemeinden. Ich könnte Ihnen dazu noch viele ähnliche Beispiele aufzeigen.

Wir erbringen enorme Leistungen für das Umland. Der Beweis, dass wir zentralörtliche Aufgaben übernehmen, ist erbracht. Die Aufgaben können jetzt schon bei Weitem nicht mehr durch die erhöhten Einnahmen aus den Ertragsanteilen ausgeglichen werden. Zusätzlich hat die Stadt die Aufgaben der Bezirkshauptmannschaft zu bewältigen. Wir leisten Enormes für das Land. Daher wäre eine Besserdotierung mehr als gerechtfertigt. Was wird jedoch gemacht? Man nimmt uns mittelfristig mit einer Abfederung, die man nur als lächerlich empfinden kann, mindestens zwei Millionen Euro weg. Dieses Geld wird uns fehlen. Ich höre von Mitarbeitern der Landesregierung auch, dass das nicht das Ende sein wird. Es geht nun um mindestens zwei Millionen Euro, und man wird uns noch mit mindestens einer Million Euro in einem anderen Bereich belasten.

Es wird Ihnen heute dazu eine Resolution vorgelegt. Wir verlangen, dass nicht nur die Finanzkraft, die wir haben, sondern auch die Leistungen der Stadt für das Land und die Umlandgemeinden bei der Frage neuer Gesetze berücksichtigt werden. Wir verlangen, dass der Vorabzug in der Form geändert wird, dass mindestens 40 bis 50 Prozent des Vorabzuges wieder an die Städte Klagenfurt

und Villach zurückkommen. Derzeit beträgt der Vorabzug fünf bis acht Prozent. In allen übrigen Städten Österreichs, die mit uns verglichen werden können, wie zum Beispiel Wels oder Salzburg, gehen 40 bis 50 Prozent des Vorabzuges der Bedarfszuweisung an diese Städte zurück. In Kärnten enthält man uns seit dem Jahr 1973 hunderte Millionen Euro vor. Klagenfurt und Villach sponsern sozusagen als „Weihnachtsmänner“ über die jeweiligen Gemeindereferenten die kleineren Gemeinden.

Diese ganze Vorgehensweise ist eine Gemeindegemeinschaft-Idee des Abteilungsleiters der Abteilung 3 - Gemeinden der Kärntner Landesregierung, Herrn Dr. Franz Sturm. Ich mache ihn, der für die Politik die fachliche Grundlagenarbeit erarbeiten sollte, dafür verantwortlich, wie mit den Städten Klagenfurt und Villach umgegangen wird. Ich habe diesbezüglich gestern mit einem Vertreter aus Klagenfurt telefoniert. Der Leiter der Abteilung 3 hat sich in den letzten Jahren nicht ein einziges Mal in Klagenfurt oder Villach erkundigt. Wahrscheinlich ist die Brettljause in den kleineren Gemeinden besser als hier. Verzeihen Sie mir meine diesbezügliche Emotion.

Ich habe hier eine Liste der zentralörtlichen Aufgaben, die ich Ihnen jetzt nicht vorlesen möchte. Ich bitte heute die anderen Fraktionen, in dieser Angelegenheit bei Ihren Landesparteien mit diesen Argumenten massiv vorstellig zu werden. Dafür stelle ich die Liste gerne zur Verfügung. Ich komme nun zu den Auswirkungen. Die dilettantisch agierende Landespolitik – ich muss das so sagen, vielleicht trifft das nicht nur jetzt zu, sondern man muss die letzten 15 Jahre heranziehen -, treibt nun auch Villach auf den Schuldenweg, was wir bisher vermieden haben. Landeshauptmann Dörfler und Landesrat Dr. Martinz haben es zu verantworten, wenn man den Beschluss über dieses Gesetz am Donnerstag im Kärntner Landtag durchziehen will. Die Leistungsträger Villach und Klagenfurt mit unterschiedlichen Schwerpunkten – Villach im Wirtschafts- und Arbeitsplatzbereich, Klagenfurt im Sportbereich – werden massiv geschwächt mit einer Folge für das Land, die sich der eine oder andere vielleicht gar nicht vorstellen kann.

Ich stelle hier wirklich die Frage, was die kleineren und schwächeren Gemeinden für die Entwicklung des Landes leisten. Man wird bei den Feuerwehrhäusern vielleicht eine zweite Garage bauen, oder es wird zu ähnlichen Investitionen kommen. Ich muss das so sagen, da die Solidarität der kleineren oder schwächeren Gemeinden mit uns nicht vorhanden war. Der Paradigmenwechsel in der Kärntner Finanzpolitik ist ein historisches Ereignis, das sich ganz negativ auf Villach und ganz Kärnten auswirken wird. Ich habe gestern mit Landesrat Dr. Martinz gesprochen und damit zumindest bei einem Regierungsmitglied ein offenes Ohr gefunden. Sie wissen nun nicht, was sie da tun, und ich behaupte, dass sie in ein paar Jahren diesbezüglich an mich denken werden. Wenn die Vertreter der Landesregierung dieses Gesetz jetzt beschließen, wissen sie nicht, was sie tun.

Das politische Klima in Villach wird öfters beklagt. Ich kann Ihnen sagen, dass Villach im Gegensatz zum frostigen Klima, das im Land herrscht, einer Therme

zum Wohlfühlen gleichkommt. Zum politischen Klima muss ich noch etwas sagen. Man kann nicht behaupten, dass die Villacher in dieser Sache nichts unternehmen. Vor drei Tagen und gestern noch einmal habe ich mit Bürgermeister Scheider aus Klagenfurt telefoniert. Er hat erst von mir erfahren, was geplant ist. Dazu muss gesagt werden, dass er der Partei angehört, die im Land an oberster Stelle in der Regierung steht. Das Klima ist in Klagenfurt derzeit so, dass es keine Gespräche gibt. Man hat den Gesetzesentwurf vorgelegt bekommen, und es hat keine Chance gegeben, sich vorher darüber auszutauschen und über Argumente zu diskutieren. Wenn Bürgermeister Scheider sozusagen durch den Villacher Bürgermeister und Obmann der Landesgruppe Kärnten des Österreichischen Städtebundes überhaupt erst darüber informiert wird, dass er einen Betrag von über 3,2 Millionen Euro nicht mehr haben wird, muss ich ganz offen sagen, dass man diesbezüglich wirklich davon sprechen kann, dass das Land drüberfährt, wie zum Beispiel auch beim Kindergartengesetz.

Ich möchte gar nicht alle Punkte aufzählen, zu welchen man uns nicht einmal angehört hat. Bei allen Städten und Gemeinden ist das „Drüberfahren“ zur eingeübten und beherrschenden Methode geworden. Ich kann nur sagen, dass es in dieser Sache besser gewesen wäre, vorweg darüber zu reden. Bereits beim Tourismusgesetz hat man die Rechnung zahlen müssen. Man hat es erst ein Jahr später in Kraft setzen können und vieles verändern müssen, weil man vorher mit den Städten und Gemeinden nicht darüber geredet hat. Die Spezialisten im Verwaltungsbereich mit dem entsprechenden Know-how, die für Administrationsfragen zuständig sind, sitzen derzeit in den Gemeinden und Städten und nicht mehr im Land. Nun soll am Donnerstag in budgetären Fragen ein Beschluss gefasst werden. Es geht im Budget natürlich auch um Entwicklungsfragen, denn Budget bedeutet immer auch Entwicklung. Wenn das Gesetz wie geplant beschlossen wird, wird es für Villach zu einer Zeitwende kommen. Eine geplante Abfederung kann man nur als Lachnummer bezeichnen. Wenn auch die „Daumenschraube“ sozusagen langsamer angezogen wird, werden über zwei oder drei Millionen im Zeitraum von drei Jahren fehlen. Die Geschäftsgrundlage der Stadt Villach wird in budgetären Fragen im Grunde genommen komplett verändert.

Der Bürgermeister muss dann ja angesichts dieser Dinge sehr rasch handeln. Nachdem das Kreditvolumen bei zwei Millionen Euro circa 25 Millionen Euro ausmacht und wir das Geld nicht haben, habe ich dem Geschäftsführer der Villach Freibad GmbH, Herrn Dr. Winkler, den Auftrag gegeben, dass keine Vergaben für die Garage der Therme Warmbad vorgenommen werden dürfen, da wir, wenn der genannte Fall eintritt, diese Thermengarage nicht bauen können. Sie würde über vier Millionen Euro kosten. Wir haben eigentlich darauf vertraut, dass keine skandalösen Dinge mehr kommen werden. Ich muss Ihnen sagen, dass wir die Sportanlage Landskron finanziell nicht umsetzen werden können, wenn das geplante Gesetz kommt. Wir haben vor kurzem mit dem Kindergarten Nikolai verhandelt. Man will dort zwei Kindergartengruppen eröffnen. Wir sollten dafür Investitionen massiv fördern. Die Bereiche Sport und Kultur müssen, wenn es nun zu einer Reduzierung des Budgets von insgesamt zwei Millionen Euro kommt, jeweils um 300.000,00 Euro gekürzt werden. Das sagen uns die Erfahrungswerte,

die wir haben. Gratis-Leistungen wie unser Konzert an der Drau kann man vergessen. Natürlich wird es auch Auswirkungen auf einen der drei wichtigsten Wirtschaftsfaktoren geben, nämlich den Tourismus. Dort wird der Bau der Tourismusinfrastruktur nicht mehr in dem bisherigen Ausmaß möglich sein.

Sie werden sich nun möglicherweise die Frage stellen, warum das alles sein muss, da es ja nur um einen Betrag von zwei oder drei Millionen Euro geht. Dieser Betrag entspricht zwar nur eineinhalb oder zwei Prozent des Budgets, aber 50 Prozent der Summe des freien Spielraums, mit dem wir Stadtentwicklung betreiben können. Ich persönlich glaube, dass dieser zerstörerische Kurs vielleicht auch deshalb so ausgerichtet ist, weil man der Meinung ist, dass es uns in Villach zu gut geht und vieles zu gut funktioniert. Unser Ziel, im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitsplätze antizyklisch zu investieren, wird damit zerstört. Ich habe ja ein Budget vorgelegt, das vorgesehen hat, dass wir gerade in Krisenzeiten mehr investieren. Das konnten wir uns bisher auch leisten. Wenn die Regelung nach diesem neuen Gesetz kommt, muss ich Ihnen im Jänner in einer Sondergemeinderatssitzung ein neues Budget vorstellen, mit dem wir nicht jene Freude haben werden, die wir mit dem nun vorliegenden Budget haben können.

Der eigentliche Skandal ist, dass der Entwurf im letzten Augenblick kommt und das Ganze ein „Hauruck-Verfahren“ ist. Man hätte diese Änderung nämlich schon im Sommer oder im Herbst ankündigen können. Ein Überfall ist aber immer mit einem Überraschungselement ausgestattet. Abschließend halte ich zu dieser Sache nochmals fest, dass ein neues Budget im Jänner notwendig werden wird. Es wird ein völlig verändertes Budget sein, das den Villacher Bürgerinnen und Bürgern enorme Nachteile bringen und die Stadtentwicklung stark hemmen wird. Mein Ersuchen geht vor allem an die Vertreter der FPK und der ÖVP, diesbezüglich auf ihre Parteikollegen im Land Kärnten massiv einzuwirken. Ich höre, dass das auch versucht wird und hoffe, dass man diesbezüglich erfolgreich ist. Meine Partei hat dem Gesetzesentwurf gestern im zuständigen Ausschuss nicht zugestimmt.

Über die Personalkosten habe ich schon gesprochen. Ich bedanke mich nochmals dafür, dass es sozusagen immer wieder gelingt, die Personalkosten so niedrig zu halten, sodass wir für andere Bereiche, wie Stadtentwicklung, Spielräume haben. Hier gebührt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Gebühren und Tarife der Stadt werden im Schnitt unter der Inflationsrate angehoben. Gehen wir nicht den Weg anderer Städte! Klagenfurt hat vor zwei Jahren die Wassergebühren um 60 Prozent anheben müssen. Ich erwähne auch als Beispiel die Stadt Wien, die alle Gebühren im Schnitt um 30 Prozent erhöhen musste. Wir in Villach entnehmen dem Gebührenbereich traditionell kein Geld, aber wir sollten den Weg, das wir nichts hinein zahlen müssen, auch nicht verlassen. Wir sollten darauf achten, dass unsere Betriebe und Unternehmungen effizient geführt sind. Das ist derzeit auch der Fall. Bei der Villacher Saubermacher GmbH & Co KG ist durch das PPP-Modell der Umsatz um 70 Prozent ausgeweitet worden. Wir haben die Mitarbeiterzahl um rund zehn Prozent erhöht. Das heißt, dass es derzeit wesentlich effizienter läuft. Der hohe Umsatz ist

darauf zurückzuführen, dass wir nicht nur im kommunalen Bereich tätig sind, sondern auch sehr stark im gewerblichen Bereich und dort große Erfolge zu verzeichnen haben. Diese Situation finden wir auf diesem Gebiet vor.

Ich komme nun auf die Kredite zu sprechen. Villach ist in der glücklichen Lage, ein Kapitalvermögen von 1.462,46 Euro pro Bürger zu haben, dem Kredite in Höhe von 1.343,66 Euro gegenüberstehen. Wir haben viel investiert. Das heißt grundsätzlich, dass bei uns das Kapitalvermögen noch immer deutlich höher ist. Was die Struktur der Einnahmen betrifft, zeigt sich, dass dieser Erfolgsweg uns auch auf starke eigene Beine gestellt hat. Bei den Gemeindeeinnahmen – das betrifft im Wesentlichen die Kommunalsteuer, die sich auf die Arbeitsplätze bezieht - haben wir in den letzten Jahren eine Anteilssteigerung von 18,5 Prozent auf 18,9 Prozent zu verzeichnen gehabt. Dem stehen Ertragsanteileinnahmen gegenüber, bei welchen es eine Senkung von 37,2 Prozent auf 35,5 Prozent gegeben hat.

Um Ihr Gewissen zu beruhigen, stelle ich fest, dass die Bezüge der Funktionäre, die im heurigen Jahr noch 1,059 Prozent des Budgets betragen, weiter auf einen Anteil von 1,009 Prozent sinken. Dies wird bei vielen weiteren Nulllohnrunden auch in Zukunft der Fall sein. Jetzt kann man sich anschauen, wie viele Menschen noch daran Interesse zeigen werden, in die Politik zu gehen. Es ist eine klare Sache, dass noch weniger Menschen in die Politik gehen werden, wenn es Nulllohnrunden geben wird. Der Mut zur Politik, die eigentlich nur mehr den Schreienden nachläuft, fehlt eben heute.

Ich komme nun auf den Tourismus zu sprechen. Wir haben heuer im Herbst eine „Kasperliade“ erlebt, was das Tourismusbudget betrifft. Es ist gewettert worden, dass Stadtrat Mag. Weidinger zu kurz gehalten wird. Das Wirtesfest in Drobollach sei gefährdet gewesen. Das alles war Lug und Trug. Das Tourismusbudget, das im September verhandelt worden ist, hat damals schon eine Ausweitung von 11,8 Prozent erfahren. Es war keine Kürzung vorgesehen. Das Budget belief sich im Jahr 2011 auf 2,003.800,00 Euro. Für das Jahr 2012 waren 2,128.000,00 Euro geplant. So hat es im September ausgesehen. Die Tourismusregion Villach/Therme Warmbad - Faaker See - Ossiacher See erhält davon 844.000,00 Euro. Es hat damals geheißen, dass auf dieser Budgetbasis das Tourismusbudget auf elf Prozent ausgeweitet wird. Die Ausweitung des Gesamtbudgets erfolgt um fünf Prozent. Seitens des Tourismusreferenten, Stadtrat Mag. Weidinger, sollte ein neues Budget vorgelegt werden. Die vorgegebenen Fristen sind jedoch alle verstrichen. Das ist der Grund dafür, weshalb ich Ihnen heute zum Tourismusbudget einen Nachtrag vorlegen muss, weil wir mangels Vorschlag, der auf der Basis von Plus 11,8 Prozent eingehen hätte sollte, nur die Pflichtausgaben ins Tourismusbudget nehmen konnten. Ich habe es aus Fairness den anderen Referenten gegenüber, die zum Teil schwierige Entscheidungen hinnehmen mussten, ablehnen müssen, dass wir das Tourismusbudget auf die gewünschten 33,5 Prozent ausdehnen.

Die Frage der Privatisierung des Tourismus ist eine, der ich wertfrei gegenüberstehe. Die Privatisierung wird nun ein Jahr später kommen. Wenn

Tourismusunternehmer die Verantwortung und die Konfliktaustragung übernehmen wollen, sollen sie es machen. Das neue Tourismusgesetz ist auf Grund von Einwendungen seitens der Städte und Gemeinden in mehreren Fragen repariert worden. Nur in einer Frage ist das noch nicht der Fall. Sie betrifft die aufkommensneutrale Geldgebarung. Wenn man 95 Prozent des Geldes den privaten Gesellschaften gibt, muss man sich bewusst sein, dass wir in der Stadt Villach mit den verbleibenden fünf Prozent die restlichen Tourismusaufgaben nicht erfüllen können. Das ist die Meinung aller Städte und Gemeinden. Es wird hier zu einer zusätzlichen Belastung der Steuerzahler kommen. Ich habe diese Sorge in den letzten Tagen von maßgeblichen Tourismusunternehmern vermehrt gehört. Die Tourismusunternehmer sind in der Stadt Villach und in der Region in der Partnerschaft zwischen Stadt und Unternehmen sehr gut aufgehoben. Wir haben im Grunde genommen über die Region Villach/Therme Warmbad – Faaker See – Ossiacher See mit Herrn Dr. Ertl als Aufsichtsratsvorsitzenden und vielen Unternehmern derzeit eine Situation, die einer Semiprivatisierung gleich kommt.

Ich darf hier einige Leistungen erwähnen. Es sind insgesamt Millionen von Euro, die in tourismusrelevante oder teilweise tourismusrelevante Infrastruktur investiert werden, für welche aus dem Tourismusbudget kein Euro aufgewendet werden muss. Ich darf die Kärnten Therme nennen, von welcher man sicher sagen kann, dass sie zu 50 Prozent für die Bürger und zu 50 Prozent für den Tourismus wirksam sein wird. Die Altstadtmärkte GmbH, die meiner Meinung nach auch tourismuswirksam ist, wird aus dem Wirtschaftsreferat bezahlt. Ich habe das Congress Center schon erwähnt. Das Stadtmarketing zählt ebenso dazu. Die Errichtung der Rollerstrecke in der Alpen Arena wird sich auch auf den Tourismus auswirken. Die Subventionen an den Villacher Kirchtage sind zu erwähnen, die nicht oder nur zu einem verschwindend geringen Prozentsatz aus dem Tourismusbudget bezahlt werden. Nicht zu vergessen ist auch die Greifvogelwarte sowie die Infrastrukturförderung der Burgruine Landskron. Denken Sie auch an den Naturpark Dobratsch. Ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Leistungen aufzählen, die im Grunde genommen zum Tragen kommen, wie zum Beispiel die Harley-Veranstaltung, die nur zu 50 Prozent aus dem Tourismusbudget bezahlt wird. Die gesamten Veranstaltungen in der Innenstadt wirken ganz oder zum Teil auf den Tourismus.

Ich komme nun zum Schluss meiner Budgetrede. Wir haben mit der Vision „Smart City Villach im Jahr 2050“ unter Einbindung von Bürgern und zahlreichen „Stakeholdern“ begonnen. Sie werden jetzt sagen, dass man bis zum Jahr 2050 nicht vorausplanen kann. Da gebe ich Ihnen Recht, da man nicht weiß, welche Dinge kommen. Wir, und das sind Firmen, Bürger, die Stadtverwaltung und die Stadtpolitik, beschäftigen uns in dieser Stadt aber mit solchen Dingen. Es hat dazu schon eine Reihe von Sitzungen stattgefunden. Es wird dabei, wie ich denke, hochqualitative Arbeit geleistet. Wir sind jetzt dabei, uns für den zweiten „Call“, der im Jänner ausgerufen wird, vorzubereiten. Dieses Projekt wird von der Republik Österreich massiv gefördert. Wir werden natürlich versuchen, enorme Fördermittel für die Stadt Villach zu bekommen. Die Ziele sind, und das ist von den Firmen und den Bürgern formuliert worden, bis 2020 eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 30 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent zu erreichen.

Erneuerbare Energie soll Ersparnisse von minus 50 bis minus 90 Prozent bringen. Die Energieeffizienz soll bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent steigen.

Ich ersuche Sie, dem Finanzplan und dem mittelfristigen Finanzplan wie in den Amtsvorträgen ausgeführt sowie dem vorgelegten Budget heute zuzustimmen mit der Ankündigung, dass ich im Jänner eine Sondersitzung des Gemeinderates einberufen muss, wenn die Grausamkeiten der Kärntner Landesgesetzgebung wirklich kommen. Vielleicht siegt jedoch erstmals die Vernunft in der Politik. Ich werde Ihnen eine Resolution vorlegen, die im Wesentlichen fachlich von der Finanzdirektion ausgearbeitet worden ist, mit der Bitte vor allem an die FPK und die ÖVP, dieser zuzustimmen und damit die Villacher Position zu unterstützen.

Ich habe Ihnen erfreuliche und weniger erfreuliche Nachrichten gebracht. Die Budgetzukunft der Stadt Villach wird sich ganz sicher am Donnerstag entscheiden. Wenn am Donnerstag eine Entscheidung gegen Villach und Klagenfurt getroffen wird, wird sich unsere Situation dramatisch verschlechtern. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Ich danke Herrn Finanzreferenten Bürgermeister Manzenreiter für die Vorlage dieses äußerst positiven Budgets, das weitgehend Zustimmung finden wird, wie wir im Vorfeld erfahren durften, und ich danke ihm ganz besonders für den Kampfesgeist, mit welchem er sich hier für die Interessen der Stadt Villach einsetzt und versucht, Schaden von der Stadt fernzuhalten.

Wir kommen jetzt zur Debatte über den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Aber zuvor wird noch der Mittelfristige Finanzplan behandelt.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich habe gebeten, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemäß der Antragstellung im Amtsvortrag zu diskutieren und zu beschließen. Dass diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam behandelt werden, ist bei der Genehmigung der Tagesordnung schon entschieden worden.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Das weiß ich schon. Es war mir nur nicht klar, ob Sie es schon erwähnt hatten.

Bürgermeister Manzenreiter:

Der Mittelfristige Finanzplan ist nur zur Kenntnis zu nehmen.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Wir kommen nun zur Diskussion über den Voranschlag und die Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung 2012 – 2016. Es gibt zuerst die Generaldebatte. Sie kennen die Spielregeln. Die Sprecher der Gemeinderatsfraktionen, von der kleinsten an beginnend, werden zum Rednerpult gebeten. Die Sprechzeit sollte

15 Minuten nicht überschreiten. Ich hoffe, dass ich mich auch selbst daran halten kann. Im Sinne der Zeitökonomie sollen wir das berücksichtigen. Am Wort ist als Erster Gemeinderat Warmuth. Ich darf Sie zum Rednerpult bitten.

Gemeinderat Warmuth (FPÖ):

Ich möchte zuerst alle Beamten ansprechen, die an der Erstellung dieses Budgets mitgearbeitet haben, und ihnen zu diesem Werk gratulieren, das, obwohl es sehr umfangreich ist, wirklich sehr übersichtlich geworden ist. Wenn das Budget von Beamten auch noch so hervorragend ausgearbeitet worden ist, vermisse ich aus politischer Sicht doch den großen Wurf, den ich mir eigentlich erwartet habe. Den beiden wichtigen Themen unserer Zeit, nämlich der Schuldenbremse und der Umwelt, die alles andere überschatten, wurde in diesem Budget in keiner Weise Rechnung getragen. Wenn wir uns zum Beispiel unsere Ausgaben für den Umweltschutz ansehen, so haben wir für erneuerbare Energien gerade einmal den Betrag von 75.000,00 Euro zur Verfügung. Wir planen zwar noch eine Solaranlage um 350.000,00 Euro, doch im Rahmen des „e5-Programmes“ für energieeffiziente Gemeinden geben wir für die Erstellung des Konzeptes und für Veranstaltungen gerade einmal 40.800,00 Euro aus. Das ist alles, was zum Thema Umwelt passiert und was wir dafür übrig haben. Das ist meinem Erachten nach mit einem Betrag in Höhe von 466.000,00 Euro sehr wenig.

Ein zweites Thema im Budget, das mir ein wenig aufstößt, sind die Tarifierpassungen. Bürgermeister Manzenreiter hat gesagt, dass man bei den Tarifierpassungen knapp unter der Inflationsgrenze liege. Das ist schon richtig, nur die Bürgerinnen und Bürger haben leider Gottes nicht nur weniger Geld im Säckel, sondern auf Grund der Progression bleibt ihnen gerade einmal die Hälfte des Betrages, der die Inflation ausmacht. So werden die Bürger weiter in ihrem Budget eingeschränkt.

Ein sehr großes Thema meines Erachtens nach, das immer übergangen wird, ist das Thema Müll. Der Müll in Villach ist sehr teuer. Wir sind zwar auf der einen Seite in der Lage, eine Rücklage von 421.000,00 Euro zu bilden, und auf der anderen Seite bekommen wir über den Gewinn der Villacher Saubermacher GmbH & Co KG 344.000,00 Euro. Im Gesamten gerechnet heißt das, dass der Villacher 1,1 Millionen Euro mehr für Müll ausgibt, als die Realaufwendungen dafür effektiv ausmachen. Das sind für jeden Villacher - vom Baby bis zum Greis - 20,00 Euro im Jahr. Eine Familie mit drei Kindern zahlt somit 100,00 Euro im Jahr zu viel für den Müll.

Ich komme nun zu den Einsparungen. Die Bürgerinformation wird jedes Jahr teurer. Von 2010 auf 2011 waren es 16,3 Prozent, und von 2011 auf 2012 gibt es wieder eine Steigerung von 6,9 Prozent. Der Zuschuss für das Amtsblatt explodiert überhaupt auf 24,3 Prozent. Die Repräsentationsaufgaben sind mit 375.000,00 Euro auch schon wieder am Plafond angelangt. Die Gesamtkosten betragen allein für diesen Bereich 1,425.000,00 Euro. Ich verstehe es nicht ganz, dass man in diesem Bereich keine Einsparungsmöglichkeiten sieht. Für Musikveranstaltungen geben wir auch jedes Jahr mehr Geld aus. Von der

Abrechnung 2010 auf 2011 waren es 15,5 Prozent, und auf 2012 gibt es noch einmal eine Steigerung von 5,8 Prozent. Ebenfalls steigen die Kosten für Theaterveranstaltungen in Höhe von 15,2 Prozent. Zusätzlich bekommt die Neubühnevillach im außerordentlichen Haushalt noch einmal 60.000,00 Euro.

Das Projekt zum Jubiläum „80 Jahre autonome Stadt Villach“ lassen wir uns 73.000,00 Euro kosten. Eine ganz interessante Geschichte, die wirklich zu hinterfragen sein wird, ist die im außerordentlichen Budget vorgesehene Ausstellung „Sommer, Sonne, Adria – von Adriareise und Schmuggelfahrt“. Wir haben schon einige Ausstellungen solcher Art gehabt, von welchen wir sagen konnten, dass das Dinge sind, die die Welt nicht braucht. Für diese Ausstellung lassen wir 125.900,00 Euro springen. Das Congress Center Villach hat mit einem Abgang von 754.000,00 Euro ebenso wie der Bamberg-Saal mit einem Abgang in Höhe von 229.000,00 Euro neue Spitzenwerte erreicht. Wir können sagen, dass wir für Feiern und Veranstaltungen 2,2 Millionen Euro zum Fenster hinauswerfen. Wenn ich die Repräsentationsspesen dazu rechne, beläuft sich die Summe auf 3,7 Millionen Euro. Dem gegenüber stehen die Ausgaben für den Umweltbereich mit 466.000,00 Euro. Ich glaube, wir sollten hier doch das Augenmerk in eine andere Richtung lenken, nämlich auf unsere Zukunft.

Ich werde dem Budget mit Ausnahme der hier von mir genannten Punkte zustimmen.

Frau Gemeinderätin Zimmermann (Die Grünen Villach):

Die diesjährige Sitzung über das Budget fällt wie immer in die Adventzeit, und doch ist es heuer anders als in den Jahren zuvor. Man spürt in der Stadt eine gewisse Aufbruchsstimmung. Viele helfen mit, dass dieser Advent gelingt. Der Advent im Park, der Christkindmarkt, der Bauernadvent, die Geschäftsleute der Innenstadt, das Stadtmarketing, Schulklassen aus Villach, Italien und Slowenien, Kindergärten, Horte, Magistratsbedienstete, die Politik und noch viele andere – alle arbeiten auf diesem Gebiet zusammen. Sie helfen zusammen, damit viele Villacherinnen und Villacher sowie Gäste aus Italien und Slowenien und aus anderen Ländern nicht nur im ATRIO und in den anderen Einkaufszentren einkaufen und dort ihre Weihnachtseinkäufe erledigen, sondern sie helfen zusammen, damit die Villacher Innenstadt im Mittelpunkt steht, die Menschen die Atmosphäre spüren und unsere Stadt erleben. Natürlich ist nicht die hohe Kunst à la Cornelius Kolig und Mag.^a Putz-Plecko in den liebevoll eingerichteten Christkindmarkt-Ständen zu finden, aber es ist für jeden etwas dabei, und es spricht positiv die Emotionen der Menschen an. Es ist nicht das Stück „Romeo und Julia“ und nicht eine Aufführung des Burgtheaters, wenn das Christkind von hunderten Hirten begleitet von den Drauterrassen abgeholt wird - von Herrn Michael Weger inszeniert – und vom Schiff gemeinsam mit der Bauerngman zum Rathaus begleitet wird. Es ist ein großer finanzieller Aufwand damit verbunden. Einige hunderttausende Euro werden dafür investiert. Einiges wäre scheinbar einfacher gegangen, aber es geht hier um das gemeinsame Tun. Dieses gemeinsame Unternehmen, dieses Zusammenstehen und dieses Miteinander werden wir in der Zukunft brauchen. Sie haben heute schon gehört, dass Bürgermeister Manzenreiter auch dieser Meinung ist.

Nun komme ich zu den konkreten Zahlen in diesem Voranschlag 2012. Noch immer sind uns die Kosten für Bürgerinformation und Amtsblatt zu hoch angesetzt. Betrugten sie im Rechnungsabschluss 2010 noch 658.000,00 Euro, so sind sie im Voranschlag 2012 schon mit 781.000,00 Euro zu finden. Das entspricht einer Steigerung von 18,5 Prozent. Repräsentationen für Veranstaltungen stiegen im gleichen Zeitraum von 295.000,00 Euro auf 375.000,00 Euro. Das entspricht einer Steigerung von 27 Prozent. Hier ist unserer Meinung nach noch ein Spielraum gegeben, um sparen zu können. Nicht nachvollziehbar ist die Steigerung von 15,4 Prozent im Sportbereich. So sind für Jubiläumsveranstaltungen 354.000,00 Euro und zusätzlich für sportliche Großveranstaltungen nochmals 70.000,00 Euro vorgesehen. In Zukunft, denke ich, und Herr Bürgermeister hat uns das allen auch erzählt, wird es nicht möglich, so viele Events zu veranstalten. Wir werden uns so viele Veranstaltungen nicht mehr leisten können. Wir hatten bisher außer dem Fasching und dem Kirchtag noch das Wiesenfest und das Winzerfest, um nur einige aufzuzählen.

Nun möchte ich zu den wichtigen zukunftssträchtigen Projekten in diesem Voranschlag übergehen. Besonders erwähnenswert sind 250.000,00 Euro für die Photovoltaikanlage am Rathaus. Sie bringt uns dem „grünen“ Ziel, dass die Stadt Villach energieautark wird, ein Stück näher. Vor allem werden jetzt die Elektrotankstellen in der Stadt endlich zu Solarstellen, denn es ist nicht egal, woher der Strom kommt. Der Betrag von 65.000,00 Euro für alternative Energieförderung an Private ist vorgesehen, weiters 10.000,00 Euro für alternative Energieförderung an Vereine und 184.000,00 Euro für das Anruf-Sammeltaxi. Das sind lauter positive Beispiele, aber ich gebe meinem Vorredner Recht darin, dass die Mittel für diesen Zweck ziemlich knapp sind. Der Betrag von 12.000,00 Euro ist für die Förderung der Monatskarten für den Stadtbuss in den Wintermonaten vorgesehen. Im Vergleich zu den vorhin erwähnten Zahlen – Sie erinnern sich an die von mir genannten sechsstelligen Zahlen – handelt es sich dabei um wirklich bescheidene Beträge.

Villach ist Mitglied beim „e5-Programm“. Außerdem erarbeiten wir ein wichtiges Integrationsleitbild. Wir subventionieren die Mediathek, das CTR, die neuebühne villach, den Kulturhofkeller und die Alpe-Adria-Ausstellung. Das alles sind positive Zeichen, aber die Gewichtung ist noch lange nicht „grün“ genug. Die wirklich großen Brocken, da muss ich leider mit Bürgermeister Manzenreiter wieder einer Meinung sein, wie die Parkgarage in Warmbad mit 3,7 Millionen Euro, die neue Tennishalle des VAS mit 500.000,00 Euro oder die Kletterhalle mit 1,8 Millionen Euro müssen eindeutig nochmals überdacht werden. In Zeiten der Knappheit, wie man uns sagt, müssen notwendige Projekte zuerst und zukunftssträchtige vorrangig umgesetzt werden, doch der Luxus zuletzt kommen oder gestrichen werden. Sie haben die Worte des Herrn Bürgermeisters noch im Ohr: Wir werden etwas wegnehmen müssen. Ich habe prinzipiell nichts gegen Tennis, aber es stellt sich die Frage, ob im Winter Tennis gespielt werden muss – in Zeiten der Knappheit. Muss in einer Halle geklettert werden – in Zeiten der Knappheit. Kann die Kärnten Therme nicht auch mit Bahn und Bus erreichbar sein, deren

Haltestellen in unmittelbarer Nähe liegen, wenn die Zeiten schwieriger werden? Tennis im Frühling, Sommer und Herbst, Schneewandern, Langlaufen und Tourengehen im Winter – ist das nicht das Normalste auf der Welt? Jedes Ding hat seine Zeit.

Um es mit anderen Worten zu sagen: Ein anderes Leben ist möglich. Das bedeutet nicht unbedingt den Verlust von Lebensqualität. Wenn wir die Kletterhalle am Bahnhof zum Beispiel nicht bauen und in den Bergen klettern, könnten wir diese hässliche Baugrube zuschütten, denn aus dem EKZ wird dort scheinbar ohnehin nichts mehr. Außerdem haben wir genügend Einkaufszentren am Stadtrand. Wir machen dort einen schönen Park mit einem großen Spielplatz, und die Villacherinnen und Villacher werden sich darüber freuen und begeistert sein. Mit dem ersparten Geld in Höhe von 1,850.000,00 Euro könnten wir auf allen Häusern, die der Stadt Villach gehören, Solaranlagen bauen, mehr in Biomasse investieren, die Fernwärme ausbauen, den öffentlichen Verkehr, das heißt den Stadtbus, verbessern und mehr Geld für Kultur ausgeben. Das ist für die Stadt wichtig, denn die Zukunft wird sicher schwieriger. Wir werden bescheidener werden müssen. Das heißt aber nicht unbedingt, weniger Lebensqualität zu haben, denn wie sang schon ein berühmter Kärntner vor Jahrzehnten: „Was wirklich zählt auf dieser Welt, bekommst du nicht für Geld.“ Ich denke, dass die meisten von ihnen Udo Jürgens kennen.

Bürgermeister Manzenreiter in einem Zwischenruf:
Der lebt ja so bescheiden!

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Er nicht, aber er hat schon vor Jahrzehnten gewusst, was auf dieser Welt wichtig ist. Ich denke, dass er sich daran, bevor er stirbt, wieder erinnern wird. Nun möchte ich mit den Worten unserer diesjährigen Kulturpreisträgerin, Frau Mag.^a Barbara Putz-Plecko, schließen und darf sie mit einem Teil aus ihrer Rede anlässlich der Kulturpreisverleihung zitieren: „Ich halte es für jede Stadtentwicklung für enorm wichtig und zukunftsweisend, künstlerische und kulturelle Foren zu stärken. Diese behandeln immer Lebens- und Gesellschaftsthemen. Wenn wir erkennen, dass unsere Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen Menschen braucht, die über den Tellerrand schauen, Menschen, die überraschend neue Verbindungen herzustellen vermögen, braucht es dazu eine lebendige, mutige und neugierige Szene, die mit Verschiedenheit und Widerspruch konstruktiv umzugehen vermag.“ „Ich wünsche für die Stadt“, sagt Frau Mag.^a Barbara Putz-Plecko „dass sie diese Entwicklung pflegt und diesem Engagement Raum gibt. Es hält sie frisch und das hat etwas mit Lebensqualität zu tun“. Diesen Worten kann ich mich nur vollinhaltlich anschließen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Mag. Steinacher (ÖVP):

Ich werde mich wie gewohnt in straffer Manier zum Budget äußern. Ich möchte ganz kurz, bevor ich auf den Voranschlag 2012 eingehe, die internationale und nationale wirtschaftliche Lage beleuchten. Wie wir wissen, ist die Wirtschaft im Jahr 2011 um 2,9 Prozent gewachsen. Es wird prognostiziert, dass der Anstieg im

Jahr 2012 nur mehr 0,8 Prozentpunkte betragen wird. Ich erwähne das deswegen, weil dadurch deutlich weniger Einnahmen für die Stadt Villach fließen werden. Bürgermeister Manzenreiter hat dazu schon vieles gesagt. Ich darf mich an dieser Stelle, wie auch jedes Jahr, bei den Vertretern der Kärntner und der Villacher Wirtschaft namens unserer Fraktion bedanken. Unser Dank geht auch an Gemeinderat Plasounig, unseren „Mr. Wirtschaft“, wie ich ihn nenne. Ebenso für das Wirtschaftswachstum verantwortlich sind die tüchtigen Arbeitnehmer. Mein Dank geht an dieser Stelle an die Vertreter der Arbeiterkammer, Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, Gemeinderat Baumann und die Leiterin der Villacher Arbeiterkammer, Frau Gemeinderätin Hochstetter-Lackner.

Aus aktuellem Anlass möchte ich etwas zum Mindestsicherungs- und Chancengleichheitsgesetz sagen. Wir haben schon von Bürgermeister Manzenreiter gehört, dass durch das Mindestsicherungsgesetz und das Chancengleichheitsgesetz Belastungen auf uns zukommen, die sich auf zirca zwei Millionen Euro belaufen werden. Der Standpunkt der ÖVP Villach ist, und ich äußere mich diesbezüglich ganz deutlich, dass das absolut nicht einzusehen ist, und ich teile dazu ausdrücklich die Meinung von Herrn Finanzreferenten Bürgermeister Manzenreiter, der von Treu und Glauben gesprochen hat. Ich sage, dass die Tüchtigen bestraft werden. Villach steht im Kärnten-Vergleich relativ gut da. Wir sind, was die Finanzgebarung betrifft, relativ tüchtig und werden nun bestraft, indem auf uns Belastungen in Höhe von zwei Millionen Euro zukommen.

Für jene Gemeinderätinnen und Gemeinderäte – und ich gehe davon aus, dass es alle sind - die sich die Budgetentwicklung ganz genau angesehen haben, möchte ich dazu einiges kurz ausführen: Die bezeichnendste Kennziffer ist das öffentliche Sparen, das heuer nur einen Überhang von zwei Millionen Euro hat. Wenn ich nun von diesen zwei Millionen Euro die besagten zwei Millionen Euro an Belastungen abziehe, die wir mehr zu leisten haben, so steht uns im Jahr 2012 kein Spielraum für Investitionen zur Verfügung. Finanzexperten haben mir gesagt, dass man das so rechnen muss. Ich brauche jetzt nicht erläutern, was das öffentliche Sparen bedeutet, nämlich dass es der Überhang zwischen fixen Ausgaben und fixen Einnahmen ist. Ich berufe mich auf ein Expertenpapier, welches mit 22.11.2011 datiert ist. Wenn ich mir darin die öffentliche Sparquote für die Jahre 2012 bis 2016 ansehe, so stelle ich fest, dass diese sehr niedrig ist. Im Jahr 2012 wurde sie ursprünglich mit 2,1 Millionen Euro, im Jahr 2013 mit 4,5 Millionen Euro und 2014 5,8 Millionen Euro angenommen. Das war der Vorschlag der Verwaltung und der Experten.

Wir haben auf Grund dieser Kennziffer ganz wenig Spielraum für Investitionen. Wenn ich mir noch einmal die freie Finanzspitze als weiteren finanztechnischen Begriff ansehe, so ist diese bereits jetzt schon deutlich im Minus. Die freie Finanzspitze dient im Wesentlichen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben sowie zur teilweisen Bedeckung der Folgekosten neuer Investitionen. Diese Vorschau zeigt, dass diese freie Finanzspitze negativ ist. Ich teile die Analyse von Bürgermeister Manzenreiter, dass wir uns hinkünftig viele Investitionen nicht mehr leisten werden können, was ja bereits jetzt zum Teil der Fall ist. Da war von einer Belastung in Höhe von zwei Millionen Euro durch das Mindestsicherungsgesetz

noch gar keine Rede. Wir hatten bereits bei dieser Budgeterstellung große Probleme damit, unsere hinkünftigen Investitionsvorhaben zu bedecken.

Ich darf noch einmal auf drei Ziffern eingehen: Im Voranschlag 2012 macht die freie Finanzspitze ein Minus von 9,3 Millionen Euro aus. Diese Kennziffer sagt aus, womit wir hinkünftig unsere Investitionen bedecken können. Im 2013 wird sich die freie Finanzspitze auf ein Minus von sechs Millionen belaufen, im Jahr 2014 werden es fünf Millionen Euro sein. Diese Zahl wird sich nun mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen natürlich erhöhen. Wir stehen finanziell grundsätzlich nicht sonderlich gut da, was die finanziellen Mittel für neue Investitionen betrifft. Das möchte ich einmal mit aller Klarheit sagen.

Es gibt dann einen ganz wichtigen weiteren Punkt, Bürgermeister Manzenreiter hat es heute schon gesagt. Es geht um die Bedarfszuweisungen, die wir nach Vorabzug von Seiten des Landes Kärnten bekommen. Die Stadt Villach bekommt – und das ist kein Geheimnis - einen Fixbetrag von 800.000,00 Euro. Klagenfurt bekommt nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel ebenfalls 800.000,00 Euro. Es handelt sich hierbei um eine recht komplexe Berechnungsmethode, wonach als Grundlage sieben Millionen Euro dienen, soweit ich mich erinnern kann. Es ist heute viel über Gemeindereferent Landesrat Dr. Martinz geredet worden. Jener Schlüssel ist seinerzeit unter dem damaligen Gemeindereferenten Landesrat

Ing. Reinhard Rohr erstellt worden. Es war somit ein gestandener Sozialdemokrat, der diese „Benachteiligung“ für Villach konzipiert hat. So schaut die Situation aus. Es ist somit nur zu einer Wiederholung gekommen.

Die SPÖ hat uns nun eine Resolution vorgelegt, die an das Land Kärnten verabschiedet werden soll. Diese Resolution enthält das Ersuchen, dass die geplanten Benachteiligungen der Stadt Villach gegenüber aufgehoben werden mögen. Ich möchte noch einmal betonen, dass die ÖVP dieser Resolution grundsätzlich ihre Zustimmung geben wird, allerdings habe ich dazu einen Vorschlag. Herr Vizebürgermeister Pfeiler, ich würde einen gemeinsamen Antrag daraus machen. Es soll nicht nur eine Initiative der SPÖ sein. Wir sitzen im gleichen Boot und sollten damit symbolisch auch in das gleiche Horn blasen.

Ich darf abschließend auf einen bestimmten Punkt beim Voranschlag 2012 zu sprechen kommen. Was stellt sich die ÖVP vor? Wir haben es bereits medial thematisiert. Wir geben dem Budget grundsätzlich unsere Zustimmung, allerdings sagen wir, dass wir gewisse Umschichtungen vornehmen möchten. Ich darf heute nochmals die Finanzexperten zitieren. Bürgermeister Manzenreiter hat schon davon gesprochen, und ich teile seine Meinung, denke aber, dass die Summen doch ein wenig höher sind. Die Summen des ordentlichen und außerordentlichen Budgets liegen bei ungefähr 200 Millionen Euro. Daraus ergibt sich jene Summe, die frei dispositiv ist und über welche die Politiker für die Bedürfnisse und Nöte der Bevölkerung frei entscheiden können. Diese Summe beläuft sich auf zehn Millionen Euro und ist somit im Vergleich zu der Summe von über 200 Millionen Euro nicht sehr hoch. Ich erwähne das deswegen, weil wir bei diesen zehn Millionen Euro Umschichtungen für zirca eine halbe Million Euro, nämlich 457.000,00 Euro, vornehmen möchten, was fünf Prozent entspricht. Das ist im

Verhältnis zum Gesamtbudget eine relativ geringe Summe, aber im Vergleich dazu, was disponibel ist, ein relativ wesentlicher Betrag, wie wir meinen.

Die Bedarfszuweisungen bekommen wir vom Land. Wir haben für das Jahr 2011 einen Überschuss von 500.000,00 Euro. Dieser wird in den Voranschlag 2012 transferiert. Wir möchten davon 300.000,00 Euro umschichten. Ich gebe Gemeinderat Warmuth Recht, was die Repräsentationskosten betrifft. Wir stehen finanziell nicht so solide da, deshalb sollen die Repräsentationskosten um 50.000,00 Euro gesenkt werden. Ebenso soll es eine Einfrierung von Ausgaben im Kulturbereich, was Kunstankäufe und ähnliches betrifft, auf die Höhe der Voranschlagspositionen des Jahres 2011 geben. Das heißt, dass für diesen Bereich die gleiche Summe wie im Jahr 2011 zur Verfügung stehen soll und keine Erhöhungen vorgenommen werden. Die Umschichtungen ergeben in Summe 457.000,00 Euro. Wir haben entsprechende Abänderungsanträge vorbereitet, über welche wir vor dem grundsätzlichen Budget abstimmen werden. Ich bitte diesbezüglich um Ihre Zustimmung.

Wofür wollen wir nun die Summe von 457.000,00 Euro einsetzen? Es soll eine Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drau erstellt werden. Das ist aus der Sicht der ÖVP-Fraktion ein wichtiges Thema, wie es im letzten Jahr von Frau Vizebürgermeisterin Rettl auch richtig erraten wurde. Heute hat Klubobmann Gemeinderat Schick anscheinend prophetische Fähigkeiten, denn er hat es soeben gesagt. Wir verlangen 60.000,00 Euro für die Installierung einer Citystreife. Wir möchten an dieser Stelle sagen, dass es der SPÖ zu verdanken ist, dass sich auch der Rechnungshof mit diesem Thema beschäftigen wird.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf:

Davon weiß ich nichts. Es gibt keinen offiziellen Bericht. Wer hier anderer Meinung ist, weiß anscheinend mehr. Wie dieser Artikel in die Kronen Zeitung kommt, weiß ich nicht. Ich bin gespannt, wer sich dazu zu Wort melden wird. Jedenfalls wurde die Behauptung verbreitet, dass es eine Parteienfinanzierung gegeben hätte, was Schwachsinn und eine Dummheit ist. Ich weiß nicht, welcher Dummkopf so etwas verzapft. Ich behaupte und getraue mich auch zu sagen, dass nichts Derartiges stimmen wird. Derjenige, der behauptet, dass es hier eine Parteienförderung gegeben hat, ist ein Dummkopf. Dazu stehe ich.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf:

Das hat ja von Ihnen keiner behauptet.

Der Betrag von 170.000,00 Euro soll für die Altstadtförderung zur Verfügung stehen. Es ist uns wichtig, dass 170.000,00 Euro mehr in die Altstadt fließen. Ein Plus von 100.000,00 Euro soll es als Sonderförderung für leer stehende Geschäfte geben, 50.000,00 Euro für den Villacher Wohnstartscheck, der eine Idee von Frau Gemeinderätin Zwitter, MBA, zum Stichwort „Junges Wohnen“ war. Wir möchten außerdem 10.000,00 Euro für Wireless-LAN auf öffentlichen Plätzen einsetzen. Diese Punkte sind uns wichtig, und mit wenig Geld können so viele positive Impulse für die Altstadt bewerkstelligt werden. Das ist das Ziel der ÖVP-Vorschläge. Ein weiterer Vorschlag umfasst 10.000,00 Euro für die

Realisierung des Villacher Naschmarktes gemeinsam mit dem Marktamt. Dazu gibt es ganz tolle Ideen. Die letzten beiden Positionen umfassen 120.000,00 Euro mehr für Straßenausbesserungsmaßnahmen. Ich glaube, dass das absolut notwendig ist. 50.000,00 Euro sollen für die teilweise Weiterentwicklung des Gesamtverkehrsplanes zur Verfügung stehen. Diese Positionen sind uns wichtig. Die geplanten Umschichtungen ergeben in Summe 447.000,00 Euro. Wenn ich diese Summe von den genannten 457.000,00 Euro abziehe, ergibt das für den Budgetvoranschlag 2012 eine geringere Belastung in Höhe von 10.000,00 Euro. Den Voranschlag werden wir, wie ich erwähnt habe, grundsätzlich unterstützen.

Ich habe grundsätzlich alle Punkte genannt, möchte aber für das Protokoll etwas anmerken. Gemeinderat Warmuth hat gesagt, dass zirka 125.000,00 Euro im außerordentlichen Budget vorgesehen sind. Es ist hinterfragenswert, ob man in einer Situation, in welcher man mit Geldmitteln besonders sparsam umgehen muss, die geplante Ausstellung zum Thema Alpen-Adria wirklich durchführen sollte. Ich rege zumindest an, darüber nachzudenken. Ich weiß nicht, wie weit diesbezüglich schon vertragliche Dispositionen getroffen worden sind. Das wäre eine Möglichkeit des Sparens. Wie ich gehört habe, ist auch schon wieder eine Subvention an das Stadtmarketing ergangen, und ich habe erst kurz vor der Sitzung erfahren, dass für die „Villacher Wiesen“ mehrere 10.000,00 Euro geflossen sind. Ich rege auch an, dass man darüber gesondert reden sollte.

Ich darf Sie an dieser Stelle darum ersuchen, unsere tollen, innovativen Ideen für Villach und deren Bevölkerung zu unterstützen. Ich darf uns allen eine erfolgreiche und weiterhin so sachliche Budgetdebatte wünschen. Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei einem ganz speziellen Gemeinderat bedanken. Es ist wie jedes Jahr Gemeinderat Innerhofer, der uns wieder seine köstlichen Äpfel zur Verfügung gestellt hat. Ich wünsche uns ein erfolgreiches Jahr 2012 und ein herzliches Glückauf.

Gemeinderat Hartwig Warmuth verlässt die Sitzung, Gemeinderat Josef Spitzer nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil. Gemeinderat Arnulf Jachs verlässt die Sitzung, Gemeinderat Albert Gangl nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

Gemeinderat Schick (FPK):

Ich habe meine ganze Budgetrede über den Haufen geworfen, wie man auf gut Kärntnerisch sagt. Ich habe eigentlich vorgehabt, jene Punkte zu nennen, die uns stören. Es handelt sich dabei sowohl um Kleinigkeiten, als auch um größere Dinge. Ich wollte diese Punkte öffentlich nennen und kritisieren, bin aber nach der Rede von Bürgermeister Manzenreiter, in welcher er uns darüber informiert hat, dass uns eine Belastungswalze von über zwei Millionen Euro treffen soll, zu der Entscheidung gekommen, dass ich meine Punkte doch nicht mehr als wichtig erachte. Das sehe ich auch deshalb so, weil wir im Jänner wieder eine Gemeinderatssitzung haben werden, wenn das Ganze schlagend wird.

Ich persönlich mache mir Sorgen darüber. Es ist keine Kleinigkeit, was hier mit uns passieren soll. Ich empfinde die ganze Situation, nämlich was seitens des Landes mit uns gemacht werden soll, als eine Sauerei. Ich muss das wirklich so sagen. Es ist ein Anschlag auf Villach. Wir von der FPK, und ich darf jetzt für die ganze Fraktion sprechen, haben eine klare Linie. Wir steigen für Villach in den Ring und kämpfen für Villach. Ich darf an dieser Stelle alle Fraktionen darum ersuchen, dass wir wirklich unter dem Motto „getrennt marschieren, gemeinsam für Villach siegen“, wie es so schön heißt, unsere Kräfte, Sprachrohre, Handys und was weiß ich noch alles benützen, um in Gesprächen zu einander zu finden, damit wir das Ganze abwenden können. Ich finde, dass das für unseren sehr positiven Wirtschaftsstandort eine schlimme Sache ist. Bürgermeister Manzenreiter hat das so gesagt, und ich muss ihm diesbezüglich beipflichten. Dafür muss man nicht parteipolitisch denken, sondern nur mit den Unternehmern reden und die Zahlen betrachten. Es wird wichtig sein, dass wir wirklich diesem blöden rauen Wind aus Klagenfurt mit klarem Geist entgegen treten und so ziemlich alles gegen diese geplante Regelung mobilisieren. Natürlich findet die entsprechende Resolution, die uns mittlerweile vorliegt, die Zustimmung der FPK.

Wie gesagt werde ich meine ganze Budgetrede abkürzen. Ich darf eines an dieser Stelle erwähnen: Ich habe mich im Vorfeld sehr ausführlich mit dem Voranschlag befasst. Es ergeht von meiner Seite ein großes Dankeschön an Herrn Finanzdirektor Mag. Pinter mit seinem gesamten Team. Er hat es meinen Kollegen und mir ermöglicht, dass wir uns im Vorfeld über das Budget informieren konnten. Wir sind lange zusammen gesessen. Ich kann sagen, dass ihm keine der Fragen, die wir gestellt haben, zu blöd war. Er konnte uns viel erklären und uns gut beraten.

Ich darf weiters erwähnen, dass ich der Meinung bin, dass es von meiner Seite aus gar nicht mehr notwendig sein wird, in Zukunft Budgetreden daraufhin zu trimmen, dass man dezidiert und sehr detailliert jene Punkte hier am Rednerpult erwähnt, die man im nächsten Jahr nicht mittragen wird. Warum sage ich das? Ganz einfach deshalb, weil wir von den Erläuterungen des Budgets leben. Es ist vieles sehr gut darin erklärt, aber natürlich kann nicht alles darin enthalten sein. Es steht auch im Villacher Stadtrecht, dass die Beschlüsse in den Ausschüssen getätigt werden und dass es sich bei dem vorliegenden Werk wirklich nur um einen Voranschlag handelt. Mein Vorredner Gemeinderat Mag. Steinacher hat das Krone Stadtfest erwähnt. Das hat man im Budget vergebens gesucht. Nach Recherchen habe ich festgestellt, dass das nicht im Budget stehen muss. Es haben darin auch nicht alle Punkte Platz. Ich habe unseren Voranschlag mit seinen Erläuterungen mit jenem aus Klagenfurt verglichen. Wir in Villach sind mit unserem Budget und den entsprechenden Erläuterungen nämlich so gut bedient, dass wir es verstehen können. Das trifft auf jene zu, die sich nicht als Finanzgenies betiteln können. Deswegen werden wir einzelnen Punkten, zum Beispiel aus dem Kulturbereich oder bestimmten Veranstaltungen, die in den Ausschüssen vorgetragen werden, erst in der jeweiligen Situation, das heißt, wenn sie behandelt werden, unsere Zustimmung geben oder diese eben ablehnen.

Ich möchte allen gratulieren, die es geschafft haben, diesen „Adventmarkt Neu“ auf die Welt zu bringen, die ihn umgesetzt und eröffnet haben. Es freut mich jedes Mal, wenn ich mir das tolle Angebot vor Ort ansehe. Es kommen Menschen, die den Christkindlmarkt über die Köpfe der vielen Besucher hinweg fotografieren. An den Wochenenden bilden sich richtige Trauben von Menschen. Es ist toll, dass die Umsetzung so gut funktioniert hat. Ich habe nur eine kleine Kritik, die mir sehr am Herzen liegt. Wir haben bei diesem tollen Programm auch einen Streichelzoo. Ich wäre sehr dankbar dafür, wenn man diesen im nächsten Jahr einfach weglassen könnte. Schauen Sie sich diesen doch einmal an! Ich habe davon Fotos, die ich hier jedoch nun eigentlich nicht zeigen möchte. Ich denke, dass jemand, der einen normalen Zugang zum Thema „Umgang mit Tieren“ hat, sofern ich mir es anmuten darf, das so zu sagen, wenn er sich den Streichelzoo genau ansieht, feststellen wird, dass dieses „Angebot“ nicht notwendig ist. Der Streichelzoo wird die hohe Qualität, die der Villacher Adventmarkt hat, nicht noch mehr erhöhen. Ich bin eher der Meinung, dass dieser ein Nährboden für Kritik sein könnte, und das hat der Adventmarkt schon gar nicht verdient. Deswegen würde ich an dieser Stelle darum bitten, den armen Tieren das Locken und Ziehen am Fell durch Kinder zu ersparen.

Die Citystreife ist kurz angesprochen und hier als Vorschlag genannt worden. Ich muss dazu nur eines sagen: Das Thema ist hier im Gemeinderat schon sehr oft und aufwändig diskutiert worden. Diese Form der Citystreife, wie sie von der ÖVP vorgeschlagen und durch die Stadt geschickt wurde, brauche ich persönlich genau so viel, wie ein Loch im Kopf. Wir von der FPK haben das Ganze auf das Tapet gebracht. Dann ist aber natürlich von der ÖVP eine Promotionaktion dazu gestartet worden. Wir von der FPK haben das Thema in Angriff genommen, wir haben es solide und ehrlich hinter verschlossenen Türen diskutiert. Wir haben das Ganze bewusst nicht in die Öffentlichkeit getragen, wir haben nicht mit Emotionen und schon gar nicht mit Argumenten, die die Leute verunsichern könnten, gespielt. Daher haben wir jetzt wirklich federführend daran gearbeitet, dass es zu bestimmten Themen, wie Ordnungswache, Ausweitungen oder Bettelverbot, das heißt zu bestimmten Themen, auf welche in Zukunft wirklich geachtet werden soll, zu einer Ausschreibung kommt und das Ganze niet- und nagelfest gemacht wird, sodass nicht irgendwelche Querfinanzierungen vom Land nach Villach kommen und in irgendwelche Vereine fließen, deren Vorstände Parteiobmänner sind. Ich bin für einen ehrlichen nachhaltigen Weg.

Es ist mir wichtig, dass das ganze Projekt auch umgesetzt wird, aber ohne großes „Tam-Tam“ und Theater, wie Berichterstattungen im ORF und seitenweise Medienberichte. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass ein Projekt zum Thema Sicherheit eingeführt wird. Ich getraue mich auch zu sagen, dass dieses Projekt schon knapp vor der Umsetzung steht. Wenn es eingerichtet ist, wird das keiner extra bemerken, außer wenn es einen Vorfall gibt. Dann wird diese Sicherheits- oder Ordnungswache, oder wie immer man es auch betiteln wird, einschreiten – ohne große Zeitungs- und Medienberichte. Ich finde, dass dieses Thema für parteipolitische Interessen nicht tagtäglich ausgenützt werden sollte.

Es ist natürlich lobenswert, dass der Verein „safer cities“ wieder berücksichtigt wird. Es sind wirklich fachlich kompetente Herren, die bei diesem Verein arbeiten und werken. Man hört von ihnen nichts Negatives und bekommt perfekte Informationen. Sie machen ihre Sache gut. Ich darf an dieser Stelle ein großes Dankeschön an Herrn Obmann Dipl.-Ing. Komposch aussprechen.

Wie gesagt, werde ich Ihnen nun keine Projekte - von der Rollerstrecke bis zum Studentenheim - nennen, obwohl ich eine entsprechende Unterlage hier vor mir liegen habe. Ich appelliere nun zum Schluss noch einmal an alle Kollegen, da es mir sehr ernst damit ist, dass wir alle klare Worte finden und gemeinsam für Villach kämpfen. Jeder soll sich im Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten auf seine Hinterfüße stellen.

Wir werden natürlich dem Voranschlag, so wie er uns vorliegt, die Zustimmung erteilen. Wenn eine andere Vorgehensweise durch die Änderung des Mindestsicherungsgesetzes zum Tragen kommen sollte, müssen wir sowieso im Jänner zusammenkommen, um darüber zu debattieren.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl übernimmt den Vorsitz.

Vizebürgermeister Pfeiler (SPÖ):

Ich darf als Sprecher der Sozialdemokraten zum vorgelegten Budgetentwurf Stellung nehmen. Zuerst möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass meine Vorredner gerade auch, wenn es um die Interessen der Stadt geht, eine konstruktive Haltung einnehmen. Ich werde mich aber auch in der Folge mit einigen Dingen kritisch auseinandersetzen.

Sofort zum Beginn ist mir, der ich heute mit grippalen Erscheinungen zu kämpfen habe, aufgefallen, dass wir als wesentlichste Botschaft mitnehmen, dass gesunde Stadtfinanzen das wirksamste Mittel gegen Krisenauswirkungen sind. So wie ein gesunder Körper gegen Krankheiten immuner ist, so gilt es auch für unsere Stadtfinanzen. Dass das so ist, ist natürlich eine Leistung der Villacher Wirtschaft, der Villacher und der öffentlichen Verwaltung. Es ist in erster Linie aber auf die Weichenstellung der Finanzpolitik in der Stadt zurückzuführen, die sozialdemokratisch dominiert ist. Es wirkt sich erst jetzt richtig positiv aus, wie wir in den letzten Jahren gewirtschaftet haben. Es gibt unbestechliche Kennzahlen, die das unter Beweis stellen.

Ich möchte nur drei oder vier Zahlen nennen. Wir haben ein Pro-Kopf-Steuerentnahmen-Einkommen von 1.619,00 Euro. Bürgermeister Manzenreiter hat erwähnt, dass wir Schulden in der Höhe von 1.144,00 Euro pro Kopf haben. Wir haben heute gehört, dass jeder Bewohner Kärntens als Kärntner Bürger Schulden in Höhe von 4.000,00 Euro hat. Das ist schon ein riesiger Unterschied. Das Vermögen, das den Schulden in Höhe von 1.144,00 Euro gegenübersteht, beträgt

in Villach 1.463,00 Euro pro Kopf. Wir haben einen Personalkostenanteil im Rathaus von 23,1 Prozent, während dieser vor zehn Jahren noch bei 24 Prozent lag. Das heißt, dass die Kosten in Zeiten, in welchen die Anforderungen an das Rathaus immer höher werden, zurückgegangen sind. Trotz alledem sind wir in der Lage, weit über 30 Millionen Euro zu investieren.

Bei solchen Dingen ist es meiner Meinung nach immer ganz gut, wenn man Vergleiche anstellt. Diese Vergleiche sind heute von Bürgermeister Manzenreiter schon angesprochen worden. Ich möchte sie Ihnen aber trotzdem noch einmal vor Augen führen. Ein unverdächtig Zeuge, nämlich der Chefredakteur der Kärntner Woche, Uwe Sommersguter, hat vor einer Woche in einem Kommentar sehr treffend und richtig wie folgt beschrieben: Klagenfurt – Villach – eine klare Sache. Ein Blick auf die Infrastruktur der beiden Städte sagt alles. Klagenfurt legt mit einem statisch bedenklichen Hallenbad, einer historischen Eishalle, einem uralten Fernheizkraftwerk und einem bröckelnden Stadion sowie kränklichen Stadtfinanzen einen Offenbarungseid nach dem anderen ab, während Villach den Lindwürmern die Rücklichter zeigt, die Kärnten Therme vor der Vollendung und ein modernes Biomassewerk vor Inbetriebnahme stehen, es eine Nordische Arena gibt, die viele Stücke spielt und nun erweitert wird, und das alles bei ausgeglichenen Bilanzen. Das liegt nicht nur, aber auch an den jeweils Regierenden. Ich glaube, dass das eine eindeutige Zeugenschaft über den positiven Erfolgsweg unserer Stadt ist. Genau diese Punkte sind es, die uns als Sozialdemokraten ausmachen und die wir auch in Sachfragen von unseren Partnern im Gemeinderat einfordern.

Es ist unsere Tugend, verantwortungsbewusst zu sein, vor allem für die Zukunft unserer Stadt. Verantwortungsbewusstes Handeln heißt, dass wir alle Projekte, die wir umsetzen wollen, auf Nachhaltigkeit und Zukunftswirkung prüfen. Es wurden heute schon das Congress Center, die Altstadtoffensive, die Kärnten Therme und die Entscheidung, sich gegen einen Liftbetrieb am Dobratsch und für den Naturpark Dobratsch auszusprechen, erwähnt. Wir haben auch gehört, dass momentan im Budget für 2012 für die Fachhochschule 2,5 Millionen Euro vorgesehen sind, wenn das geplante Budget noch hält und es zu keinen Kürzungen kommt. Das ist eine riesige Investitionssumme. Ebenso wird die sehr hohe Summe von 270.000,00 Euro für das CTR bereitgestellt. Wir investieren in die nachhaltig wirkende Villacher Alpen Arena, die ja in erster Linie auf Initiative unseres Herrn Bürgermeisters zurückzuführen ist.

Verantwortungsbewusstes Handeln heißt auch Transparenz und Kostenwahrheit. Wenn wir heute zum Teil auch Kritik an der geplanten Gebührenanpassung hören mussten, so muss ich sagen, dass es nicht sein kann, wenn eine Stadt, das heißt die öffentliche Hand, ihre Betriebe, die sich betriebswirtschaftlich zu bewähren haben, aus dem Haushalt stützt und damit die Position der Stadt und des Ordentlichen Haushaltes schwächt. Verantwortungsbewusstes Handeln heißt, rechtzeitig Reformen einzuleiten und für eine sparsame, effiziente Verwaltung zu sorgen. Wir haben heute Ausführungen über den Bewertungsstellenplan gehört. Verantwortungsbewusstes Handeln heißt, keine Kosten mutwillig zu produzieren. Ich möchte auf die Forderungen, die Gemeinderat Mag. Steinacher heute hier

vorschlägt, nämlich Umschichtungen vorzunehmen, später eingehen. Verantwortungsbewusstes Handeln heißt, sich nicht über Probleme hinweg zu schwindeln und nicht in die Schuldenfalle zu stolpern. Verantwortungsbewusstes Handeln heißt, keinen Luftschlössern nachzuhängen. Ich erwähne dazu ein Beispiel, das uns längere Zeit beschäftigt hat und sich jetzt nachträglich als ein Flop herausstellt. Es geht dabei um die Badehäuser, die nicht nur eine Schnapsidee sind, weil sie Seezugänge sperren und das Ortsbild stören, sondern auch weil es hier keine Interessenten und keinen Investor gibt, wie wir wissen. Es gibt derzeit keinen einzigen privaten Interessenten, der sich für diese Badehäuser begeistern kann, für welche unser Tourismusreferent Stadtrat Mag. Weidinger einst so gekämpft hat.

Verantwortungsbewusstes Handeln heißt auch das Wahrnehmen sozialer Verantwortung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt zu fördern. Unsere Stadt, und das zeigt auch das Budget für das kommende Jahr, so wie es heute vorliegt, hat keine einzige Sozialleistung und keine einzige Gratisleistung für unsere Bürger gestrichen oder gekürzt. Schauen wir 38 Kilometer weiter nach Osten: Im Land Kärnten sind gerade im Sozialbereich Kürzungen und Streichungen an der Tagesordnung. Die neue Gesetzeslage soll inkludieren, dass bei Pflegefällen Angehörige zur Kostenbeteiligung herangezogen werden. Auch das ist eine Schlechterstellung in Zeiten sozialer Kälte. Die Förderung und Stärkung der Freiwilligenarbeit ist sehr hoch. Es konnte auch bei den Subventionen für Vereine im Sport-, Sozial- oder Kulturbereich im Wesentlichen der Level gehalten werden. Für uns Sozialdemokraten sind die Anliegen der Großen und die Sorgen der Kleinen gleichermaßen vorhanden.

Verantwortung wahrnehmen heißt aber auch, unser Budget gegen den geplanten Raubüberfall durch neue Landesgesetze in Schutz zu nehmen, denn wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Es freut mich, dass wir von den anderen Fraktionen spontan die Zusage bekommen haben, dass sie diesbezüglich mitwirken und helfen wollen. Ich als Sozialdemokrat stehe nicht hintan zu sagen, dass wir bereit sind, diese Resolution gemeinsam einzubringen, wenn alle Fraktionen im Haus zustimmen. Bei dieser Gesetzesänderung im Land Kärnten geht es darum, dass die Städte auf Grund eines neuen Kostenaufteilungsschlüssels exorbitant belastet werden sollen und damit der Zentralraum, der die Entwicklungs- und Wirtschaftslokomotive Kärntens ist, geschwächt werden soll. Genau jene, die den größten Beitrag für Kärnten leisten, sollen dadurch finanziell geschwächt werden. Herr Finanzdirektor Mag. Pinter hat das kürzlich so kommentiert, dass das nun das dritte Krisenszenario ist beziehungsweise einer Bedrohung gleichkommt, die auf unsere Stadt im finanziellen Bereich zukommen wird und die wir nicht so leicht wegstecken können.

Es wurde heute bereits erwähnt, welche Aufgaben der Zentralraum hat, das heißt, welche Aufgaben wir im zentralörtlichen Raum im Kärnten haben. Wir leisten in diesem Bereich als Bezirkshauptmannschaft Aufgaben, deren Ausgaben sich in Höhe von 5,5 Millionen Euro bewegen. Die neuen Gesetze sollen noch eine weitere kleinere Belastung mit sich bringen. Im Pflegebereich soll die Stadt hinkünftig nämlich all jene überprüfen, die Zuschüsse im Pflegebereich

bekommen. Das ist ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand, der mit Kosten verbunden ist. Es ist nicht eine Bestrafung der Tüchtigen, sondern der Versuch, Villach ein gutes Stück seiner Zukunft zu stehlen.

Ich lade Sie alle ein, heute in der Mittagspause an einer Protestaktion, zu welcher wir uns spontan entschlossen haben, vor dem Rathaus teilzunehmen. Um 13.00 Uhr wollen wir uns vor dem Rathauseingang treffen, um gemeinsam unseren Unmut über die beabsichtigte Gesetzesänderung kundzutun und gegen den Raubzug auf unser Budget entsprechend zu protestieren. Ich habe heute in den Mittelpunkt meiner Ausführungen das Wort Verantwortung gelegt, weil das genau jener Bereich ist, der uns von der ÖVP unter Stadtrat Mag. Weidinger und Klubobmann Gemeinderat Mag. Steinacher deutlich abhebt. Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die heute zum Teil schon angeklungen sind. So haben wir in unserem Klub recherchiert, dass die ÖVP in den letzten zwei Jahren 70 Anträge eingebracht hat, die die Stadt mit 2,5 Millionen Euro, was vorsichtig geschätzt ist, belasten würden. Dabei geht es nicht um Visionen, sondern hauptsächlich, und das werde ich noch beweisen, um unrealistische Luftschlösser und Begehrlichkeiten, die nichts mit der Stadt zu tun haben. Ich erinnere an die ÖVP-Anträge, wonach die Stadt Sicherheitsaufgaben wahrnehmen und die Wohnbauförderung bezahlen sollte. Nach Ansicht der ÖVP sollte die Stadt auch Aufgaben des Sozialreferates übernehmen. Ich erwähne auch den Antrag der ÖVP, wonach wir die Streetworker mitfinanzieren sollten.

Wir werden hier wie eine Mauer stehen und Villach davor schützen, dass wir mit diesen Forderungen, die zum Teil nicht einmal Aufgaben der Stadt sind, einen Schuldenweg beschreiten, der an Griechenland erinnert oder an den Klagenfurter Weg. Daher war es von Bürgermeister Manzenreiter ein ganz wichtiger Akt, wenn nicht sogar ein Notwehrakt, sinnlosen Anträgen mit einem entsprechenden Amtsvortrag, der heute unter Tagesordnungspunkt 41 behandelt wird, einen Riegel vorzuschieben. Er betrifft Anträge, die keine finanzielle Basis haben und nicht einmal so ausgelegt sind, dass man aus dem Inhalt eventuelle Folgekosten entnehmen kann. Unter Tagesordnungspunkt 41 wird dieser Antrag zur Behandlung und Abstimmung stehen. Man kann bei diesem Antrag davon reden, dass man damit eine Villacher Schuldenbremse gegen die Anträge der ÖVP einbringt.

Die ÖVP hat angekündigt, dass sie ein paar Umschichtungen vornehmen will. Es sollen neue, innovative Ideen sein, die wir jedoch alle schon kennen. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um alte Hüte. Ein Antrag ist interessant. Wie man so unverfroren sein kann und immer wieder die gleichen Dinge auf die Tagesordnung bringt, ist schon frappierend. Ich hatte vorhin die Kronenzeitung vor mir liegen. Sie berichtet von einer Prüfung des Landesrechnungshofes, der mit der Stadt Villach nichts zu tun hat. Der Landesrechnungshof kommt zu einem vernichtenden Urteil über die Citystreife. Ich lese ein paar Zitate aus der Zeitung vor: Es geht um die Finanzierung in Form von Subventionen, die Herr Dr. Josef Martinz als Landesrat dem Villacher Verein „Sicherfurtgehen“ gegeben hat. Dazu sagt der Rechnungshof unter anderem: Die geförderten Maßnahmen sind dem Bereich der allgemeinen Sicherheit zuzurechnen. Damit fallen diese auch nicht in die

verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Landes, sondern in jene des Bundes. Das haben wir auch immer gesagt, nämlich dass der Bereich Sicherheit weder die Aufgabe der Landes noch der Stadt ist. Der Landesrechnungshof attestiert, dass die Förderung durch das Land Kärnten nicht gerechtfertigt ist und verweist auf eine Resolution der Landesregierung, wonach eine Privatisierung der öffentlichen Sicherheit durch gewinnorientierte Sicherheitsfirmen nicht zuzulassen ist.

Landesrat Dr. Martinz hat, gleich wie sein Parteifreund Stadtrat Mag. Weidinger in Villach, Gemeinderats- beziehungsweise Regierungsbeschlüsse missachtet und die Dinge trotzdem fortgeführt, aber nicht privat, sondern mit öffentlichen Geldern aus Mitteln des Landes. Nachdem das Land für die Sicherheit nicht zuständig ist, wurde das Geld aus Gewerbemitteln des Landes herausgenommen, das heißt dass diese Mittel, auf welche Unternehmer einen Anspruch hätten, anders verwendet werden. Dann kommen die Prüfer zu dem Schluss, dass diese ganze Maßnahme wirkungslos war. Das haben wir auch gesagt. Die Anzahl der Sachbeschädigungen, Einbrüche und Raufereien bewegen sich auf einem im Vergleich zu anderen Städten unterdurchschnittlichen Niveau. Weder der Hauptplatz noch die Lederergasse seien als kriminelle Gefahrenzonen beziehungsweise Hot Spots zu bezeichnen.

Die genannte Maßnahme ist also fachlich und auch inhaltlich falsch, und trotzdem verbeißt sich die ÖVP darin. Klubobmann Gemeinderat Mag. Steinacher hat gesagt, dass derjenige ein Dummkopf ist, der behauptet, dass es sich bei dieser Aktion um eine versteckte Parteienförderung handle. Wenn man aber zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß man, dass ein ÖVP-Landesrat aus Mitteln, die ihm für diesen Zweck nicht zustehen, eine Aktion dieser Art in Villach und damit einen Verein fördert, der zu 100 Prozent aus ÖVP-Repräsentanten besteht und außerdem die Werbung für „Sicherfurtgehn“ mit dem ÖVP-Signet versehen ist. Dann braucht man nicht versuchen, mir zu erklären, dass das überhaupt nichts mit Parteienförderung zu tun hat.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Was hat der Landesrechnungshof mit der Parteienförderung zu tun?

Vizebürgermeister Pfeiler:

Ich habe nichts behauptet, ich habe nur eins und eins zusammengezählt. Die Sache ist eindeutig. Das stammt nicht von mir, sondern vom Landesrechnungshof. Sie werden doch nicht behaupten, dass der Chef des Landesrechnungshofes ein Dummkopf ist! Ich habe nur gesagt, dass derjenige, der eins und eins zusammenzählen kann, nicht behaupten kann, dass es keine Parteienförderung wäre.

Das Verantwortungsbewusstsein, gepaart mit Handschlagqualität, welches wir Sozialdemokraten haben, ist die Erfolgsformel für Villach. Wir gelten als die Erfolgreichsten im Süden. Der Bauboom in Villach wurde schon mehrfach erwähnt. Die Summe von 415 Millionen Euro wird von öffentlicher und privater Hand in unserer Stadt investiert und stärkt unseren Standort wie kaum einen zweiten in Kärnten. Villach ist das Zentrum der Innovation in Kärnten. Es wird

auch der Innovationskongress in Villach abgehalten. Bürgermeister Manzenreiter hat von den Diskussionen über Visionen schon entsprechend berichtet.

Ich möchte noch zwei Dinge ausführen und dann meine Rede beenden. Etwas ist mir ein besonderes Anliegen, wenn von Zukunft und Visionen die Rede ist, nämlich die Jugend. Wir haben in Villach ein beispielhaftes Jugendmitbestimmungsmodell, um welches uns ganz Österreich beneidet. Jugendliche dürfen bei uns nicht nur im Trockendock „Politik“ spielen, sondern sie sind direkt in die Politik eingebunden. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist. Wir werden heute Nachmittag erleben, wie der Jugendrat hier vor dem Gemeinderat spricht und damit von seinem Recht, mitzusprechen beziehungsweise vom Gemeinderat angehört zu werden, Gebrauch macht. Ich bitte Sie, dass Sie den Ausführungen folgen. Entgegen aller Unkenrufe ist unsere Jugend nicht politik- oder demokratieverdrossen. Wir haben 17 Jugendliche im Jugendrat, die hervorragende Arbeit leisten. Ich möchte hier ein Zitat von Stéphane Hessel einflechten. Das ist ein Diplomat, der zwei Bestseller geschrieben hat. Der letzte Bestseller heißt „Engagiert euch“. Er sagt, dass man davor aufpassen muss, dass der Abstand zwischen Politik und Jugend nicht zu groß wird. Die Jugend soll sich engagieren. Unser Bemühen ist es, dass dieser Abstand sehr eng ist. Das funktioniert auch.

Das zweite Element, das ich hier einbringen möchte, war heute mehrfach Thema und ist mir persönlich ein Anliegen. Es ist die Frage der Kultur. Ich halte nichts davon, dass man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bei der Kultur mehr spart als anderswo. Wir haben alle einen Beitrag zu leisten, und wir tun das auch, aber es wäre fatal, wenn man die Mittel für den Kulturbereich übermäßig kürzen würde. Kultur ist nicht nur eine bedeutende Zukunftsressource, sondern gewinnt bei gesellschaftlichen Prozessen an Gewicht. Konflikte sind im zunehmenden Maße kulturell grundiert.

Das Bekenntnis zur Kultur ist auch immer ein Bekenntnis zu den Wertgrundlagen einer Gesellschaft. Dazu sollten wir uns bekennen. Die Kultur erfüllt bei uns noch viele andere Aufgaben, nämlich auch ökonomischer Art. Das Gros der Veranstaltungen der Stadt Villach ist standort- und tourismuswirksam. So werden an 90 Tagen im Jahr von der Abteilung Kultur der Stadt Villach Veranstaltungen organisiert. Wir reden in diesem Zusammenhang gar nicht so sehr vom Kirchtag, sondern vom Keramikmarkt, der nach Gmunden der zweitgrößte in Österreich ist. Ich rede vom Straßenkunstfestival, dem Konzert auf der Draubühne und von den vielen Veranstaltungen, die in den Räumlichkeiten der Stadt Villach stattfinden. Ich spreche auch von der Kulturszene, die ihresgleichen in Österreich suchen muss.

In Kärnten ist die Villacher Kulturszene einzigartig. Das ist das Produkt der freien sozialdemokratischen Kulturpolitik. Ich möchte hier die Initiative „Kulturhofkeller“ erwähnen, wo großartige Kultur stattfindet. Es wird schon aus ganz Österreich beobachtet, was dort passiert, und es kommen Anfragen von Künstlern aus ganz Österreich, die hier in Villach auftreten wollen. Frau Gemeinderätin Zimmermann hat auch für die Kultur eine Lanze gebrochen und ein Zitat von Frau Mag.^a

Barbara Putz-Plecko vorgelesen, die den Kulturpreis der Stadt Villach bekommen hat. Ich möchte das Zitat vollenden. Frau Mag.^a Barbara Putz-Plecko hat gesagt: „Kärnten braucht eine Stadt wie Villach“. Ich denke, dass dies die wesentliche Aussage war.

Wir werden heute noch genügend Gelegenheiten haben zu diskutieren.

Ich möchte zum Schluss meiner Wortmeldung beziehungsweise meines Generaldebattenbeitrages kommen. Ich darf dieses Schlusswort dazu benutzen, um allen, die zur Budgeterstellung beigetragen haben, herzlich zu danken, allen voran Herrn Bürgermeister für seinen kämpferischen Einsatz für die Stadt, Herrn Finanzdirektor Mag. Pinter und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Budgets, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus sowie allen, die heute in Wahrnehmung der Verantwortung unserer Stadt gegenüber dieses Budget beschließen.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einer tatsächlichen Berichtigung:

Ich möchte auf die Worte von Vizebürgermeister Pfeiler eingehen. Es ist immer schön, wenn man nicht weiß, ob etwas zitiert wurde oder nicht. Es geht um die Passage die Citystreife und die Parteienfinanzierung betreffend. Ich berufe mich ganz dezidiert auf einen Artikel auf Seite 9 in der KTZ vom 22.5.2011. Hier steht Folgendes: Rechnungshof soll Villachs Citystreife durchleuchten. SPÖ ortet Parteienfinanzierung durch ÖVP und will Prüfer einschalten. Steuergeld soll in Werbefolder geflossen sein. Wir weisen den Vorwurf zurück. Das Geld ist nachweislich an eine Sicherheitsfirma gegangen. Ich möchte noch einmal betonen, und das habe ich auch in der Aussage bei meinem Generaldebatten-Beitrag gemacht: Ich kenne keinen offiziellen Bericht.

Vizebürgermeister Pfeiler in einem Zwischenruf:

Ich auch nicht!

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Es ist vernünftig, dass Sie das sagen. Ich gehe nun auf den Artikel in der Kronen Zeitung ein und habe die Prognose gestellt, dass der Rechnungshof sicher nicht feststellen wird, dass das Geld, welches es von Seiten des Landes gegeben hat, für irgendwelche Parteiwerbungen, wie Folder etc., ausgegeben wurde. Das möchte ich hier festhalten. Wer etwas anderes sagt, begibt sich auf sehr dünnes Eis. Ich bin in meinen Aussagen, was das Thema Parteienfinanzierung mit Steuergeldern betrifft, sehr vorsichtig und möchte hier diesbezüglich keine Unterstellungen haben.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte herzlich dafür Danke sagen, dass ich vom Villacher Gemeinderat für das vorgelegte Budget die Zustimmung erhalte. Diesmal bin ich sogar froh darüber. Sonst denke ich mir immer, wenn ich von den anderen Parteien zu viel Lob bekomme, dass ich darüber nachdenken muss, ob ich mit meinem Handeln richtig liege. Heute aber denke ich, dass die Zustimmung schon gut ist und nehme sie dankbar an.

Frau Gemeinderätin Zimmermann hat über das Angebot rund um Weihnachten in unserer Stadt gesprochen und gefragt, ob das Ganze notwendig ist. Ich darf ihr verraten, dass zu Weihnachten für mich, wie wahrscheinlich für viele Menschen, nicht die Events zählen, sondern Weihnachten eine ganz persönliche Sache ist. Ich stehe jedoch deshalb zu dem, was wir hier in der Innenstadt machen, weil wir damit Wirtschaftsförderung betreiben. Wir brauchen niemandem in Villach Weihnachten begreifbar machen, auch nicht, indem das Christkind kommt. Das weiß jeder. Die Geschäfte und die Gastronomie in der Altstadt machen 40 Prozent ihrer Umsätze in diesen sechs Wochen in der Weihnachtszeit. Die Gewerbetreibenden werden durch die Aktivitäten massiv unterstützt und gefördert. Die Villacherinnen und Villacher sind unheimlich stolz darauf, was uns hier gelungen ist. Dazu stehe ich schon. Es ist keine Weihnachtsgeschichte, sondern wenn man es ganz unsentimental sagt, handelt es sich dabei um Wirtschaftsförderung. Man kann es kitschig finden, wenn das Christkind mit dem Schiff kommt. Ich darf ihm den Stadtschlüssel überreichen, wobei ich nicht weiß, was das Christkind damit machen wird. Ich bin aber sehr dankbar dafür, dass es Veranstalter gibt, die etwas in dieser Richtung unternehmen. Genau das Gleiche trifft auf den Großteil der Events zu. Wir haben beinahe jedes Wochenende am Hauptplatz einen Event. Die Automesse zählt ebenso dazu wie der Keramikmarkt oder das Straßenkunstfestival. Ich denke, dass auch diese Events dazu beitragen, dass die Wirtschaft daraus profitiert.

Ich teile Ihre Meinung, dass man sein Leben auch anders gestalten und trotzdem zufrieden sein kann. Ich weise jedoch auf Folgendes hin: Wenn man in gewissen Bereichen, wie zum Beispiel im Sportbereich, weniger aktiv ist, fließt das Geld in andere Kanäle, zum Beispiel nach Klagenfurt, und wird dort für ein sinnloses Stadion verwendet. Gemeinderat Kofler hat das Beispiel gebracht, dass der Verein Union Klagenfurt 1,6 Millionen Euro bekommt. Dabei handelt es sich scheinbar um ein Parteaustauschgeschäft zwischen FPÖ und ÖVP, denn die Union Klagenfurt ist ein ÖVP-naher Verein. Dieser Verein bekommt vom Land 800.000,00 Euro für eine neue Tennishalle und neue Tennisplätze. Gemeinderat Kofler hat an das Land ein Ansuchen gestellt, und wissen Sie, was er bekommt? Nur einen feuchten Händedruck! Das ist alles, was er bis jetzt bekommt. Deshalb muss man irgendwann einmal darauf hinweisen, dass die anderen überschüttet werden. Wenn es innerhalb der Koalition solch politische Tauschgeschäfte gibt, bin ich doch der Meinung, dass wir uns diesbezüglich zu Wort melden müssen.

Ich möchte eigentlich gar nicht näher darauf eingehen, dass bei uns für 15.000,00 Euro private Sponsoren gesucht werden müssen, nur weil sich Landeshauptmann Dörfler geweigert hat, diesen Betrag pro Jahr zu zahlen. Ich habe hier einen Zeitungsartikel, in welchem steht, dass dem Fußballverein SK Austria Klagenfurt

wieder eine Million Euro gezahlt werden musste. Bei den Spielen von Austria Klagenfurt sind zirka 500 Zuseher anwesend und noch dazu ist dieser Verein in der Tabelle hinter dem Villacher Fußballklub, der sich beinahe alles selbst zahlen muss, zu finden. Ich kann Ihnen auch sagen, welchen Hintergrund diese Zahlung hat. Das Stadion wurde als gewerbliche Anlage errichtet, das heißt, es ist ein Gewerbebetrieb. Das bedeutet, dass der dort ansässige Verein Pacht zahlen muss. Deshalb kann man diesen Verein nicht in Konkurs schicken. Der Verein kann nicht aufhören. Außerdem sind 20 Prozent Mehrwertsteuer nachzuzahlen. Das sind 200.000,00 Euro. Das ruhigste Leben aller Sportfunktionäre Kärntens werden die Funktionäre des SK Austria Klagenfurt haben, denn der Verein muss ja am Leben erhalten werden.

Es ist schon gut, bescheiden zu leben, doch eine Stadt muss auch darauf achten, dass sie von den Mitteln, die wir alle – auch auf das Landesbudget bezogen - steuerlich aufbringen, ihren Anteil bekommt. Ich war vor kurzem mit einigen Vertretern von Villacher Vereinen beim Land Kärnten zur Vergabe des Förderschecks an Vereine für die Jugend. Dort hat der Villacher Turnverein Vorführungen gemacht. Es ist einfach eine Freude, wenn man sieht, was mit jungen Leuten geschieht, denen sich die ältere Generation in sportlicher Form als Trainer und Funktionäre zuwendet. Daher darf man den Sportbereich nicht unterschätzen. Eine meiner Lieblingsbeschäftigungen am Vormittag ist es derzeit, von meinem Fenster aus auf den Rathausplatz zu blicken. Es ist eine Freude, wenn man sieht, welchen Spaß die Kids am Eislaufplatz haben. Deshalb darf man den Sportbereich nicht außer Acht lassen. Natürlich können wir alle bescheidener leben, aber es muss gerecht zugehen. Verzicht ist nichts Schlechtes, aber der Verzicht muss gleichmäßig sein.

Gemeinderat Mag. Steinacher hat ganz laut die Frage gestellt, wer der Dummkopf ist, der über die Parteienfinanzierung für das Projekt „Citystreife“ gesprochen hat. Herr Gemeinderat Mag. Steinacher, ich kann Ihnen eine einfache Antwort geben: Der Dummkopf, der darüber gesprochen hat, bin auch ich. Natürlich ist wahrscheinlich kein Euro in die Parteikasse geflossen.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf:

Ich sagte wahrscheinlich! Vielleicht ist es auch durch die Untersuchung gelungen, etwas noch Geplantes abzuwenden, denn es sind fast 5.000,00 Euro wieder zurückgezahlt worden.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Woher wissen Sie das?

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich bin gut informiert. Es ist schon ein Pech, wenn die andere Seite viel weiß, denn so kann man eben keinen Schmach führen. Es sind 5.000,00 Euro zurückgezahlt worden. Vielleicht hat der Rechnungshof auf unser Verlangen hin doch noch rechtzeitig eingegriffen, sodass die Geldflüsse noch korrigiert worden sind. Es mag so sein! Ich glaube Ihnen, dass kein Euro endgültig in die Parteikasse geflossen ist.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Wenn der Bericht da ist, mache ich ihn öffentlich. Ich weiß nicht, wovon Sie hier reden!

Bürgermeister Manzenreiter:

Sie können den Bericht vom Internet herunterladen.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Der Bericht liegt nicht vor.

Bürgermeister Manzenreiter:

Natürlich!

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Der Bericht liegt nicht vor. Ich weiß nicht, woher die Zeitung diesen Bericht hat, und woher Sie das wissen. Es muss sich um einen Vorbericht handeln.

Bürgermeister Manzenreiter:

Jetzt habe ich Sie mit dieser Geschichte aber am Nerv getroffen. So reagiert man nämlich nur, wenn man ein schlechtes Gewissen hat, Herr Gemeinderat Mag. Steinacher.

Ich glaube Ihnen, dass eine Parteienförderung nie vorgesehen war oder dass das Ganze nachträglich repariert worden ist. Ich glaube Ihnen das alles. Wenn aber eine Aktion, die vom Steuerzahler finanziert wird, in allen Werbebroschüren als ÖVP-Aktion dargestellt wird, dann handelt es sich dabei doch um indirekte Parteienfinanzierung, was in diesem Fall einem Missbrauch gleichkommt. Wenn der Steuerzahler etwas bezahlt und der Verein, der vorgeschoben wird, es so präsentiert, als ob alles von der ÖVP und von Stadtrat Mag. Weidinger kommen würde, dann ist das als eine indirekte Parteienfinanzierung zu sehen, die zu verurteilen ist.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Wenn gesagt wird, dass Bürgermeister Manzenreiter den Christkindlmarkt initiiert, wäre das das Gleiche.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Dort steht aber nichts von der SPÖ.

Bürgermeister Manzenreiter:

Darf ich Ihnen jetzt ein Geheimnis verraten? Es stimmt sogar, dass Bürgermeister Manzenreiter diesen Christkindlmarkt und all das, was dort geboten wird, initiiert hat. Da ist nichts Falsches daran, doch es gibt nicht die Behauptung, dass die SPÖ das gemacht hat. Bürgermeister Manzenreiter hat das gemacht. Wir alle waren mit dem Christkindlmarkt unzufrieden. Jetzt muss ich anscheinend ein wenig deutlicher werden. Ich als Bürgermeister habe die äußerst unangenehme

Aufgabe übernommen, dem damaligen Betreiber zu sagen, dass es mit dem Christkindmarkt in der bestehenden Form nicht mehr weitergehen kann. Ich habe daraufhin aus den Reihen der ÖVP gehört, und ich kann Ihnen einen entsprechenden Zeitungsartikel zeigen, dass man mit Unternehmern auf diese Weise nicht umgehen kann. Genau diese Aussage, dass man mit einem Unternehmer auf diese Art nicht umgehen kann, stammt von einem prominenten ÖVP-Funktionär in Villach. Man kündige einem solchen Unternehmer nicht einfach so. Wenn ich die Vereinbarung jedoch nicht gekündigt hätte, würde dieser Unternehmer heute noch den Christkindmarkt ausrichten. Wir hätten heute noch dieses „Schmuddelwerk“, das man die vergangenen Jahre gehabt hat. Das ist die Situation. Der Leistungsbericht, dass der Bürgermeister den Christkindmarkt Neu initiiert hat, ist korrekt. Der Bürgermeister hat jedoch nicht nur das gemacht, sondern auch die Idee gehabt, dass wir dafür Unternehmer ins Boot holen. Das war die Idee des Bürgermeisters, der das Ganze auf einer Vertrauensbasis aufgebaut hat.

Ich werde Ihnen dazu noch etwas sagen: Sie werden es vielleicht trotzdem verstehen, obwohl ich es verschlüsselt sage, da ich niemandem, der davon betroffen ist, weh tun möchte. Aus den Reihen der Wirtschaftskammer beziehungsweise dem Wirtschaftsbund ist einem Unternehmer gesagt worden, dass er das Stadtmarketing verlassen muss, wenn er sich an der Initiative Christkindmarkt Neu beteiligt, da man im Stadtmarketing lieber Parteisoldaten hat. Nun sage ich dazu nichts mehr.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf:

Herr Gemeinderat Mag. Steinacher, Sie sind noch jung, aber schauen Sie sich einmal den Wirtschaftsbund an. Bei den Versammlungen werden seit 30 Jahren immer die gleichen Dinge von Herrn Kommerzialrat Gross genannt und bedauert. So spricht er davon, eine Seitengasse zu beleben, die eineinhalb Meter breit ist, aber er sagt nie, wie das gemacht werden soll. Es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele. Sie zeigen immer nur das auf, was schlecht ist. Wenn das Geschäft in der Seitengasse attraktiv ist, werden die Leute auch dorthin gehen. Wir haben in diesem Bereich die Musikschule ausgebaut und die Bibliothek im Gebäude der Arbeiterkammer, die gemeinsam mit der Stadt betrieben wird, um viel Geld modernisiert. Wir haben etwas unternommen, um diese Seitengassen zu beleben. Seit 30 Jahren gibt es nun die alten Hüte des Wirtschaftsbundes, vertreten durch Kommerzialrat Gross, der dort noch immer als Funktionär tätig ist. Ebenso gibt es immer wieder die alten Hüte der ÖVP. Der Höhepunkt war die Skandalisierung der Innenstadt als eine Stätte der Kriminalität. Es gibt noch alles Mögliche, jedoch keinen sinnvollen Beitrag, wie es von uns in Form von Förderungen gemacht wird. Stattdessen wird ein Hund von zwei Personen spazieren geführt, weil das eben „so lieb“ ist. Diesbezüglich hat der Rechnungshof die ÖVP auf eine Art zerrissen, wie ich es noch nie in einem Rechnungshofbericht in dieser Form gesehen habe.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Ich kenne diesen Bericht nicht.

Bürgermeister Manzenreiter:

Das, was in der Kronen Zeitung steht stimmt.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Es steht in der Kronen Zeitung kein Wort über Parteienfinanzierung.

Bürgermeister Manzenreiter:

In diesem Bericht in der Kronen Zeitung steht zwar nichts von Parteienfinanzierung, aber ich sage Ihnen, warum ich persönlich den Verdacht trotzdem ausspreche. Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich der Dummkopf bin, der von Parteienfinanzierung spricht. Man muss Millionen von Euro aufwenden, um den Imageschaden, den die ÖVP mit dieser „Citystreife“ verursacht hat, nämlich die Stadt Villach als Ort darzustellen, wo Kriminalität passiert, zu beheben.

Ich komme nun zur Wortmeldung von Gemeinderat Schick. Seine Wortmeldung war von patriotischer Haltung für Villach geprägt. Ich danke dafür, dass in dieser existenziellen Frage alle Parteien an einem Strang ziehen, wenn ich es so wiederholen darf, wie es Vizebürgermeister Pfeiler gesagt hat. Es ist jetzt sehr wichtig, dass wir dem Land gegenüber eine ganz klare Position beziehen. Danke für diese patriotische Haltung! Niemand will eine Parteiaktion daraus machen. In unserer diesbezüglichen Sorge soll die Resolution an das Land ergehen, und um 13 Uhr finden wir uns vor dem Rathaus zu einer Protestaktion ein, wo ein Foto gemacht werden soll. Wie gesagt, ist es nicht geplant, diese Aktion in irgendeiner parteipolitischen Form auszunutzen.

Was den Streichelzoo betrifft, möchte ich sagen, dass wir uns diesbezüglich wirklich Gedanken machen sollten. Ebenso sollte man darüber nachdenken, ob man das Ponyreiten im Rahmen der Brauchtumswoche am Hans-Gasser-Platz weiterhin anbietet. Vielleicht gibt es irgendetwas in dieser Art auf einer höheren Qualitätsebene. Diese beiden Angebote sind sicherlich verbesserungswürdig.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt, wie in den vergangenen Jahren, nun die Mittagspause abhalten und uns um 13 Uhr vor dem Rathaus treffen. Die Sitzung wird um 13.30 Uhr fortgesetzt.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf:

Ich schlage auch vor, nun in die Pause zu gehen und uns dann aber erst um 13.15 Uhr vor dem Rathaus zu treffen.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Wenn wir nun mit der Spezialdebatte beginnen, müssen wir sie später unterbrechen, was meiner Meinung nach viel schlechter wäre.

Die Sitzung wird von 11.50 Uhr bis 13.30 Uhr unterbrochen.

Bürgermeister Manzenreiter eröffnet die Sitzung um 13.30 Uhr.

Gemeinderat Ing. Klaus Frei verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Mag.^a Gerda Pichler nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil. Gemeinderat Horst Hoffmann verlässt die Sitzung, Gemeinderat Mag. Ingo Mittersteiner nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil. Frau Gemeinderätin Sigrid Bister verlässt die Sitzung. Gemeinderat Josef Lackner nimmt an ihrer Stelle an der Sitzung teil.

Pkt. 2.) Mitteilungen des Jugendrates

Bürgermeister Manzenreiter:

Wie bereits beim Beschluss der Tagesordnung bekanntgegeben, setzen wir die Sitzung mit den Wortmeldungen des Jugendrates fort. Es handelt sich dabei um Berichte aus ihren Klausuren und über ihre Vorstellungen, welche in der Budgetsitzung besonders wichtig sind. Ich darf in alphabetischer Reihenfolge Herrn Nicolas Dular, Herrn Patrick Fritz, Frau Bianca Moser, Frau Magdalena Mußnig, Frau Anja Rautnig und Frau Melanie Schuller begrüßen.

Sie wissen, dass Villach die erste Stadt, und ich glaube, noch immer eine der wenigen Städte ist, die einen Jugendrat hat, wobei Jugendrat nicht gleich Jugendrat ist. Wir haben seit vielen Jahren einen äußerst aktiven Jugendrat. Ich kann den jetzigen Jugendratsmitgliedern nur gratulieren und möchte ihnen danken. Es ist einfach erfreulich, wie optimistisch und positiv die Jugendlichen an die Fragen herangehen. Betreut werden sie von Herrn Mag. Sturm als Jugendbeauftragtem und Jugendreferent Vizebürgermeister Pfeiler. Herr Nicolas Dular, Frau Anja Rautnig und Frau Melanie Schuller werden zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen.

Nicolaus Dular:

Seit Mai dieses Jahres gibt es den neuen Jugendrat, bestehend aus 17 äußerst engagierten Jugendlichen, welche zahlreiche Ideen haben und diese auch umsetzen wollen. Auf unserer Klausur wurden Ideen erarbeitet und gesammelt, wovon manch eine bereits erfolgreich umgesetzt ist. Wir möchten Ihnen nun einen Einblick in unsere Arbeit geben und die Zukunftspläne des derzeitigen Jugendrates vorstellen.

Frau Anja Rautnig:

Der erste Punkt, den wir Ihnen präsentieren wollen, sind unsere Tanzpartys. Wie uns allen wohl bewusst ist, füllt sich die Stadt abends, speziell gegen Wochenende hin, immer mehr mit erschreckend jungen Leuten, die eigentlich nur Spaß und eine nette Gesellschaft suchen, aber leider spielt Alkohol dabei viel zu oft eine tragende Rolle. Wie kann man die Jugendlichen dazu motivieren, eben diesen gesellschaftlichen Spaß zu genießen, ohne dabei Alkoholeinfluss preisgegeben und von Rauchschwaden umgeben zu sein? Auf der Suche nach Alternativen fanden wir eine einfache Lösung, nämlich das Tanzen.

Das Tanzen bietet einerseits die Möglichkeit zu ausgelassener Bewegung, und andererseits fördert es Kreativität und Individualität. Genau darum haben wir uns entschieden, für die Jugendlichen Tanzpartys zu organisieren. Die Frage nach dem „Wo“ fand mit dem Jugendzentrum eine schnelle Antwort. Es stellte sich dann die Frage nach dem „Wann“. Nun, unser Ziel ist es, monatlich ein bis zwei solcher Tanzveranstaltungen anzubieten. Momentan sind wir zwar zeitlich noch etwas unkoordiniert, haben allerdings bereits tänzerisches Interesse geweckt. Doch Tanzstile sind verschieden. Da Breakdancer nur schwer für Wiener Walzer zu gewinnen sind, haben wir die Partys in zwei Kategorien eingeteilt. Es wird auf

einer Party Hip-Hop-Musik für modernes Tanzen und auf der nächsten Party Standard-Musik für Nachwuchs-Paartänzer gespielt.

Ich komme nun zum nächsten Punkt. Im Zuge der Organisation von diesen Tanzpartys haben wir bemerkt, dass es ein sehr großes Interesse am Tanzstil Breakdance gibt. Da auf diesen Partys einige trainierte und ziemlich professionelle Breakdancer aufgetreten sind, haben viele Nicht-Tänzer den Wunsch geäußert, diesen Tanzstil erlernen zu wollen. Wir haben uns daraufhin mit einem dieser Nachwuchstalente, nämlich Leo Bilic, zusammengesetzt und ihn gefragt, ob er vielleicht dazu bereit wäre, entsprechende Workshops anzubieten. Keine zwei Wochen später bekamen wir einen Termin und ein ausgearbeitetes Konzept in die Hand. Es fanden bereits zwei Workshops statt. Am 3.12. gab es gerade erst den zweiten Workshop. Die neu erworbenen Fähigkeiten können die Jugendlichen bei den nächsten Tanzpartys zeigen, trainieren und mit ihren Freunden teilen.

Beim nächsten Punkt spielt Musik auch wieder eine Rolle. Rhythmus brauchen die Jugendlichen nicht nur beim Tanzen, sondern auch beim Musizieren, das heißt, wenn sie selbst zu den Instrumenten greifen. Die Musikszene in Villach hat durch die Eröffnung des Kulturhofkellers einen Aufschwung erlebt, da sich Jungmusiker bei der Veranstaltungsreihe „openstage“ regelmäßig treffen können, um gemeinsam zu jammen. Doch bisher gab es für diese noch keine Möglichkeit, sich aneinander zu messen. Deshalb hat es sich der Jugendrat zum Ziel gesetzt, einen lokalen Bandwettbewerb im Herbst des nächsten Jahres zu organisieren, bei dem sich Nachwuchsbands aus Villach und Umgebung zu einem musikalischen Wettkampf treffen.

Nicolaus Dular:

Einer der Hauptpunkte bei der Klausur war ein Sportevent in der Villacher Innenstadt, wie es schon im letzten Jahr zur EM beim Congress Center mit dem „M-Ball“ stattgefunden hat. Diese Idee wurde weiter konkretisiert, und daraus entstand ein Fußball-Turnier am Villacher Rathausplatz. Bei der Überlegung, dieses Angebot fortzusetzen, gab es zwar einige Probleme, doch wir fanden dann eine rettende Lösung. Beim Trendsporttag 2011, welcher auch heuer ausgesprochen guten Zulauf hatte, gab es eine wirklich interessante Entdeckung, nämlich „Soap Soccer“, das heißt auf Deutsch Seifen-Fußball. Es handelt sich dabei um eine etwas ungefährlichere Variante des eigentlichen Fußballs und, wie Sie sich sicher vorstellen können, auch um eine äußerst lustige und sehr saubere Angelegenheit. Wir sind zurzeit mitten in der Planung und wollen im Jänner ein komplettes Konzept für dieses Event vorstellen. Auf eines dürfen Sie sich jetzt schon freuen: Ein Match zwischen Jugendrat und Politikern darf natürlich nicht fehlen, und wir laden Sie im Zuge dessen schon einmal herzlich dazu ein.

Frau Melanie Schuller:

Eine Aktion für die Öffentlichkeit war auch heuer wieder der Aidsstand am Hauptplatz am 1.12., dem Weltaidstag. Der Jugendrat beschäftigte sich mit diesem Thema, um Jugendlichen und auch Erwachsenen die Krankheit, und wie

man sich davor schützen kann, zu erklären. Hier sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass nur ein gemeinsamer Kampf gegen Aids möglich ist.

Mit der Aktion „Sicherheit“ wollen wir die Jugendlichen ermutigen, nicht immer weg zu schauen, sondern auch zu helfen. Mit Plakaten, auf welchen verschiedene gewalttätige Situationen dargestellt sind, soll den Jugendlichen vermittelt werden, was in einer solchen Situation getan werden muss. Diese Aktion soll als präventive Maßnahme dienen und es ermöglichen, dass sich Jugendliche darüber informieren können, wie sie sich in solchen Situationen richtig verhalten.

Der Jugendrat plant im Rahmen des Projektes „Jugend in Aktion“ eine Kooperation von Jugendgemeinderäten auf europäischer Ebene, bei welcher sich Jugendliche aus verschiedenen Städten, wie zum Beispiel aus Innsbruck, Esslingen, Baden-Baden und Villach, untereinander austauschen können.

Nicolaus Dular:

Eine Diskussion, die öfters aufkam, war die Radwegsituation in der Villacher Innenstadt. Viele Radwege verlaufen ins Nirgendwo oder sind nicht sicher genug. Hier will der Jugendrat ein genaues Konzept erarbeiten und sich die bestehenden Radwege ansehen. Der Gemeinderat wird herzlich dazu eingeladen werden, an einer Radtour teilzunehmen.

Ein sehr brisantes Thema, welches sich schon durch die Wahlkampagnen der letzten Jugendratskandidaten gezogen hat, ist die Erneuerung des Skaterparks. Das große Problem war dabei immer, dass die Skater sich nicht einig waren und deshalb keine gemeinsame Entscheidung über die Planung des neuen Skaterparks möglich war. Die Gruppe „Ästhetiker“, welche in dieser Szene äußerst gut integriert ist, hat sich dies nun zum Auftrag gemacht. Sie schafften es, eine gemeinsame Planung des Skaterparks voranzutreiben und fertigten ebenso einen Umriss des neuen Parks sowie eine Kostenschätzung an.

Die größten Unterschiede zum bisherigen Angebot sind durchdachte Anfahrtsstrecken und die Möglichkeit, dass auch Inline-Skater und BMX-Fahrer alles in diesem Park nützen können. Dabei handelt es sich um Dinge, die beim jetzigen Stand vollkommen fehlen. Die Geräte werden dabei nicht ebenerdig angebracht, sondern leicht in den Boden versenkt. Es soll sich in der Zukunft nicht nur um eine Anreihung von Geräten handeln, sondern der Park soll wirklich ein fixes Gesamtkonzept aufweisen. Bei der Erneuerung wird natürlich darauf geachtet, dass Vorgaben wie eine bestimmte Größe der Geräte eingehalten werden. Die Kosten für das Projekt und die weiteren Schritte der Planung werden mit der Stadt und den Skatern gemeinsam besprochen.

Der Jugendrat der Stadt Villach fordert den Gemeinderat auf, diese Initiative zu unterstützen, da es in Villach eine große Begeisterung dafür gibt und dies ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Jugendsportes ist. Wir bitten Sie, sich für dieses Projekt einzusetzen und auch die finanziellen Mittel aufzubringen, damit Villach ein Knotenpunkt für die Skatercommunity in Kärnten und im Alpe-Adria-Raum wird.

Wir hoffen, dass wir Ihnen einen Einblick über die Projekte des Jugendrates verschafft und Sie ein offenes Ohr für unsere Anliegen und Projekte haben. Wir wünschen noch einen guten weiteren Sitzungsverlauf.

Bürgermeister Manzenreiter:

Herzlichen Dank und mein Kompliment zu Ihrem engagierten und gekonnten Vortrag! Diejenigen, die schon lange im Gemeinderat sind, wissen die Arbeit, die seitens des Jugendrates geleistet wird, zu schätzen.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Liebe Jugendräte, ich möchte Ihnen als Jugendreferent zu Ihrem Auftritt herzlich gratulieren. Ich weiß, dass es nicht einfach ist, mit einem Mikrofon und vielen Zuhörern umzugehen. Das lernt man erst mit den Jahren. Sie haben es großartig gemacht. Ich möchte Ihnen bei der Gelegenheit für Ihre Bemühungen danken. Wir wissen alle, dass der Einsatz für das Gemeinwesen und die Allgemeinheit nicht immer etwas ist, das den Dank aller findet. Man braucht dafür sehr viel Energie, und er kostet sehr viel Zeit. Ich denke, dass Sie generell für die Jugendlichen ein Vorbild sind, da Sie Ihre Freizeit dafür einsetzen, etwas für das Gemeinwohl zu tun. Sie stehen mit beiden Beinen im Leben. So kenne ich Sie aus den diversen Gesprächen und Workshops. Sie sind fest in Ihrer Altersgruppe verhaftet. Das ist wichtig. Ich habe heute bei meinem Budgetdebattenbeitrag schon Folgendes erwähnt: Es geht darum, dass es das vornehmliche Ziel und die Aufgabe der „Erwachsenenpolitik“ sein muss, den Kontakt zur Jugend zu halten. Es gibt natürlich unterschiedliche Interessen und Generationsunterschiede. Diese Interessen müssen Unterschiede bleiben und dürfen nicht zu Konflikten werden. Das ist das vornehmliche Ziel der städtischen Jugendpolitik, wie wir sie verstehen. Es ist außerdem sehr erfreulich, dass die Frauenstimmen im Jugendrat sehr stark sind. Das entspricht nicht nur dem Trend, sondern ist auch gut so.

Ich darf auf die einzelnen Punkte, die angesprochen wurden, eingehen. Es gibt nach der Jugendratswahl mit den Jugendräten immer einen Workshop, in welchem sie ihr Programm erstellen und Dinge entwickeln, die anschließend Herrn Bürgermeister und mir präsentiert werden. Wir haben den jetzigen Jugendrat als sehr realistischen Jugendrat kennengelernt, der genau weiß, was er will. Dafür möchte ich entsprechend danken. Frau Anja Rautnig ist eine tanzbegeisterte junge Dame, die den Kulturhofkeller genannt hat, der – auch für die Jugend unserer Stadt – eine ganz wichtige Einrichtung ist. Es ist auch unser Anliegen, Bandwettbewerbe durchzuführen. Sie stoßen mit diesen Wünschen sicherlich auf offene Ohren. Frau Melanie Schuller behandelte sehr gesellschaftsbewusst die Frage Aids und Sicherheit. Was mir ganz wichtig ist, und es freut mich, dass das im Jugendrat gut erkannt wird, ist, dass das Thema Sicherheit auch eine Frage der Bewusstseinsbildung unter den Jugendlichen wird. In dieser Sache kann man oft nicht von oben herab etwas verordnen, sondern es geht darum, dass die Jugend ihr Bewusstsein entsprechend bildet und die Vernünftigen gewinnen. Es gibt ja diesen falschen Spruch: Der Gescheiterte gibt nach, der Dumme fällt in den Bach. Wir wollen aber nicht von dummen Menschen bestimmt werden. Es dürfen die Gescheiterten nicht nachgeben, sondern sie müssen für Ideale und Einstellungen entsprechend kämpfen.

Zum Schluss komme ich auf Herr Nicolas Dular zu sprechen. Er ist ein vieltalenterter, junger Mann, der auch Musiker und Kunstfotograf ist. So spielt er bei der bekannten Villacher Band „The New Jacks“. Herr Dular hat sich sehr stark für den Sport ausgesprochen und insbesondere die Erneuerung des Skaterparks genannt. Diesbezüglich war der Jugendrat schon im Vorfeld zu der heutigen Sitzung sehr aktiv und hat sich mit der Gruppe „Ästhetiker“ darum bemüht, dass wir eine entsprechende Planung bekommen. Unlängst hat es auf Einladung des Jugendrates eine Besprechung gegeben, bei welcher wir ein realistisches Programm erstellt haben, das wir in Zweijahresraten umsetzen können. Ich darf dem Jugendrat namens des Gemeinderates und des Herrn Bürgermeisters mitteilen, dass wir heute mit dem Budget die Summe von 100.000,00 Euro für die Erneuerung des Skaterparkes beschließen. Das ist auf Ihre Initiative zurückzuführen. In diesem Sinne sage ich nochmals herzlichen Dank und wünsche alles Gute. Machen Sie so weiter!

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich möchte mich von Seiten der ÖVP-Fraktion bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Jugendrates, ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie sich so aktiv und gewissenhaft einbringen. Es ist nicht selbstverständlich, dass man sich in seiner Freizeit engagiert und arbeitet. Es müssen doch viele Stunden für Projekte investiert werden, bevor sich etwas tatsächlich umsetzen lässt. Ihre Erfolgsbilanz ist wirklich sehr beeindruckend, wenn man zum Beispiel an die Tanzabende denkt, die umgesetzt wurden. Nun gelang Ihnen ein großer Wurf mit der geplanten Umgestaltung des Skaterpark, die, wie ich denke, einstimmig beschlossen wird. Das ist ein Beispiel dafür, wie sich Engagement auszahlen kann, wenn man sich positiv einbringt. Ich denke, dass Sie ein Vorbild für Jugendliche, Schülerinnen und Schüler und junge Arbeitnehmer, die in Villach unterwegs sind, darstellen. Sie haben innerhalb der Jugend tolle Netzwerke. Ich wünsche mir und hoffe, dass sich viele Alterskolleginnen und –kollegen, die entweder jünger oder aber auch eine Spur älter sind, ein Beispiel an Ihnen nehmen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Liebe Mitglieder des Jugendrates, ich möchte vorausschicken, dass ich stolz auf Sie bin. Ich freue mich, dass Sie die Jugend in Villach verkörpern. Das ist nämlich die Art von Jugendlichen, die wir haben. Ich persönlich sage Danke dafür, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die Themen Alkohol und Rauchen ein bisschen zurückgenommen werden sollen. Es wird – auch für mich als Gesundheitsreferentin - langsam langweilig, immer mit dem erhobenen Zeigefinger durch die Gegend zu gehen.

Wir von der FPK haben einen Antrag betreffend Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen eingebracht. Dieses Verbot soll nicht Ihnen gelten, sondern jenen, die den Alkoholkonsum missbrauchen, was wirklich ein Ärgernis ist und für die Jugend à la longue nicht gut sein kann. Dieses Alkoholverbot soll sich nur auf gewisse Plätze in der Stadt beziehen, nämlich dort, wo Jugendliche sich wirklich „niederdröhnen“. Das halte ich für unnötig, denn Reinigungsarbeiten sind die Folge. Außerdem ist übermäßiger Alkoholkonsum gesundheitsschädlich. Ich

möchte Sie von dieser Stelle aus bitten, diesbezüglich präventiv zu arbeiten, denn ich glaube, dass es einzig und allein die Jugend schaffen kann, anderen Jugendlichen insofern ein Vorbild zu sein, dass man auch ohne Alkohol auskommen kann. Tanzen, Sport und Spaß müssen nicht gezwungenermaßen Alkoholmissbrauch bedeuten. Ein Mal ein Bier zu trinken, ist nicht dramatisch. Wenn ich höre, welchen Weg Sie diesbezüglich beschritten haben, habe ich große Hoffnung auf Veränderung. Ich denke, dass Sie alle auch große Meinungsbildner sind und dadurch andere Jugendliche im Schneeballsystem davon überzeugen können, anders zu handeln. Dann finden wir vielleicht einmal eine Stadt vor, in welcher der Umgang mit dem Thema Alkohol funktioniert und wir Erwachsene uns nicht mehr darüber aufregen müssen. Ich danke Ihnen für Ihre Initiativen. Machen Sie so weiter, und überzeugen Sie die ganze Villacher Jugend, denn dann hätten wir eine Traumstadt – noch mehr, als sie es jetzt schon ist. Alles Gute und vielen Dank!

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Liebe Jugendrätinnen und –räte, ich möchte mich den allgemeinen Danksagungen anschließen und Ihnen ganz stolz berichten, dass meine Tochter beim ersten Jugendrat, den es in Villach gegeben hat, dabei war. Das muss nun schon 15 Jahre her sein. Ich habe hautnah erlebt, wie schwierig es ist, die Interessen dieser Gruppe, deren Mitglieder sehr unterschiedlich sind, zu vertreten. Was mich besonders freut, ist, dass Sie auch den Kulturhofkeller erwähnt haben. Ich glaube, dass Sie auch bemerkt haben, dass sich in der Lederergasse etwas getan hat, zwar nicht nur, aber auch wegen des Kulturhofkellers und auch auf Grund anderer Dinge. Es freut mich sehr, dass auch die Jugendlichen wirklich das Gefühl haben, dass sich in Villach etwas geändert hat. Das ist sicher auch dem Jugendrat zu verdanken, der in diesem Sinne durch sein Gestalten auf diese Entwicklung einwirken kann.

Was das Thema Alkohol betrifft, pflichte ich meiner Vorrednerin bei. Ohne Alkohol geht es besser. In diesem Zusammenhang muss ich schon ein wenig die Erwachsenen an den Ohren ziehen, denn es sind eindeutig mehr Erwachsene, die betrunken sind, als Jugendliche. Denken Sie an den Fasching und den Kirchtag! Wenn wir der Jugend ein solches Bild bieten, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sie es uns nachmacht. Deswegen würde ich sagen, dass wir nicht nur Alkoholverbot auf Plätzen beschließen sollten, sondern dass es bei allen Veranstaltungen, zu welchen die Stadt einlädt, keine alkoholischen Getränke mehr gibt. Wenn die Stadt Villach zum Beispiel zu einer VSV-Siegerparty einlädt, soll es nur Apfelsaft, Mineralwasser und Orangensaft geben. Das Bier und den Schnaps sollen sich die Leute selbst kaufen. Machen wir Erwachsene es den Jugendlichen vor, und schimpfen wir nicht immer auf die Jugend!

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich danke den Jugendratsmitgliedern nochmals dafür, dass sie hier die Beschlüsse des Jugendrates gemeinsam vorgetragen haben. Sie sind herzlich willkommen, noch hier zu bleiben, um diese Gemeinderatssitzung zu verfolgen. Vielleicht gibt es heute ein Beispiel dafür, dass erwachsene Gemeinderäte versuchen, Ihnen im Laufe der Debatte ein Vorbild zu sein. Das wäre wunderbar.

Pkt. 4.) Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012

Pkt. 5.) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung 2012 – 2016

Bürgermeister Manzenreiter:

Wir setzen bei diesen Tagesordnungspunkten fort. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich möchte zu den Generaldebattenbeiträgen noch einige Punkte anmerken. Zum Thema Tourismus hat Bürgermeister Manzenreiter bereits ausgeführt, dass wir bis Oktober ein Nächtigungsplus von 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatten. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind es 3,6 Prozent. Ein wesentlicher Indikator dabei ist natürlich die Wertschöpfung. Wir wünschen uns einen Gast, der sein Geld in dieser Region und vor allem in Villach lässt. Aus diesem Grund habe ich ein Tourismuskonzept, basierend auf der Marke Kärnten, ausarbeiten lassen. Ich habe es mit Vertretern der Wirtschaft, der Wirtschaftskammer, der Region, der Stadt und den Hoteliers initiiert. Aufbauend auf die Marke Kärnten, die gemeinsam mit der Österreich-Werbung in einem Österreich weit einzigartigen Prozess aufgesetzt wurde, sollen in Villach Ideen auf konkrete Projekte herunter gebrochen werden. Dieses Tourismuskonzept wurde gemeinsam mit dem Unternehmen Kohl & Partner erstellt. Es handelt sich dabei einerseits um eine entsprechend große Expertise aus vielen Projekten internationaler Natur, andererseits um eine lokale Expertise. Wie wir wissen, ist das Büro Kohl & Partner ein Villacher Unternehmen. Das Ergebnis umfasst zehn konkrete Projekte, die für uns und die Weiterentwicklung des Villacher Tourismus von sehr großer Bedeutung sind.

Ich möchte einen Punkt, den der Villacher Jugendrat heute schön vorexerziert hat, hervorheben, nämlich dass es gelungen ist, in Workshops realistische Projekte als solche auszuarbeiten, die man gemeinsam umsetzen kann. So haben wir zum Beispiel ein Projekt, das sich „Senza confini biken“ nennt, bei welchem es darum geht, dass man Radfahrern ganz konkrete touristische Angebote unterbreiten kann, damit der Gast, der am Drauradweg oder über andere Strecken nach Villach findet, hier seine Zelte aufschlägt und Tagesreisen in verschiedene Richtungen vornimmt. Die Wertschöpfung aber soll hier vor Ort bleiben. Bei diesem Projekt handelt es sich natürlich um eine Querschnittsmaterie. Wenn viele Gäste in Villach sind, hilft das auch mit, die Altstadt als solche zu beleben.

Aus diesem Blickwinkel habe ich in der ersten Runde der Verhandlungen ein entsprechendes Budget vorgelegt, über welches wir mit Herrn Bürgermeister diskutiert haben. Wie wir alle wissen, gibt es beim Tourismus nicht viel zu verhandeln, da nur die Gelder, die aus dem Tourismusbereich kommen, für touristische Angelegenheiten verwendet werden. Ich glaube, dass der Vorschlag, der nun am Tisch liegt, gut ist. Wir können auf dieser Ebene arbeiten. Ich werde das Gespräch mit den Stadtsenatsmitgliedern und Herrn Bürgermeister suchen,

um konkrete Projekte, die ausgearbeitet wurden, für Villach umzusetzen. Es sind Projekte, die als Querschnittsmaterien zu sehen sind. Ich möchte hier zum Beispiel den Naturpark Dobratsch anführen. Der Naturpark Dobratsch bildet gemeinsam mit den sechs Nationalparks unseres Bundeslandes in der Kärnten Werbung ein ganz zentrales Geschäftsfeld. Es gibt dazu das Projekt „Naturaktivpark Kärnten“. Wir wissen, dass viele Gäste, die nach Kärnten kommen, besonders die Natur genießen. Ich möchte mich hier für die gute Arbeit, die im Naturpark geleistet wird, bei Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger bedanken. Es wird ein tolles Programm geboten, womit man eine hohe Wertschöpfung nach Kärnten und somit auch nach Villach holt.

Ein weiterer Bereich, den ich noch anführen möchte, ist der Bereich Christkindmarkt Neu. Ich glaube, dass der Christkindmarkt ganz gut läuft. Es kommen zahlreiche Gäste, darunter viele Italiener, die sich darüber freuen, was hier passiert. Ich möchte eine Einladung aussprechen. Gemeinsam mit den Briefmarkensammlern von Villach gibt es heuer erstmalig in Villach ein Christkindl-Postamt, das am kommenden Samstag um 14.00 Uhr im Hotel Post seine Pforten öffnet. Das wird auch dazu beitragen, das Thema Christkind und Weihnachtsmarkt in Villach gut zu transportieren. Wir haben rund um das Wochenende 17./18. Dezember 2011 ein eigenes touristisches Paket geschnürt, da wir der Meinung sind, wie Bürgermeister Manzenreiter bereits gesagt hat, dass mit dem Einzug des Christkindls in die Stadt auch ein zusätzliches attraktives Angebot für die Stadt Villach am Entstehen ist. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Wochenende auch viel touristisches Potential hat, und es gelingen wird, Gäste von nah und fern nach Villach zu holen.

Ich möchte noch einmal grundsätzlich auf das Foto, das vorhin von uns allen gemeinsam gemacht wurde, zurückkommen. Wenn man sich in einer Zeit befindet, in welcher große Herausforderungen anstehen, so wie wir es jetzt mit einem Paket, das wirklich zu einer riesigen Belastung für das Stadtbudget führen könnte, erleben könnten, glaube ich sehr wohl, dass es notwendig ist, geschlossen zusammenzustehen. Ich denke, dass das der Villacher Gemeinderat in seiner Vollständigkeit sehr eindrucksvoll dokumentiert hat. Wir werden von unserer Seite das Beste geben, damit wir mit den Ansprechpartnern, die wir in Klagenfurt haben, auf ein deutlich besseres Ergebnis für Villach kommen können.

Ich möchte noch einen Punkt hervorheben, warum wir vorschlagen, dass das Thema Gesamtverkehrsplan schon im nächsten Jahr in Angriff genommen werden sollte. Wir haben im Budget des letzten Jahres den Gesamtverkehrsplan für heuer einstimmig beschlossen. Als zuständiger Referent habe ich diesen entsprechend vorbereitet. In einem Gespräch mit Herrn Bürgermeister und Experten wurde gesagt, dass dafür noch nicht der geeignete Zeitpunkt wäre, da bestimmte Verkehrsprojekte gerade in Fertigstellung sind. Ich bin der Meinung, dass wir jetzt mit den Vorbereitungen des Gesamtverkehrsplanes für das nächste Jahr beginnen sollten, denn es ist notwendig, dass wir begleitend dazu die Verkehrsströme messen und Datenmaterial schaffen. Das kann nicht nur für den Gesamtverkehrsplan eine notwendige Grundlage darstellen, sondern auch für das von Herrn Bürgermeister angesprochene Projekt „Smart City“, in welchem es

darum gehen soll, für das Jahr 2050 – mit einem Zwischenbericht im Jahr 2020 - Energieeffizienzziele in der Stadt Villach nicht nur zu fixieren, sondern dass es dazu auch einen konkreten Umsetzungsplan gibt. Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass es notwendig wäre, im Budget diesen Schritt zu setzen.

Ich möchte mich ganz herzlich bei der Verwaltung, namentlich bei Herrn Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart und bei Herrn Finanzdirektor Mag. Emil Pinter, dafür bedanken, dass die Unterlagen und die dazu notwendigen Informationen den Fraktionen exakt und in Windeseile zur Verfügung gestellt werden. In diesem Sinne wünsche ich uns allen heute noch einen erfolgreichen sachlichen Verlauf der Sitzung und sage „Glückauf, Villach“!

Gemeinderat Sobe:

Herr Stadtrat Mag. Weidinger, Sie haben Ihre Wortmeldung sehr schnell, quasi in Wasserfall-Technik, vorgetragen. Ich muss dazu sagen, dass ich mich nicht daran erinnern kann, dass das von Ihnen angesprochene Konzept von Kohl & Partner in einer Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Tourismus vorgetragen oder diskutiert worden wäre. Es wurde auch nie im Gemeinderat behandelt. Deshalb muss ich mich schon fragen, ob es aus irgendwelchen Gründen diesbezüglich Ängste gibt oder ob man die Vorstellung noch nachholen kann. Es ist nämlich eigenartig, dass man hier im Gemeinderat versucht, das eine oder andere weiterzubringen und den Leuten etwas vorstellt, aber andererseits in den zuständigen vorberatenden Gremien in keiner Weise dazu bereit ist, das Konzept vorzutragen beziehungsweise zu diskutieren. Vielleicht habe ich die Behandlung dieses Punktes versäumt oder war gerade bei jener Sitzung, in welcher darüber gesprochen wurde, nicht anwesend. Es kann natürlich aber auch sein, dass die Präsentation nachgeholt wird.

Gemeinderat Gangl:

Ich habe mir das Budget mit seinen vielen Positionen angesehen. Ich bin der Meinung, dass wir auf Grund der wirtschaftlichen Situation sicherlich da und dort einiges anders machen können oder sollen. Ein Punkt ist mir besonders aufgefallen, nämlich jener, der die laufenden Transfers an private Organisationen ohne Erwerbszweck behandelt. Wir beschließen hier einen Betrag von 480.000,00 Euro. Im Hintergrund handelt es sich dabei um Förderungen und Schulungen sowie Klubunterstützungen für die Gemeinderatsfraktionen. Zu diesem Punkt möchte ich ein votum separatum einlegen, da ich der Meinung bin, dass dieser Punkt nicht zeitgerecht ist.

Ich möchte Sie nun ein wenig an dieses Thema heranzuführen. Wir haben diesen Punkt im Jahr 1997 beschlossen. Im Jahr 1997 betrug die Summe auf der Voranschlagstelle für laufende Transfers an private Organisationen ohne Erwerbszweck knapp 180.000,00 Euro. Ich nenne die damaligen Summen auch in Euro. Der Anteil an diesen Förder- und Schulungsgeldern betrug damals 150.000,00 Euro. Jetzt beschließen wir auf der genannten Voranschlagsstelle 480.000,00 Euro. Der Anteil an diesen Förder- und Schulungsgeldern für Mandatare beläuft sich jetzt auf sage und schreibe 386.000,00 Euro. Ich möchte Sie noch ein wenig auf die Dimension dieser Förderung aufmerksam machen. Wir

haben seit dem Jahr 1997 einige Mandatare noch immer im Amt, wie zum Beispiel Gemeinderat Koren, Gemeinderat Ing. Woschitz, Gemeinderat Kofler oder Frau Vizebürgermeisterin Rettl. Gott sei Dank sind sie noch im Amt. Die Summe aber, die die Mandatare auf Grund dieser Förderung bekommen haben, beläuft sich auf 85.000,00 Euro. Wenn ich diesen Betrag mit der Ausgabe für ein Studium vergleiche, so muss ich festhalten, dass sich die Kosten für einen Dokortitel auf knapp 16.000,00 Euro belaufen. Das heißt, dass wir von der Wertigkeit her gesehen Mandatare im Gemeinderat sitzen haben, die demnach einen fünffachen Dokortitel haben könnten. Ich werde Ihnen dazu eine Episode erzählen: Gemeinderat Sobe bezieht diesen Beitrag auf ein Auto. Ich habe ihn auf der Straße getroffen und er hat mir zugerufen: Herr Gangl, Sie brauchen doch kein Bildungs- und Schulungsgeld mehr. Sie fahren ohnehin schon ein relativ großes Auto. Ich fahre einen BMW. Wenn man diese Ausgaben auf ein Auto reduziert, Herr Gemeinderat Sobe, dann müssten Sie jetzt einen Porsche haben.

Gemeinderat Gangl auf einen Zuruf:

Ich bin gefahren, das tut jedoch nichts zur Sache, Herr Gemeinderat Sobe.

Ich glaube, dass es absolut wichtig ist, dass wir die Mandatare fördern und schulen. Das ist unbestritten. Man sollte aber zeitgerecht und in gewissen Situationen mit dem Geld der Villacher Steuerzahler wirklich sach- und fachgerecht umgehen. Ich möchte vielleicht Folgendes dazu sagen, und Herr Bürgermeister hat mir am Vormittag aus der Seele gesprochen: Wir als Villacher Gemeinderäte beschließen für uns vereidigte Mandatare eine Förderung. Wir sind in der Abwicklung dieser uns bewilligten Förderungen selbst tätig. Das heißt, wir wickeln diese Aktion ab und zahlen die Förderungen aus, was bedeutet, dass dieses Geld auch widmungsgemäß dementsprechend verwendet werden muss, was natürlich auch jeder macht. Ich möchte hier niemandem unterstellen, dass er das nicht tut. Wie Sie wissen, gibt es für jede Schulung ein Schulungskonzept, Kursbesuchsbestätigungen oder diverse Abrechnungen. Das vorweg wissend setzt für mich natürlich voraus, dass ich den Antrag über die Kontrolle für diverse Projektierungen und über bestimmte Mitfinanzierungen dementsprechend im Vorfeld kläre. Das heißt eigentlich, dass der Antrag, der vom Herrn Bürgermeister heute zum Thema Kontrolle, Finanzierung und Durchführungsmöglichkeit oder Transparenz eingebracht wird, voraussetzt, dass Sie heute schon wissen, was Sie im ersten oder im zweiten Quartal des Jahres 2012 an Schulungen und Bildungsveranstaltungen konsumieren werden. Es ist ja nicht so, dass man eine Schulung innerhalb von einer oder zwei Wochen organisiert. Wenn 15 oder 20 Personen von einer geplanten Fortbildung betroffen sind, muss man dafür ein gewisses Schulungs- und Bildungskonzept haben. Wie Sie wissen, gibt es dazu verbindliche Angebote.

Als ich mir den Zahlungsfluss von diesem Bildungs- und Schulungsgeld angesehen habe, hat mir zum Beispiel Frau Gemeinderätin Zimmermann bestätigt, dass sie es hinkünftig genau so machen wird, dass sie das Geld für Schulungen oder Fortbildung verwenden wird. Es ist sehr lobenswert, dass sie es hinkünftig so machen wird, aber eigentlich hätten sie auch schon in der Vergangenheit so vorgehen müssen.

Ich möchte Ihnen die Brisanz dieses Antrages, den Sie jetzt beschließen, ans Herz legen.

Gemeinderat Gangl auf einen Zuruf:

Frau Gemeinderätin Zimmermann wird noch etwas dazu sagen. Sie hat, glaube ich, mit Herrn Magistratsdirektor Dr. Mainhart darüber gesprochen, der ihre Anfrage schon insofern relativiert hat, als dass diese Vorgehensweise nicht geprüft wird.

Frau Gemeinderätin Zimmermann in einem Zwischenruf:

Ich muss meine Belege nicht mitführen.

Gemeinderat Gangl auf einen Zuruf:

Nein, aber für den Fall, dass geprüft wird, müssen Sie diese haben.

Gemeinderat Gangl auf einen Zuruf:

Ich glaube nicht, dass Herr Magistratsdirektor gesagt hat, dass er nicht prüft, sondern er wird gemeint haben, dass er auf Antrag prüfen kann. Irgendwann einmal könnte schon ein Antrag kommen. Das muss man schon ein wenig relativieren.

Bürgermeister Manzenreiter:

Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Gemeinderat Gangl:

Ich werde mich jetzt ganz kurz fassen. Wenn ich den Titel „Transfers an private Organisationen“ sehe, dann ist jede private Organisation, so wie wir es im Klub sind, ein Verein. Das heißt abschließend noch, dass jeder Vereinsvorstand, der mit diesen Klubgeldern beziehungsweise mit diesen Schulungs- und Bildungsgeldern aber auch Förderungen zu tun hat, bei einer nicht widmungsgemäßen Verwendung voll privat haftbar ist. Das besagt das Vereinsgesetz. Noch dazu abschließend - denn die fünf Minuten sind ja schon längst vorbei - besagt das Vereinsgesetz, dass bei der jährlichen Generalversammlung, die jeder Verein ebenso wie eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung haben muss, diese transparent gestaltet werden muss und der jeweilige Vorstand entlastet wird.

Herr Bürgermeister hat gesagt, dass es im Jänner noch eine kurze Besprechung zu diesem Voranschlag geben wird. Ich hinterlege gern mein votum separatum und gebe jedem Mandatar die Empfehlung zu bedenken, inwieweit er diesem Punkt zustimmen kann. Danke, Herr Bürgermeister, für die Toleranz!

Bürgermeister Manzenreiter:

Für die Erteilung der Wortmeldung braucht man sich bei mir nicht zu bedanken. Das ist ein Recht, das laut Stadtrecht jedem Mandatar zusteht.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger:

Ich darf mich heute bei diesem Budget im Speziellen zum Thema Gebühren, das heute schon das eine oder andere Mal angesprochen worden ist, zu Wort melden. Ich möchte auf die Stellungnahmen meiner Vorredner eingehen. Bürgermeister Helmut Manzenreiter hat heute Vormittag gesagt, dass die Gebührenerhöhungen im Schnitt unter der Inflationsrate liegen. Ich werde später ein Rechenbeispiel, das auf einen Durchschnittshaushalt ausgelegt ist, bringen und damit seine Aussage relativieren. Herr Bürgermeister hat außerdem gesagt, dass die Betriebe der Stadt exzellent gewirtschaftet haben. Ich stoße hiermit ins selbe Horn und bedanke mich in diesem Zusammenhang auch seitens der Österreichischen Volkspartei bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der stadteigenen Betriebe und beim Wirtschaftshof. Allen voran möchte ich Herrn Mag. Walter Egger ein herzliches Dankeschön aussprechen. Herr Bürgermeister hat weiters gesagt, dass die Umsätze und auch die Gewinne der Firma Saubermacher steigen werden. Ich komme später noch im Detail darauf zu sprechen. Gemeinderat Warmuth hat heute Kritik über die Müllgebühren geäußert. Diese Kritik möchte ich unterstreichen. Vizebürgermeister Pfeiler, dem ich vorweg eine schnelle Genesung von seinem grippalen Infekt wünsche, hat heute das Thema „Verantwortliches Handeln“ angesprochen. „Verantwortliches Handeln“ heißt auch, die Bürgerinnen und Bürger nicht noch stärker zu belasten, sondern die klein- und mittelständischen Unternehmen zu stärken und sie nicht durch noch höhere Gebühren zu belasten. Herr Vizebürgermeister, das bedeutet auch für uns, verantwortlich zu handeln.

Zum Thema Müllgebühren möchte ich Folgendes sagen: Das Geschäft mit dem Müll boomt. Zum Stichwort Saubermacher möchte ich erwähnen, dass als Gewinnerwartung 344.000,00 Euro budgetiert sind. Die Villacher Saubermacher GmbH & Co KG befindet sich zu 50 Prozent im Besitz der Stadt Villach. Die Gewinnerwartung in Höhe von 344.000,00 Euro macht gegenüber der Summe von 175.896,00 Euro, die im Voranschlag für das Jahr 2010 zu finden war, nahezu den doppelten Gewinn aus. Bei den Abfallgebühren hat die Stadt Villach im Jahre 2010 6,460.000,00 Euro abgerechnet. Mit der budgetierten Summe von 6,875.000 Euro für das Jahr 2012 entsteht ein zusätzlicher Betrag von 415.000,00 Euro, der seitens der Villacherinnen und Villacher in das Budget eingebracht wird. Man sieht hier, dass einerseits die Gewinnabschätzung der Firma Saubermacher in das Budget einfließt und darüber hinaus die zusätzlichen Gebühren, die aus diesem Titel lukriert werden. Das Geschäft mit dem Müll boomt eben.

Wir alle zahlen als Konsumenten die Entsorgung für die Warenverpackung bereits beim Einkauf mit. Die Wirtschaft zahlt für diese Einnahmen Abgaben an die ARA, die Altstoff Recycling Austria AG. Die ARA zahlt an die jeweiligen Kommunen entsprechende Gelder für die Abfallentsorgung. So bekommt auch die Stadt Villach einen Beitrag von der ARA. Aus diesen Einnahmen aus Elektromüll, Altmetall und anderem lässt sich ebenfalls ein guter Kassaeingang bestätigen, der mit einer Summe von 660.000,00 Euro für das Jahr 2012 budgetiert ist. Diese ist um zirka 60 Prozent höher, denn der im vorigen Jahr im Voranschlag budgetierte Betrag belief sich auf 418.900,00 Euro.

Nun komme ich noch einmal auf die Inflationsrate zu sprechen. Die Abfallgebühr soll in den nächsten Jahren um je 2,5 Prozent angehoben werden. Das sind im Schnitt 3,64 Euro pro Jahr. Bürgermeister Manzenreiter hat die Information über die geplante Erhöhung in einem Pressebericht unter dem Titel „Trotz der Krise kein Notprogramm“ ausgesendet und kommentiert. Ich möchte diese Aussage relativieren und dazu ein Rechenbeispiel bringen. Zahlte man für die wöchentliche Abfuhr eines Müllbehälters mit 1.100 Liter voriges Jahr noch 2.372,08 Euro, so werden es im Jahr 2013 2.664,64 sein. Das ist eine Differenz von 228,56 Euro, was beinahe zehn Prozent sind. Die Mieter werden bei ihren Blicken auf die Betriebskostenabrechnung an Sie denken, Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger, denn diese Erhöhungen liegen in Ihrem Referatsbereich.

Reden wir weiter über die Gebühren, beispielsweise für das Wasser. Der aktuelle Wasserzins beträgt 1,19 Euro beziehungsweise bis zu 14,02 Euro, je nach Kubikmeter Durchlauf pro Stunde beim Wasserzähler. Ab 2013 kommt es dann in allen Bereichen, je nachdem wie hoch die Durchflussmenge ist, bis zu einer Erhöhung von über acht Prozent. Die Wassergebühren betragen aktuell 1,08 Euro pro Kubikmeter, ab dem Jahr 2013 werden es 1,16 Euro sein. Das entspricht einer Steigerung von 7,4 Prozent. Ich darf dazu ebenfalls ein Rechenbeispiel bringen. Nehmen wir an, dass der durchschnittliche Wasserverbrauch bei einem Vier-Personen-Haushalt bei 480 Litern täglich liegt. Die Kosten belaufen sich für ein Jahr aktuell auf 189,22 Euro. In Zukunft wird sich die Rechnung auf 203,23 Euro belaufen. Das entspricht einer Differenz von über 14 Euro. So sieht die Situation für einen Privathaushalt aus. Stellen Sie sich nun vor, dass es sich dabei um einen Gewerbe- oder Industriebetrieb handelt, der mit der Stadt keinen Sondervertrag hat. Ich denke dabei an die mittelständischen Unternehmungen, wie beispielsweise Gärtnereien, Beherbergungsbetriebe und Tankstellen, wobei ich hier nicht unbedingt von der Magistratstankstelle spreche. Gerade diese Betriebe werden durch die Teuerungen geschwächt. Daher sagen wir Nein zu neuen Belastungen der Villacher Wirtschaft und der Villacher Bürgerinnen und Bürger. Die ÖVP fordert in diesem Sinne einen Gebührenstopp und wird diesem Punkt im Budget nicht zustimmen.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Herr Gemeinderat Sobe, Sie haben mir eine Frage gestellt, und Sie bekommen darauf eine offene Antwort. Wir haben im Zuge des Tourismusinformationstages, zu welchem alle Villacher Tourismusbetriebe eingeladen waren, im Kulturzentrum in Drobollach die Präsentation dieses Projektes „Villach – die aktive Bewegungshauptstadt“ gemacht. Es gab dort bereits genug Gelegenheit, Fragen zu stellen. Das ist dort auch mehrmals so gesagt worden.

Ich komme aber gerne Ihrem Anliegen nach und werde dieses Projekt im Ausschuss für Angelegenheiten des Tourismus präsentieren oder, wenn es der gesamte Gemeinderat wünscht, Sie alle zu einer Veranstaltung in den Paracelsussaal einladen, bei welcher dieses Konzept präsentiert wird. Wer ist für den Ausschuss und wer für den gesamten Gemeinderat? Ich präzisiere nur die Frage von Gemeinderat Sobe: Ist der Ausschuss gemeint oder der gesamte Gemeinderat? Es wurde im Ausschuss angekündigt, dass dieses Projekt im

Rahmen des Tourismusinformationstages entsprechend vorgestellt wird, aber die Präsentation kann gerne auch im Ausschuss für Angelegenheiten des Tourismus erfolgen.

Frau Gemeinderätin Ecaterina Esterl verlässt die Sitzung. Gemeinderat Isidor Scheriau nimmt an ihrer Stelle an der Sitzung teil.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter:

Mein Schlusswort bezieht sich auf die laut Amtsvortrag gemäßige Antragstellung zum Budget, das heißt den Voranschlag 2012. Die vier Punkte kennen Sie. Außerdem soll die Ergänzung des Tourismusbudgets betreffend, die heute verteilt worden ist, beschlossen werden. Ich ersuche um Zustimmung und um zustimmende Kenntnisnahme für den mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan 2012 bis 2016, beides mit dem Vorbehalt, dass es, wenn es im Land kein Einsehen geben wird, zu einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung im Jänner kommen wird.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Wir müssen noch über unsere Abänderungsanträge abstimmen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich kann das nicht machen. Ich kann nur um die Zustimmung zum Amtsvortrag ersuchen, soweit mir die Geschäftsordnung richtig in Erinnerung ist.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Ich möchte Herrn Magistratsdirektor bitten, genau darauf zu achten, dass kein Formfehler passiert, da wir eine Situation haben, die wir noch nie gehabt haben. Es wurde nach den Budgetverhandlungen eine Flut an Abänderungsanträgen eingebracht. Normalerweise müsste man annehmen, dass diese Dinge bei den Budgetverhandlungen eingebracht werden. Es liegen insgesamt 15 Abänderungsanträge der ÖVP und ein Abänderungsantrag der SPÖ vor, der sich eigentlich nicht auf das Budget bezieht, das wir rechtzeitig erstellt haben, sondern das Tourismusbudget betrifft, welches wir verspätet bekommen haben und deshalb von Herrn Bürgermeister heute eingebracht wurde.

Ich beginne mit den 15 **Abänderungsanträgen der ÖVP-Fraktion** zum Budget:

1. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012

Konto: 2/8940 (Einnahmen)

Unterkonto: 861101

€ 200.000,00 für Bedarfszuweisung

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 200.000,00 (- € 100.000,00) auf € 100.000,00 gesenkt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-

Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Stimmenthaltung),

1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 200.000,00 (- € 100.000,00) auf € 100.000,00 gesenkt werden.

2. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/0190 (Ausgaben)
Unterkonto: 728000 für Konsumation von laufenden Repräsentationen der Stadt

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In der oben bezifferten Voranschlagstelle soll die Summe von € 138.000,00 (- € 50.000,00) auf € 88.000,00 gesenkt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Stimmenthaltung),
1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

Im dem oben bezifferten Voranschlagsstelle soll die Summe von € 138.000,00 (- € 50.000,00) auf € 88.000,00 gesenkt werden.

3. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/3120 (Ausgaben)
Unterkonto: 042100
€ 16.000,00 für den Ankauf von Bildern und Kunstwerken laut Kunstbeirat

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 16.000,00 (- € 1.000,00) auf € 15.000,00 gesenkt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 16.000,00 (- € 1.000,00) auf € 15.000,00 gesenkt werden.

4. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012

Konto: 1/3120 (Ausgaben)

Unterkonto: 042000

€ 18.000,00 für Ankauf von Bildern, Plastiken und sonstigen Kunstwerken

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 18.000,00 (- € 5.000,00) auf € 13.000,00 gesenkt werden

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 18.000,00 (- € 5.000,00) auf € 13.000,00 gesenkt werden

5. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 2/3220 (Einnahmen)
Unterkonto: 861101
€ 150.000,00 für Bedarfszuweisungen des Landes für Förderung von Musikveranstaltungen

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 150.000,00 (- € 140.000,00) auf € 10.000,00 gesenkt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 150.000,00 (- € 140.000,00) auf € 10.000,00 gesenkt werden.

6. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 2/3240 (Einnahmen)
Unterkonto: 861101
€ 150.000,00 für Bedarfszuweisungen des Landes für Förderung von Theaterveranstaltungen

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 150.000,00 (- € 140.000,00) auf € 10.000,00 gesenkt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 150.000,00 (- € 140.000,00) auf € 10.000,00 gesenkt werden.

7. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/7820 (Einnahmen)
Unterkonto: 642000
€ 15.000,00 für Erstellung von Studien

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 15.000,00 (+ € 37.000,00) (für Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drau) auf € 52.000,00 erhöht werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 15.000,00 (+ € 37.000,00) (für Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drau) auf € 52.000,00 erhöht werden.

Gemeinderat Ing. Karl Woschitz verlässt die Sitzung, Gemeinderat Horst Hoffmann nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

8. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/7820 (Ausgaben)
Unterkonto: 755010
€ 686.000,00 für Beitragsleistung der Stadt an die Stadtmarketing Villach GmbH

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 686.000,00 (+ € 60.000,00) (für mehr Sicherheit durch fortlaufenden Einsatz einer City Streife für Villach Innenstadt) auf € 746.000,00 erhöht werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 686.000,00 (+ € 60.000,00) (für mehr Sicherheit durch fortlaufenden Einsatz einer City Streife für Villach Innenstadt) auf € 746.000,00 erhöht werden.

9. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/7820 (Ausgaben)
Unterkonto: 775000
€ 150.000,00 für Altstadtoffensive

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 150.000,00 (+ € 100.000,00 für Sonderförderung der leer stehenden Geschäfte in der Villacher Altstadt), (+ € 50.000,00 für Einführung des Wohnstartschecks) (+ € 10.000,00 für kostenlosen Internetzugang via W-LAN an öffentlichen Plätzen) auf € 310.000,00 erhöht werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Stimmenthaltung),
1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 150.000,00 (+ € 100.000,00 für Sonderförderung der leer stehenden Geschäfte in der Villacher Altstadt), (+ € 50.000,00 für Einführung des Wohnstartschecks) (+ € 10.000,00 für kostenlosen Internetzugang via W-LAN an öffentlichen Plätzen) auf € 310.000,00 erhöht werden.

10. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012

Konto: 1/0150

Unterkonto: 728000

€ 123.900,00 für unter anderem GM1 TV Produktion von Beiträgen und anderen Sendungen

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 132.900,00 (+ € 10.000,00) (für Live Übertragungen von Gemeinderatssitzungen) auf € 142.900,00 erhöht werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 132.900,00 (+ € 10.000,00) (für Live Übertragungen von Gemeinderatssitzungen) auf € 142.900,00 erhöht werden.

11. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/8510
Unterkonto: 728000
€ 434.800,00 für Beitrag für Straßeninstandsetzungen

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 434.800,00 (+ € 120.000,00) auf € 554.800,00 erhöht werden

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 434.800,00 (+ € 120.000,00) auf € 554.800,00 erhöht werden

Gemeinderat Josef Lackner verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Sigrid Bister nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

12. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/8280 (Ausgaben)
Unterkonto: 728000
€ 13.000,00 für sonstige Märkte

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Voranschlagsstelle soll die Summe von € 13.000,00 (+ € 10.000,00) (für Installierung des „Villacher Naschmarktes“) auf € 23.000,00 erhöht werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Voranschlagsstelle soll die Summe von € 13.000,00 (+ € 10.000,00) (für Installierung des „Villacher Naschmarktes“) auf € 23.000,00 erhöht werden.

13. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 5/0310 (Ausgaben)
Unterkonto: 728000
€ 50.000,00 für verschiedene Projekte im Rahmen der Verkehrsplanung

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 50.000,00 (+ € 50.000,00) auf € 100.000,00 erhöht werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 50.000,00 (+ € 50.000,00) auf € 100.000,00 erhöht werden.

14. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012
Konto: 1/3000 (Ausgaben)
Unterkonto: 768000
€ 26.000,00 für Kultursubventionen an die Kulturvereine

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 26.000,00 (- € 8.000,00) auf € 18.000,00 gesenkt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 26.000,00 (- € 8.000,00) auf € 18.000,00 gesenkt werden.

15. Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion

Betrifft: Tagesordnungspunkt 4: Voranschlag der Hoheitsverwaltung 2012

Konto: 1/3000

Unterkonto: 757000

€ 99.000,00 für Jahres- und Veranstaltungssubventionen für kulturelle Veranstaltungen

Ordentliches Budget

Die auf dem Antrag unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 99.000,00 (- € 13.000,00) auf € 86.000,00 gesenkt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),

folgenden Abänderungsantrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge den Inhalt des Tagesordnungspunktes 4 wie folgt abändern:

Tagesordnungspunkt 4 (geändert):

In dem oben bezifferten Konto soll die Summe von € 99.000,00 (- € 13.000,00) auf € 86.000,00 gesenkt werden.

Es liegt ein weiterer Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion vor, der seine Begründung darin findet, dass wir das Tourismusbudget erst relativ spät bekommen haben und bei zu unseren Beratungen noch nicht zur Verfügung gestanden ist. Wir beantragen daher nach Durchsicht des Budgets, dass auf dem Konto 1.7710.728000 der Betrag von 50.000,00 Euro für Tourismusberatung und 4.000,00 Euro, die für das Projekt Wireless-LAN budgetiert sind, gekürzt werden sollen. Wie Sie wissen, hat der Gemeinderat gerade Wireless-LAN mehrmals abgelehnt. Gemeinderat Mag. Steinacher hat heute in seiner Wortmeldung gesagt, dass er mehr Geld für die Altstadtförderung haben möchte. Die genannten Mittel sollen umgeschichtet und zur Finanzierung des Stadtmarketings verwendet werden. Der Betrag von 54.000,00 Euro soll auf der Voranschlagsstelle 1.7700.298582 budgetiert werden.

Der **Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion** lautet wie folgt:

Abänderungsantrag zum ordentlichen Haushalt 3/T

Es wird der Antrag gestellt, die Voranschlagsstellen

1.7710.728000 – 50.000,00 Euro Tourismusberatung
 1.7710.728000 - 4.000,00 Euro Projekt Wireless LAN
 zu kürzen.

Diese Mittel sollen umgeschichtet zur Finanzierung des Beitrages des Stadtmarketings verwendet werden.

Voranschlagstelle:

1.7700.298582 – 54.000,00 Euro Zurückführung Rücklage Fremdenverkehr
 Finanzierungsbeitrag Stadtmarketing

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Abänderungsantrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Abänderungsantrag zum ordentlichen Haushalt 3/T

Es wird der Antrag gestellt, die Voranschlagsstellen

1.7710.728000 – 50.000,00 Euro Tourismusberatung
 1.7710.728000 - 4.000,00 Euro Projekt Wireless LAN
 zu kürzen.

Diese Mittel sollen umgeschichtet zur Finanzierung des Beitrages des Stadtmarketings verwendet werden.

Voranschlagstelle:

1.7700.298582 – 54.000,00 Euro Zurückführung Rücklage Fremdenverkehr
Finanzierungsbeitrag Stadtmarketing

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich stelle einen Antrag zur Geschäftsordnung. Wir stellen einen Antrag auf Sitzungsunterbrechung.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Ich war mitten im Abstimmungsvorgang. Soll das heißen, dass Sie schon vorher aufgezeigt haben? Mitten in einem Abstimmungsvorgang gibt es keine Anträge. Wir als Fraktion haben das Tourismusbudget erst vor drei Tagen zur Kenntnis bekommen. Es gibt nun einen Antrag auf Sitzungsunterbrechung. Wer damit einverstanden ist, gibt ein Zeichen mit der Hand.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

den Antrag auf Sitzungsunterbrechung **abzulehnen.**

Vizebürgermeister Pfeiler:

Die Abstimmung über den Abänderungsantrag ist erfolgt.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

gemäß § 85 des Villacher Stadtrechtes:

- | | |
|---|------------------|
| 1. Die Ordentliche Gebarung mit Einnahmen und Ausgaben von | € 176.122.300,00 |
| 2. Die Außerordentliche Gebarung mit Einnahmen und Ausgaben von | € 31.850.000,00 |
| insgesamt mit einem Gesamtvolumen von | € 207.972.300,00 |
| 3. Die im Amtsvortrag angeführten Anträge zur Abgaben- und Tarifgestaltung sowie die erforderliche Änderung der Verordnungen. | |

4. Die ergänzenden Richtlinien zur Budgetvollziehung in der beiliegenden Fassung und den Vorbericht 2012.

Die in der General- und in der Spezialdebatte zu den einzelnen Punkten vorgebrachten Vorbehalte und voti separati behalten weiterhin ihre Gültigkeit.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

den vorliegenden „Mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan 2012 – 2016“ zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, wobei etwaige Änderungen zum Voranschlagsentwurf 2012 in den Finanz- und Investitionsplan übernommen werden.

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 6 – Betriebe und Unternehmen vom 28.10.2011, Zl.: 11Eg-0801-WP_AV_GR, wie folgt:

Im Prinzip sind wir alle von den überfallsartigen Belastungen des Landes und darüber, was uns Herr Bürgermeister am Vormittag mitgeteilt hat, geschockt. Ich denke, dass Städte, wie Villach und Klagenfurt, durch diese Landespolitik in einen Sog hineingezogen werden sollen, der unendlich sein wird. Dieser Sog wird die Entwicklung und die Investitionen in den Städten in zunehmendem Maße unmöglich machen. Es ist in diesem Zusammenhang wirklich erfreulich, dass hier eine Einstimmigkeit zustande gekommen ist.

Es liegen Ihnen die Wirtschaftspläne der Unternehmen für das Jahr 2012 und die Tarifierpassungen vor. Was Sie als Unterlage bekommen haben, sind die rechenbaren Inhalte, das heißt die Zahlen als Gesamtes und als Einzelgröße, und die ökonomische Qualität. Diese können wir als fortschrittlich und konsequent zusammenfassen. Was aber nicht rechenbar abbildbar ist, ist das, was der Bereich Unternehmungen für die Menschen draußen ausmacht und spürbar macht, nämlich das, was zum wesentlichen Wohlergehen beiträgt und den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir haben in die Wirtschaftsunternehmungen der Stadt Villach insgesamt Investitionen in Höhe von 1,864.000,00 Euro getätigt. Das bedeutet für die Menschen, dass es durch die Wirtschaftsaktivitäten der Stadt Villach Arbeitsplätze gibt. Unser Bürgermeister hatte Recht, als er einmal mit einem Augenzwinkern gemeint hat, dass die Investitionen zu einem Großteil vergraben werden. Das stimmt so. Die Investitionen, vor allem im Wasserhaushalt, sind nicht sichtbar, aber sie sind für die Villacherinnen und Villacher spürbar.

Ich würde Ihnen das heute gerne an einem Beispiel demonstrieren: In zwei Städten, das heißt in Villach und in einer weiteren Stadt, kommt es zu zwei gleichgelagerten Rohrbrüchen eines wirklich großen Wasserleitungsrohres. Wie sieht es nun in Villach aus? Nach eindreiviertel Minuten ist der Alarm im Technikbereich ausgelöst. Nach weiteren zwei Minuten ist das große Rohr um zwei Drittel verkleinert, und daher kann keine große Menge Wasser mehr austreten. In der anderen Stadt passiert nach eindreiviertel Minuten nichts. Es passiert auch nach weiteren zwei Minuten nichts. In Villach ist nach vier Minuten das Wasser so weit abgedreht, dass nur mehr vier betroffene Häuser kein Wasser mehr haben. Alles andere hat man im Griff. In Klagenfurt passiert nach vier Minuten, nach einer halben Stunde und auch nach einer Stunde nichts. Nach eineinhalb Stunden findet man endlich den Fehler und sucht dann jemanden, der das Wasser abdreht. Wie sieht das Ergebnis aus? In Villach sind vier Haushalte ohne Wasser, die aber seitens der Stadt Villach sofort mit Wasser versorgt werden. In Klagenfurt sind zig Autos kaputt, Tiefgaragen stehen unter Wasser, und Tausende Liter Wasser sind einfach ausgeronnen. Das ist der Unterschied, den die Menschen spüren.

Daher vergraben wir diese Investitionen mit allen technischen Raffinessen, aber letztendlich sind sie für die Villacherinnen und Villacher spürbar. Wie ich denke, schaut das Einmaleins des Unternehmertums so aus, dass Investitionen auch bezahlt werden müssen. Das bedeutet für viele, die hier in diesem Raum sind, und für jene, die im Gemeinderat vertreten sind, Verantwortung zum Wohle der Villacher Bürgerinnen und Bürger. Die Einstellung von einigen ist jedoch weit weg von jeglicher Verantwortung. Da ist man nur am Verteilen, aber nicht mehr dabei, wenn die Investitionen auch zu bezahlen sind. Das Wasser bedeutet für uns Leben, Überleben und Erleben. Wir sichern es mit Qualität. Die Villacherinnen und Villacher haben eine hohe Sicherheit, wenn es um unser Wasser geht.

Wir haben eine hohe Wirtschaftlichkeit, die uns sogar der Rechnungshof in Wien bestätigt. Das heißt, dass in den Unterlagen des Wasserwerks jeder einzelne Euro nachvollziehbar ist. Was heute der Obmann des Unternehmensausschusses am Rednerpult gemacht hat, ist schwer nachvollziehbar. Man ist zwar Ausschussvorsitzender, kümmert sich um diese Dinge jedoch nicht und weiß nicht, was in den Unterlagen steht. Wenn Fachbeamte am Tisch sitzen, tut man sich beim Argumentieren dann eben schwer. Ich bin gerne bereit, auch im Nachhinein Aufklärung zu leisten, damit Sie auch als Vorsitzender eines Ausschusses die richtigen Zahlen haben. Das ist schon ein kleines Armutzeugnis. Wer heute miterlebt hat, welche Anträge eingebracht worden sind, findet eigentlich überhaupt keine Worte mehr. Auf der einen Seite will man die BZ-Mittel des Landes nicht haben, das heißt, diese zurückgeben, auf der anderen Seite will man das Geld aber trotzdem ausgeben. Diese Quadratur des Kreises verstehe ich nicht. Ich habe gedacht, dass es in Ihren Kreisen wenigstens noch einen gibt, der ein bisschen unternehmerisches Denken hat, aber anscheinend ist das nicht mehr der Fall. Vielleicht will man Landesrat Dr. Martinz auch nur Geld zurückgeben, damit er es anderswo ausgeben kann.

Ganz wichtig im Unternehmensbereich sind auch die Bäder. Wie Sie in den Unterlagen gesehen haben, gibt es bei den Bädern einen Abgang. Dieser Abgang kommt der Jugend, den Villacherinnen und Villachern und unseren Gäste zugute - nämlich in Form von Eintrittspreisen in unseren Bädern, die ganz niedrig und extrem familienfreundlich sind. Daher haben wir im Bereich der Bäder einen Abgang.

Abschließend komme ich noch auf die Erfolgsgeschichte der Tankstelle zu sprechen. Sie ist nur dann keine Erfolgsgeschichte, wenn wir den Benzinpreis sehen. Da treibt es uns allen Tränen in die Augen. Es ist aber eine Erfolgsgeschichte, wenn man sieht, wie die Stadt Villach in diesem Bereich seit Jahren für die Villacherinnen und Villacher arbeitet. Es bedeutet für jeden einzelnen, der an der Stadttankstelle tankt, in den letzten Jahren Ersparnisse, die in die Tausende Euro gehen. Wir sind darüber hinaus auch Preisregulatoren.

Ich komme nun auf die Indexanpassung, die wir vornehmen, zu sprechen: Erstens ist zu sagen, dass Investitionen bezahlt werden müssen. Zweitens halte ich fest, dass wir weit unter der Verbraucherpreisindex-Basis 2000 liegen. Sie können das

gerne in meinen Unterlagen nachlesen. Die Erhöhung der Summe beläuft für einen Haushalt auf zwei Mineralwasserflaschen. Ich sage noch einmal: In Villach kostet ein Liter Wasser 0,001 Euro, 1.000 Liter Wasser kosten 1,19 Euro. Das ist ein Wasserpreis, von dem andere Städte nur träumen.

Die Unternehmungen haben zwei große Vorteile: Zum Einen haben wir bei den Unternehmungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit einem enormen Engagement arbeiten. Allein im Wasserwerk sind 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Wir bieten Ihnen aber andererseits auch die besten Voraussetzungen. Hinter und vor den Unternehmungen steht ein politischer Wille, der die Unternehmungen in eine gute Zeit führt. Ich ersuche um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Ich danke Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger für ihren Vortrag über die Wirtschaftspläne und die Erfolgsbilanz, die sie damit dokumentiert hat. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

gemäß § 89 (4) des Villacher Stadtrechtes festzustellen:

1. Die Wirtschaftspläne 2012 der Unternehmen Wasserwerk, Plakatierung und Tankstelle sowie der verpachteten Unternehmen Bestattung, Gaswerk, Stadtkino und Städtische Bäder;
2. die Tarifänderungen ab 1.1.2012 betreffend den Wasseranschlussbeitrag netto je Bewertungseinheit Euro 1.488,00 statt bisher Euro 1.431,00, die Wasserbezugsgebühr für den allgemeinen Tarif netto Euro 1,12 je m³ statt bisher Euro 1,08 je m³ sowie die Wasserzähler-Bereitstellungsgebühr und die Verbundzähler um rund vier Prozent, ebenfalls die Tarifänderung ab 1.1.2013 in gleicher Höhe;
die Stundensätze im Wasserwerk per 1.1.2012 statt bisher Euro 34,00 bzw. Euro 37,00 auf Euro 36,00 bzw. Euro 39,00, im Falle von Technikerleistungen für Beratungs-, Planungs-, Abrechnungs- und Konsulentenleistungen kann zum Stundensatz ein Gemeinkostenverrechnungssatz in Höhe von 15 % für die anteilige Nutzung von Büro-, Technik- und EDV-Ausstattung hinzugerechnet werden;
die Miete für Hinweistafeln um rund neun Prozent auf Euro 11,90 je Monat, die Miete für Gassenhinweistafeln in der Altstadt auf Euro 8,00 je Monat und Spots für LED-Infotafeln netto Euro 240,00 statt bisher Euro 190,00 je Spot und Woche sowie ein Agenturrabatt bis zu 15 % wie in der Beilage 3 detailliert angeführt;
3. die Richtlinien zur Budgetvollziehung 2012 der Unternehmen

werden genehmigt.

Die **ÖVP-Fraktion** schließt die Erhöhung der Tarife und Gebühren von ihrer Zustimmung aus.

Frau Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Irene Hochstetter-Lackner nimmt an ihrer Stelle an der Sitzung teil. Gemeinderat Karl Binder nimmt an Stelle von Frau Gemeinderätin Irene Hochstetter-Lackner an der Sitzung teil. Frau Gemeinderätin Bianca Ettinger verlässt die Sitzung, Gemeinderat Alim Görgülü nimmt an ihrer Stelle an der Sitzung teil.

Pkt. 7.) Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 25.10.2011, Zl.: MD-20y/11-13/Dr.M/Or, wie folgt:

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Anstelle von Frau Gemeinderätin Mag.^a Elisabeth Dieringer-Granza wird Herr Gemeinderat Wilhelm FRITZ in den Ausschuss für Bauangelegenheiten gewählt.

Pkt. 8.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

a) Kulturpreis der Stadt Villach 2011

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Amtsvortrag der Abteilung Kultur vom 5.9.2011, Zl.: Kulturpreis 2011-groe, betreffend Kulturpreis der Stadt Villach 2011, welcher am 13.11.2011 vorgenehmigt wurde, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 8.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

b) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Bericht der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 03.10.2011, Zl.: FW-249-2011/Mag.Pi./SF, betreffend außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 8.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

c) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Bericht der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 02.11.2011, Zl.: FW-290-2011/Mag.Pi./SF, betreffend außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998 zur Kenntnis.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Ich möchte anhand eines Beispiels auf einen von uns eingebrachten Antrag zu sprechen kommen. Es geht dabei um die außerplanmäßige Ausgabe für die Förderung von Solarenergie in Form von Linearspiegeln für Einfamilienhäuser. Natürlich würde uns niemand glauben, wenn wir bei diesem Punkt sagen würden, dass wir dagegen sind. Ich möchte dazu nur etwas anmerken. Es wird sozusagen extra und ohne unsere sowieso vorhandenen Umweltschutz- und Energieeffizienzförderungen der Stadt Villach, die wir ja haben, eine Solarförderung angeboten. An sich ist es sehr gut, wenn auf dem Gebiet der alternativen Energieversorgung zusätzlich etwas gemacht wird. So haben wir auf dieser Seite etwas mehr Geld zur Verfügung.

Ich habe nichts gegen Linearspiegel, aber warum müssen sich nun fünf Häuserbesitzer nicht in diese Ordnung einfügen und wie alle anderen ein Ansuchen stellen? Das ist meine erste Frage. Meine zweite Frage lautet: Warum ist es so eilig, dass diese außerplanmäßige Ausgabe extra vorher genehmigt werden muss? Das Wesentliche an dem Ganzen ist für uns eigentlich folgender Umstand: Es ist interessant, dass es ein Energierreferat, wie wir es fordern, eigentlich nicht gibt. Es ist zwar Vizebürgermeister Pfeiler für Energie zuständig, aber die Umweltschutz- und Energieeffizienzförderung liegt bei Frau Vizebürgermeisterin Rettl.

Wir wollen damit Folgendes sagen: Es hat einen Sinn, warum wir die Implementierung eines Energierreferates fordern. Dieser Antrag ist auf der heutigen Tagesordnung unter Punkt 21 zu finden. An einem solchen Beispiel kann man feststellen, dass es für die Bemühungen um die Energie und für die Zukunft nicht gut ist, wenn dieser Bereich zersplittert ist. Man muss wirklich bemüht sein, um in Erfahrung zu bringen, wo man da und dort ein wenig bekommen könnte. Ich spreche mich jetzt nicht konkret dafür aus, dass Vizebürgermeister Pfeiler oder Frau Vizebürgermeisterin Rettl dafür zuständig sein sollen, sondern für uns wäre es wichtig, dass all diese Fragen zur Energie in einer Hand zusammengefasst wären, denn dieses Thema wird in Zukunft immer wichtiger werden.

Bürgermeister Manzenreiter:

Wenn mehr Geld auch für Ihre Interessen zur Verfügung steht, kann man das doch nicht als Nachteil sehen, nur weil das Thema Energie in verschiedenen Referaten angesiedelt ist. Ich denke, dass Energie eine Querschnittsaufgabe ist, die sich nie in allen Facetten in einem Referat niederschlagen kann. Es betrifft

zum Beispiel das Thema Energie, wenn man in einem Feuerwehrhaus die Heizung umstellt.

Energie ist ein umfassendes Thema für alle Referate, und für eine konzeptionelle Erarbeitung der Dinge gibt es ein Energierreferat.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 9.) Bericht gemäß § 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht 1998
a) Überplanmäßige Ausgaben Juli – September 2011

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Bericht der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 03.10.2011, Zl.: FW-248-2011/Mag.Pi/SF, betreffend überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht 1998 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 9.) Bericht gemäß § 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht 1998
b) Überplanmäßige Ausgaben Oktober 2011

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Bericht der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 02.11.2011, Zl.: FW-289-2011/Mag.Pi/SF, betreffend überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht 1998 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 10.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Aufrechterhaltung der Wehrpflicht und zur Erhaltung des Österreichischen Bundesheeres

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 4.4.2011.

Ich persönlich werde mich hier der Stimme enthalten, weil es in dieser Angelegenheit keine Zuständigkeit des Bürgermeisters oder des Gemeinderates gibt. Nach meinen Informationen ist die Bedeutung des Heeresstandortes Villach nicht von der jeweiligen Form der Führung des Bundesheeres abhängig.

Gemeinderat Fritz:

Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der FPK-Gemeinderäte auf eine Resolution an den Verteidigungsminister aus folgenden Gründen die Zustimmung zu erteilen: Wer erfüllt die Aufgaben des Katastrophenschutzes, der Landesverteidigung und des Zivildienstes, wenn es das Bundesheer nicht mehr gibt? Ich glaube kaum, dass es bei einer Abschaffung des Wehrdienstes noch genügend Freiwillige dafür geben wird. Wer hilft der Kärntner Bevölkerung bei eventuellen Naturkatastrophen? Sie werden sagen, dass die Feuerwehren und andere Hilfsorganisationen dies übernehmen könnten. Ich weiß die Hilfe dieser Organisationen zu schätzen und möchte mich dafür bei ihnen bedanken, aber sie sind nicht mit den nötigen Mitteln ausgestattet. Eine Änderung würde Kosten verursachen. Nur gemeinsam mit dem Bundesheer in der derzeitigen Form können diese Hilfsmaßnahmen bewältigt werden.

Weiters möchte ich Sie fragen, was dann mit den drei Kasernen in Villach passieren wird. Ich glaube kaum, dass es gelingen wird, alle drei Standorte aufrecht zu erhalten. Hier werden Sie mir wieder entgegen, dass dies den Bund betrifft und nicht die Stadt Villach. So einfach ist das aber nicht. Villach ist eine Garnisonsstadt, und die vielen Soldaten, die hier ihren Grundwehrdienst leisten, sind für Villach aus wirtschaftlicher Sicht unverzichtbar. Ich bin sogar der Meinung, dass einige Betriebe auf Grund der zu erwartenden geringeren Kaufkraft schließen müssten. Es gibt einige Villacher Betriebe, die die Kasernen mit Waren beliefern. Was ist die Folge, wenn Betriebe schließen müssen? Wir haben wieder mehr Arbeitslose. Eine Wehrpflicht ist für uns von der FPK unerlässlich. Ein Berufsheer kann all diese Aufgaben nicht erfüllen. Herr Bürgermeister, ich möchte Sie bitten, dass Sie sich einen Ruck geben und Ihren Parteifreund Verteidigungsminister Mag. Norbert Darabos, der selbst nie beim Bundesheer gedient hat, auf diese Situation aufmerksam machen. Ebenso bitte ich alle anderen Fraktionen, unserem Antrag mit einem klaren Ja für Kärnten und für Österreich zuzustimmen. Die Bevölkerung und die betroffene Wirtschaftstreibenden in Villach werden es Ihnen danken.

Gemeinderat Spitzer:

Wir alle wissen, dass die Kommune für die Abschaffung des Bundesheeres sicher nicht zuständig ist. Wir müssen uns aber in dieser Frage einig sein und bedenken, was die Abschaffung des Bundesheeres bedeuten würde. Ich weiß nicht, was manchen Politikern einfällt, die versuchen, eine verfassungsmäßige Einrichtung wie die Wehrpflicht abzuschaffen. Wir haben ein Verfassungsgesetz, und es kommt einfach ein Zivildienst, der versucht, die Wehrpflicht abzuschaffen! Das ist ja interessant! Mit der Abschaffung der Wehrpflicht würde es nur Nachteile für die Bevölkerung geben.

Hier bringe ich einige Beispiele dazu: Denken Sie an die Einsätze bei Katastrophen oder den Einsatz bei Rettungsorganisationen, bei welchen Präsenzdiener als Helfer ihren Dienst versehen. Ohne diese Soldaten würden die Kosten in diesem Bereich explodieren. Die Präsenzdiener leisten bei den Einsatzorganisationen Erste Hilfe oder Pflegedienste. Diese Arbeitsleistungen erfolgen für den Lohn eines Präsenzdieners. Würden Präsenzdiener diese Tätigkeiten nicht mehr ausüben, müssten wir für diese Aufgaben jemanden hauptberuflich einstellen. Was das kosten würde, können Sie sich vorstellen. Die Kosten dafür würden wieder auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Wie schaut es dann mit der Einsatzfähigkeit aus? Ist die Rettung gleich zur Hand? Nein, die bedauernswerten Menschen werden auf das Eintreffen der Rettung länger warten müssen. Wie würde es bei den Elementarereignissen aussehen, wenn es keine Wehrpflicht gäbe, kurz gesagt: keine Soldaten mehr zur Verfügung stehen würden? Einen Berufssoldaten kann man nicht einteilen und ihm sagen, dass er morgen Eis sprengen oder eine Brücke bauen muss. Er wird sagen, dass er das nicht machen muss, da er Soldat ist. In der Wehrpflicht aber ist es verankert, dass das Heer für den Katastrophenschutz einzusetzen ist. Das müssen wir alle bedenken. Kurz gesagt, es wird keinen Leutnant geben, der für ein Gehalt in Höhe von 1.600,00 Euro seine Arbeit machen wird. Ein Leutnant wird ein wenig mehr kosten. Werfen wir diesbezüglich nur einen Blick nach Deutschland oder Amerika.

Schauen wir uns das Pionierbataillon an. Ich habe 40 Jahre beim Pionierbataillon als Sanitäter und ausgebildeter Hochalpinist gedient. Wir sind in verschiedensten Situationen und Lagen eingesetzt worden, ob es im Gebirge war oder bei Aufräumarbeiten nach Sturmböen oder Eissprengungen. Wie viele Bauern haben uns gebeten, eine Brücke zu bauen, da sie zum Beispiel auf Grund eines überschwemmten Gebietes sonst nicht mehr zu ihren Kühen auf die Weide gekommen wären. Wir haben gefragt, ob ein Wald vorhanden ist und dann zugesagt, dass wir Bäume schlägern werden, um eine Brücke zu bauen. Das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Der Bauer wird sich hinkünftig selbst darum kümmern müssen, dass er seine Kuh rechtzeitig auf die richtige Seite bekommt. Vielleicht lernt er seinen Kühen in der Zwischenzeit das Schwimmen.

Ein weiterer Punkt ist der Grenzeinsatz. Denken wir nur daran, wie viele Personen bisher beim Grenzeinsatz durch das Österreichische Bundesheer aufgegriffen worden sind. Wenn wir das nicht mehr haben, haben alle – auch Terroristen - freien Zugang nach Österreich. Wer wird die Bevölkerung dann beschützen? Niemand mehr, weil wir nämlich niemanden mehr dafür haben werden. Für unsere

Region würde auch ein riesiger wirtschaftlicher Nachteil entstehen. Denken Sie daran, welche Nachteile es für diese Region geben würde, wenn wir in Villach die Kasernen schließen müssten. Das alles betrifft die Wirtschaft. Sei es der Bäcker, der Fleischhauer oder irgendein anderer Unternehmer - verschiedenste Wirtschaftszweige leben von den Soldaten. Eine Auflassung von Kasernen ergibt viele Nachteile. Aus all den genannten Gründen wäre eine Abschaffung der Wehrpflicht verantwortungslos.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger:

Ich darf Gemeinderat Spitzer zu seiner aufrichtigen und eindeutigen Wortmeldung zum Erhalt der Wehrpflicht gratulieren. Ich darf als Ergänzung zusätzlich noch auf Folgendes hinweisen: Ich glaube nicht, dass es der Fall ist, dass die Zuständigkeit nicht auch hier im Villacher Gemeinderat liegt. Wir haben Resolutionen zu verschiedensten Themen an alle möglichen Institutionen gesendet. Erinnern Sie sich an die Zuständigkeit des Villacher Gemeinderates, was die Besetzung des Schulleiters in der CHS betrifft. Das war eine eigene Geschichte. Es ist wichtig, dass wir einen ganz mächtigen Bürgermeister innerhalb der SPÖ in diesem Haus haben. Ich denke, dass er sehr viel Einfluss hat. So wurde er auch schon für die Funktion des Parteiobmannes im Land Kärnten gehandelt.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger auf einen Zuruf:

Als Staatssekretär – das habe ich auch schon gehört!

Bürgermeister Manzenreiter in einem Zwischenruf:

Gemeinderat Mag. Steinacher will eine Verschlechterung meiner Person.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger:

Herr Bürgermeister, ich darf Ihnen ein Kompliment für das Signal, das Sie hinsichtlich der Ehrung von General Edmund Entacher seitens der Stadt Villach nach Wien gesendet haben, aussprechen. Es wäre nun wichtig, dass Sie in diesem Sinne auch beim Verteidigungsminister vorstellig werden und Ihren Einfluss zu diesem Thema geltend machen, auch gestützt durch die Resolution der FPK. Es steht heute unter Punkt 16 eine ähnliche Resolution unserer Fraktion auf der Tagesordnung. Ich denke, dass sich der Gemeinderat ruhig mit solchen Dingen beschäftigen darf. Sie haben dieses Thema bei einem Pressegespräch jedoch flapsig abgearbeitet. Es ist aber schon so, dass sehr viele Dinge im Stadtsenat behandelt werden, die möglicherweise nicht immer gut sind, aber trotzdem anständig behandelt werden. Doch genau diesen Antrag haben Sie ins Lächerliche gezogen. Ich finde es aber nicht lächerlich, denn Resolutionen sollten hier in diesem Haus entsprechend behandelt werden. Darüber hinaus möchte ich unterstreichen, dass unsere Kasernen im Wesentlichen ein Wirtschaftsfaktor sind, der ein großes Einzugsgebiet betrifft und eine entsprechende Kaufkraft in unsere Eisenbahnerstadt bringt. Villach wurde in der Vergangenheit immer wieder als Eisenbahnerstadt gepriesen. Denken Sie an die Pioniere, die am Westbahnhof die Gleise vom Schnee freigeschaufelt haben. Ich selbst habe beim Bundesheer im Winter am Westbahnhof Schnee geschaufelt. Herr Bürgermeister, das passiert wahrscheinlich unter der Leitung einer Privatperson nicht mehr.

Bürgermeister Manzenreiter in einem Zwischenruf:

Ich bin dort auch gefahren.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger:

Sind Sie dort gefahren? Ich habe Ihnen somit eine Freude gemacht.

Ich darf an Sie appellieren, diesen und auch den nächsten Antrag zu diesem Thema, nämlich die Resolution der ÖVP-Gemeinderäte, die heute unter Tagesordnungspunkt 16. behandelt wird, zu unterstützen.

Gemeinderat Fritz:

Ich möchte mich bei meinen Vorrednern dafür bedanken, dass sie zustimmen. Ich darf Ihnen noch kurz ein Plakat zeigen. Darauf steht: Nein zum Darabos-Plan, Ja zur Wehrpflicht.

Bürgermeister Manzenreiter:

Zuerst komme ich auf die Zuständigkeit zu sprechen. Wenn man mir zugehört hat, weiß man, dass ich es nie in Zweifel gezogen habe, dass der Gemeinderat der Stadt Villach so eine Resolution nicht beschließen kann, sondern ich habe gesagt, dass ich mich der Stimme enthalten werde. Ich glaube, dass ich mich persönlich nicht kompetent genug fühle, hier eine eindeutige Position zu beziehen.

Gemeinderat Spitzer, der immer ein aufrechter Kämpfer war und ist, vertritt scheinbar wie andere Redner auch den wirtschaftlichen Standpunkt aus der Sicht von Bäckern und Fleischern. Herr Gemeinderat Spitzer, Sie waren wahrscheinlich schon lange nicht mehr in der Kaserne. Das Essen kommt nun nämlich aus Klagenfurt. In Villach wird dafür nicht mehr eingekauft. Das Essen kommt halbfertig aus Klagenfurt. Nichtsdestotrotz leben die Leute hier und verdienen hier ihr Geld.

Man muss mir erst erklären, was eine Änderung beim Bundesheer, die in 23 von 25 EU-Ländern schon vollzogen worden ist, noch mit der Schließung von Kasernen zu tun hat. Ich habe mit vielen Soldaten über dieses Thema gesprochen, die einen denken so, die anderen anders. Kasernenschließungen können durch Reformen sowohl mit einem Berufsheer als auch mit einem Freiwilligenheer passieren. Ich denke jedoch, dass wir mit den Pionieren und dem Fernmeldeunterstützungsbataillon, bei welchen Kommunikation in einer Form stattfindet, ohne die es heute nicht geht, recht gute Chancen haben, dass diese Einheit in Villach erhalten bleibt. Ich kann jedoch nicht sagen, dass durch ein Freiwilligenheer sozusagen Kasernen geschlossen werden und durch ein Nichtfreiwilligenheer Kasernen erhalten werden. Hier sind diese Dinge in etwa gleich gefährdet oder eben nicht gefährdet.

Was die Zivildienstler betrifft, mögen wir hier, Herr Gemeinderat Spitzer, unterschiedlicher Meinung sein. Für mich sind Zivildienstler, auch wenn sie Minister werden, Menschen mit all ihren demokratischen Rechten. Ich erinnere mich daran, als in Spanien die Linken an die Macht gekommen sind und eine hochschwangere Frau Verteidigungsministerin geworden ist. Das hat damals hohe

Zustimmung gefunden. Es geht nicht darum, ob es sich um einen Mann, eine Frau oder einen Zivildienstler handelt, sondern darum, wie jemand seine Funktion ausübt. Wenn es danach gehen würde, dürfte zum Beispiel nur ein Arzt Gesundheitsreferent oder Gesundheitsminister werden.

Wie sieht es diesbezüglich in anderen Ländern aus? In Italien ist der Ihnen sicherlich bekannte Zivildienst insofern aufgewertet worden, als dass alle nicht militärischen Aufgaben vom Zivildienst übernommen worden sind. Ich war mit Gemeinderat Geissler in Italien, um mir die Situation vor Ort anzusehen. Diese Funktionen sind aufgewertet worden, und die Mitarbeiter des Zivildienstes sind gut ausgestattet. In Deutschland übernimmt diese Aufgaben das technische Hilfswerk. Es gibt beim deutschen Heer keine zivilen Aufgaben mehr. Das heißt also, dass die Sache schon machbar ist. Italien ist dafür ein nahes und gutes Beispiel. Der Zivildienst ist dort entsprechend aufgewertet worden, was man auch bei uns machen müsste. Man kann auf der einen Seite nicht verlangen, dass diese Bereiche nicht mehr vom Bundesheer abgedeckt werden und auf der anderen Seite nichts Diesbezügliches anbieten.

Es gibt ja zwei Sichtweisen. Natürlich ist die Frage eines Volksheeres aus den Erfahrungen der Dreißigerjahre grundsätzlich etwas, das demokratiepolitisch auch besser erscheint. Das dürfte auch das Motiv von Bundespräsident Dr. Fischer für seine Haltung zu diesem Thema sein. Die Leute, die ihren Heeresdienst versehen, sind im Volk verankert. Es gibt auch ein anderes Argument, das mir viele Soldaten nennen, nämlich dass die technische Entwicklung im Militär inzwischen schon so weit fortgeschritten ist, dass man mit einer Ausbildung von sechs Monaten dort nichts mehr anfangen kann. Die Dinge werden früher oder später so sein, dass man Kriege nur mehr am Bildschirm austragen wird. Ich muss ganz offen sagen, dass ich mich dazu der Stimme enthalten werde, nicht weil ich mich davor drücken will, denn ich habe schon bei General Entacher bewiesen, dass ich das nicht will. Bei der Angelegenheit Herrn General Entacher betreffend ist es auch um etwas anderes gegangen. Es ging nicht um den Hinweis, ob es ein Berufsheer oder ein Freiwilligenheer geben wird, sondern darum, Zivilcourage in irgendeiner Form anzuerkennen. Ich werde mich der Stimme enthalten.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion (Stimmenthaltung),

2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Stimmenthaltung),

Gemeinderat Gangl (Stimmenthaltung))

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

Der Gemeinderat der Stadt Villach bekennt sich zur Aufrechterhaltung der Wehrpflicht und zur Erhaltung des Österreichischen Bundesheeres und fordert daher die Landesregierung und den Bundesminister für Landesverteidigung auf,

- **die allgemeine Wehrpflicht beizubehalten,**
- **das Österreichische Bundesheer mit ausreichenden Budgetmitteln für eine umfassende Modernisierung des bestehenden Systems auszustatten,**
- **dadurch die umfassende und nachhaltige Erfüllung des Katastrophenschutzes, der Landesverteidigung und des Zivildienstes sicherzustellen,**
- **die Unterstützung des Heeres für die Kärntner Bevölkerung bei Naturkatastrophen zu gewährleisten,**
- **die professionelle Zusammenarbeit in der Aufgabenerfüllung zwischen dem Österreichischen Bundesheer und den beruflichen sowie freiwilligen Einsatzorganisationen, wie Rettung, Bergrettung, Wasserrettung und Feuerwehr, zu garantieren,**
- **die wirtschaftlichen und sozialen Partnerschaften mit den Kasernenstandorten in Kärnten weiterhin hochzuhalten,**
- **die Bundesheerstandorte in der Stadt Villach aufrechtzuerhalten.**

Gemeinderat Josef Spitzer verlässt die Sitzung, Gemeinderat Dr. Wolfgang Lausegger nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

Pkt. 11.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Kinderspielecken im Rathaus

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 27.7.2011.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich habe im Stadtsenat vorgeschlagen, dass man auch die Tourismusinformationsbüros diesbezüglich untersucht. Das wäre für unsere Gäste ein klares und gutes Signal. Ich selbst kann diesen Zusatz nur anregen, weil es sich bei dem vorliegenden Antrag um einen selbständigen Antrag der FPK handelt. Es wäre toll, wenn man diese Standorte in die Antragstellung aufnehmen würde. So könnte man in einem Abwasch eine gute Dienstleistung für unsere Jüngsten in der Gesellschaft leisten.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass vor dem Passamt, dem Standesamt, dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt Kinderspielecken errichtet werden.

Pkt. 12.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Elternmagazin im Mitteilungsblatt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 27.7.2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Im Mitteilungsblatt der Stadt Villach erscheint halbjährlich ein Elternmagazin, das referatsübergreifend über bestehende und neue familienfreundliche Maßnahmen in Villach informiert.

Pkt. 13.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 27.7.2011 wie folgt:

Im Stadtsenat hat sich die FPK mit zwei Stimmen für den Antrag, die SPÖ hingegen mit vier Stimmen und die ÖVP mit einer Stimme dagegen ausgesprochen. Wie überall gibt es auch bei uns diesbezügliche Probleme, wie zum Beispiel Kirchtagsraufereien, aber ich halte ein solches Signal, ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen festzusetzen, für nicht gerechtfertigt, fatal und völlig überzogen. Aus Erfahrung, und ich habe mich in Graz diesbezüglich erkundigt, wo man die City-Streife wegen Wertlosigkeit auflösen wird, weiß man, dass es nicht exekutierbar ist. Unsere Polizei weiß, was zu tun ist. Sie hat bereits mehrere Einsätze der Drau entlang und unter der Draubrücke vorgenommen. Ich denke, dass diese Aufgabe derzeit bei der Bundespolizeidirektion in guten Händen ist. Ich empfehle die Ablehnung des vorliegenden Antrages.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich habe mich heute schon zu diesem Thema geäußert und ersuche um Ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. Es geht dabei um neuralgische Punkte in unserer Stadt. Wenn man um halb sieben Uhr in der Früh – natürlich nicht im Winter, sondern im Sommer und im Herbst – an den Parks vorbeifährt und sieht, wie die Mitarbeiter des Wirtschaftshofes mit Containern vor Ort sind, um Paletten von Bierdosen sowie Schnaps- und Weinflaschen wegzuräumen, muss ich schon sagen, dass diesbezüglich von der Stadt ein Zeichen gesetzt werden sollte, um diesem Alkoholmissbrauch rechtlich ein Ende zu setzen. Die Polizei sollte aufgefordert werden, Alkoholmissbrauch zu exekutieren. Ich denke, dass es bei einigen Dingen einfach notwendig ist, einmal Strafe zahlen zu müssen. Die Unverbesserlichen sollten zur Kasse gebeten werden. Das würde doch auch zum Schutze unserer Jugend passieren!

Ich lasse das Argument, dass die Jugendlichen, wenn sie nicht im Park trinken, eben außerhalb der Parkanlage trinken, nicht gelten. Auf der Straße wird das nicht passieren. Die Parks sind nicht so einsehbar. In der Nacht ist es in einem Park lustiger, denn man kann dort auf Bänken sitzen. Von außen sieht man nicht in den Park hinein und somit auch nicht die Verwüstungen, die von einer Handvoll Unverbesserlicher verursacht werden, das heißt, nicht von der Villacher Jugend im Allgemeinen sondern eben von Unverbesserlichen. Ich denke schon, dass man diesen zum Schutz der übrigen Jugendlichen die Waden nach vorne richten sollte. Schulschwänzer sitzen mit Bierpaletten und Doppelliter-Weinflaschen unter den Brücken. Ich glaube nicht, dass der Jugendrat das gutheißt. Ich glaube auch nicht, dass es angenehm ist, wenn Leute von ihrem Fahrrad absteigen müssen, da sie an diesen besetzten Stellen nicht vorbeifahren können. Es ist auch nicht angenehm, wenn dort Scherben am Boden liegen, was gang und gäbe ist. Die Exekutive ist gefordert einzugreifen. Ich lasse es nicht gelten, dass die Exekutive

sagt, dass man diesbezüglich kaum etwas machen kann. Wenn man einen Jugendlichen zur Verantwortung ruft und sein Vater zufällig Rechtsanwalt ist, wie es schon passiert ist, wird ein Einspruch erhoben und die Polizei angeklagt.

Es kann so nicht sein, dass eine Hand voll Leute den Rest der Stadt mit diesen unangenehmen Geschichten terrorisiert. Ich habe nichts gegen das Feiern, aber ich habe etwas gegen Auswüchse, und dagegen sollte man etwas tun. Dagegen ist auch in anderen Städten etwas gemacht worden. Ich glaube, dass wir eine ortspolizeiliche Verordnung erlassen können. Lassen Sie uns einfach einmal mutig sein, und machen wir das wie in anderen Städten! Sollte der Verwaltungsgerichtshof sagen, dass das in dieser Form nicht möglich ist, dann schaffen wir das eben wieder ab. Wir sollten aber wirklich ein Mittel ergreifen und sagen, dass in unserer Stadt nicht alles erlaubt ist. Machen wir es einfach einmal! Es dient ja nicht zu meiner persönlichen Befriedigung, sondern zum Schutz der Jugend und der Anrainer, die damit konfrontiert sind. Ich habe von einigen Leuten Briefe zu diesem Thema bekommen, die ich nun aber nicht vorlesen möchte. Bei der Ankündigung dieses Antrages vor einem halben Jahr, denn er stammt schon vom Juli dieses Jahres, haben mich Leute schon zu diesem Antrag beglückwünscht, da sie wirklich unter diesen Auswüchsen leiden. Ich bitte den Gemeinderat, einfach einmal ein Zeichen zu setzen und zuzustimmen.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

In einigen Punkten kann ich meiner Vorrednerin zustimmen. Natürlich ärgert es mich auch, wenn ich mit meinem Fahrrad über Glassplitter fahre. Ich glaube aber, dass es nichts nützen wird, den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen zu verbieten, weil ich denke, dass die Jugendlichen sich mit Recht anderswo hinsetzen werden. Ich denke, dass wir nicht verbieten, sondern ein gutes Vorbild sein sollten. Ich kann Ihnen sagen, dass man mich bei einem öffentlichen oder einem sonstigen Fest nie betrunken herumlungern sehen wird. Seien wir doch ehrlich: Wie viele unserer Freunde oder Bekannten unter den Erwachsenen trinken in der Öffentlichkeit Alkohol und geben damit ein schlechtes Bild? Zeigen Sie den Jugendlichen, wie man sich benimmt, denn dann werden auch diese sich ordentlich benehmen. Das denke ich mir zumindest. Sie machen uns ja auch sonst alles nach.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Frau Gemeinderätin Zimmermann, ich verwehre mich auf das Entschiedenste dagegen, dass wir oder einige von uns Gemeinderäten oder pauschal gesagt die Erwachsenen irgendwo betrunken herumlungern.

Der Kirchtag ist sicher eine Ausnahme, aber auch wir Gemeinderäte lungern dort nicht betrunken herum. Dagegen verwehre ich mich ganz entschieden. Es ist schon richtig, dass Erwachsene Alkohol trinken, aber der Großteil der Erwachsenen sowie der Großteil der Jugendlichen können mit Alkohol umgehen. Dass es sich bei Alkohol um eine legale Volksdroge handelt, wissen wir alle. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir uns in der Öffentlichkeit besaufen und schlechte Vorbilder sind. Es geht mir in diesem Fall um bestimmte Plätze und nicht um den Kirchtag oder ein generelles Verbot. Wenn man das Trinken an

bestimmten Plätzen verbietet, mag es sein, dass die Jugendlichen zwar anderswo weiter trinken, aber auf diesen bestimmten Plätzen dann eben nicht mehr. Wenn man Alkoholkonsum auf Kinderspielplätzen nicht verbietet, werden diese Jugendlichen dort eben weiterhin trinken und ihre Zigarettenstummel wegwerfen und damit die Kinder, die dorthin zum Spielen kommen, gefährden.

Ich kämpfe auch darum, dass auf den Kinderspielplätzen ein generelles Rauchverbot eingeführt wird, da das Rauchen unseren Kindern schadet. Wenn der Vater mit einer Zigarette in der einen Hand und einer Bierdose in der anderen Hand auf einem Kinderspielplatz sitzt, weiß ich nicht, ob das vorbildlich ist und wir das erlauben sollten. Ich glaube, dass wir Einschränkungen brauchen. Wir dürfen ja in einer Theatervorstellung im Congress Center auch nicht mit Zigarette und Bierdose in der Hand sitzen. So gesehen wird es ja direkt vor Kindern auf einem Kinderspielplatz auch zu verbieten sein. Wir können uns zusammensetzen, um die Plätze festzulegen. Ich ersuche wirklich darum, den Alkoholkonsum und auch das Rauchen auf bestimmten Plätzen, wie auf Kinderspielplätzen, zu verbieten. Ich teile Ihre Meinung, dass man den Antrag auch einschränken kann. Gerne setzen wir uns diesbezüglich noch einmal zusammen. Es muss doch möglich sein, diese beiden Dinge auf bestimmten Plätzen in der Stadt zu verbieten oder einzuschränken. Ich möchte nichts verallgemeinern und habe auch nicht von der Jugend im Allgemeinen gesprochen, sondern gesagt, dass es bestimmte Jugendliche gibt, die wir auf öffentlichen Plätzen nicht mehr haben wollen.

Ich denke, dass der Jugendrat gefordert ist und es auch macht, nämlich vorbildhaft zu wirken, indem man sagt, dass es uncool ist, sich zu besaufen oder überall mit einer Zigarette in der Hand herumzulaufen. Das kann in erster Linie nur die Jugend machen, aber wir müssen Voraussetzungen dafür schaffen, damit es rechtlich einfach nicht mehr möglich ist. Dann gibt es auch die Möglichkeit, dass diejenigen, die sich nicht daran halten, einmal bestraft werden. Ich denke, dass Strafen einen Sinn machen. Jemand, der einmal 50,00 Euro Strafe für etwas gezahlt hat, das er an einem bestimmten Ort gemacht hat, an dem er das nicht darf, wird das dort das nächste Mal nicht mehr machen. Er geht auch nicht in den nächsten Park, denn er weiß, dass es dort auch verboten ist. Er wird auch nicht mitten auf der Straße stehen und dort Alkohol trinken, denn das macht keinen Spaß.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich bleibe auch nach diesen Wortmeldungen bei meiner Empfehlung, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wenn Sie an Weihnachten denken, wissen Sie, dass die ganze Innenstadt ein Tummelplatz für tausende Menschen ist. Es gibt Alkohol und die Menschen sind eigentlich vorbildlich unterwegs. Wir werden dieses Thema auch bei dem von der Fraktion „Die Grünen Villach“ initiierten Gewaltpräventionskongress im Frühling behandeln. Ich persönlich habe folgende Einstellung dazu: Ich war anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft in Italien. Dort gab es Alkoholverbot, doch die Wirte haben uns zum Essen den Wein in der Mineralwasserflasche und in der Kaffeeschale auf den Tisch gestellt. Ich erinnere mich noch daran, als es ein Alkoholverbot bei Wahlen gab. In jedem Gasthaus ist der Wein in Kaffeeschalen ausgedient worden. Ich möchte nur sagen, dass die

Chance, ein Alkoholverbot zu kontrollieren, eigentlich gleich Null ist. In Graz hat mir der Chef dieser Wache, die jetzt aufgelöst wird, gesagt, dass es in der Herrengasse zwar ein Alkoholverbot gibt, was aber völlig sinnlos ist. Er hat mir dazu folgendes Beispiel genannt: Am Fenstersims des Joanneums steht eine Bierdose. Der Wachebeamte geht hin, spricht den Mann dahingehend an, dass Alkoholverbot herrscht und er das Bier nicht trinken dürfe. Der Mann antwortet ihm jedoch, dass er das nicht ihm sagen muss, denn es handle sich dabei nicht um seine Bierdose. Er könne nichts dafür, wenn irgendjemand diese genau dort stehen hat lassen.

Man muss sagen, dass das Anliegen und das Problem, das Frau Vizebürgermeisterin Rettl vorgetragen hat, berechtigt sind. Die Frage ist nur, ob es eine Möglichkeit gibt, dieses sinnvoll zu bekämpfen. Mir wird erzählt, dass sich in Amerika, wo es ein Alkoholverbot gibt, die Leute insofern behelfen, als dass sie aus zusammengerollten Zeitungen trinken, in welchen sich der Wein oder der Alkohol befindet.

Es gibt noch etwas, worüber ich mit Frau Vizebürgermeisterin Rettl nicht einer Meinung bin. Es soll nicht alles der Staat regeln. Wie will ich einem Elternteil verbieten, auf einem Kinderspielplatz, wo man auf seine spielenden Kinder aufpasst, ein Bier zu trinken? Der Staat kann nicht alles regeln. Es gibt eine zivile private Verantwortung. Man kann informieren und aufklären, aber nicht alles vom Staat verlangen. Dann würden wir einen Polizisten pro Bürger benötigen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 11 Stimmen der FPK-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Auf bestimmten öffentlichen Plätzen wird durch eine ortspolizeiliche Verordnung der Konsum von alkoholischen Getränken verboten. Die Plätze sind: das Draufer beidseitig zwischen Alpe-Adria-Brücke und Kriegsbrücke, alle stadteigenen Kinderspielplätze und Trendsportanlagen. Ausgenommen von der Verordnung sind: Gastgärten während der Betriebszeiten sowie lokale Feste und genehmigte öffentliche Veranstaltungen.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 14.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Gemeinderatsprotokoll auf www.villach.at

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die Gemeinderatsprotokolle (wie im Antrag beschrieben) ehest auf die Homepage (www.villach.at) hinauf gestellt werden und für jedermann leicht abrufbar sind.

Pkt. 15.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Verlängerung der Parkzeit in den Kurzparkzonen

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 4.4.2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** erteilen:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass eine Ausweitung des überwachten und gebührenpflichtigen Kurzparkens von zwei auf drei Stunden so rasch wie möglich eingeführt wird.

Pkt. 16.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Resolution gegen die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 4.4.2011.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich ersuche alle, die den Antrag der FPK-Gemeinderäte die Wehrpflicht betreffend unterstützt haben, auch diesen Antrag zu unterstützen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Nachdem der vorige Antrag in der Minderheit geblieben ist, überrascht es mich, dass der Klubobmann der ÖVP bei seinem eigenen Antrag darum ersucht, dass diejenigen wieder zustimmen, die beim letzten Mal zugestimmt haben. Damit ist garantiert, dass der Antrag in der Minderheit bleibt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion (Stimmenthaltung), 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, Gemeinderat Gangl (Stimmenthaltung)),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, alles zu unternehmen, damit die allgemeine Wehrpflicht im Sinne dieser Resolution in Österreich bestehen bleibt.

Pkt. 17.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Mehr Sicherheit für Villach durch den fortgeführten Einsatz einer Sicherheitsstreife für die Villacher Innenstadt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 30.5.2011 wie folgt:

Wie schon so oft bei diesem Thema, empfehle ich die Ablehnung dieses Antrages.

Gemeinderat Plasounig:

Ich habe damit gerechnet, dass die Sozialdemokraten diese Idee ablehnen. Sie haben zwar immer wieder erwähnt, dass es zweierlei Sichtweisen gibt, aber es tut mir persönlich weh, wenn eine Idee immer wieder generell abgelehnt wird. Wenn wir zwei, Herr Bürgermeister, uns auf den Hauptplatz stellen und einen Regenbogen betrachten würden, sieht jeder seinen „eigenen“ Regenbogen. Es ist nicht möglich, dass wir den gleichen sehen, da es immer auf den jeweiligen Standort ankommt. So ist es auch in Villach, wenn wir uns unsere bunte Stadt ansehen. Jeder wird Villach anders sehen. Die Kaufleute haben einen anderen Blickpunkt als die Bewohner. Ich bin sehr froh darüber, dass genau zum richtigen Zeitpunkt die Initiative von Stadtrat Mag. Weidinger kam, die City-Streife zu installieren. Der Erfolg, den wir jetzt in der Lederergasse auf Initiative der Stadt Villach, der Kaufmannschaft und dem Verein Lederergasse zu verzeichnen haben, hat zeitmäßig genau mit dem Einsatz der City-Streife zusammengepasst, sodass in der Lederergasse Ruhe eingekehrt ist. Wir können dort sicherlich ein tolles Projekt durchziehen. Wenn darüber auch sehr viel diskutiert wird und die City-Streife immer nur so abgetan wird, bin ich doch sehr froh darüber, dass die Stadt die Privatinitiative von honorigen Personen, die den Verein „safer cities“ gegründet haben, unterstützt und die Thematik somit erkennt. Generell zu sagen, dass man keine Sicherheitswache oder etwas Ähnliches benötigt, wäre falsch, denn die City-Streife war zur richtigen Zeit da und hat der Stadt gedient.

Gemeinderat Berger:

Ich werde mich auch so kurz halten, wie Gemeinderat Plasounig es getan hat. Ich möchte nur noch einmal zur x-ten Richtigstellung Folgendes festhalten: Mir persönlich tut es weh, wenn eine Fraktion unbelehrbar ist und trotz eines mehrmalig abgelehnten Beschlusses des Gemeinderates immer wieder versucht, damit anzukommen. Die Rufschädigung bedeutet für die Unternehmen einen fatalen Schaden. Ebenso wirkt sich die Behauptung, wie unsicher und schmutzig es in unserer Stadt ist, die nur von Ihrer Partei aus geht, auf den Tourismus aus. Ich habe außerdem sehr wenig Verständnis dafür, dass das Ganze noch vom Wirtschaftskammerobmann unterstützt wird. Ebenso wenig Verständnis haben dafür die Tourismusbetriebe, die Gastronomen beziehungsweise die Betriebe in der Villacher Altstadt.

Gemeinderat Prinz:

Vielleicht haben noch nicht alle von Ihnen die Kronen Zeitung gelesen. Ich möchte daraus nur einen Teil zitieren, wonach das gescheiterte City-Streifen-Projekt ohnehin unnötig gewesen wäre und nur Steuergeld verbrannt habe. Das meinen jedenfalls die Prüfer, denn die Anzahl der Sachbeschädigungen, Einbrüche und Raufereien in der Innenstadt bewegten sich auf einem im Vergleich zu anderen Städten unterdurchschnittlichen Niveau. Weder der Hauptplatz noch die Lederergasse seien als kriminelle Gefahrenzonen beziehungsweise Hot-Spots zu bezeichnen. Sie von der ÖVP haben es aber geschafft, die Stadt Villach nicht nur hier, sondern in ganz Kärnten und auch im Ausland so hinzustellen, als ob Villach eine ganz kriminelle Stadt und es in der Innenstadt sehr gefährlich ist. Das ist aus touristischer Sicht gesehen unter jeder Kritik und Würde. Sie von der ÖVP haben sich diesbezüglich wirklich daneben benommen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Es wurde etwas Philosophisches angesprochen, nämlich dass jeder einen Regenbogen anders sieht. Ich hoffe, dass sich das nicht nur auf die Farben bezieht, sondern auch auf die Vorstellungen, was ein Regenbogen zu bedeuten hat, zutrifft. In einer Demokratie ist es wichtig zu erkennen, wie die Mehrzahl der Menschen einen Regenbogen sieht. Entscheidungen sind zu treffen und einzelne Meinungen zu respektieren. Diesen Meinungen habe ich ja auch nicht widersprochen. Herr Gemeinderat Plasounig, es handelt sich Ihrerseits um einen Rettungsversuch nach dem Fiasko, das Stadtrat Mag. Weidinger zu verantworten hat, und den Versuch, das Projekt der ÖVP, nämlich die City-Streife, noch ein wenig ins Rennen zu bringen. Es war jedoch das falsche Konzept. Wir haben vom Wirtschaftsreferat das richtige Konzept erarbeiten lassen. Wir haben einen Spezialisten darauf losgelassen, um herauszufinden, wie wir das Übel an der Wurzel packen können. Wir wollen nicht nur Kosmetik anwenden, wie Sie das tun. Sie versuchen, einen politischen Vorteil daraus zu ziehen. Zuerst wird ein Bedrohungsszenario gezeichnet, und dann spielt man sich als Retter auf, indem man zwei Personen engagiert, die einen Hund spazieren führen. Das Konzept, das es gegeben hat, war falsch. Ich habe mir hier auch vorgemerkt, dass ich den ÖVP-Gemeinderatsmitgliedern sagen wollte, dass sie die Kronen Zeitung lesen sollten. Das ist vorhin bereits gesagt worden.

Wir haben in der Lederergasse Kameras installiert, weil die Innenstadt vom Wirtschaftsbund, von Herrn Kommerzialrat Gross und von der ÖVP seit 25 Jahren permanent als Spielwiese verwendet wird. Damit man die Lederergasse zu einem so genannten Hot-Spot erklären hätte können, hätten die Kriminalitätszahlen entsprechende Werte erreichen müssen. Das war jedoch bei weitem nicht Fall, weshalb wir die Kameras entfernen hätten müssen. Nur durch heftigste Interventionen bei der damaligen Bundesministerin Prokop haben wir erreicht, dass auf Grund ihrer Weisung die Kameras, die wir schon hatten, nicht entfernt werden mussten. Das ist die wahre Situation.

Es ist vom Gewerbeferat angeordnet worden, dass die gesamten Sperrzeiten überprüft werden. Demnächst werden Sie feststellen, dass die Stimmung in die andere Richtung kippen wird, nämlich dass in der Stadt nichts mehr los sein wird.

Aber das, was durch die Äußerungen der ÖVP los war, war nicht in unserem Interesse. Daher empfehle ich die Ablehnung dieses Antrages.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass die Stadt Villach so rasch wie möglich die Finanzierung der Citystreife in Villach übernimmt.

Pkt. 18.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Bericht-
erstattung im Mitteilungsblatt über den Villacher Wochenmarkt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom
27.7.2011.

Gemeinderat Innerhofer:

Ich möchte zuerst zu dieser Beschallung hier im Paracelsussaal mein tiefstes
Bedauern aussprechen, denn es ist fast eine Schweinerei, dass diese nicht richtig
funktioniert, wie wir es heute mehrmals mitbekommen haben. Es muss in der
technischen Zeit, in welcher wir leben, schon fast selbstverständlich sein, dass
diese zwei Mikrofone ständig eingeschaltet sind. Wenn jemand einen Blödsinn
sagt, kann man das Mikrofon ja ausschalten. Ich habe damit nicht mich selbst
gemeint. Spaß beiseite, und ich komme zum Tagesordnungspunkt 18.

Ich möchte, wie Herr Bürgermeister es in seiner Budgetrede gemacht hat, zuerst
das Positive und dann das Negative nennen. Ich bin als Vorstandsmitglied des
Vereines Wochenmarkt beauftragt worden, recht schönen Dank für die
außerordentliche Zuwendung in Höhe von 3.000,00 Euro zu sagen. Es ist nicht
selbstverständlich, einem Verein einfach so 3.000,00 Euro zukommen zu lassen.
Das war das Positive, nun komme ich zum Negativen. Ich habe von Herrn
Bürgermeister nun nicht gehört, wieso er eine Berichterstattung im Mitteilungsblatt
über den Villacher Wochenmarkt nicht haben möchte beziehungsweise dieser
gegenüber negativ eingestellt ist. Es mag sein, dass der Antrag vielleicht ein
wenig zu fordernd ausgefallen ist. Ich möchte ihn aber nun doch verlesen, wenn
es gestattet ist: Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die
Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass dem Villacher
Wochenmarkt und seinen Mitgliedern im Mitteilungsblatt der Stadt Villach in jeder
Ausgabe, ab Herbst 2011 beginnend, Platz eingeräumt wird, um über die
Herkunft, Produktion als auch das vielfältige Angebot und die Aktivitäten am als
auch rund um den Wochenmarkt zu informieren.

Ich denke, dass es eine tolle Geschichte wäre, dass wir, wenn auch nicht jedes
Monat, was im Antrag vielleicht zu viel verlangt ist, aber zumindest vierteljährlich
unsere Aktivitäten darlegen können, vor allem wenn es spezielle Feste, wie das
Marktfest oder auch den Marktkirchtag, gibt. Die Ankündigungen dieser
Veranstaltungen sollten kostenlos veröffentlicht werden können. Das ist mit
diesem Antrag gemeint, Herr Bürgermeister.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich denke, dass der Marktreferent jederzeit die Möglichkeit hat, Meldungen, die
sein Referat betreffen, im Mitteilungsblatt zu platzieren. Warum er dafür nun einen
Antrag stellt, weiß ich nicht. Wenn ich Informationen über die Bereiche
Gesundheit, Umweltschutz oder Energieförderungen im Mitteilungsblatt
veröffentlichen möchte, verfasse ich einen Bericht und übermittle diesen an die

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit. Es handelt sich dabei um Themen, die meine Referate betreffen.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl auf einen Zwischenruf von Gemeinderat Mag. Steinacher:

Möchten Sie sich zu Wort melden? Dann heben Sie Ihre Hand. Jetzt rede ich fertig!

Es ist jedem Referenten freigestellt, aus seinem Referat etwas ins Mitteilungsblatt zu geben. Man braucht nur einen Bericht an die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zu senden, und im Allgemeinen wird dieser auch veröffentlicht.

Gemeinderat Mag. Steinacher hat sich zu Wort gemeldet. Das nennt man brav!

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Danke für dieses Kompliment! Frau Vizebürgermeisterin Rettl, ich glaube, dass dieser Antrag zu 120 Prozent nicht im Sinne des Antragstellers verstanden wurde. Es geht grundsätzlich nicht darum, dass Stadtrat Mag. Weidinger als Referent für Marktangelegenheiten im Mitteilungsblatt vorkommen soll, sondern ausschließlich darum, dass die Marktferanten mit ihren gesunden Produkten in vierteljährlichen Abständen präsentiert werden. Es geht nicht um den zuständigen Politiker, sondern um die gesunden Lebensmittel. Diese möchten wir besonders hervorheben, vor allem auch im Zusammenhang mit der EHEC-Thematik. Das war eine schlimme Geschichte. Es war toll, dass es damals positive Berichte über einheimische Lebensmittel gab. Nun sollen die Marktprodukte auch dann, wenn eine solche Krise nicht eintritt, im Amtsblatt der Stadt Villach Platz finden.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Es wäre wünschenswert, wenn es genau so laufen würde, wie Sie, Frau Vizebürgermeisterin Rettl, das vorschlagen, nämlich dass jeder Bericht, den man die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sendet, veröffentlicht wird. Ich werde diesen Vorschlag gerne annehmen und hinkünftig regelmäßig über das Angebot und die Aktivitäten am Wochenmarkt berichten. Ob und wie viel von diesen Informationen im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden, ist eine andere Geschichte.

Es geht hingegen in Wahrheit um Folgendes: Der Villacher Wochenmarkt ist aus Villach genau so wenig wegzudenken, wie ein Bürgermeister aus seiner Stadt. Dementsprechend wäre es toll, wenn der Wochenmarkt gleich oft wie ein Prominenter im Villacher Mitteilungsblatt vertreten wäre.

Es sei mir gestattet, noch einen Punkt in eigener Sache vorzubringen. Wie der Villacher Bürgermeister und der Wochenmarkt ist auch eine Gemeinderätin aus dieser Stadt nicht wegzudenken, die sich seit Jahrzehnten für die Villacher Stadt und die Bevölkerung einsetzt. Sie feiert heute einen runden Geburtstag. Frau Gemeinderätin Sacherer, herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Ich habe hier einen schönen Blumenstraus, den ich Ihnen gemeinsam mit Herrn Bürgermeister, wenn er einverstanden ist, überreichen darf, denn dass Sie an Ihrem 70. Geburtstag hier sind, ist toll.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter:

Das Mitteilungsblatt besteht aus 24 Seiten, davon sind zehn Seiten Werbung. Ich habe versucht, ein Konzept zu erstellen, das ich für alle Bereiche gleichmäßig anwende. Wenn am Wochenmarkt eine Veranstaltung stattfindet, dann findet das im Mitteilungsblatt seinen Niederschlag, aber wir werden zum Beispiel nicht darüber berichten, wenn frische Erdäpfel geliefert werden. Da ist nicht möglich. Wir haben für den Wochenmarkt zwei ganz klare Maßnahmen. Das sind erstens die Einfahrtstafeln, auf welchen der Wochenmarkt angekündigt wird. Zum Zweiten haben wir über Ereignisse, die am Wochenmarkt stattfinden, immer berichtet, wenn wir davon verständigt worden sind. Das gilt für alle Referate. Es muss ein Ereignis stattfinden oder es muss irgendeinen Anlass geben, damit eine eigene Berichterstattung stattfindet. Das Mitteilungsblatt ist keine allgemeine Zeitung. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass es irgendein Ereignis gegeben hat, worüber nicht berichtet worden ist. Wenn am Wochenmarkt eine Veranstaltung, wie zum Beispiel der Kirchtag, stattfindet, wird darüber natürlich berichtet.

Gemeinderat Innerhofer in einem Zwischenruf:

Aber nur im Nachhinein!

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat, wenn wir dazu übergehen, alles, was in der Stadt passiert, im Mitteilungsblatt anzukündigen, findet darin nichts anderes mehr Platz. Das Mitteilungsblatt ist kein Ankündigungsblatt. Außerdem sind die Parteien der Meinung, dass das Mitteilungsblatt nicht umfangreicher sein soll, um dafür nicht mehr Geld ausgeben zu müssen. Wenn ich eine Ankündigungsstrategie verfolge, habe ich allein aus dem Sportreferat schon einmal 30 Ankündigungen und aus dem Kulturreferat jede Woche 20 Ankündigungen anzuführen. Es gibt zahlreiche Veranstaltungen, zum Beispiel allein von Chören. Das schaffen wir nicht. Wenn ein Ereignis stattfindet, ist es keine Frage, dass dieses angekündigt wird, wobei ich nicht glaube, dass die Berichterstattung im Mitteilungsblatt als Werbung ausreicht. Es bringt aber auf jeden Fall ein positives Image. Ich denke, dass das auch reicht und empfehle daher die Ablehnung des vorliegenden Antrages.

Gemeinderat Ewald Michelitsch, MAS, MBA, verlässt die Sitzung, Frau Waltraud Rohrer nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil. Gemeinderat Bernhard Plasounig verlässt die Sitzung, Gemeinderat Sandro de Roja nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil. Frau Gemeinderätin Hermine Krenn verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Helga Sacherer nimmt an ihrer Stelle an der Sitzung teil.

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart spricht die Gelöbnisformel vor.

Frau Gemeinderätin **Waltraud Rohrer** leistet als neues Mitglied des Gemeinderates das Gelöbnis gemäß § 21 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass dem Villacher Wochenmarkt und seinen Mitgliedern im Mitteilungsblatt der Stadt Villach in jeder Ausgabe, ab Herbst 2011 beginnend, Platz eingeräumt wird, um über die Herkunft, Produktion als auch das vielfältige Angebot und die Aktivitäten am als auch rund um den Wochenmarkt zu informieren.

Pkt. 19.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2011 wie folgt:

Im Stadtsenat haben die SPÖ mit vier und die FPK mit zwei Stimmen gegen den Antrag, die ÖVP mit einer Stimme für den Antrag gestimmt. Wir haben bereits mit gm1.tv versucht, eine Gemeinderatssitzung live zu übertragen. Das Interesse hat sich in Grenzen gehalten. Ich persönlich glaube, dass der Wert an Informationen und die Zahl der Zuseher in keinem Verhältnis zu dem damit verbundenen Aufwand stehen. Ich empfehle daher die Ablehnung dieses Antrages.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Es ist nun möglich, die Protokolle der Gemeinderatssitzung auf der Homepage www.villach.at nachzulesen. Eine Live-Übertragung der Gemeinderatssitzung ist zwar technisch mit mehr Aufwand verbunden, aber grundsätzlich keine große Geschichte. Die Firma gm1.tv kann die Übertragung sehr einfach und sehr rasch durchführen. Dazu möchte ich ein Erfolgserlebnis erwähnen: Die Landtagssitzung wurde nun schon zum dritten Mal live im Internet übertragen. Das funktioniert sehr gut. Ich denke, dass das bei allen Landtagsparteien und auch bei den Zusehern Anklang findet. Gerade die jüngere Bevölkerung könnte auf diese Weise dafür gewonnen werden, dass sie die Entscheidungen aus dem Stadtparlament, wie in unserem Fall, von zu Hause aus verfolgt.

Gemeinderat de Roja:

Aus der Sicht der Jugend möchte ich dazu sagen, dass die Live-Übertragungen der Landtagssitzungen gerade von Jugendlichen sehr gut angenommen werden. Sie bekommen dadurch einen direkten Einblick in das Geschehen. Eine Gemeinderatssitzung ist eine öffentliche Sitzung. Daher bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. Durch einen Live-Mitschnitt würden viel mehr Personen mitbekommen, wie eine Gemeinderatssitzung abläuft, worüber hier diskutiert und wie abgestimmt wird.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Ich kann dem Antrag sehr viel abgewinnen. Ich würde zustimmen, allerdings möchte ich gerne wissen, welche Kosten dabei entstehen.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Die Kosten würden sich auf 7.468,00 Euro belaufen. Als Bedeckung ist die Bedeckung K vorgesehen, was bedeutet, dass die Kosten aus den Kelag-Geldern genommen werden.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Im Sinne der Transparenz würde ich das begrüßen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich bin der Meinung, dass man dieses Projekt nicht einer privaten Firma übertragen kann. Der ORF, der die Live-Übertragungen aus dem Parlament zeigt, ist eine öffentlich-rechtliche Organisation. Ich habe große Bedenken, dieses Projekt einer privaten Firma zu übertragen. Es könnte sein, dass die Regie möglicherweise so geführt wird, dass sie nicht im demokratiepolitisch transparenten Sinne erfolgt. Die Kosten, die genannt worden sind, belaufen sich auf über 7.000,00 Euro. Ich persönlich glaube, dass, wenn man wirklich Live-Übertragungen zeigen will, man sich im Klaren darüber sein muss, wie man es machen will. Bedient man nur die Rednerpulte oder macht man einen Schwenk in das Publikum? Macht man die Abstimmungsvorgänge auch transparent? Viele Fragen tauchen dazu auf. Daraus ergeben sich höhere Kosten. Ich denke, dass man nicht einmal mit einer Summe in Höhe von 20.000,00 oder 25.000,00 Euro auskommen wird. Man soll bei jeder Geldausgabe die Sinnhaftigkeit prüfen. Aus diesem Grunde muss ich sagen, dass sich die Einschaltzahlen hier so massiv in Grenzen halten, dass die Kosten aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt sind.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Stimmenthaltung),
1 Stimme der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die Villacher Bevölkerung an der Arbeit der gewählten Mandatäre noch besser teilhaben kann. Daher sollen die Gemeinderatssitzungen so schnell wie möglich via Internet „live“ übertragen werden und jederzeit wieder auf der Homepage der Stadt Villach (www.villach.at) abrufbar sein.

Pkt. 20.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Teilnahme Villachs am Blumenschmuckwettbewerb

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2011 wie folgt:

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger hat organisatorische Änderungen in der Abwicklung des Blumenschmuckwettbewerbes vorgenommen.

Das Problem bestand darin, dass seitens des Landes die Jurybewertungen schon Anfang Juni vorgenommen wurden. Sehr viele Blumenfreunde in unserer Stadt haben sich darüber aufgeregt, dass zu diesem Zeitpunkt der Blumenschmuck noch nicht in dem Maße entwickelt ist, dass man eine Bewertung vornehmen kann. Noch dazu hat das Ergebnis dieser Bewertung auch für unseren Wettbewerb gegolten, da man die Kosten für die Jurybewertung nicht zwei Mal aufbringen wollte. Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger kann jetzt gewährleisten, dass die Villacher zu einem späteren Zeitpunkt bewertet werden.

Bürgermeister Manzenreiter:

Das Land nimmt für seinen Bewerb die Bewertung selbst vor. Dadurch entstehen uns keine Kosten für die Jury des Landes. Wir kommen damit den Bürgerwünschen entgegen, die Bewertung nicht Anfang Juni, sondern später durchzuführen. Der Villacher Blumenschmuckwettbewerb ist eigenständig. Es gibt von unserer Seite her also keinen Grund, diesen Antrag abzulehnen und uns dagegen auszusprechen, dass das Land seinen Blumenschmuckwettbewerb selbständig durchführt.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich möchte mich dafür bedanken, dass es zu dem vorliegenden Antrag möglicherweise eine einstimmige Zustimmung geben wird. Ich denke, dass es ein wichtiges Signal an die Bevölkerung ist. Durch die Teilnahme am Blumenschmuckwettbewerb werden die Bewohner dazu animiert, das Ortsbild besonders schön zu gestalten. Es ist auch ein wirtschaftlicher Effekt damit verbunden. So werden beim Landeswettbewerb Gutscheine im Wert von über 20.000,00 Euro an die Sieger vergeben. Davon ist in den letzten Jahren auf Grund der Bemühungen von Privatpersonen und Betrieben auch immer ein großer Teil nach Villach gekommen, da die Gutscheine in Villach eingelöst und somit in die lokale Wirtschaft eingespeist werden. Daher unterstütze ich diesen Vorschlag und danke für das entgegengebrachte Vertrauen.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die Stadt Villach am Landesblumenschmuckwettbewerb (Blumenolympiade Kärnten) teilnimmt.

Pkt. 21.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Implementierung eines Energiereferates

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 30.5.2011 wie folgt:

Die Implementierung eines Energiereferates ist vorhanden. Ich bitte, diesbezüglich in der Geschäftsverteilung nachzulesen. Daher ersuche ich um Ablehnung dieses Antrages. Man muss nicht etwas implementieren, was bereits vorhanden ist.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Es gibt auch Anträge, von welchen Sie sagen, dass diese bereits umgesetzt sind und gerade deswegen stimmen Sie zu. Ich muss jedoch dazu sagen, dass wir damit auch nicht zufrieden wären, wenn Sie das immer so machen würden.

Ich habe bereits in meiner Wortmeldung zum Thema Energieeffizienz und die Extra-Förderung von Solarspiegelanlagen versucht zu erklären, worum es uns geht. Die Themen Energie und Energieeffizienz werden immer wichtiger. Die Stadt Villach arbeitet in diese Richtung, denn sonst wären wir nicht dem „e5-Programm“ beigetreten. Wir sind der Meinung, dass die Energiepolitik unter „ferner liefern“ behandelt wird, nämlich als ein Punkt unter, ich weiß nicht wie vielen. Vizebürgermeister Pfeiler hat so viel Arbeit, weshalb ich mich nicht wundere, dass er krank ist. Er hat ein unglaublich großes Arbeitsgebiet, und ein kleiner Punkt davon ist der Energiebereich. Wir haben nichts dagegen, dass die Energieeffizienzförderung im Referatsbereich von Frau Vizebürgermeisterin Rettl liegt. Wir wollten damit sagen, dass uns das Energiereferat so wichtig ist, dass wir alle, und besonders die Stadt Villach, vielleicht bei der nächsten Legislaturperiode diesen Umstand der Bündelung berücksichtigen sollten. Es gibt manchmal Situationen, in welchen sich manche Referenten spinnefeind sind und nicht miteinander sprechen. Dann wird es ganz schwierig, wenn es ein Projekt gibt, wofür beide zuständig sind, der eine mehr im planerischen Bereich, der andere mehr für die Ausführung. Es ist schwierig, dass dann diesbezüglich überhaupt etwas weitergeht. Das Thema Energie ist jedoch viel zu heikel, als dass man das offen lassen kann. Ich stimme Herrn Bürgermeister schon zu, dass das Thema Energie in viele verschiedene Bereiche hineinfließt, aber man sollte das viel mehr zusammenfassen. Ich hätte gerne einen „Ober-Energiereferenten“.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich habe diesbezüglich gerade nachgedacht. Als Personalreferent brauche ich Energie, um darauf zu achten, dass genügend Mitarbeiter da sind. Vizebürgermeister Pfeiler ist der Energiereferent für die Entwicklung und hat in seinem Bereich eigentlich überall mit Energie zu tun. Frau Vizebürgermeisterin Rettl hat mit Umwelt und Energie zu tun. Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger hat mit Umwelt und Wasser zu tun. Energie und Müll sind auch miteinander verknüpft. Bei Stadtrat Mag. Dr. Zauchner finde ich zum Beispiel den Vorschlag für die

Warmwasseraufbereitung. Sie möchten für das Thema Energie gerne einen „Oberreferenten“ schaffen. In Wahrheit hat jedoch jeder das Thema wahrzunehmen. Ich war einmal Umweltreferent und habe überhaupt keine Kompetenzen gehabt. Der Umweltbeirat hatte aber seine Freude mit mir, man bezeichnete mich als Jolly Joker, der zu allem und jedem seinen Mund aufmachte. Es ist ein frommer Wunsch, der in der Realität nicht machbar ist.

Sie haben gesagt, dass Vizebürgermeister Pfeiler viel zu tun. Dazu muss ich noch sagen, dass er seine Arbeit sehr gut macht.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion,
Gemeinderat Gangl),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Das Thema „Energie“ ist in einem Referat zusammen zu führen und einem bereits existierenden Mitglied des Stadtsenates in die organisatorische und politische Verantwortung als Kernkompetenz zu übertragen.

Pkt. 22.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Veröffentlichungen im Namen des Bürgermeisters bei gleichzeitiger Finanzierung durch die Stadt Villach

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 30.5.2011 wie folgt:

Ich empfehle die Ablehnung dieses Antrages. Jeder Referent und jeder, der auch nur einen Steuereuro einsetzt, müsste demnach bei jeder Ankündigung die Anmerkung machen, dass etwas mit Steuermitteln bezahlt wird. Nachdem ich persönlich weder einen reichen Onkel in Amerika noch einen Quadratmeter schlagbare Brennesseln in der Stadt besitze und mein Gehalt veröffentlicht wird, kann sich jeder Bürger dieser Stadt vorstellen, dass das, was wir machen, weder von mir noch von Frau Vizebürgermeisterin Rettl oder von Stadtrat Mag. Weidinger finanziert wird. Deshalb halte ich es für einen Nonsens, bei Ankündigungen auf eine Veranstaltung den Hinweis darauf zu machen, dass diese mit Steuergeldern finanziert ist. Von mir persönlich wird nichts finanziert, ausgenommen Spenden im privaten Bereich. Wenn ich mir ein Auto kaufe, müsste ich so gesehen, dann auch dazu schreiben, wann das Auto fährt oder etwas ähnliches.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Nachdem der Antrag ja nicht vorgelesen wurde, möchte ich das jetzt erklären: Es gibt bestimmt Leute hier im Saal, die den Antrag nicht kennen. Diejenigen glauben vielleicht, dass wir wollen, dass Herr Bürgermeister sagt, wann das Auto fährt. Es steht aber eindeutig anders im Antrag, denn das Auto fährt manchmal auch nicht.

Es geht in dem vorliegenden Antrag um verschiedene Anlässe, die von der Stadt Villach finanziert werden. Es wird immer wieder die Formulierung „Ihr Herr Bürgermeister“ verwendet. So „lädt Herr Bürgermeister zum Buffet“, der Ostergarten vor dem Rathaus wurde der Villacher Bevölkerung mit den Worten „Herzlichst, Ihr Bürgermeister“ vorgestellt. Wir meinen, dass durch diese verkürzte Formulierung der Eindruck entsteht, als ob Herr Bürgermeister gewisse Anlässe aus seiner Privatschatulle finanziert. Die Bürger denken somit, wie großzügig er ist und wie viel er verdient. Damit diese Falschmeldung nicht entstehen kann, würden wir solche Formulierungen empfehlen, wie zum Beispiel „Herr Bürgermeister lädt Sie im Namen der Stadt Villach zum Buffet“ ein. Das klingt auch nicht geschwollen. Es steht darin nichts vom Steuerzahler, aber man weiß, was damit gemeint ist. Man könnte auch schreiben „Herzlichst, Ihre Gemeinde Villach mit Ihrem Herrn Bürgermeister“. Auf diese Weise wäre es etwas genauer gesagt.

Bürgermeister Manzenreiter:

Frau Gemeinderätin Zimmermann, Sie sind bei sehr vielen Veranstaltungen nicht vertreten. Wenn Sie an einer aber teilnehmen, werden Sie feststellen, dass meistens gar nicht ich derjenige bin, der sagt, dass das Buffet eröffnet ist,

sondern ich überlasse das jemand anderem. Ich halte diese Diskussion für nicht zielführend. Man muss nur im Stadtrecht nachlesen. Dort steht, wer die Stadt nach außen vertritt. Das hat auch mit einer gewissen Gewichtung zu tun, wenn man in einer Stadt direkt gewählt wird.

Ich denke, dass es nicht sehr viele Träumer in dieser Stadt gibt, die wirklich glauben, dass der Bürgermeister das eine oder andere finanziert. Ich bin nicht Herr Berlusconi.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPK-Fraktion, Gemeinderat Gangl),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Im Zusammenhang mit Anlässen, welche die Gemeinde Villach finanziert, hat bei der Ankündigung eine Formulierung gewählt zu werden, welche die Tatsache der öffentlichen Finanzierung berücksichtigt.

Pkt. 23.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Mautbefreiung Dobratsch-Alpenstraße für KFZ mit alternativer Energie

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 30.5.2011 wie folgt:

Wir können nicht darüber entscheiden, ob es für Fahrzeuge, die mit alternativer Energie betrieben werden, eine Mautbefreiung gibt. Die Villacher Alpenstraße ist nicht unsere Gesellschaft. Wir können es nur empfehlen.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Der zuständige Referent setzt sich dafür ein, dass Fahrzeuge, die nicht mit konventionellen Treibstoffen aus Erdöl bzw. Erdgas betrieben werden, auf der Dobratsch-Mautstraße von der Maut befreit werden.

Pkt. 24.) Vertretung der Stadt Villach in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Änderung in der Verkehrskommission

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 14.11.2011, Zl.: MD-20v/50/11-03/Dr.M/Or.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die neue Zusammensetzung der Verkehrskommission wie folgt zu beschließen:

GR Johann INNERHOFER
Vizebürgermeister Richard PFEILER
GR Albin WALDNER
GRⁱⁿ Irene HOCHSTETTER-LACKNER
GR Hartwig WARMUTH

Je ein Vertreter:

des Stadtpolizeikommandos Villach - Herr Chefinspektor Gerhard ULLRICH
der Wirtschaftskammer - Herr Max STECHAUNER
der Arbeiterkammer - Frau GRⁱⁿ Irene HOCHSTETTER-LACKNER
des ARBÖ - Herr Leopold HINTEREGGER
des KATC - Herr Obmann Robert PROHINIG
der Radlerplattform - Herr Ronald MESSICS
der ÖPNV - Herr Gilbert OBERRAUNER
des ÖBB Personenverkehr Kärnten - Herr Mag. Manfred OBERRAUNER
des ÖZIV - Herr Obmann Gerhard HOFNER
des Vereins „Fahrgast Kärnten“ - Herr Dr. Richard HUBER
der ÖBB-Postbus GmbH - Herr Walter WOLFGER.

Pkt. 25.) Antrag auf Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadt Villach am Internationalen EU-Projekt „ALPSTAR“ 2011 bis 2014; Genehmigung der Vorbelastung für die Voranschläge 2013 und 2014 für das EU-Projekt „ALPSTAR“

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit vom 18.8.2011, Zl.: 5/Ö-Alpenstädte/Alpstar N-T.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach verpflichtet sich grundsätzlich, am Internationalen EU-Projekt ALPSTAR im Zeitraum von 2011 bis 2014 mit einem Gesamtbetrag von **45.000,00 Euro** (inkl. MwSt.) teilzunehmen.
2. Im Voranschlag für das Jahr 2012 wird ein Betrag von 3.000,00 Euro budgetiert, und es werden die Vorbelastungen der Voranschläge 2013 und 2014 auf dem UA 5.5291 in der Gesamthöhe von 42.000,00 Euro genehmigt.

Pkt. 26.) Förderbeschluss zum Projekt „Studie und Ausstellung über die Lebensumstände und Schicksale der Villacher Jüdinnen und Juden im Bezirk Villach“ in den Jahren 2012/13/14

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit vom 18.8.2011, Zl.: 5/Ö-Juden 2014 N-T.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach verpflichtet sich grundsätzlich, den Verein „Erinnern“ (Obmann Hans Haider, Ritterweg 3, 9500 Villach) für das Projekt **„Studie und Ausstellung über die Lebensumstände und Schicksale der Villacher Jüdinnen und Juden im Bezirk Villach“** im Zeitraum 2012 bis 2014 mit einem Gesamtbetrag von **94.200,00 Euro** (inkl. MwSt.), aufgeteilt auf drei Jahre, zu fördern.
2. Im Voranschlag für das Jahr 2012 wird ein Betrag von 31.000,00 Euro budgetiert, und es werden die Vorbelastungen der Voranschläge 2013 und 2014 auf der VASt. 5.3698.728000 mit den jährlichen Betragsleistungen genehmigt:
 - 31.000 Euro für das Jahr 2013 und
 - 32.200 Euro für das Jahr 2014.

Pkt. 27.) Mitgliedschaft der Stadt Villach im Universitäts.Club-Wissenschaftsverein
Kärnten

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit vom
23.8.2011, Zl.: 5/Ö-Uniclub N-T.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Die Stadt Villach tritt dem Universitäts.Club-Wissenschaftsverein Kärnten mit
Wirkung vom 1.1.2012 gemäß den beiliegenden Statuten (Beilage A) und einem
jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von Euro 5.000,00, der über die Abteilung 5/H
auf der VASSt. 1.0600.726000 gedeckt wird, bei.

Pkt. 28.) Einmalige Belohnung für die Bediensteten (Gewährung einer Weihnachtsgeldzuwendung)

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Personal vom 24.10.2011, Zl.: 0121 – 11.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Gemäß § 61 (1) Kärntner Stadtbeamtengesetz 1993 (K-StBG), LGBl. Nr. 115/93 in der geltenden Fassung, bzw. § 63 Villacher Vertragsbedienstetenrecht (Villacher VBR), Gemeinderatsbeschluss vom 25.11.1983 in der geltenden Fassung, in Verbindung mit § 159 Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (K-DRG 1994), LGBl.

Nr. 71/94 in der geltenden Fassung, wird als Anerkennung für die im Jahre 2011 erbrachte überdurchschnittliche Arbeitsleistung allen Bediensteten sowie Lehrlingen, die am 1.12.2011 im Dienst der Stadt stehen, sowie den Saisonbediensteten, die im Kalenderjahr 2011 bereits die zweite Saison absolviert haben, eine einmalige Belohnung wie folgt gewährt:

für aktive Bedienstete und Lehrlinge	EURO 75,00
zusätzlich für jedes Kind, für das der/dem Bediensteten eine Kinderzulage gebührt	EURO 75,00.

Teilzeitbeschäftigte Bedienstete erhalten die einmalige Belohnung im vollen Ausmaß.

Bedienstete, die vor dem 1.12.2011 aus dem Dienst geschieden sind, ausgenommen Saisonarbeiter/innen, die bereits die zweite Saison absolviert haben, erhalten keine einmalige Belohnung.

Bedienstete, die während des Kalenderjahres 2011 weniger als 6 Monate Dienst versehen bzw. sich länger als 6 Monate in Karenzurlaub bzw. Präsenzdienst befunden haben, erhalten die Weihnachtsgeldzuwendung im aliquoten Ausmaß.

Bediensteten, die sich während des ganzen Kalenderjahres 2011 in Karenzurlaub bzw. Präsenzdienst befunden haben, gebührt keine Belohnung.

Die einmalige Belohnung ist zu Lasten des Haushaltsjahres 2011 auszuführen.

Die Gewährung erfolgt in Form eines Villach Gutscheines vom Stadtmarketing Villach GesmbH, einlösbar in allen Villacher City Shops.“

Pkt. 29.) Änderung der Verordnung betreffend die Dienstzulage (Allgemeine Verwendungszulage/AVZ und Funktionszulagen) nach § 61 (6) K-StBG

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Personal vom 28.10.2011, Zl.: 0121 – 11.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Villach vom 31.5.1974 in der Fassung vom 29.11.2002 betreffend die Dienstzulage (Allgemeine Verwendungszulage/AVZ und Funktionszulagen) gemäß § 61 (6) Kärntner Stadtbeamtengesetz 1993 (K-StBG), LGBl. Nr. 115/93 in der geltenden Fassung, wird wie folgt geändert:

FUNKTIONSZULAGEN

1. Die Wortfolge „Höherer Dienst/Stabsstelle VGr. A/VII/VIII – 15 %“ entfällt.
2. Die Wortfolge „Höherer Dienst/Stabsstelle VGr. A/VII“ wird durch die Wortfolge „Höherer Dienst/Stabsstelle“ ersetzt.
3. Die Änderungen treten mit Wirksamkeit vom 1.1.2012 in Kraft.“

Pkt. 30.) Änderung der Verordnung betreffend die Zuerkennung von Dienstzulagen nach § 61 (6) K-StBG

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Personal vom 28.10.2011, Zl.: 0121 – 11.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Villach vom 26.5.2000 betreffend die Zuerkennung von Dienstzulagen gemäß § 61 (6) Kärntner Stadtbeamtengesetz 1993 (K-StBG), LGBl. Nr. 115/93 in der geltenden Fassung, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Absatz 1 lit. c) entfällt die Wortfolge „BeamtInnen auf Planstellen des Höheren Dienstes/Stabsstelle der Verwendungsgruppe A/VII/VIII“.
2. Im § 1 Absatz 1 lit. d) wird die Wortfolge „des Höheren Dienstes/Stabsstelle der Verwendungsgruppe A/VII“ durch die Wortfolge „des Höheren Dienstes/Stabsstelle“ ersetzt.
3. Die Änderungen treten mit Wirksamkeit vom 1.1.2012 in Kraft.“

Pkt. 31.) me2c – Verein [micro] electronic cluster; Subvention, Vorbelastung der Budgets 2012, 2013 und 2014

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 18.8.2011, Zl.: 197/11 wie folgt:

Hierbei handelt es sich um eine typische Unterstützung, die mit der Stadt Villach zwar zu tun hat, im Grunde genommen aber die Landesentwicklung im technologischen Bereich betrifft.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Dem Verein me2c mit Sitz in Villach wird für den laufenden Betrieb eine Basisfinanzierung in Höhe von insgesamt EUR 36.000,00 gewährt. Die Auszahlung erfolgt 2011 in Höhe von EUR 6.000,00, 2012 und 2013 in Höhe von je EUR 12.000,00 und 2014 in Höhe von EUR 6.000,00 (jeweils zu Jahresbeginn). Der Nachweis für die Mittelverwendung erfolgt über halbjährliche Zwischenberichte sowie den Abschlussbericht im Nachhinein. Eine entsprechende Fördervereinbarung wird seitens der GG3 abgeschlossen.“
2. „Der Vorbelastung der Budgets für die Jahre 2012 (EUR 12.000,00), 2013 (EUR 12.000,00) und 2014 (EUR 6.000,00) auf der VASSt. 1.7820.757000 wird die Zustimmung erteilt.“

Pkt. 32.) Planica 2017 – FIS Nordic World Ski Championship; Förderung der Bewerbung für die Nordischen Skiweltmeisterschaften - Ski Association of Slovenia OK Organizing Committee Planica, Vorbelastung des Budgets 2012

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 29.8.2011, Zl.: 212/11 wie folgt:

In diesem Amtsvortrag geht um die Förderung der Bewerbung für die Nordischen Skiweltmeisterschaften. Es werden bei uns keine Bewerbe stattfinden, sondern nur Trainingseinheiten abgehalten. Möglicherweise wird man auf unsere Hotels und Kongresseinrichtungen zurückgreifen. Wir beteiligen uns mit dem Betrag von 30.000,00 Euro, haben aber keine Investitionen vorzunehmen. Kranjska Gora ist als Austragungsort zu klein und nimmt deshalb Bled und Villach als zweite Gaststätten in ihre Bewerbung auf.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Diese Kooperation ist eine tolle Initiative, die auch die Partnerschaft zwischen Villach und Planica weit über den sportlichen Bereich hinaus vertiefen wird. Ich möchte festhalten, dass es dadurch ein spannendes Potential in der touristischen Weiterentwicklung der Alpen Arena geben wird. Ein Mitarbeiter der Firma Kohl & Partner hat diesbezüglich am Tourismusinformationstag die Tourismusstrategie Villachs bis 2020 dargelegt und uns ausführlich darüber informiert. Ich werde auf Bürgermeister Manzenreiter und Stadtrat Mag. Dr. Zauchner als Sportreferenten zukommen, um mit ihnen zu besprechen, wie dieses konkrete Projekt aussieht und ob die Förderung der Bewerbung für die Nordische Skiweltmeisterschaften nicht ein guter Anlass wäre, sich das in dem Tourismuspapier bis 2020 geplante Konzept mit zu überlegen und umzusetzen. Mit der Bewerbung für die Nordische Skiweltmeisterschaften für das Jahr 2017 ist zu erwarten, dass viele Trainingsmannschaften nach Villach kommen werden, und das wäre natürlich auch eine große Möglichkeit und ein nachhaltiges Potential für den Tourismus, um diesbezüglich etwas zu entwickeln.

Stadtrat Mag. Dr. Zauchner:

Die Bewerbung unserer Stadt im Rahmen der Bewerbung Sloweniens für die Nordischen Skiweltmeisterschaften ist eine tolle Sache. Ich sehe das auch als Riesenchance für die neu errichtete Rollerstrecke. Das Trainingsgelände mit der Sprungschanze unserer Alpen Arena liegt in unmittelbarer Nähe zu diesen Bewerben, sofern sie überhaupt in Kranjska Gora abgehalten werden, was man auch dazu sagen muss. Von unserer Seite gibt es zu diesem Antrag die Zustimmung. Ich bin sehr dafür, dass das so gehandhabt wird.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte mich beim Sportjournalisten Dieter Janz bedanken, der durch seine Kontakte sehr maßgeblich mitgewirkt hat, dass diese Kooperation zustande kommt.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

1. „Dem Slowenischen Schiverband „Ski Association of Slovenia“ wird für die Bewerbung „Planica 2017“ eine Pauschalförderung in Höhe von EUR 30.000,00 gewährt. Eine entsprechende Vereinbarung wird seitens der GG3 abgeschlossen.“
2. „Der Vorbelastung des Budgets 2012 in Höhe von EUR 30.000,00 auf der VASSt. 1.7820.757000 wird die Zustimmung erteilt.“

Pkt. 33.) Villacher Altstadtmärkte GmbH; Änderung Gesellschaftsvertrag

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 23.8.2011, Zl.: FW-203/2011/Mag.B.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte:

einstimmig:

Die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Villacher Altstadtmärkte GmbH in Pkt. VIII, Abs.1, letzter Satz, wird wie folgt genehmigt:

„Die Generalversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder an einem von den Gesellschaftern gewählten anderen Ort statt. *Der Vorsitzende der Generalversammlung wird aus dem Kreis der Gesellschafter, jeweils für die Dauer von zwei Jahren, gewählt.*“

Pkt. 34.) Abänderung des Grundsatzbeschlusses Villacher Freibad GmbH
„Kärnten Therme“

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und
Wirtschaft vom 10.10.2011, Zl.: FW-268-2011-Mag. Pi SF.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Villach beteiligt sich unter den im Amtsvortrag genannten geänderten Rahmenbedingungen an der Errichtung der „Kärnten Therme“ und übernimmt den zusätzlichen Finanzierungsaufwand von EUR 1.228.000,00.
2. Die Stadt Villach erweitert den am 29.7.2009 im Gemeinderat beschlossenen Zahlungsplan insofern, als dass im Jahr 2012 der zur Projektfinanzierung erforderliche zusätzliche Betrag in der Höhe von EUR 1.228.000,00 in vier Raten, jeweils am 1.3., 1.6., 1.9. und 1.12., zur Verfügung gestellt wird. Die damit verbundene Vorbelastung des Budgets für das Kalenderjahr 2012 wird genehmigt.
3. Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, die im Zahlungsplan (beschlossen im Stadtsenat am 26.11.2008 bzw. im Gemeinderat am 29.7.2009) angeführten Finanzierungsraten und die für das Jahr 2012 benötigten Ergänzungsbeträge zu den angeführten Zahlungsterminen auszuführen.

Pkt. 35.) Errichtung eines Parkhauses und Verlegung der Busabstellplätze im Naherholungsgebiet Warmbad

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 12.10.2011, Zl.: FW-272-2011-Mag. Pi SF, wie folgt:

Ich bin dafür, dass wir diesen Antrag heute beschließen, ich teile Ihnen aber mit, dass ich der Geschäftsführung der Villach Freibad GmbH den Auftrag erteilt habe, keine Aufträge zu vergeben, wofür wir möglicherweise Pönale bezahlen müssten, bis wir nicht wissen, wie jetzt die Beschlussfassung im Land Kärnten diesbezüglich sein wird.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Villach stimmt als Gesellschafter zu, dass die Villacher Freibad GmbH ein Parkhaus für rund 330 Stellplätze sowie fünf Busabstellplätze im Bereich nördlich des Bahnhofes Villach-Warmbad mit voraussichtlichen Kosten von EUR 4,7 Mio. errichtet, wobei 80% der Errichtungskosten, max. jedoch EUR 3,7 Mio., durch die Stadt Villach übernommen werden sollen.
2. Die Stadt Villach erweitert den am 29.7.2009 im Gemeinderat beschlossenen Zahlungsplan insofern, als dass im Jahr 2012 der zur Projektfinanzierung erforderliche zusätzliche Betrag in der Höhe von EUR 3,7 Mio. in vier Raten, jeweils am 1.3., 1.6., 1.9. und 1.12., zur Verfügung gestellt wird. Die damit verbundene Vorbelastung des Budgets für das Kalenderjahr 2012 wird genehmigt.
3. Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, die im Zahlungsplan (beschlossen im Stadtsenat am 26.11.2008 bzw. im Gemeinderat am 29.7.2009) angeführten Finanzierungsraten und die für das Jahr 2012 benötigten Ergänzungsbeträge zu den angeführten Zahlungsterminen auszuführen.

Pkt. 36.) Darlehensaufnahme 2011 über EUR 6 Mio. für die Finanzierung des
AO-Haushaltes

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und
Wirtschaft vom 21.11.2011, Zl.: FW-321/2011/Mag.Wi.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die Darlehensaufnahme von EUR 6.000.000,00 bei folgender Bank zu folgenden
Bedingungen zu beraten und zu beschließen:

„Erteilung des Zuschlages zur Finanzierung des AO-Haushaltes mit
EUR 6.000.000,00 an die Raiffeisen Landesbank, Laufzeit 15 Jahre; Bindung des
Zinssatzes an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,59 %, ohne
Rundung, Zinsberechnung halbjährlich dekursiv act./360, Anpassung des
Zinssatzes halbjährlich zur Fälligkeit auf Basis des zwei Bankarbeitstage vor dem
jeweiligen Anpassungstermin gültigen 6-Monats-Euribor.“

Pkt. 37.) Darlehen mit Tilgungsaussetzung 2009 bis 2011 – Abwicklung der Tilgungsaussetzung; Möglichkeit des Wechsels von Euribor 6 Monate Bindung auf Euribor 3 Monate und umgekehrt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 20.11.2011, Zl.: FW-191/2011/Mag.Wi.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Die Nachholung der Tilgungsaussetzungen 2009 – 2011 soll über eine erhöhte Rate bei gleicher Laufzeit erfolgen. Beim Darlehen mit der Nummer 400186490 soll im Jahr 2012 eine sofortige Tilgungsaussetzung erfolgen.“
2. „Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, Änderungen in der Abwicklung der Darlehensverträge in Form des Wechsels von 6-M-Euribor auf 3-M-Euribor und umgekehrt bei Bedarf durchführen zu können.“

Pkt. 38.) Bestimmung des Anlegerprofils der Stadt Villach im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinien für Anlagen im Finanzbereich („MiFiD“)

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 22.11.2011, Zl.: FW-73/2011/Mag.Wi.

Der Stadtsenat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

der Gemeinderat möge das gesetzlich vorgesehene Anlegerprofil (Beilage 1) der Stadt Villach als „Privatkunde“, die Anmerkungen zum Anlegerprofil (Beilage 2 und Beilage 3) sowie den Erhalt der Risikohinweise laut Beilage 4 zur Kenntnis nehmen.

Pkt. 39.) Investments in Emerging Markets Anleihen im R 50 und Änderungen Veranlagungsrichtlinie R 50 – Anpassung der Benchmark; Abänderung der Nebenabsprache zum A 40 Anlage ./A (Fondsbestimmungen); Abänderung der Nebenabsprache zum A 40 Anlage ./B (Veranlagungsrichtlinie)

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 20.11.2011, Zl.: FW-192/2011/Mag.Wi.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Opportunistische Beimischung von Emerging Markets Renten im Fonds R 50 im Rentenanteil in Höhe von max. 10 % des Fondsvermögens über den JP Morgan Emerging Markets Investment Grade Bond Fund und Abänderung der Veranlagungsrichtlinie des R 50 in Punkt 6 Maßstab – Benchmark von „20 % MSCI World Index, hedged into EUR“ auf „17 % MSCI – World hedged into EUR und 3 % MSCI Emerging Markets in EUR“ und Punkt 5 Portefeuillestruktur – Anlageinstrumente und –währungen „Erweiterung des Allokationsbandes von „JPM Emerging Markets Equity von max. 2 %“ auf max. 5 %“.
2. Abänderung der Nebenabsprache zum A 40 im Sinne des Amtsvortrages gemäß Anlage ./A (Fondsbestimmungen).
3. Abänderung der Nebenabsprache zum A 40 im Sinne des Amtsvortrages gemäß Anlage ./B (Veranlagungsrichtlinie).

Pkt. 40.) Verlängerung Leasingvertrag BAWAG PSK Leasing GmbH – Feuerwehrzentrum

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 20.11.2011, Zl.: FW-124/2011/Mag.Wi.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Verlängerung des Leasingvertrages mit der RF Zwölf BAWAG Leasing GmbH um neun Jahre gemäß Beilage „Änderung zum Leasingvertrag“ mit einer monatlichen neuen Leasingrate von EUR 36.336,09 (davon 15.592,59 Kautions) unter Ausbezahlung der bisher angesparten Kautions in Höhe von EUR 3.548.490,50.“

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich muss übrigens der Protokollführung einmal Danke sagen. Zwei Damen sind hier immer sehr erfolgreich im Einsatz. Ich darf Ihnen sagen, dass es bei der Protokollführung mit Wohlwollen vermerkt wird, wenn es nicht zu lange oder gar keine Reden gibt.

Pkt. 41.) Selbständige Anträge an den Gemeinderat mit finanziellen Auswirkungen

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 10.11.2011, Zl.: FW-313-2011-Mag.Pi SF, wie folgt:

Im Villacher Stadtrecht steht, dass selbständige Anträge und dringliche Anträge einer Bedeckung bedürfen. Ich wollte Sie mit dem vorliegenden Amtsvortrag darauf aufmerksam machen, dass es für jeden Antrag eine Bedeckung geben muss. Dieser Grundsatz ist gerade vor dem verschärften Hintergrund der Maßnahmen, wie der Schuldenbremse, die europaweit gesetzt werden, und der Limits, die wir unter anderem auf Grund der Maastricht-Kriterien massivst einhalten müssen, unbedingt zu beachten. Man denke daran, dass auf Grund der Auswirkung, die ein Antrag hat, dieser erst mit dem nächsten Budget auf die Tagesordnung kommen kann, wenn vorweg keine Bedeckung gegeben ist.

Es sollte meiner Meinung nach auch ein wenig mehr Sorgfalt bei den Anträgen gegeben sein. Wenn in einem Antrag nur verlangt wird, dass etwas gefördert werden soll, ohne die berühmten Fragen nach dem „Wie“, „Wann“ und „Was“ zu berücksichtigen, dann mag der Antrag zwar gut, aber nicht verwertbar sein. Ich ersuche hier um Zustimmung, wobei der Sachverhalt in ähnlicher Form, wenn auch nicht so im Detail, im Villacher Stadtrecht angeführt ist. Nachdem der Bürgermeister für die Einhaltung des Villacher Stadtrechtes verantwortlich ist, werde ich als derjenige, der die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung bestimmt, in Zukunft auch entsprechend handeln. Wir können den Schuldenweg nicht gehen. Mein Antrag bedeutet jedoch keine Einschränkung des Rechtes auf Antragstellung.

Gemeinderat Ing. Karl Woschitz verlässt die Sitzung, Gemeinderat Horst Hoffmann nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Wir wollen einerseits nicht, dass Dienstposten geschaffen werden, von welchen die Vorarbeiten für die einzelnen Antragsteller gemacht werden, und andererseits nicht, dass für das Einschalten eines Tonbandes einzelne Mitarbeiter abgestellt werden.

Herr Bürgermeister, zu diesem Antrag ist aus Sicht der ÖVP Folgendes zu sagen: Ich verstehe schon, dass das Stadtrecht einzuhalten ist. Es handelt sich dabei um ein Landesrecht. Kleine Fraktionen jedoch, die nicht den Finanzreferenten stellen, haben das Problem, ganz genaue Angaben über eine mögliche Bedeckung, wie Sie es immer nennen, und Folgekosten zu machen oder Schätzungen abzugeben. Ich darf dazu ein Beispiel nennen.

Wir haben im Juni oder Juli 2010 einen Antrag betreffend Errichtung eines Kinderspielplatzes in Völkendorf eingebracht. Wir haben den Inhalt dieses Antrages bewusst sehr vage gehalten. Es stand nicht darin, wie hoch die genauen Kosten sein werden. Der Antrag ist einstimmig beschlossen worden. Sie haben ihn unterstützt und für gut befunden. Er ist daraufhin umgesetzt worden. Es ist für mich selbstverständlich, dass eine Umsetzung nur im Rahmen der budgetären Möglichkeiten erfolgen kann.

Wie sollte die ganze Vorgehensweise Ihrer Meinung nach aussehen? Sollte ich die möglichen Kosten im Antrag anführen? Man könnte dafür eine Summe von 5.000,00 Euro bis wahrscheinlich 500.000,00 Euro aufwenden. Sollte ich dafür fünf Kostenvoranschläge einbringen und diese beilegen? Ich denke, dass das zu viel Verwaltungsaufwand wäre. Gerade die kleinen Parteien können das in dieser Form nicht machen. Es wurde heute erwähnt, dass seitens der ÖVP 70 Anträge mit einem Kostenaufwand von 2,5 Millionen Euro eingebracht worden sind. Dabei ist vieles doppelt, dreifach, wenn nicht sogar bis zu fünffach gerechnet worden. Es gibt von der ÖVP selten Anträge, ausgenommen den Antrag die City-Streife betreffend, mit welchen riesige Summen an Euro bewegt werden müssten. Für kleine Fraktionen, die nicht den Finanzreferenten stellen, ist der vorliegende Antrag aus meiner Sicht nicht durchführbar und daher – vorsichtig gesagt – demokratiepolitisch bedenklich.

Gemeinderat Gangl:

Herr Gemeinderat Mag. Steinacher, ich bin zwar die kleinste Fraktion, denn kleiner als mit einer Person vertreten zu sein, ist nicht möglich, traue mir aber schon zu, dass ich mir, bevor ich einen Antrag einbringe, Gedanken über die Kosten und den Nutzen mache. Ich traue mir auch zu, diesen entsprechend transparent zu präsentieren. Dieser Antrag ist wirklich ein weiterer Schritt zu einer ordentlichen Finanzgebarung, die wir auch in den nächsten Jahren brauchen werden. Ich sehe diesbezüglich absolut eine positive Entwicklung. Der Antrag ist sehr gut, Herr Bürgermeister.

Frau Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser nimmt an der Sitzung teil, Frau Gemeinderätin Irene Hochstetter-Lackner verlässt die Sitzung.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Wir sind auch eine kleine Fraktion. Ich sehe mich aber außerstande, die Kosten vieler Dinge richtig einzuschätzen, auch wenn wir versuchen, dies im Vorhinein richtig zu machen. Außerdem muss ich dazu sagen, dass man schon wissen muss, woher das Geld kommt. Deshalb ist das nicht so einfach. Ich habe aber einen anderen Vorschlag: Wir haben eine Fraktionsübereinkunft, sozusagen einen Vertrag miteinander, wonach jeder Antrag ungefähr sechs Monate lang liegen gelassen werden kann, bevor er behandelt werden muss. Ich würde versuchen, diese Sache folgendermaßen zu regeln: Wir sind jederzeit bereit, uns zu den

zuständigen Beamtinnen und Beamten des Rathauses zu begeben und selbstverständlich so viel Zeit aufzuwenden, die notwendig ist, damit uns der der Beamte entsprechend beraten kann. Wenn Sie von Ihren Referaten aus einen Amtsvortrag erstellen lassen, haben Sie die gesamte Beamtenschaft, die Ihnen hilft, was auch in Ordnung ist, denn Sie können auch nicht alles wissen. Es wird für Sie eine Kostenschätzung gemacht, berechnet, wie lange die Projekte dauern, und erläutert, in welcher Art und Weise diese Projekte von Statten gehen. Sie haben dafür den ganzen Verwaltungsapparat zur Verfügung. Wenn Sie uns „Kleinen“ diesen Apparat auch zur Verfügung stellen, sind wir gerne bereit, jederzeit für die von uns eingebrachten Projekte Kostenschätzungen vorzulegen. Wir können das jedoch meistens nicht. Wenn ich zum Beispiel den Wunsch habe, dass auf einer bestimmten Straße 50 Bäume gepflanzt werden, möchte ich bitte zum Stadtgarten gehen und Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Hudezeck fragen dürfen, welche Bäume dafür geeignet wären, welche Kosten entstehen und woher man die Bedeckung nehmen könnte. Selbstverständlich möchte ich das, was ich mache, richtig machen, aber ich möchte auch von Amts wegen die Möglichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen, dass ich in die zuständige Abteilung gehen und dort nachfragen darf. Ich denke mir, dass die Anträge dann auch Hand und Fuß haben werden.

Gemeinderat Klammer:

Herr Gemeinderat Gangl, Sie wissen, dass ich Sie schätze, aber haben Sie in den letzten drei Jahren einmal konkret einen Antrag eingebracht? Ich glaube nicht.

Gemeinderat Berger:

Zu meinem Vorredner kann ich nur sagen, dass es zeigt, wie ernsthaft die ÖVP mit diesem für den Steuerzahler doch sehr ernsten Thema umgeht.

Es wird nun gelacht, Sie nehmen sich anscheinend selbst nicht Ernst, und keiner nimmt Sie mehr Ernst. Genau um dieses Thema geht es in unserer Stadt. Man redet immer von wirtschaftlicher Verantwortung in dieser Stadt, doch die Partei, die sich als Wirtschaftspartei hinstellt, ist das schon lange nicht mehr. Sie bringt zwar zahlreiche Anträge ein, und, wie wir heute gehört haben, handelt es sich um 70 Anträge, die sich, wie es von Experten festgestellt wurde, auf 2,5 Millionen Euro belaufen würden. Womit diese Anträge jedoch finanziert werden sollen, ist anscheinend komplett egal. Der Steuerzahler wird schon zahlen, doch auf diese Weise erleiden wir einen Bauchfleck nach dem anderen.

Frau Gemeinderätin Zimmermann, selbstverständlich ist es Ihnen genauso wie jedem anderen hier im Gemeinderat unbenommen, Informationen einzuholen. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, dass ich, wann immer ich im Rathaus war und egal, bei welchem Beamten ich höflich nachgefragt habe, jede Information und jede Schätzung ohne Probleme bekommen habe. Ich bedanke mich bei allen Bediensteten dieses Hauses dafür, dass sie mit uns Mandataren immer so kooperativ und einwandfrei zusammenarbeiten. Ich muss dazu sagen, dass es sich um eine Holschuld handelt. Das Schöne daran ist, dass man Informationen bekommt. Das spricht für die Transparenz der Arbeit.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Prinzipiell ist es selbstverständlich, dass für alles, was man machen will, eine Bedeckung gegeben sein muss. Das steht in dieser Form auch im Stadtrecht, und so gesehen ist der Antrag ja nicht unbedingt notwendig, aber ich sehe dieses Thema folgendermaßen: Für sämtliche Projekte, die wir machen möchten, müssen wir schon bei der Budgeterstellung die Finanzierung festlegen. Sollten wir unter dem Jahr eine brillante Idee haben, deren Umsetzung notwendig wäre, hat natürlich nur die Fraktion, die den Finanzreferenten stellt, auch die Möglichkeit, auf die Reserven zurückzugreifen, die im Mittelfristigen Finanzplan angeführt sind. Ich gebe den kleineren Fraktionen diesbezüglich Recht, dass sie nicht die Möglichkeit haben, irgendwelche Projekte, die noch nicht im Budget enthalten sind, finanziert zu bekommen.

Wenn ich heute ein größeres Projekt umsetzen will, das ich vor der Budgeterstellung noch nicht vorbereitet habe, und mit diesem Wunsch zum zuständigen Referenten gehe, wird mir derjenige sagen, dass er dafür kein Geld hat. Dann habe ich wirklich ein Problem. Es ist schon selbstverständlich, dass eine Bedeckung gegeben sein muss, aber ich schlage etwas anderes vor: Wenn man nicht weiß, ob es eine Bedeckung gibt oder eine zugesagt wird, soll man auf den Anträgen den Vermerk „nach Maßgabe der Mittel“ schreiben müssen. Ich denke, dass man sich dadurch sehr viel erspart. Seitens des Finanzreferates wird dann bestimmt, ob dafür freie Mittel zur Verfügung stehen. Falls dies zutrifft, kann der Antrag behandelt werden. Ich habe Bedenken, wenn nur ein Antrag eingebracht werden kann, der bereits die entsprechende Bedeckung enthält. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten beziehungsweise den Antrag ablehnen. Auf diese Weise geht das nicht.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Dieser Antrag ist vermutlich, und davon gehe ich aus, in guten Absichten gestellt worden. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, was dieser Antrag alles beinhaltet. Ich glaube, dass man aus diesem Antrag herauslesen kann, dass die Hürde sehr hoch gesetzt werden soll, sodass nur sehr wenige Anträge eingebracht werden können. Man will damit erreichen, dass alles so weitergeht, wie wir es gewohnt sind. Wir haben viele, gute Anträge, die von allen Fraktionen eingebracht werden. Das ist für Villach gut, denn damit kommt Bewegung in die Sache. Jeder Referent, der einen selbständigen Antrag zur Erledigung bekommt, holt sich bei der Verwaltung eine Stellungnahme ein, in welcher selbstverständlich darauf hingewiesen wird, wie es mit der Bedeckung aussieht. Auf dieser Grundlage gibt der Referent eine Empfehlung ab. Diese Argumente werden in einer politischen Diskussion hier im Gemeinderat abgewogen. Es hängt schon auch davon ab, ob man etwas will oder nicht. Ich bin der Meinung, dass eine Schuldenbremse gut ist, eine Antragsbremse aber nicht.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel bringen. Sie haben am Anfang der Tagesordnung gehört, dass die Fraktion „Die Grünen Villach“ einige Anträge zurückgezogen hat. Das war nicht deswegen der Fall, weil wir uns vor etwas gefürchtet haben, sondern aus folgendem Grund: Wir haben einen Antrag in einen

Ausschuss gebracht, von welchem wir überzeugt waren, dass wir damit richtig liegen und dieser sehr gut ist. Frau Stadträtin Mag.^a Sandriesser hat ihrem Team den Auftrag gegeben, diesbezüglich zu recherchieren. Dabei ist herausgekommen, dass es die gewünschte Forderung seitens der Stadt bereits gratis gibt. Es ging dabei um die Einrichtung einer Lernhilfe. Wir wollten, dass die Stadt die Kosten für einen Lernkurs, den die Volkshochschule für Villacher Schüler anbieten soll, übernimmt. In Klagenfurt wird dieser Kurs auch von der Stadt finanziert. Frau Stadträtin Mag.^a Sandriesser hat gesagt, dass das eine gute Idee ist. Dann haben wir beide erfahren, dass diesbezüglich ohnehin schon eine sehr gute Sache läuft. Ich entschuldige mich dafür, dass mir das nicht schon vorher bekannt war. 14 Tage vor Schulschluss bekommen zahlreiche Schüler kostenlose Nachhilfe. Natürlich war mein Antrag somit unnötig. Deswegen habe ich ihn zurückgezogen. Es ist nicht notwendig, dass Frau Stadträtin Mag.^a Sandriesser mir hier im Gemeinderat wie im zuständigen Ausschuss erklärt, dass unser Antrag aus dem einen oder anderen Grund nicht mehr notwendig ist.

Wenn ich hinkünftig den Auftrag habe, vor Verfassen eines Antrages zum zuständigen Beamten zu gehen, um mir Erkundigungen einzuholen und derjenige recherchiert, was es zu dem bestimmten Thema in der Stadt schon gibt, was ich nicht machen kann, brauche ich ohnehin keinen Antrag mehr einbringen. Ich erspare mir und Ihnen hier die Zeit, da ich dazu keine Erklärung mehr abgeben muss.

Bürgermeister Manzenreiter:

Die Initiative für diesen Antrag ist von Herrn Finanzdirektor Mag. Pinter gekommen. Ich habe sie aus zwei Gründen für sehr sinnvoll gehalten: Es ist bei all diesen Anträgen von Seiten der Mitglieder des Gemeinderates nie über mögliche Kosten geredet worden. Ich möchte Sie dazu ermuntern, bei diesen Dingen auch darüber nachzudenken, wie wir mit dem Budget zu Rande kommen. Versuchen Sie, sich daran zu erinnern, wann die Antragsteller über Geld gesprochen haben. Es ist sehr schwierig, wenn die einen nur darüber nachdenken, wofür sie Geld ausgeben, die anderen hingegen darüber, dass das Budget auch innerhalb der Grenzen bleibt. Die einen wollen Schulden verhindern, den anderen ist das egal, wobei ich das nun niemandem unterstellen möchte.

Herr Stadtrat Mag. Weidinger hat gesagt, dass der Antrag keine Schuldenbremse, sondern eine Antragsbremse sein soll. Sie beginnen mit Ihrer Wortmeldung immer so freundlich, worüber man sich auch freut, doch dann kommt eine Unterstellung.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf:

Sie haben mir das unterstellt. Sie haben gesagt, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um keine Schuldenbremse handelt, sondern dass der Antrag eine Antragsbremse sein soll. Ich sage Ihnen, dass er jedoch eine Beschlussbremse sein soll, da wir nicht wissen, wie viel Geld wir brauchen. Wenn Sie den Antrag genau gelesen hätten, würden Sie wissen, was darin steht. Es ist noch schlimmer, wenn man weiß, welche Kosten ein Antrag, den man beschließt, nach sich zieht. Herr Klubobmann Gemeinderat Mag. Steinacher, wenn Sie hier

allen Ernstes behaupten, dass es demokratiepolitisch noch schlimmer ist, wenn wir Anträge nur dann beschließen, wenn wir wissen, was sie kosten, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, ÖVP! Der Antrag soll eine Beschlussbremse sein, damit wir nicht Dinge beschließen, von welchen wir nicht wissen, wie viel sie kosten und ob wir sie uns leisten können.

Im Antrag steht Folgendes: Eine endgültige Beschlussfassung dieser Anträge darf nur erfolgen, wenn im Sinne des § 86 Ziff. 4 (K-VStR 1998), LGBl. Nr. 69/1998 i.d.g.F., für die Bedeckung vorgesorgt ist. Das heißt, dass wir etwas erst dann beschließen, wenn wir wissen, wie hoch die Kosten sind und ob wir das Geld dafür haben. Das erfolgt immer erst bei der Beschlussfassung. Darum geht es in dem vorliegenden Antrag. Er soll keine Bremse sein, Anträge einzubringen. Davon steht nichts im Antrag. Es kann Sie niemand daran hindern, Anträge zu stellen. Das ist auch nicht die Intention dieses Antrages. Es geht um die Beschlussfassung. Davor muss gesagt werden, welche Kosten die Umsetzung eines Antrages nach sich ziehen würde und ob das Geld dafür vorhanden ist. Man bringt damit jeden Referenten, der das Geld nicht hat, in die Situation, dass er etwas umschichten muss. Das ist, wie ich glaube, ein sehr ehrliches Unterfangen.

Ich kann wirklich nur bitten, diesem Antrag zuzustimmen, damit wir hinkünftig nach der angesprochenen Vorgehensweise vorgehen. Der Antrag schränkt keinerlei Rechte, die im Stadtrecht verankert sind, ein. Ich bin froh, dass wir darüber diskutieren, dass jeder Antrag Kosten nach sich zieht. Es handelt sich dabei um Ausweitungen in einer Zeit, in welcher wir darüber nachdenken müssen, wie wir die Finanzen geordnet halten. Der vorliegende Antrag schränkt das Antragsrecht überhaupt nicht ein. Er ist möglicherweise eine Schuldenbremse, aber keine Antragsbremse. Das ist ein völliger Blödsinn. Wenn Sie den Antrag auch nicht beschließen, werde ich trotzdem danach vorgehen, da mir das Stadtrecht den Auftrag dazu gibt. Das muss ich Ihnen ganz offen sagen. Es wäre jedoch ein gutes Zeichen, wenn der Villacher Gemeinderat beschließen würde, dass ein Beschluss, Geld auszugeben, erst dann gefasst werden kann, wenn wir wissen, wie hoch die Ausgaben sein werden und ob wir die Mittel dafür haben.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einer tatsächlichen Berichtigung:

Herr Bürgermeister, ich zitiere Sie heute aus der Kleinen Zeitung: Ich beantrage, dass dem Gemeinderat vorgelegt wird, was ausgegoren und durchdiskutiert ist, und auch eine Finanzierungsmöglichkeit muss aufgezeigt werden. Wenn davon die Rede ist, dass ein Projekt ausgegoren sein muss, ist das unserer Meinung nach eine Wertung. Diese Vorgabe soll es bei der Antragstellung nicht geben. Das sind meine Bedenken.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich darf dazu sagen, dass nicht jede Aussage, die Sie von sich in der Zeitung finden, zu 100 Prozent dem entspricht, was man meint. Das ist bei mir auch nicht der Fall.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Ich halte fest, dass eine tatsächliche Berichtigung einen Antrag beinhaltet. Herr Gemeinderat Mag. Steinacher, Ihre Wortmeldung hat keinen Antrag beinhaltet, sondern Sie haben etwas aus einer Zeitung vorgelesen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich erkläre es nochmals: Erstens gibt es keine Einschränkung bei der Antragstellung. Jeder kann einen Antrag für das, was er haben möchte, stellen. Von einer Einschränkung ist überhaupt nicht die Rede. Das ist eine böse Interpretation. Zweitens denke ich, dass der Gemeinderat mit einem solchen Beschluss ein Zeichen setzt. Ob ein Antrag gut ist oder nicht, entscheidet nicht der Bürgermeister, sondern die Mehrheit des Gemeinderates. Der Gemeinderat soll jedoch wissen, wie viel etwas kosten wird und ob wir das Geld dafür haben. Wenn der Gemeinderat etwas beschließt, wofür wir das Geld nicht haben, kann ich auch nichts machen. Ich ersuche nur, diesen Weg zu gehen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, Gemeinderat Gangl; gegen den Antrag: 11 Stimmen der FPK-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion),

folgenden Antrag **abzulehnen**:

„Selbständige Anträge an den Gemeinderat haben als Information die finanziellen Auswirkungen für das laufende Jahr und getrennt für die jeweiligen Folgejahre sowie die dabei angedachte Bedeckung zu enthalten.“

Eine endgültige Beschlussfassung dieser Anträge darf nur erfolgen, wenn im Sinne des § 86 Zif. 4 (K-VStR 1998), LGBl. Nr. 69/1998 i.d.g.F., für die Bedeckung vorgesorgt ist.“

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte dazu noch etwas sagen: Herr Finanzdirektor Mag. Pinter, Sie erinnern sich daran, worüber wir gesprochen haben. Sie brauchen nicht desillusioniert sein. Wir haben es von Beginn an angenommen, dass sich nicht alle dazu bekennen werden, dass man mit Geld sorgsam umgehen muss.

Pkt. 42.) Schule für Krankenpflege – Zustimmung Übertragung Liegenschaft an
LIG

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und
Wirtschaft vom 21.11.2011, Zl.: FW-327/2011/Mag.B.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach erteilt die Zustimmung, dass das Land Kärnten das Grundstück in EZ 1946 in GB 75454 Villach und das Gebäude der Schule für Krankenpflege an die Landesimmobiliengesellschaft Kärnten GmbH (FN 212449 a) verkauft. Der diesbezügliche Kaufvertrag wird gemäß der Beilage zur Kenntnis genommen.
2. Der Vereinbarung, abgeschlossen zwischen der Stadt Villach, der Landesimmobiliengesellschaft Kärnten GmbH (FN 212449a), der Congress Center Villach Garagen GmbH und der Congress Center Villach GmbH, wird gemäß der Beilage genehmigt.

Pkt. 43.) VIV Villacher Immobilien Vermögensverwaltung GmbH & Co KG –
Budget 2012; Bilanz 2010; Bauvorhaben 2012

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und
Wirtschaft vom 10.11.2011, Zl.: FW-318/2011/Mag.B.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Das Budget 2012 samt Finanzierungs- und Investitionsplan der Villacher Immobilien und Vermögensverwaltung GmbH & Co KG wird gemäß den Beilagen und den Darstellungen im Amtsvortrag genehmigt.“
2. „Die Bilanz 2010 der Villacher Immobilien und Vermögensverwaltung GmbH & Co KG wird zur Kenntnis genommen.“

Gemeinderat Albert Gangl verlässt die Sitzung, Gemeinderat Arnulf Jachs nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Abgaben vom 9.11.2011,
Zl.: 3/A – WAB/1/2012.

Gemeinderat Schick:

Zu den Gebührenerhöhungen, die heute schon Thema waren, darf ich von Seiten der FPK generell sagen, dass wir diesem Antrag zustimmen werden. Wir sind bei diesem Thema ein wenig über unseren politischen Schatten gesprungen und haben die Sicherheit in den Vordergrund gestellt, was die Menschen und die Gesundheit der Villacher Bürger betrifft. Wir tragen diese Erhöhung mit, wie es im Ausschuss bereits deponiert worden ist. Ich sage es jetzt noch einmal hier vor dem Gemeinderat und für das Protokoll: Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger, auf der Wasserrechnung, die versendet wird, soll der Wert der Erhöhung und die geplanten kilometerweisen Erneuerungen des Wassernetzes, die mit diesen Erhöhungen vorgenommen werden, angeführt sein und den Menschen auf diese Weise mitgeteilt werden. Es soll nicht nur der Vermerk „laut Gemeinderatsbeschluss sind die Gebühren erhöht worden“ darauf zu finden sind. Ich denke, dass man ein besseres Verständnis für die Erhöhungen erreicht, wenn man diese Information an die Bürger weitergibt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;

gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion)

mit Wirkung 1.1.2012 wie folgt:

„Der Änderung der Verordnung, mit der Wasseranschlussbeiträge (Ergänzungsbeiträge, Nachtragsbeiträge) ausgeschrieben werden, wird in Form der Beilage zugestimmt.“

Pkt. 45.) Änderung Wasserbezugsgebührenverordnung – Gemeindewasserversorgungsanlage der Stadt Villach

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Abgaben vom 9.11.2011, Zl.: 3/A – WG/1/2012.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;

gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion),

mit Wirkung 1.1.2012 wie folgt:

„Der Änderung der Verordnung betreffend die Ausschreibung von Wasserbezugsgebühren für die Bereitstellung und Benützung der öffentlichen Gemeindewasserversorgungsanlage der Stadt Villach wird in Form der Beilage zugestimmt.“

Pkt. 46.) Änderung Wasserbezugsgebührenverordnung – Gemeindewasserversorgungsanlage Faakersee-Gebiet

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Abgaben vom 9.11.2011, Zl.: 3/A – WG-Faa/1/2012.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;
gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion),**

mit Wirkung 1.1.2012 wie folgt:

„Der Änderung der Verordnung betreffend die Ausschreibung von Wasserbezugsgebühren für die Benützung der öffentlichen Gemeindewasserversorgungsanlage Faakersee-Gebiet im Gemeindegebiet von Villach wird in Form der Beilage zugestimmt.“

Pkt. 47.) Verordnung Haushaltsordnung

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 14.11.2011, Zl.: 3/BE-Fas/2011/HHO.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Der Verordnung, welche nähere Vorschriften über die Haushaltsführung der Stadt beinhaltet (Haushaltsordnung), wird in Form der Beilagen zugestimmt.“
2. „Die Haushaltsordnung der Stadt Villach tritt mit 1.1.2012 in Kraft.“

„Mit Inkrafttreten der Haushaltsordnung treten die Haushaltsordnung und die Richtlinien und Arbeitsanweisung zur Haushaltsführung gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 5.12.2008, zuletzt geändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 2.6.2010, außer Kraft.“

Pkt. 48.) Antrag auf Abschreibung von uneinbringlichen Forderungen (Abgaben und privatrechtliche) ab einem Betrag von Euro 3.000,00 im Einzelfall

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 16.11.2011, Zl.: 3/BE-SA-Burg./Kor.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die als uneinbringlich geltenden Forderungen der Stadt Villach (Abgaben und privatrechtliche Forderungen ab Euro 3.000,-- im Einzelfall)

im Gesamtbetrag von Euro 162.675,54

gemäß § 184 der Kärntner Landesabgabenordnung wegen Uneinbringlichkeit abzuschreiben.

Pkt. 49.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht

1998

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 22.11.2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von EUR 55.100,00 zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Das war nun eine Punktladung. Es war vereinbart, um 17.00 Uhr eine Pause von 20 Minuten zu machen. Der Bürgermeister darf Sie im Namen der Stadt Villach zu einem Imbiss einladen.

Die Sitzung wird von 17.00 Uhr bis 17.30 Uhr unterbrochen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich eröffne die Sitzung und wir kommen zum Tagesordnungspunkt 50. Berichterstatte ist Vizebürgermeister Pfeiler.

Frau Gemeinderätin Aliza Zwitter, MBA, verlässt die Sitzung, Gemeinderat Josef Brunner nimmt an ihrer Stelle an der Sitzung teil. Gemeinderat Stephan Klammer verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Christiana Sedlnitzky nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

Pkt. 50.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Widmungsbegehren Gregor Kempfer

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 30.5.2011 wie folgt:

In diesem Antrag wird der Planungsreferent aufgefordert, ein Umwidmungsverfahren (Widmungskategorie „Bauland-Dorfgebiet“) für das Grundstück 249, KG Federaun, einzuleiten beziehungsweise durchzuführen. Die Widmung in die Kategorie „Bauland-Dorfgebiet“ bedeutet, dass diese Fläche bebaut werden soll. Es handelt sich hier um eine Fläche von 4.855 Quadratmetern, das heißt knapp 5.000 Quadratmetern. Eine Fläche in dieser Größenordnung widmen wir, wenn überhaupt, nur für Betriebsansiedelungen oder verdichteten Wohnbau. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir schon einmal für einen Häuselbauer eine Fläche von 5.000 Quadratmetern gewidmet haben. Das ist nur ein Detail am Rande.

Ich möchte meine Stellungnahme in zwei Bereiche teilen. Das eine ist die fachliche Stellungnahme, die sich zu 100 Prozent gegen die Widmung ausspricht. Ich werde sie später verlesen. Die Stellungnahme stammt von der Stadt- und Verkehrsplanung und geht ein wenig auf die Geschichte dieses Widmungswunsches, der sich schon über viele Jahre hinweg zieht, ein. Das zweite ist die politische Dimension. Wenn wir diesen Dingen Tür und Tor öffnen, sind die Folgen unabschätzbar. Es weiß somit jeder, der etwas in diesem Bereich haben möchte, dass er dafür nur zu drei Fraktionen im Haus gehen muss, damit ein entsprechender Beschluss gefasst wird. Das heißt, dass jede Absage ab dem Zeitpunkt des Beschlusses obsolet wird, denn jeder, der dann das „Urteil“ der Stadtplanung zur Kenntnis nehmen würde, wäre „dumm“. Er müsste nur eindringlich und lange genug beharrlich bleiben, um das zu bekommen, was eigentlich nicht machbar ist oder nicht sein soll.

Ich darf den Gemeinderäten etwas zeigen, das viele unter ihnen vielleicht noch nicht kennen. Es handelt sich dabei um das örtliche Entwicklungskonzept der Stadt Villach. Das ist ein heißer Tipp für alle Gemeinderäte, denn darin steht geschrieben, wie es in der Stadt Villach weitergehen soll. Es stammt aus dem Jahr 2002 und ist mit kleinen Änderungen noch immer aktuell. Es handelt sich bei diesem Konzept um einen Gemeinderatsbeschluss, der die Entwicklung der Stadt sozusagen in geordnete Bahnen lenken soll. Darin ist alles enthalten, was derzeit vor sich geht und auch in Zukunft an Entwicklungen möglich sein soll. Das örtliche Entwicklungskonzept ist wirklich eine lesenswerte Lektüre und sozusagen mein tägliches Brot. Wir hören hier im Gemeinderat immer wieder, dass wir noch weitere Konzepte brauchen. Ich bin jedoch der Meinung, dass wir genügend Konzepte und Planungsunterlagen haben. Man muss sich nur an die Planungsunterlagen halten und sich zum rechten Zeitpunkt daran erinnern. Das ist der entscheidende Punkt.

Nun komme ich zu dem konkreten Widmungswunsch. Es ist schon so, dass sich jeder eine Widmung wünschen kann. Das nennt man Widmungsanregung. Jeder hat das Recht, eine Widmungsanregung einzubringen, aber es hat niemand ein Recht darauf, dass dieser auch stattgegeben wird. Das muss ich vorausschicken.

Ich komme nun auf die Stellungnahme der Stadt- und Verkehrsplanung zu sprechen, die eigentlich schon genügen müsste, um diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben. Die Stadt- und Verkehrsplanung gibt zu diesem Widmungsfall folgende Stellungnahme ab: Im Jahr 2001 wurde das Grundstück 249, KG Federaun, von seinerzeit „Grünland – landwirtschaftliche Fläche teilweise“ in „Grünland – Schrebergarten“ und teilweise in „Grünland – Garten“ gewidmet, um Herrn Kempfer als Grundeigentümer die angestrebte landwirtschaftliche Nutzung, wie damals der Wunsch lautete, zu ermöglichen.

Damals wurde durch den fachlichen Naturschutz beim Amt der Kärntner Landesregierung in einer Stellungnahme angemerkt, dass sich das gegenständliche Grundstück im Landschaftsschutzgebiet Schütt-Ost befindet. Es handelt sich hierbei um eine ebene Wiesenfläche, die sowohl westlich als auch südlich durch Verkehrsflächen begrenzt ist. Die Ortschaft Unterschütt liegt westlich der Fläche, also neben der Schütter Landesstraße. Erst da gibt es eine dörfliche Entwicklung. Das ist auch der erste wesentliche Grund, warum ich mich gegen die Widmung ausspreche. Diese Gegebenheit ist auch im örtlichen Entwicklungskonzept festgehalten. Die bebauten Flächen sind eindeutig abgegrenzt. Wir haben dort laut Stadtentwicklungskonzept einen definierten Ortskern, über welchen hinaus wir die Bebauung aus guten Gründen, nämlich damit es nicht zu einer Zersiedelung der Landschaft kommt, nicht zulassen wollen. Die bebauten Flächen sind also eindeutig abgegrenzt und von bestehenden Verkehrsflächen räumlich von der freien Landschaft getrennt.

Die vorgeschlagene Widmungsänderung in „Bauland – Dorfgebiet“ hätte in weiterer Folge eine Bebauung des Grundstückes zum Ziel. Dies bedeutet eine eindeutige Einleitung der Verhüttelung der freien Landschaft und steht im Widerspruch zu den Schutzzinhalten des Landschaftsschutzgebietes. Bei den stattgefundenen naturschutzrechtlichen Verhandlungen wurden vom fachlichen Naturschutz immer negative Stellungnahmen zu baulichen Maßnahmen, die nicht im Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Nutzung stehen, abgegeben. Es ist also eindeutig, dass das Widmungsbegehren vom fachlichen Naturschutz abgelehnt wurde.

Aus diesen Gründen wurde auch das ursprüngliche Begehren – Umwidmung in „Grünland – Schrebergarten“ im Ausmaß von 4.855 Quadratmetern – in der Beschlussfassung durch den Gemeinderat gesplittet, und zwar zu einem geringen Teil in „Grünland – Schrebergarten“ und größtenteils in „Grünland – Garten“, um eine Verhüttelung der freien Landschaft möglichst hintanzuhalten.

Im Örtlichen Entwicklungskonzept 2002 der Stadt Villach, das ich vorhin gezeigt habe, ist für den gegenständlichen Bereich keine andere als eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Der vorliegende Antrag der FPK-Gemeinderäte gemäß § 41 Villacher Stadtrecht betreffend Widmungsbegehren Gregor Kempfer auf Widmung in „Bauland-Dorfgebiet“ würde den Intentionen sowohl des fachlichen Naturschutzes als auch denen des Gemeinderates, der sich im Örtlichen Entwicklungskonzept 2002 dafür ausgesprochen hat, eindeutig widersprechen und kann daher fachlich nicht empfohlen werden, was heißt, dass er abgelehnt wird.

Ich habe nichts gegen den Widmungswerber. Ich gönne jedem, was möglich ist. Diese Widmung ist jedoch absolut unmöglich und würde sämtliche Grundlagen, die wir bis jetzt gehabt haben, über den Haufen werfen. Außerdem hätte es meiner Meinung nach schwerwiegende Folgen für weitere Widmungsverfahren. Es könnte sich so mancher auf das „Urteil“, das wir heute fällen würden, berufen. Wir würden traurig aus der Wäsche schauen, wenn man uns immer wieder vorhalten würde, warum eine derartige Widmung genau in diesem bestimmten Fall doch möglich war. Ich habe heute in meinem Generaldebattenbeitrag zum Budget auf Verantwortung hingewiesen. Hier haben wir Verantwortung für die Stadt und die räumliche Entwicklung der Stadt und Verantwortung gegenüber anderen Widmungswerbern, deren Ansuchen wir aus guten und ähnlichen Gründen abgelehnt haben, wahrzunehmen.

Ich möchte aber noch einen Teilaspekt in diese Diskussion einbringen, der jedoch nicht unbedingt dazu gehört. Sie müssen wissen, dass Sie mit dieser Widmung in einem abzulehnenden Gebiet auch den derzeitigen Wert der Fläche in Höhe von 34.000,00 Euro sanktionieren. Es kommt zu einer Aufwertung um 700 Prozent, sodass der Wert dieser Fläche 250.000,00 Euro beträgt. Der Beschluss für die gewünschte Widmung würde auch diese Wertsteigerung mit sich bringen. Es stellt sich die Frage, ob der Beschluss wirklich dienlich ist, oder ob wir hier nicht mit großer Verantwortung sagen müssten, dass wir die Intention des Widmungswerbers zwar verstehen und sein Anliegen voll nachvollziehen, aber trotzdem in Villach aus raumplanerischen Gründen nicht jede Umwidmung möglich ist. Deshalb kann ich dem Gemeinderat nur dringend raten, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Herr Kempfer, und ich begrüße Sie und Ihre Söhne herzlichst, kämpft im wahrsten Sinne des Wortes – nomen est omen - seit 17 Jahren für die Umwidmung seines Grundstückes. Es kann auch sein, dass es schon 20 Jahre sind. Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, in welcher Herr Ing. Klamt als damaliger Stadtrat Umweltreferent war. Das Grundstück liegt, wie die gesamte Ortschaft Unterschütt, nördlich der Autobahn zwar im Landschaftschutzgebiet, das heißt aber nicht im Naturschutzgebiet. Diese zwei Bereiche möchte ich auseinanderhalten. Es geht hier nicht darum, ein Spekulationsobjekt umzuwidmen. Das möchte ich ganz klar festhalten. Es geht in diesem Fall um eine familiäre Angelegenheit, und sie betrifft zwei Familien. Die beiden Söhne von Herrn Kempfer würden sich gerne ein Eigenheim schaffen. Wer die Grundstückspreise in Villach kennt, weiß, dass man sich eigentlich kein Grundstück kaufen möchte, wenn man eines vor der Haustür hat. Man würde gerne dort, wo man aufgewachsen ist, etwas errichten. Um nichts

anderes geht es in diesem Fall. Seit 17 Jahren gibt es den mittlerweile sehr umfassenden Akt, der auch in meiner Abteilung aufliegt. Ich habe diesbezüglich Gespräche mit dem Land geführt. Das Land würde im Falle einer Zustimmung des Gemeinderates einer Umwidmung zustimmen. Es ist bisher immer an der negativen Stellungnahme der Stadt Villach gescheitert.

Ich werde Ihnen jetzt die Gründe nennen. Zuerst verlese ich ein Schreiben von Herrn Kempfer junior: Mein Name ist Gregor Kempfer, geboren am 13.4.1983 in Villach. Beruflich bin ich seit 1998 bei den ÖBB, mittlerweile seit drei Jahren als Serviceleit-Techniker im Bereich der Energietechnik tätig. Ich wohne zurzeit mit meiner Lebensgefährtin und meiner bald acht Monate alten Tochter in einer 61 Quadratmeter großen Dachgeschosswohnung der ÖBB. Für meine Familie und mich wäre es vorausschauend in die Zukunft anstrebenswert, uns in der KG 249 Federaun ein Eigenheim zu schaffen. Mein Vater versucht schon seit sehr langer Zeit, uns Kindern diesen Weg zu öffnen, doch bis heute leider ohne Erfolg. Ich als Sohn und mittlerweile selbst Familienvater möchte Sie und den gesamten Gemeinderat hiermit nochmals bitten, dem Ansuchen meines Vaters zuzustimmen. Mit dieser Zustimmung Ihrerseits könnten wir die Chance wahren, unseren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Für Ihre Mühe bisher in dieser Angelegenheit möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Dieses Schreiben ist an den Gemeinderat der Stadt Villach gerichtet.

Das zweite Schreiben stammt von Herrn Christian Kempfer, geboren 1975, der auch bei den ÖBB als Lokführer beschäftigt ist. Er befindet sich seit 1995 in einer Lebensgemeinschaft und hat eine dreijährige Tochter. Er wohnt in einer Wohnung der Genossenschaft „meine Heimat“ und zahlt zurzeit 710,00 Euro monatlich Miete. Dafür muss eine alte Frau lange stricken. Dieses Schreiben beginnt mit dem gleichen Text. Weiters steht in diesem Brief: Hier kämpft wirklich ein Vater nicht für die Umwidmung, um etwas zu veräußern und Profit daraus zu schlagen, sondern um seinen Kindern und seinen Enkelkindern eine Zukunft ohne noch größere finanzielle Einbußen zu ermöglichen.

Es ist in der Stellungnahme von Verhüttelung die Rede. Wenn man sich das Grundstück und die Lage des Grundstückes anschaut, muss ich dazu sagen, dass auf der einen Seite der Schütter Straße bereits alles verbaut ist. Bei dem angesprochenen Grundstück handelt es sich um ein kleines Stück auf der anderen Seite der Schütter Straße. Das würde meiner Meinung nach einen Zusammenschluss der verbauten Fläche geben. Weitere Flächen werden ja nicht beantragt. Es geht nun nicht darum, dass wir jetzt sofort und unbedingt den Standpunkt vertreten, dass diese Umwidmung nun aus allen möglichen Gründen passieren muss. Es ist jedoch gerade in Zeiten wie diesen der Wirtschaftsfaktor nicht außer Acht zu lassen. Die Umwidmung bedeutet auch eine Investition in die heimische Wirtschaft, die dort für den Bau des Eigenheims sicher zum Einsatz käme. Glauben Sie wirklich, dass die beiden jungen Herren Kempfer ganz alleine ihr Eigenheim schaffen, ohne die Wirtschaft zu stützen, indem sie Baumaterial kaufen, bauen lassen und einen Baumeister und einen Planer engagieren.

Ich weiß schon, dass gewisse Dinge einfach nicht gewollt werden und mit allen Argumenten dagegen gekämpft wird. Ich appelliere aber aus menschlichen Gründen an Sie alle: Geben Sie sich einen Ruck. Es ist ja noch nicht endgültig entschieden. Wenn der Gemeinderat sagt, dass er hier eine „menschliche“ Ausnahme machen möchte, bedeutet das noch lange nicht, dass es ein Präjudiz für die Zukunft und für sämtliche Grundstücke dieser Erde ist. Geben Sie sich einen Ruck, denn nach 17 Jahren ist es Zeit, sich in der Vorweihnachtszeit menschlich zu zeigen und diesem Ansinnen und Ansuchen die Zustimmung zu erteilen. Es liegt außerhalb unseres Einflusses, wie das Land entscheidet, denn die letzte Instanz ist das Land. Das ist aber eine andere Geschichte. Heute appelliere ich an Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte mich zu diesem Thema nur kurz einbringen. Ich kenne die Geschichte von Beginn an. Ich möchte nun gar nicht darauf eingehen, wie es dort zu den jetzigen Eigentumsverhältnissen gekommen ist. Das ist eine private Sache. Es war von Beginn an aber immer klar, dass dort „Grünland und Landschaftsschutzgebiet“ gewidmet ist. Eine Umwidmung würde eindeutig das Aufreißen eines neuen Siedlungsgebietes bedeuten, denn auf dieser Seite der Autobahn gibt es bisher keine Baumaßnahmen. Wahrscheinlich kennen Sie das Gebiet. Wenn man in die Unterschütt fährt, sieht man, dass es vor der Unterführung der Autobahn keine Gebäude gibt. Daher sind auch die fachlichen Stellungnahmen ganz eindeutig ausgefallen. Es war davon die Rede, dass man jetzt vor Weihnachten eine Ausnahme machen sollte. Das mag gut sein, nur man bedenke, dass Ausnahmen in Zukunft auch Recht bilden. Das heißt, dass in Zukunft jemand fragen könnte, warum eine Umwidmung in einem weiteren Fall nicht möglich ist, wenn wir in diesem Fall einer Umwidmung zugestimmt haben. Weitere Widmungswerber werden Recht bekommen. Es ist klar, dass man dort, wo man aufgewachsen ist, bleiben möchte, aber in der Schütt gibt es zur Genüge Wohn- und Baulandgebiet. Wenn auch für das besagte Grundstück keine Umwidmung erfolgt, wird damit wirklich nicht verhindert, dass jemand in der Schütt wohnen kann. Das ist eine ganz klare Situation.

Vizebürgermeister Pfeiler in einem Zwischenruf:

Ich weise darauf hin, dass vom Balkon aus gefilmt wird.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass das verboten ist. Ich darf überhaupt darum bitten, diese Diskussion, nachdem ich schon einmal erlebt habe, dass wir in diesem Zusammenhang beschimpft und bedroht worden sind, in vertraulichem Ausmaß fortzuführen. Ich bitte Sie, Ihre Zustimmung zu meinem Antrag zu geben. Es hat vor Jahren in Landskron eine Sitzung gegeben, in welcher ich beschimpft worden bin, da ich gegen diese Widmung gesprochen habe. Ich würde wirklich darum bitten, diesen Punkt vertraulich zu behandeln, denn in diesem Zusammenhang sind schon andere Dinge abgelaufen. Ich lasse darüber abstimmen. Das Filmen zeigt ja, dass man in Zukunft anscheinend mit dem Filmmaterial etwas vor hat, denn sonst macht man das ja nicht. Ich stelle den Antrag, die Sitzung vertraulich fortzusetzen. Ich kann Ihnen sagen, dass die

Situation in Landskron damals schlimm war. Es ist eine ganze Sitzung gestürmt worden, es ist geschrien worden, und man hat Zettel in den Saal geworfen und verschiedenes andere mehr ist passiert. Ich persönlich würde mich nicht mehr zu Wort melden, da ich mich unter diesen Umständen nicht sehr wohl fühle. Es ist eindeutig gefilmt worden. Ich habe das auch gesehen. Ich bitte Sie zuzustimmen, dass die Sitzung für vertraulich erklärt wird. Wer dem Antrag auf vertrauliche Fortsetzung bei diesem Tagesordnungspunkt die Zustimmung erteilt, gibt bitte ein Zeichen mit der Hand.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

die Gemeinderatssitzung für **vertraulich** zu erklären.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich darf bitten, dass alle Nicht-Gemeinderatsmitglieder bis auf Herrn Magistratsdirektor Dr. Mainhart den Saal verlassen, und ich ersuche zu veranlassen, dass wir auch draußen die Übertragung abschalten. Die Jugendräte müssen den Saal auch verlassen. Ich bitte, die Türen zu schließen und zu prüfen, ob man am Gang noch etwas hören kann.

Vertraulicher Sitzungsteil

Frau Gemeinderätin Isabella Lehner verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Mag.^a Elisabeth Dieringer-Granza nimmt an ihrer Stelle an der Sitzung teil. Gemeinderat Arnulf Jachs verlässt die Sitzung, Frau Gemeinderätin Isabella Lehner nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

Pkt. 51.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Freier
Seezugang und Baderechte in Egg „Tschernjak“-Bad für 2012

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom
27.7.2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Der freie Seezugang im „Tschbull“-Bad bleibt für die Villacher Bevölkerung
erhalten und die mit dem Baderecht verbundenen Kosten werden im Budget 2012
berücksichtigt.

Pkt. 52.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Kaufstopp für Kunstwerke im Jahr 2012

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 27.7.2011 wie folgt:

Wir haben diesbezüglich schon einen offenen Diskurs geführt, den ich jetzt nicht wiederholen will. Wir von der SPÖ lehnen es kategorisch ab, in diesem Bereich Kaufstopps zu verordnen. Dieser Antrag wurde auch im Kulturausschuss und im Stadtsenat vorberaten. Im Kulturausschuss ist er mit den Stimmen der FPK in der Minderheit geblieben. Genauso fiel die Abstimmung im Stadtsenat aus. Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

Frau Gemeinderätin Sacherer:

Wir werden diesem Antrag die Zustimmung nicht erteilen, da wir der Meinung sind, dass junge Künstler gefördert werden müssen und sollen. Ich möchte diesbezüglich auf eine langjährige Forderung der ÖVP hinweisen: Angekaufte Kunstwerke und Exponate sollen der Bevölkerung zugeführt werden, und auch junge Künstler haben das Recht, dass ihre Bilder in der Öffentlichkeit präsentiert werden. Wir hätten genügend Räumlichkeiten und leer stehende Geschäfte, in welchen man das machen könnte. Eine Sicherheitsanlage kostet 1.000,00 oder 1.500,00 Euro, sodass die Bilder auch gesichert werden können.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich darf dazu schon etwas korrigieren: Dieser Antrag, die Bilder auszustellen, war seinerzeit ein FPÖ-Antrag. Ich darf Frau Gemeinderätin Sacherer Folgendes sagen, damit die Diskussion nicht ausgeweitet wird: Es ist wahrscheinlich aus versicherungstechnischen Gründen nicht möglich, Kunstwerke, die sich in der Sammlung der Stadt Villach befinden, in leer stehenden Geschäften auszustellen. Der Antrag wurde damals schon mit dieser Begründung abgelehnt. Zu dem von Ihnen genannten Grund für die Ablehnung des Antrages möchte ich darauf hinweisen, dass es sich nicht um einen Kaufstopp von Werken junger Künstler handeln soll.

Gemeinderat Prinz:

Der Antrag sieht einen Kaufstopp von Kunstwerken jeder Art für ein Jahr vor. Der Grundgedanke war, dass wir der Meinung sind, dass es sich um sehr viel Geld handelt, wenn für ein Kunstwerk allein 300.000,00 Euro ausgegeben werden. Wir hätten uns durch diesen Antrag eine offene Diskussion gewünscht und keine Vordiffamierung über die Medien. Unser Antrag ist sicherlich nicht als Angriff auf irgendeinen Künstler oder irgendwelche Kulturvereine gedacht, denn auch in unserer Fraktion gibt es Mitglieder, die in Kulturvereinen ehrenamtlich tätig sind und dort arbeiten. Es ist einfach die Chance verpasst worden, über die Form und Abwicklung der Kunstankäufe der Stadt Villach zu diskutieren. Wir haben nicht beantragt, das Kulturbudget zu reduzieren, sondern nur einen Kaufstopp für ein Jahr vorzunehmen. Dieses Geld hätte trotzdem den jungen Künstlern in Form

eines Sponsorings zur Verfügung gestellt werden können. Es liegt mir wirklich im Magen, dass die Summe von 300.000,00 Euro für ein einziges Kunstwerk, nämlich jenes von Bruno Gironcoli ausgegeben wird. Das ist aus folgendem Grund der Fall: Dieses Kunstwerk vor dem Congress Center Villach ist mit Prunk, Blumen und Trompetenklängen aufgestellt worden. Gleichzeitig verstaubt ein anderes Gironcoli-Kunstwerk ohne geringste Wertschätzung seitens Ihrer Fraktion in einem Stiegenhaus des Rathauses. Spinnweben und Staub sind darauf zu finden. Um dieses Kunstwerk kümmert sich keiner. So sieht es nämlich mit der Wertschätzung von Ihrer Seite aus. Deshalb fordern wir, hier mit einem Kaufstopp von Kunstwerken für ein Jahr anzusetzen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Einen Kaufstopp für Kunstwerke aller Art im Jahr 2012.

Pkt. 53.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Möblierung
Draufufer

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.6.2011.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Das Thema Kreativwirtschaft wird in Villach hinkünftig eine größere Rolle spielen. Ich denke dabei nicht nur an die Initiative rund um die Lederergasse, sondern auch an die vielen Selbständigen, die in diesem Bereich tätig sind. Wir wissen, dass es für das urbane Flair unverzichtbar ist, dass man diese Gruppe von kreativen Menschen, die vom Alter her nicht nur junge Mitglieder hat, sondern auch über reifere Persönlichkeiten verfügt, unterstützt. Es gilt, diesen Kreativbereich zu entwickeln und zu pflegen. Daher bringen wir einen konkreten Vorschlag ein: Die Enzo-Möbel sind sehr gut, aber ergänzend und weiterführend wünschen wir uns, dass hier kreative, neue Formen und Designs entwickelt werden, die vor Ort entstehen. Warum sollen wir das machen? Einerseits ist es ein klares Incentive für junge, kreative Menschen, die nach Villach kommen, dass sie willkommen sind. Es sollen hier Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie man sich im öffentlichen Raum einbringen kann. Andererseits ist es natürlich eine klare Ansage als Stadt, dass wir zu unserer Kreativwerkstatt stehen. Daher ersuche ich Sie, diesen sehr guten Antrag zu unterstützen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge beraten und beschließen, dass die Villacher Kreativwirtschaft in Form eines Wettbewerbes (Tischler, Designer...) damit beauftragt wird, eine spezielle Draumöblierung „Marke Villach“ zu entwerfen und umzusetzen.

Pkt. 54.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Sanierungs-
offensive des Landes (Energiespartausender) – Beteiligung der Stadt
Villach

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom
30.5.2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** erteilen:

**Die Stadt Villach beteiligt sich so rasch wie möglich an der
Sanierungsoffensive des Landes Kärnten (Energiespartausender).**

Pkt. 55.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend E-Tankstelle am
Freihausplatz

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom
30.5.2011 wie folgt:

Es geht um die zusätzliche Ausstattung der bestehenden E-Tankstelle am
Freihausplatz. Wir haben dieses Ansinnen an die Kelag als Eigentümer der E-
Tank-stelle gerichtet. Folgende Stellungnahme teilte mir die zuständige Abteilung
Tiefbau mit:

Der Gemeinderatsantrag bezieht sich auf die E-Tankstelle der Kelag in der
Freihausgasse, welche als „Schnellladetankstelle“ mit einer Ladeleistung von 22
kW errichtet wurde. Damit kann bei dieser E-Tankstelle ein Mittelklassefahrzeug
in einer Stunde voll aufgetankt werden. Die Marketingabteilung der Kelag, nämlich
Herr Stefan Forst, wurde befragt, und er teilt uns mit, dass die beantragte
Nachrüstung aus folgenden Gründen nicht erfolgen wird: Der bestehende
„Mennekes Stecker“ ist Normstecker bei allen neuen E-Fahrzeugen. Schuko-
Stecker haben keine Steckverriegelung und können somit von jedermann entfernt
werden. Sie haben keinen Berührungsschutz, sodass spannungsführende Teile
berührt werden können. Schuko- und CEE-Stecker haben keine Zusatzkontakte
für Authentifizierung, Datenübertragung und Netzlastmanagement. Schuko-
Stecker sind nicht einheitlich, nicht einmal in Europa.

Das heißt, dass es sich hier um einen dieser typisch unausgegorenen Anträge
handelt. Ich kann aus fachlichen Gründen nicht empfehlen, diesem die
Zustimmung zu geben. Ich darf noch kurz über das Abstimmungsverhalten
berichten. Im Bauausschuss war nur die ÖVP dafür, detto im Stadtsenat.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Wenn es technisch nicht möglich ist, dann ziehen wir den Antrag zurück.

Wird zurückgezogen.

Pkt. 56.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Durchführung von Jazz- und Brass-Festivals in Villachs Innenstadt

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2011.

Ich lehne diesen Antrag kategorisch ab. Wir haben schon einige Feste, die erfreulicherweise ruhig ablaufen. Das haben wir beim Villacher Kirchtag zumindest für den Bereich des Hauptplatzes geschafft. Beim Straßenkunstfestival und bei den Märkten ist das auch der Fall. Ein Jazzfestival hingegen mit der Phon-Stärke, wie ein Jazzkonzert sie braucht, ist für die Altstadt absolut nicht geeignet, da die Altstadtbewohner ohnehin durch übergebührende Lärmbelastigungen beeinträchtigt werden. In diesem Sinne empfehle ich, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass das Mikrofon eingeschaltet ist.

Es geht wieder um das Thema, junge Menschen anzusprechen und die junge Kreativwirtschaft mit Attraktivität zu versehen. Ich glaube, dass sehr viele von uns hier im Gemeinderat Jazz- und Brass-Festivals kennen. Ich denke dabei an den „Holstuonar Musig Big Band Club“, der heuer ein sensationelles Konzert auf der Burgarena Finkenstein gegeben hat. Es wäre ganz toll, wenn diese Gruppe an einem Samstagvormittag durch die Innenstadt ziehen und damit ein attraktives Angebot schaffen würde. Damit würde man von Seiten Villachs als Kulturstadt ein klares Signal setzen, dass Jazz und Brass in unserer Innenstadt herzlich willkommen sind.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass Jazz- und Brass-Festivals hinkünftig zur weiteren Attraktivitätssteigerung der Villacher Altstadt, zur Belebung der Vor- und Nachsaison als auch der Hauptsaison in Zusammenarbeit mit der Innenstadtwirtschaft durchgeführt werden.

Pkt. 57.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“
betreffend Zuschuss zu Monatskarten der Stadtbuslinien

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 4.8.2010.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass die Monatskarten für Dezember, Jänner und Feber für den kommenden Winter wieder mit 50 % gefördert werden. Der zuständige Referent wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im nächsten Budget die dafür erforderlichen Mittel vorhanden sind.

Pkt. 58.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“
betreffend Schaffung von Fahrradabstellanlagen in der nächsten Um-
gebung des Hauptplatzes

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 30.5.2011 wie folgt:

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Die zuständigen Stellen sorgen für eine Schaffung von ausreichenden und adäquaten Fahrrad-Abstellanlagen in der nächsten Umgebung des Hauptplatzes.

Pkt. 59.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“
betreffend Schaffung von ausreichenden und adäquaten Fahrradabstell-
anlagen im Bereich des Congress Centers Villach

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 27.7.2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

In der nächsten Umgebung des Congress Centers Villach werden ausreichende und adäquate Fahrradabstellanlagen errichtet.

Pkt. 60.) Einräumung einer Dienstbarkeit für die Kelag Netz im Bereich Infineon

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 22.9.2011, Zl.: 2/HLW-840-Parz.Akt 82a/11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Die Stadt Villach stimmt als Eigentümerin der Liegenschaft EZ 369, GB 75432 Perau, der Einräumung eines Geh- und Fahrrechtes über das Gst. 330/57 zu Gunsten der KELAG Netz GmbH entsprechend dem beiliegenden Vertragsentwurf samt Lageplan (Ortofoto) vom 13.7.2011 zu.

Die Erstellung des Dienstbarkeitsvertrages erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist hierfür eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu entrichten.

Pkt. 61.) Verkehrsrechner Kärnten – Vereinbarung über Anschaffung und Betrieb

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 29.9.2011, Zl.: 664-58.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die **Vereinbarung über Anschaffung und Betrieb eines Verkehrsrechners**, abgeschlossen zwischen dem Land Kärnten, der Stadt Klagenfurt und der Stadt Villach, wird genehmigt.
2. Die Vorbelastungen der Budgets 2012 auf der VASSt. 5.6400.728000 mit anteiligen Kosten von EUR 240.300,00 inkl. USt. werden genehmigt.

Pkt. 62.) Unternehmen Wohn- und Geschäftsgebäude der Stadt Villach –
Wirtschaftsplan 2012; Investitionsplan 2012

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Wohn- und
Geschäftsgebäude vom 22.11.2011, Zl.: FW-325/2011/Mag.B.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Der Wirtschaftsplan des Unternehmens Wohn- und Geschäftsgebäude wird wie
aus der Beilage ersichtlich genehmigt.“

Pkt. 63.) Einräumung von Dienstbarkeiten für die Kelag Netz, Ausschwenkung der Überspannung des Gst. 330/57 im Bereich UW – Infineon; für die Infineon, Verlegung von Hochspannungskabeln über Gst. 330/57 im Bereich UW – Infineon

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 22.9.2011, Zl.: 2/HLW-840-Parz.Akt 82a/11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Die Stadt Villach stimmt als Eigentümerin der Liegenschaft EZ 369, GB 75432 Perau, der Einräumung

- a) einer Leitungsdienstbarkeit für die Überspannung des Gst. 330/57, KG Perau, zu Gunsten der KELAG Netz GmbH entsprechend dem beiliegenden Vertragsentwurf (in welchem die Kelag Netz Zug um Zug mit der Einräumung der beschriebenen Dienstbarkeit auf die ihr zustehende unter C-JNR 4a einverleibte Dienstbarkeit der 110-KV-Hochspannungsleitung Landskron – Gailitz verzichtet) samt Lageplan vom 3.11.2011 und
- b) einer Leitungsdienstbarkeit für die unterirdische Verlegung zweier 110-KV-Hochspannungsleitungen und eines Sekundärkabels über das Gst. 330/57, KG Perau, zu Gunsten der Infineon Technologies Austria AG, FN 144991y, entsprechend dem beiliegenden Vertragsentwurf samt Lageplan vom 5.10.2011

zu.

Die Erstellung der Dienstbarkeitsverträge erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist hierfür jeweils eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu entrichten.

Pkt. 64.) Einräumung von Leitungsdienstbarkeiten für die Kelag Netz im Bereich des Studentenwohnheimes in St. Magdalen

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 28.9.2011, Zl.: 2/HLW-840-Parz.Akt 141 I/11/Da/Ka.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Die Stadt Villach stimmt als Eigentümerin der Liegenschaft EZ 1793 mit dem Gst. 898 LN und der EZ 1856 mit dem Gst. 865/19, SB Str. Anl., der Einräumung von Leitungsdienstbarkeiten für die Errichtung der Kompaktrafostation samt Geh- und Zufahrtsrecht sowie für die Verlegung des 20-KV-Hochspannungskabels entsprechend dem beiliegenden Vertragsentwurf samt Lageplan vom 19.10.2011 zu.

Die Erstellung des Dienstbarkeitsvertrages erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist hierfür eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu entrichten.

Pkt. 65.) Erstellung eines Kaufvertrages; Änderung des Mietvertrages; Verlängerung des Gestattungsvertrages mit der Infineon Technologies Austria AG

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 24.8.2011, Zl.: 2/LW-840-Parz.Akt 82A u. 428/11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

- a) Die Erstellung eines Kaufvertrages mit der Infineon Technologies Austria AG (FN 144991y) betreffend das Trennstück 1 gemäß Vermessungsurkunde der Abteilung Vermessung und Geoinformation, Zl.: 1295-11, vom 30.5.2011 im Ausmaß von 10.360 m² gemäß beiliegendem Kaufvertragsentwurf, Zl.: GG4-50/16/11/Dr.Fu/K.
- b) Die Änderung des Mietvertrages vom 31.5.2007, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 28.2.2007, mit der Infineon Technologies Austria AG (FN 144991y) durch die Reduzierung der Mietfläche um die gegenständliche Kauffläche im Ausmaß von 10.360 m² aus Gst. 330/57, EZ 369, Grundbuch 75432 Perau, sowie die anteilmäßige Berichtigung des Mietzinses. Die übrigen Vertragspunkte bleiben vollinhaltlich aufrecht.
- c) Die nochmalige Verlängerung der Gestattung für die provisorische Werkszufahrt (Gestattungsvertrag vom 13.6.2007, Zl.: GG4-40a-03-07/Dr.Fu/FF, und erstmalige Verlängerung gemäß Beschluss des Stadtsenates vom 14.4.2010) bis nunmehr 31.12.2012.
- d) Die Erstellung der Verträge erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist je Vertrag eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu bezahlen.

Pkt. 66.) Ansuchen von Herrn Karl Gradsak um Ankauf des Grundstückes 329/7
LN, EZ 1861, KG Seebach

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 15.7.2011, Zl.: 2/HLW-840-Parz. Akt 37/11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Verkauf der Liegenschaft EZ 1861, GB 75446 Seebach, bestehend ausschließlich aus dem Gst. 329/7 LN im Ausmaß von 4.474 m², Eigentümerin VIV Villacher Immobilien Vermögensverwaltung GmbH & Co KG (FN 247611i), an Herrn Karl Gradsak, geb. 5.2.1947, wohnhaft in 9500 Villach, Gritschacher Straße 33, gemäß dem beiliegenden Kaufvertragsentwurf zu genehmigen.

Die Erstellung des Kaufvertrages erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu bezahlen.

Pkt. 67.) Ansuchen von Frau Irene Raicevich um Erwerb des Grundstückes
921/4, KG Villach

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 28.10.2011, Zl.: 2/HLW-840-Parz. Akt 42/11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Verkauf des Gst. 921/4 Bfl.(begrünt) im Ausmaß von 439 m² aus EZ 213, GB 75454 Villach, Eigentümerin Stadt Villach, an Frau Irene Raicevich, geb. 10.11.1951, 9500 Villach, Hans-Sittenberger-Straße 18/9, gemäß dem beiliegenden Kaufvertragsentwurf zu genehmigen.

Die Erstellung des Kaufvertrages erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu bezahlen.

Pkt. 68.) Ansuchen von Frau Marsella Haßlacher-Wedam und Frau Regina Wedam um Ankauf einer Teilfläche aus Gst. 486/1 Bfl. und LN, EZ 931, GB Völkendorf

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 28.10.2011, Zl.: 2/HLW-840-Parz. Akt 133/11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Verkauf des Trennstückes 1 im Ausmaß von 625 m² aus dem Gst. 486/1 Bfl. und LN, EZ 931, GB 75455 Völkendorf, Eigentümerin Stadt Villach, gemäß Urkunde der städtischen Abteilung Vermessung und Geoinformation, Zl.: 1205/08, vom 26.3.2008 je zur Hälfte an Frau Marsella Haßlacher-Wedam, geb. 17.1.1962, und Frau Regina Wedam, geb. 31.12.1942, 9500 Villach, Purtschellerstraße 16, gemäß dem beiliegenden Kaufvertragsentwurf zu genehmigen.

Die Erstellung des Kaufvertrages erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu bezahlen.

Pkt. 69.) Ansuchen von Herrn Rudolf Tischner und Herrn Andreas Klein um Ankauf einer Teilfläche aus Gst. 1304/1 Bfl. (ehem. Feuerwehrhaus St. Martin) sowie der Gst. 1304/2, 1309/3 und 1323/4, KG St. Martin

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 28.10.2011, Zl.: 2/HLW-840-Parz. Akt 83/11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Verkauf der stadteigenen Grundstücke des gemäß Urkunde der städtischen Abteilung Vermessung und Geoinformation, Zl.: 1301/11, vom 1.9.2011 durch Teilung des Gst. 1304/1 Bfl. neu entstandenen Gst. 1304/3 im Ausmaß von 800 m² sowie der Gst. 1304/2 LN, 1309/3 LN und 1323/4 LN, diese im Gesamtausmaß von 753 m², alle GB 75441 St. Martin, an Herrn Rudolf Tischner, geb. 19.4.1962, 9721 Kellerberg, Oberdorfstraße 6, und an Herrn Andreas Klein, geb. 15.7.1974, 9523 Landskron, Hochfeldstraße 12, als gemeinsame Käufer gemäß dem beiliegenden Kaufvertragsentwurf zu genehmigen.

Die Erstellung des Kaufvertrages erfolgt durch die Rechtsabteilung der GG4 und ist eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu bezahlen.

Pkt. 70.) Zufahrt Federaun – „ALPLOG Nord“; Erstellung eines weiteren Kaufvertrages

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 4.11.2011, Zl.: 2/LW-840-Parz.Akt 440/11-Dab.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Stimmen, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion; gegen den Antrag: 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“):

Die Stadt Villach erwirbt die Liegenschaft EZ 119, GB 75411 Federaun, bestehend aus dem Gst. 471/11 LN im unverbürgten Ausmaß von 322 m², von Frau Andrea Hohenberger (geb. Bergner) geb. 28.3.1967, und Herrn Horst Hohenberger, geb. 9.12.1972, wohnhaft in 9586 Fürnitz, Federauner Straße 4, zu einem Kaufpreis von EUR 7.230,00 entsprechend dem beiliegenden Kaufvertragsentwurf.

Die Erstellung des Kaufvertrages sowie die grundbücherliche Durchführung erfolgt durch die Rechtsabteilung der Stadt Villach.

Für die Erstellung des Kaufvertrages wird keine Gebühr eingehoben. Die Finanzierung der Kaufpreise erfolgt auf der VASSt. 5.8400.001000.

Pkt. 71.) Erstellung eines Dienstbarkeitsvertrages betreffend das Gst. 254/7
Bfl., KG St. Ruprecht

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Hochbau, Liegenschaften und Wohnungen vom 7.11.2011, Zl.: 2/LW-840-Parz.Akt 192-11/Da.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach räumt gemäß dem beiliegenden Dienstbarkeitsvertragsentwurf für sich und ihre Rechtsnachfolger im Eigentum des Gst. 254/7, Grundbuch 75442 St. Ruprecht, der ESG und deren Rechtsnachfolgern im Eigentum des Gst. 254/1, Grundbuch 75442 St. Ruprecht, auf immerwährende Zeiten die grundbücherlich sicher zu stellende Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens über das Gst. 254/7, Grundbuch 75442 St. Ruprecht, ein.
2. Die Dienstbarkeit dient der Erschließung der Wohnobjekte Urlakenstraße 6, 8, 10, 12 und 14. Sie betrifft eine Fläche von 465 m², wie sie im Lageplan „Servitutsfläche am Grst. 254/7“ der Stadt Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 4.10.2011, Zl.: 133-11, dargestellt ist. Der Lageplan bildet einen Bestandteil des zu erstellenden Vertrages.

Die Erstellung des Dienstbarkeitsvertrages erfolgt durch die Rechtsabteilung der Stadt Villach und ist hierfür eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 150,00 zu bezahlen.

Pkt. 72.) Antrag auf Abschreibung von uneinbringlichen privatrechtlichen Forderungen ab Euro 3.000,00 im Einzelfall

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Wohn- und Geschäftsgebäude vom 17.11.2011, Zl.: 2WG-Abschreibungen/11/Ra.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die in der Beilage angeführten als uneinbringlich geltenden Forderungen der Stadt Villach (Unternehmen Wohn- und Geschäftsgebäude) aus Mietverhältnissen von einem Betrag ab Euro 3.000,00 im Einzelfall

im Gesamtbetrag von Euro 39.182,31 (brutto)

wegen Uneinbringlichkeit abzuschreiben.

Pkt. 73.) VERBUND Hydro Power AG (FN 84438z), Am Hof 6a, 1010 Wien –
Nutzungsübereinkommen Drauradweg

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 25.10.2011, Zl.: 612/1 – 1724.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Die beiliegende Nachtrag zum Übereinkommen vom 26.7.1999 bzw. 15.9.1999, Zl.: 612/1-1724-Mag.Pin, für die Radwegführung auf Fremdgrund, abgeschlossen zwischen der VERBUND Hydro Power AG (FN 84438z), Am Hof 6a, 1010 Wien, und der Stadt Villach, wird genehmigt.

Pkt. 74.) Bad Bleiberger Kanalisationerrichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H.; Einleitvereinbarung Kläranlage Villach - Nachtrag

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 14.11.2011, Zl.: 664-58.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Der Nachtrag zur Vereinbarung über die Ableitung von Teilen des Abwassers aus der Marktgemeinde Bad Bleiberg über Teile der Kanalisationsanlagen der Stadt Villach in die Kläranlage Villach, abgeschlossen zwischen der Stadt Villach und der BKB Bad Bleiberger Kanalisationerrichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Bad Bleiberg 49, 9530 Bad Bleiberg, mit einer neu festgesetzten Einleitmenge von max. 2.900 EW beziehungsweise max. 24 l/sec, wird gemäß den Darstellungen im Amtsvortrag und wie aus der Beilage ersichtlich genehmigt.“

Pkt. 75.) Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Unterfeldweg; Gerd Meinhart

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 7.7.2011, Zl.: 612/1 – 349.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der Gemeinderat der Stadt Villach genehmigt abweichend von der Richtlinie „Straßenaufschließungsbeiträge“ die Übernahme des Weggrundstückes 169/8 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75442 St. Ruprecht, in das Öffentliche Gut der Stadt Villach.
2. Herr Gerd Meinhart, geb. 30.5.1962, Dr. Görlich-Straße 31, 9523 Villach-Landskron, tritt ab und übergibt und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 52, Grundbuch 75442 St. Ruprecht, das Gst. 169/8 SB (Straßenanlage) im Ausmaß von 722 m², das der Liegenschaft EZ 278, Grundbuch 75442 St. Ruprecht, zuzuschreiben sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
3. Das Gst. 169/8 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75442 St. Ruprecht, im Ausmaß von 722 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 76.) Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Heideweg;
Johann Arnold Innerhofer, Gertrude Pauline Innerhofer

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 7.7.2011,
Zl.: 612/1 – 1593.

Gemeinderat Innerhofer erklärt sich für befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der Gemeinderat der Stadt Villach genehmigt abweichend von der Richtlinie „Straßenaufschließungsbeiträge“ die Übernahme des Weggrundstückes 590/1 SB (Straßenanlage,) Grundbuch 75446 Seebach, in das Öffentliche Gut der Stadt Villach.
2. Herr Johann Arnold Innerhofer, geb. 2.6.1959, und Frau Gertrude Pauline Innerhofer, geb. 15.5.1957, beide wohnhaft Andreas-Hofer-Weg 18, 9523 Villach-Landskron, als gemeinsame Miteigentümer der Liegenschaft EZ 7, Grundbuch 75446 Seebach, treten ab und übergeben und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 7, Grundbuch 75446 Seebach, das Gst. 590/1 SB (Straßenanlage) im Ausmaß von 640 m², das der Liegenschaft EZ 1367, Grundbuch 75446 Seebach, zuzuschreiben sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
3. Das Gst. 590/1 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75446 Seebach, im Ausmaß von 640 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 77.) Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Margeritenstraße; Lisa Klotz, Theresa Werner, Alexandra Frattnig, Claudia Kamnig, Barbara Frattnig, Hermine Natmessnig, Anna Werner

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 13.7.2011, Zl.: 612/1 – 1735.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Frau Lisa Klotz, geb. 11.10.1990, Grillparzerstraße 15, 8010 Graz, als 1/24-Anteil Miteigentümerin, Frau Theresa Werner, geb. 5.10.1983, Jakob-Ghon-Allee 30/2, 9500 Villach, als 1/24-Anteil Miteigentümerin, Frau Alexandra Frattnig, geb. 17.8.1984, Mooschmiedenweg 27, 9500 Villach, als 1/24-Anteil Miteigentümerin und Frau Claudia Kamnig, geb. 30.10.1980, Hochfeldstraße 8a/6, 9523 Villach-Landskron, als 1/24-Anteil Miteigentümerin, Frau Barbara Frattnig, geb. 3.10.1954, Alban-Berg-Weg 13, 9523 Villach-Landskron, als 1/3-Anteil Miteigentümerin, Frau Hermine Natmessnig, geb. 24.10.1957, Kraßniggstraße 52/3, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, als 1/3-Anteil Miteigentümerin, Frau Anna Werner, geb. 3.10.1954, Enzianweg 8, 9500 Villach, als 1/6-Anteil Miteigentümerin, jeweils der Liegenschaft EZ 547, Grundbuch 75432 Perau, treten ab und übergeben und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 547, Grundbuch 75432 Perau, das Gst. 111/12 SB (Straßenanlage) im Ausmaß von 153 m², das der Liegenschaft EZ 399, Grundbuch 75432 Perau, zuzuschreiben sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Das Gst. 111/12 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75432 Perau, im Ausmaß von 153 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 78.) Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Lerchenweg;
Erich Tscheinig, Gabriele Tscheinig, Sylvester Srienz, Ludmilla Srienz,
Otto Kramer, Ute Kramer, Johannes Wilhelmer

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 22.8.2011,
Zl.: 612/1 – 906.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der Gemeinderat der Stadt Villach genehmigt abweichend von der Richtlinie „Straßenaufschließungsbeiträge“ die Übernahme des Weggrundstückes 1000/38 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75446 Seebach, in das Öffentliche Gut der Stadt Villach.
2. Herr Erich Tscheinig, geb. 31.8.1950, Lerchenweg 6, 9524 Villach-St. Magdalen, als 3/24-Anteil Miteigentümer, Frau Gabriele Tscheinig, geb. 2.2.1947, Lerchenweg 6, 9524 Villach-St. Magdalen, als 3/24-Anteil Miteigentümerin, Herr Sylvester Srienz, geb. 19.10.1949, Lerchenweg 1, 9524 Villach-St. Magdalen, als 3/24-Anteil Miteigentümer, Frau Ludmilla Srienz, geb. 27.1.1945, Lerchenweg 1, 9524 Villach-St. Magdalen, als 3/24-Anteil Miteigentümerin, Herr Otto Kramer, geb. 13.12.1939, Falkenweg 13/2, 9504 Villach-Warmbad, als 3/24-Anteil Miteigentümer, Frau Ute Kramer, geb. 28.10.1941, Falkenweg 13/2, 9504 Villach-Warmbad, als 3/24-Anteil Miteigentümerin, und Herr Johannes Wilhelmer, geb. 3.8.1957, Lerchenweg 3, 9524 Villach-St. Magdalen, als 3/24-Anteil Miteigentümer jeweils der Liegenschaft EZ 1567, Grundbuch 75446 Seebach, treten ab und übergeben und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 1567, Grundbuch 75446 Seebach, das Gst. 1000/38 SB (Straßenanlage) im Ausmaß von 327 m², das der Liegenschaft EZ 1367, Grundbuch 75446 Seebach, zuzuschreiben sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
3. Das Gst. 1000/38 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75446 Seebach, im Ausmaß von 327 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 79.) Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Kugelweg;
Manuela Marko, Melanie Marko, Benjamin Marko

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 24.10.2011,
Zl.: 612/1 – 1170.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der Gemeinderat der Stadt Villach genehmigt abweichend von der Richtlinie „Straßenaufschließungsbeiträge“ die Übernahme des Weggrundstückes 652/8 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75434 Pogöriach, in das Öffentliche Gut der Stadt Villach.
2. Frau Manuela Marko, geb. 31.7.1965, und Frau Melanie Marko, geb. 19.6.1986, beide wohnhaft Kugelweg 5/2, 9500 Villach, bzw. Herr Benjamin Marko, geb. 13.6.1990, Michael-Unterlercher-Straße 49b/5, 9523 Villach-Landskron, als gemeinsame außerbücherliche Miteigentümer der Liegenschaft EZ 52, Grundbuch 75434 Pogöriach, treten ab und übergeben und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 52, Grundbuch 75434 Pogöriach, das Gst. 652/8 SB (Straßenanlage) im Ausmaß von 419 m², das der Liegenschaft EZ 501, Grundbuch 75434 Pogöriach, zuzuschreiben sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
3. Das Gst. 652/8 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75434 Pogöriach, im Ausmaß von 419 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Gemeinderat Harald Geissler verlässt die Sitzung, Herr Josef Rossmann nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil.

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart spricht die Gelöbnisformel vor.

Herr Gemeinderat **Josef Rossmann** leistet als neues Mitglied des Gemeinderates das Gelöbnis gemäß § 21 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes.

Pkt. 80.) Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Marterlweg;
Johann Tschernjak

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 7.11.2011,
Zl.: 612/1 – 1727.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Herr Johann Tschernjak, geb. 28.3.1941, Egger-Seeuferstraße 26, 9580 Villach-Drobollach, als Eigentümer der Liegenschaft EZ 32, Grundbuch 75409 Drobollach, tritt ab und übergibt, und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt das Gst. 681/2 SB (Straßenanlage) im Ausmaß von 1.572 m², das der Liegenschaft EZ 156, Grundbuch 75409 Drobollach, zuzuschreiben sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Das Gst. 681/2 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75409 Drobollach, im Ausmaß von 1.572 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 81.) Villacher Freibad GmbH – Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 23.11.2011, Zl.: 612/1 – 1766.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die beiliegende Annahmeerklärung vom 23.11.2011, erstellt durch die Notarin Dr.ⁱⁿ Claudia Stern, abgeschlossen zwischen der Villacher Freibad GmbH (FN 165012s), Kadischenallee 25, 9504 Villach-Warmbad, und der Stadt Villach, wird genehmigt.
2. Das Gst. 871 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75421 Judendorf, im Ausmaß von 215 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 82.) Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Pogöriach; Agrargemeinschaft Ortschaft Pogöriach – St. Georgen

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 1.8.2011, Zl.: 612/1 – 1753.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Agrargemeinschaft Ortschaft Pogöriach – St. Georgen, vertreten durch deren Obmann, Herrn Kurt Rieder, Kreuztrattenstraße 132/2, 9500 Villach, vertauscht und übergibt und die Stadt Villach (Öffentliches Gut) tauscht ein und übernimmt auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 1.8.2011, Zl.: 1297-11, aus der Liegenschaft EZ 79, Grundbuch 75434 Pogöriach, das durch Teilung des Gst. 316 LN Wald gebildete Trennstück 2 im Ausmaß von 245 m², das mit dem Gst. 1078/1 SB (Straßenanlage) der Liegenschaft EZ 501, Grundbuch 75434 Pogöriach, zu vereinigen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Hingegen vertauscht bzw. verkauft und übergibt die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes, und die Agrargemeinschaft Ortschaft Pogöriach – St. Georgen, vertreten durch deren Obmann, Herrn Kurt Rieder, Kreuztrattenstraße 132/2, 9500 Villach, tauscht ein bzw. kauft und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 501, Grundbuch 75434 Pogöriach, auf Grund der unter Pkt. 1 genannten Vermessungsurkunde das Gst. 1078/2 SB (Weg) im Ausmaß von 505 m², das der Liegenschaft EZ 79, Grundbuch 75434, zuzuschreiben sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
3. Die Bewertung der vertragsgegenständlichen Grundflächen wurde von beiden Vertragsteilen mit EUR 1,00 je m² festgelegt, dies sind:

<u>245 m² aus Gst. 316 à EUR 1,00 je m²</u>	EUR 245,00
insgesamt	EUR 245,00

<u>505 m² aus Gst. 1078/2 à EUR 1,00 je m²</u>	EUR 505,00
insgesamt	EUR 505,00

Der Differenzbetrag beträgt EUR 260,00 und gilt als Kaufpreis. Dieser Betrag ist binnen 30 Tagen nach Genehmigung der Grundtransaktion in den Kollegialorganen der Stadt Villach von der Agrargemeinschaft Ortschaft Pogöriach – St. Georgen an die Stadt Villach nach vorheriger Rechnungslegung zur Einzahlung zu bringen.

4. Unter Bezug auf die in Pkt. 1 genannte Vermessungsurkunde wird das Trennstück 2 im Ausmaß von 245 m² aus dem Gst. 316 LN Wald, Grundbuch 75434 Pogöriach, dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut).

5. Unter Bezug auf die in Pkt. 1 genannte Vermessungsurkunde wird das Gst. 1078/2 SB (Weg), Grundbuch 75434 Pogöriach, im Ausmaß von 505 m² gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieses Grundstückes wird die Widmung als Öffentliches Gut aufgehoben

Pkt. 83.) Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach –
Linsengasse; Andrea Kuess, Brigitte Kuess, Rudolf Meidl

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 25.10.2011,
Zl.: 612/1 – 707.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Frau Andrea Kuess, mj, geb. 21.8.1993, Viktor-Kaplan-Straße 6, 9500 Villach, und Frau Brigitte Kuess, geb. 17.5.1957, Viktor-Kaplan-Straße 6, 9500 Villach, als gemeinsame Miteigentümer der Liegenschaft EZ 1308, Grundbuch 75441 St. Martin, treten ab und übergeben und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt die auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 10.10.2011, Zl.: 1221-08, durch Teilung des Gst. 1269/3 Bfl. (Geb./begr.), Grundbuch 75441 St. Martin, gebildeten Trennstück 2 und 3, das Trennstück 2 im Ausmaß von 2 m², das mit dem Gst. 1247/6 SB (Straßenanlage) der Liegenschaft EZ 1040, Grundbuch 75441 St. Martin, zu vereinigen sein wird, und das neu gebildete Gst. 1269/23 SB (Straßenanlage) (Trennstück 3) im Ausmaß von 41 m², für das eine neue Einlagezahl im Grundbuch 75441 St. Martin zu eröffnen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Hingegen tritt die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes ab und übergibt, und Frau Andrea Kuess, mj, geb. 21.8.1993, Viktor-Kaplan-Straße 6, 9500 Villach, und Frau Brigitte Kuess, geb. 17.5.1957, Viktor-Kaplan-Straße 6, 9500 Villach, als gemeinsame Miteigentümer der Liegenschaft EZ 1308, Grundbuch 75441 St. Martin, nehmen an und übernehmen auf Grund der unter Pkt. 1 genannten Vermessungsurkunde aus der Liegenschaft EZ 1040, Grundbuch 75441 St. Martin, das durch Teilung des Gst. 1247/6 SB (Straßenanlage) gebildete Trennstück 1 im Ausmaß von 7 m², das dem Gst. 1269/3 Bfl. (Geb./begr.) der Liegenschaft EZ 1308, Grundbuch 75441 St. Martin, zu vereinigen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
3. Herr Rudolf Meidl, geb. 21.7.1946, Pogöriacher Straße 61, 9500 Villach, tritt ab und übergibt, und die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes nimmt an und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 619, Grundbuch 75441 St. Martin, die auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 10.10.2011, Zl.: 1221-08, durch Teilung des Gst. 1269/6 Bfl. (begr.), Grundbuch 75441 St. Martin, gebildeten Trennstücke 4, 5 und 7, das Trennstück 4 im Ausmaß von

58 m², das mit dem Gst. 1269/3 SB (Straßenanlage) der EZ/neu, Grundbuch 75441, zu vereinigen sein wird, sowie das Trennstück 5 im Ausmaß von 2 m² und das Trennstück 7 im Ausmaß von 10 m², die beide mit dem Gst. 1247/6 SB (Straßenanlage) der Liegenschaft EZ 1040, Grundbuch 75441 St. Martin, zu vereinigen sein werden, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.

4. Hingegen tritt die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes ab und übergibt, und Herr Rudolf Meidl, geb. 21.7.1946, Pogöriacher Straße 61, 9500 Villach, nimmt an und übernimmt auf Grund der unter Pkt. 3 genannten Vermessungsurkunde aus der Liegenschaft EZ 1040, Grundbuch 75441 St. Martin, das durch Teilung des Gst. 1247/6 SB (Straßenanlage) gebildete Trennstück 6 im Ausmaß von 1 m², das mit dem Gst. 1269/6 Bfl. (Geb./begr.) der Liegenschaft EZ 619, Grundbuch 75441 St. Martin, zu vereinigen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
5. Unter Bezug auf die Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 10.10.2011, Zl.: 1221-08, wird das Gst. 1269/3 SB (Straßenanlage) im Ausmaß von 99 m² und das Trennstück 7 im Ausmaß von 10 m² aus dem Gst. 1269/6 Bfl. (Geb./begr.), Grundbuch 75441 St. Martin, dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. b) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.
6. Unter Bezug auf die Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 10.10.2011, Zl.: 1221-08, werden die Trennstücke 1 und 6, beide aus dem Gst. 1247/6 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75441 St. Martin, gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Trennstücke wird die Widmung als Öffentliches Gut aufgehoben.

Pkt. 84.) Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Pogöriach, Heiligengeist; Bringungsgemeinschaft FAW Mooswiese – Hundsmarhof

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 25.10.2011, Zl.: 612/1 – 1744.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der beiliegende Abtretungs- und Dienstbarkeitsvertrag, abgeschlossen zwischen der Bringungsgemeinschaft FAW Mooswiese - Hundsmarhof, vertreten durch den Obmann Herrn Josef Köchl, Kreuztrattenstraße 139/2, 9500 Villach, und der Stadt Villach, wird genehmigt.

2. Die Grundstücke
 - Gst. 1051/2, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.296 m²,
 - Gst. 1052, GB Pogöriach, im Ausmaß von 2.949 m²,
 - Gst. 1053/1, GB Pogöriach, im Ausmaß von 7.990 m²,
 - Gst. 1053/2, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.562 m²,
 - Gst. 1053/3, GB Pogöriach, im Ausmaß von 2.430 m²,
 - Gst. 1053/4, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.529 m²,
 - Gst. 1053/12, GB Pogöriach, im Ausmaß von 299 m²,
 - Gst. 1053/14, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.868 m²,
 - Gst. 1054, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.583 m²,
 - Gst. 1057/1, GB Pogöriach, im Ausmaß von 5.970 m²,
 - Gst. 1057/2, GB Pogöriach, im Ausmaß von 2.281 m²,
 - Gst. 1058, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.690 m²,
 - Gst. 1059, GB Pogöriach, im Ausmaß von 3.190 m²,
 - Gst. 1060, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.169 m²,
 - Gst. 1061, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.187 m²,
 - Gst. 1062, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.295 m²,
 - Gst. 1063, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.690 m²,
 - Gst. 1064/1, GB Pogöriach, im Ausmaß von 628 m²,
 - Gst. 1065/1, GB Pogöriach, im Ausmaß von 2.330 m²,
 - Gst. 1065/5, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.433 m²,
 - Gst. 1066/3, GB Pogöriach, im Ausmaß von 364 m²,
 - Gst. 1076, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.618 m²,
 - Gst. 1077, GB Pogöriach, im Ausmaß von 1.834 m²,
 - Gst. 1079/1, GB Pogöriach, im Ausmaß von 3.973 m² und
 - Gst. 1080/8, GB Pogöriach, im Ausmaß von 447 m²

werden gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als

Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Grundflächen wird die Widmung als Öffentliches Gut aufgehoben.

Pkt. 85.) Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach –
Warmbader Straße; Gerda Elliott

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 21.11.2011,
Zl.: 612/1 – 1740.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes verkauft und übergibt und Frau Gerda Elliott, geb. Tschamer, geb. 30.5.1924, Napoleonwiese 2/1, 9504 Villach-Warmbad, kauft und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 647, Grundbuch 75421 Judendorf, das auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 21.11.2011, Zl.: 1305-11, durch Teilung des Gst. 809/1 SB (Straßenanlage) gebildete Trennstück 1 im Ausmaß von 80 m² und das durch Teilung des Gst. 871 SB (Straßenanlage) gebildete Trennstück 2 im Ausmaß von 0 m², die beide mit dem Gst. 102/1 Bfl. (begr.) der Liegenschaft EZ 174, Grundbuch 75421 Judendorf, zu vereinigen sein werden, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Der Kaufpreis beträgt EUR 70,00 je m², insgesamt daher EUR 5.600,00, und ist binnen 30 Tagen nach Genehmigung der Grundtransaktion in den Kollegialorganen der Stadt Villach und vorheriger Rechnungslegung durch die Stadt Villach von der Käuferin an die Stadt Villach zur Einzahlung zu bringen.
3. Unter Bezug auf die in Pkt. 1 genannte Vermessungsurkunde wird das Trennstück 1 im Ausmaß von 80 m² aus dem Gst. 809/1 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75421 Judendorf, und das Trennstück 2 im Ausmaß von 0 m² aus dem Gst. 871 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75421 Judendorf, jeweils gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als Gemeinestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Trennstücke wird die Widmung als Öffentliches Gut aufgehoben.
4. Die Einnahme aus dem Grundverkauf wird der VSt. 6.6120.001000 gutgeschrieben.

Pkt. 86.) Grundbereinigung mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Seepromenade; Dr. Herbert Arbesser, Irmgard Arbesser

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 21.11.2011, Zl.: 612/1 – 1748.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Frau Irmgard Arbesser, geb. 8.2.1943, und Herr Dr. Herbert Arbesser, geb. 19.9.1941, beide wohnhaft St. Ulricher Straße 12, 9524 Villach-St. Magdalen, als gemeinsame Miteigentümer der Liegenschaft EZ 601 und 1593, je Grundbuch 75446 Seebach, treten ab und übergeben, und die Stadt Villach (Öffentliches Gut) nimmt an und übernimmt auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 15.11.2011, Zl.: 1296-11,
 - aus der Liegenschaft EZ 1593, Grundbuch 75446 Seebach, das durch Teilung des Gst. 920/28 Bfl. (Geb./begr.) gebildete Trennstück 1 im Ausmaß von 11 m² und das durch Teilung des Gst. 920/44 LN gebildete Trennstück 3 im Ausmaß von 12 m², die beide mit dem Gst. 920/29 SB (Straßenanlage) der Liegenschaft EZ 1367, Grundbuch 75446 Seebach, zu vereinigen sein werden, und
 - aus der Liegenschaft EZ 601, Grundbuch 75446 Seebach, das durch Teilung des Gst. 920/43 Bfl. (Geb./begr.) gebildete Trennstück 2 im Ausmaß von 10 m², das mit dem Gst. 920/29 SB (Straßenanlage) der Liegenschaft EZ 1367, Grundbuch 75446 Seebach, zu vereinigen sein wird,nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Unter Bezug auf die in Pkt. 1 genannte Vermessungsurkunde werden das Trennstück 1 im Ausmaß von 11 m² aus dem Gst. 920/28 Bfl. (Geb./begr.), Grundbuch 75446 Seebach, das Trennstück 2 im Ausmaß von 10 m² aus dem Gst. 920/43 Bfl. (Geb./begr.), Grundbuch 75446 Seebach, und das Trennstück 3 im Ausmaß von 12 m² aus dem Gst. 920/44 LN, Grundbuch 75446 Seebach, jeweils dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 87.) Grunderwerbe für das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Ernst-Pliwa-Gasse; SeneCura AIS Pflegeheim GmbH, BKS-Immobilienleasing Gesellschaft m.b.H.

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 12.8.2011, Zl.: 612/1 – 1734.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die SeneCura AIS Pflegeheim GmbH (FN 109931p), Capistrangasse 5/1/54, 1060 Wien, verkauft und übergibt und die Stadt Villach als Verwalterin des öffentlichen Gutes kauft und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 1227, Grundbuch 75454 Villach, das auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 10.8.2011, Zl.: 1289-11, das durch Teilung des Gst. .1914 Bfl. (Geb./begr.) neu gebildete Gst. 1335 (Geb./begr.) (Trennstück 1) im Ausmaß von 24 m², das der Liegenschaft EZ 2019, Grundbuch 75454 Villach, zuzuschreiben sein wird, und das durch Teilung des Gst 674/9 Bfl. (Geb./begr.) gebildete Trennstück 2 im Ausmaß von 11 m², das mit dem Gst. 1335 SB (Straßenanlage) der Liegenschaft EZ 2019, Grundbuch 75454 Villach, zu vereinigen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Die einvernehmlich festgelegte Bewertung der käuflich zu erwerbenden Grundflächen beträgt EUR 10,00 je m², dies sind

Gst. 1335 – 24 m ² à EUR 10,00	EUR 240,00
<u>TS 2 – 17 m² aus Gst. 674/9 à EUR 10,00</u>	<u>EUR 170,00</u>
insgesamt	EUR 410,00

Der Kaufpreis von EUR 410,00 wird binnen 30 Tagen nach Vorliegen der Freilassungserklärungen und der Genehmigung des Grunderwerbes in den Kollegialorganen von der Stadt Villach an die SeneCura AIS Pflegeheim GmbH zur Auszahlung gebracht.

3. Die BKS-Immobilienleasing Gesellschaft m.b.H. (FN 90350v), St.-Weiter-Ring 43, 9020 Klagenfurt am Wörther See, verkauft und übergibt und die Stadt Villach als Verwalterin des öffentlichen Gutes kauft und übernimmt aus der Liegenschaft EZ 1216, Grundbuch 75454 Villach, das auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 10.8.2011, Zl.: 1289-11, durch Teilung des Gst. 674/1 Bfl. (Geb./begr.) gebildete Trennstück 3 im Ausmaß von 11 m², das mit dem Gst. 1335 SB (Straßenanlage) der Liegenschaft EZ 2019, Grundbuch 75454 Villach, zu vereinigen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen

Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.

4. Die einvernehmlich festgelegte Bewertung der käuflich zu erwerbenden Grundfläche beträgt EUR 10,00 je m², dies sind insgesamt EUR 110,00.

Der Kaufpreis von EUR 110,00 wird binnen 30 Tagen nach Vorliegen der Freilassungserklärungen und der Genehmigung des Grunderwerbes in den Kollegialorganen von der Stadt Villach an die BKS-Immobilienleasing Gesellschaft m.b.H. zur Auszahlung gebracht.

5. Die Bezahlung der Abtretungsentschädigungen erfolgt zu Lasten der VASSt. 5.6120.001.000.
6. Unter Bezug auf die in Pkt. 1 genannte Vermessungsurkunde wird das neu gebildete Gst. 1335 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75454 Villach, dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 4 des Kärntner Straßengesetzes zur Gemeindestraße erklärt.

Pkt. 88.) Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Lise-Meitner-Weg; Thomas Wiesinger, Manuela Wiesinger

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 9.8.2011, Zl.: 612/1 – 1630.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes verkauft und übergibt und Herr Thomas Wiesinger, geb. 19.9.1964, bzw. Frau Manuela Wiesinger-Grabmer, geb. 14.3.1966, beide wohnhaft Lise-Meitner-Weg 17, 9500 Villach, kaufen und übernehmen aus der Liegenschaft EZ 1040, Grundbuch 75441 St. Martin, das auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 2.8.2011, Zl.: 1298-11, durch Teilung des Gst. 577/19 SB (Straßenanlage) gebildete Trennstück 1 im Ausmaß von 84 m², das mit dem Gst. 577/20 Bfl. (begr.) der Liegenschaft EZ 1509, Grundbuch 75441 St. Martin, zu vereinigen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Der Kaufpreis beträgt EUR 81,36 je m², insgesamt daher EUR 6.834,24, und ist binnen 30 Tagen nach Genehmigung der Grundtransaktion in den Kollegialorganen der Stadt Villach von den Käufern an die Stadt Villach zur Einzahlung zu bringen.
3. Unter Bezug auf die in Pkt. 1 genannte Vermessungsurkunde wird das Trennstück 1 im Ausmaß von 84 m² aus dem Gst. 577/19 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75441 St. Martin, gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieses Trennstückes wird die Widmung als Öffentliches Gut aufgehoben.
4. Die Einnahme aus dem Grundverkauf wird der VAST. 6.6120.001000 gutgeschrieben.

Pkt. 89.) Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Anna-Neumann-Weg; Wolfgang Spitaler, Elfriede Obersteiner

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 21.11.2011, Zl.: 612/1 – 1762.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes verkauft und übergibt und Herr Wolfgang Spitaler, geb. 20.3.1974, bzw. Frau Elfriede Obersteiner, geb. 15.1.1974, beide wohnhaft Anna-Neumann-Weg 6, 9500 Villach, als gemeinsame Käufer kaufen und übernehmen aus der Liegenschaft EZ 1543, Grundbuch 75455 Völkendorf, das auf Grund der Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 21.11.2011, Zl.: 1307-11, durch Teilung des Gst. 523/3 SB (Straßenanlage) gebildete Trennstück 1 im Ausmaß von 9 m², das mit dem Gst. 523/6 Bfl. (begr.) der Liegenschaft EZ 2027, Grundbuch 75455 Völkendorf, zu vereinigen sein wird, nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Der Kaufpreis beträgt EUR 140,00 je m², insgesamt daher EUR 1.260,00, und ist binnen 30 Tagen nach Genehmigung der Grundtransaktion in den Kollegialorganen der Stadt Villach und nach vorheriger Rechnungslegung durch die Stadt Villach von den Käufern an die Stadt Villach zur Einzahlung zu bringen.
3. Unter Bezug auf die in Pkt. 1 genannte Vermessungsurkunde wird das Trennstück 1 im Ausmaß von 9 m² aus dem Gst. 523/3 SB (Straßenanlage), Grundbuch 75455 Völkendorf, gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieses Trennstückes wird die Widmung als Öffentliches Gut aufgehoben.
4. Die Einnahme aus dem Grundverkauf wird der VASSt. 6.6120.001000 gutgeschrieben.

Pkt. 90.) Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 740/5 (teilweise),
KG Drobollach; Mag. Christof Mörtl

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
16.11.2011, Zl.: 10/21/10 RaK/Do.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Verordnung

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der
Flächenwidmungsplan für das Grundstück 740/5 (teilweise), KG Drobollach,
geändert wird.**

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 -
K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach
Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für das Grundstück 740/5, KG Drobollach.
2. Das Grundstück hat ein Gesamtausmaß von 1.490 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

Das Grundstück 740/5 (teilweise), KG Drobollach, wird im Ausmaß von 839 m²
von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT
BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND - KURGEBIET“ gem. § 3 Abs. 6
K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan
mit der Zahl 10/21/10 vom 27.10.2010 im Maßstab 1:2000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am
..... in Kraft.

Pkt. 91.) Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 240/3 (teilweise),
KG Maria Gail; Mag. (FH) Dipl.-Ing. Thomas und Jordana Lydia Blaich

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
16.11.2011, Zl.: 10/10/10 RaK/Do.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Verordnung

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der
Flächenwidmungsplan für das Grundstück 240/3 (teilweise), KG Maria Gail,
geändert wird.**

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 -
K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach
Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für das Grundstück 240/3, KG Maria Gail.
2. Das Grundstück hat ein Gesamtausmaß von 4.015 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

Das Grundstück 240/3 (teilweise), KG Maria Gail, wird im Ausmaß von 1.438 m²
von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT
BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND - WOHNGEBIET“ gem. § 3 Abs.
5
K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan
mit der Zahl 10/10/10 vom 19.11.2010 im Maßstab 1:2000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am
..... in Kraft.

Pkt. 92.) Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstücke 1118/7 und 1118/8, KG Seebach, und 1097/5 und 1097/6, KG Villach; Hans Kreuter, Alois Hechl-Kreuter, Ursula Kreuter, Treibacher Schleifmittel GmbH

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom 16.11.2011, Zl.: 10/24/10 RaK/Do.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der Flächenwidmungsplan für die Grundstücke 1118/7 und 1118/8, KG Seebach, und 1097/5 und 1097/6, KG Villach, geändert wird.

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 - K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für die Grundstücke 1118/7 und 1118/8, KG Seebach, und 1097/5 und 1097/6, KG Villach.
2. Die Grundstücke haben ein Gesamtausmaß von 434 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

1. Das Grundstück 1118/7, KG Seebach, wird im Ausmaß von 133 m² von derzeit „VERKEHRSFLÄCHE – ALLGEMEINE VERKEHRSFLÄCHE“ in „GRÜNLAND – SCHUTZSTREIFEN ALS IMMISSIONSSCHUTZ“ gem. § 5 Abs. 2 lit. I K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan mit der Zahl 10/24/10 vom 9.11.2010 im Maßstab 1:2000.

2. Das Grundstück 1118/8, KG Seebach, wird im Ausmaß von 18 m² von derzeit „VERKEHRSFLÄCHE – ALLGEMEINE VERKEHRSFLÄCHE“ in „GRÜNLAND - GARAGE“ gem. § 5 Abs. 2 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan mit der Zahl 10/45/10 vom 9.11.2010 im Maßstab 1:2000.

3. Die Grundstücke 1097/5 und 1097/6, KG Villach, werden im Ausmaß von 283 m² von derzeit „VERKEHRSFLÄCHE – ALLGEMEINE VERKEHRSFLÄCHE“ in „GRÜNLAND - GARAGE“ gem. § 5 Abs. 2 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan mit der Zahl 10/46/10 vom 9.11.2010 im Maßstab 1:2000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Pkt. 93.) Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 482/32 (teilweise),
KG Judendorf, Dr. Georg Lukeschitsch (Zl.: 10/32/10)

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
16.11.2011, Zl.: 10/32/10 RaK/Do.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Wir haben heute sehr lange über ein Grundstück in Federaun beziehungsweise in der Schütt diskutiert. Bei dem vorliegenden Tagesordnungspunkt geht es um ein Grundstück in Warmbad. Ich erwarte mir darüber zumindest eine so heftige Diskussion oder eine Stellungnahme von allen Fraktionen, denn das Haus von Herrn Primarius Dr. Lukeschitsch steht mitten im „Heilquellschongebiet“ und „Archäologischen Fundgebiet“. Herr Primarius Dr. Lukeschitsch wohnt bereits dort und will von seinen 10.000 Quadratmetern eine „kleine“ Arrondierung in der Größe von 5.615 Quadratmetern für seinen Garten vornehmen lassen. Man darf allerdings in diesem Gebiet nicht mehr als zwei Meter in die Erde bohren, da es sich dabei um das Quellschutzgebiet für die Heilquellen handelt. Das ist im Amtsvortrag extra angeführt. Herr Primarius Dr. Lukeschitsch wird hoffentlich, wenn er dort einen Garten anlegt, nicht so tief graben. Ob allerdings die Bäume, die er dort pflanzen will, oder jene, die er fällen wird, die Quelle schädigen könnten, ist fraglich. Es geht dabei um eine Punktnutzung, was bedeutet, dass dort nur eine Familie wohnt. Wenn Sie sich die geplante Änderung der Flächenwidmung angesehen haben, frage ich Sie, ob Ihnen das nicht zu denken gegeben hat. Diskutiert bei diesem Tagesordnungspunkt niemand mit? Herr Primarius Dr. Lukeschitsch benötigt 5.000 Quadratmeter für einen Garten. Ich kann mir schon vorstellen, dass hier alle zustimmen werden.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Das war jetzt eine nicht ganz feine und an Bösartigkeit grenzende Verwechslung zwischen Äpfeln und Birnen. Wir sprechen hier nicht über ein Landschaftsschutzgebiet. Man muss sich natürlich bei den verschiedenen Widmungen ein wenig auskennen, wenn man mitreden möchte. Im Landschaftsschutzgebiet gibt es gewisse Auflagen. In einem Quellschutzgebiet gibt es auch gewisse Auflagen, doch solange die Quelle nicht beeinträchtigt ist, gibt es keinen Grund, dort keine Bautätigkeiten vorzunehmen. Es werden hier Äpfel mit Birnen verglichen. Alle fachlichen Kriterien schließen diese Widmung nicht aus. Das ist keine politische, sondern eine fachliche Einschätzung. Der angesprochene Bereich ist im Örtlichen Entwicklungskonzept der Stadt, worüber ich heute schon gesprochen habe, als „punktuelle Nutzung“ für Siedlungsfunktionen gedacht.

Entscheidend ist Folgendes: Die geplante Umwidmung wurde den öffentlichen Umweltstellen, wie der Stelle Fachlicher Naturschutz und der Umweltschutzabteilung, zur „Umwelterheblichkeitsprüfung“ mit dem Ersuchen um Abgabe einer Stellungnahme übermittelt. Diese Umweltstellen sind der Prüfung der vorgesehenen Umwidmung zu dem Ergebnis gekommen, dass keine erheblichen

Umweltauswirkungen zu erwarten und daher keine weiteren Prüfschritte nach dem Kärntner Umweltplanungsgesetz erforderlich sind. Dadurch sind Ihre Argumente, Frau Gemeinderätin Zimmermann, hinfällig. Sie würden das auch wissen, wenn Sie den Amtsvortrag genau gelesen hätten. Ich denke, dass die Fachleute wissen, was sie schreiben. Im Gegensatz dazu haben die Experten zu der von Ihnen angesprochenen Widmung eindeutig Nein gesagt. Wenn man den Amtsvortrag genau liest, kann man daraus erkennen, dass nichts gegen die geplante Widmung spricht.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der Flächenwidmungsplan für das Grundstück 482/32 (teilweise), KG Judendorf, geändert wird.

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 - K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für das Grundstück 482/32, KG Judendorf.
2. Das Grundstück hat ein Gesamtausmaß von 10.025 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

Das Grundstück 482/32 (teilweise), KG Judendorf, wird im Ausmaß von 1.186 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND - KURGEBIET“ gem. § 3 Abs. 6 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan mit der Zahl 10/32/10 vom 12.11.2010 im Maßstab 1:2000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Pkt. 94.) Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 482/32 (teilweise),
KG Judendorf; Dr. Georg Lukeschitsch (Zl.: 10/33/10)

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
16.11.2011, Zl.: 10/33/10 RaK/Do.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Dieser Amtsvortrag betrifft ein Grundstück, das direkt an das im vorhergehenden
Tagesordnungspunkt besprochene Grundstück anschließt. Wir sollen diese
Fläche nun in „Bauland-Kurgebiet“ umwidmen. Dort darf dann gebaut werden. Es
handelt sich dabei nur um eine Fläche von 1.186 Quadratmeter. Die Mitarbeiter
des Landes, die das befürworteten, schreiben ausdrücklich Folgendes dazu: Eine
weitere „Herausteilung“ beziehungsweise zusätzliche Parzellierung stünde im
Widerspruch zum Örtlichen Entwicklungskonzept. Das heißt für uns, dass es sich
dabei nun um die letzte Widmung und Parzellierung in diesem Bereich handeln
sollte, die wir genehmigen. Dann sollte in diesem Gebiet damit Schluss sein.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Verordnung

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der
Flächenwidmungsplan für das Grundstück 482/32 (teilweise), KG Judendorf,
geändert wird.**

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 -
K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach
Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für das Grundstück 482/32, KG Judendorf.
2. Das Grundstück hat ein Gesamtausmaß von 10.025 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

Das Grundstück 482/32 (teilweise), KG Judendorf, wird im Ausmaß von 5.615 m²
von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT
BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „GRÜNLAND - GARTEN“ gem. § 5 Abs. 2
K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan mit der Zahl 10/33/10 vom 12.11.2010 im Maßstab 1:2000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Pkt. 95.) Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstück 520 (teilweise),
KG Pogöriach; DI (FH) Andreas Santner

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
16.11.2011, Zl.: 10/43/10 RaK/Do.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Verordnung

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der
Flächenwidmungsplan für das Grundstück 520 (teilweise), KG Pogöriach,
geändert wird.**

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 -
K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach
Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für das Grundstück 520, KG Pogöriach.
2. Das Grundstück hat ein Gesamtausmaß von 1.283 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

Das Grundstück 520 (teilweise), KG Pogöriach, wird im Ausmaß von 172 m² von
derzeit „GRÜNLAND - ERHOLUNGSFLÄCHE“ in „BAULAND - WOHNGBIET“
gem. § 3 Abs. 5 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan
mit der Zahl 10/43/10 vom 18.11.2010 im Maßstab 1:2000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am
..... in Kraft.

Pkt. 96.) Erstellung eines Teilbebauungsplanes Obere Fellach – Bereich Hafnerstraße; Zl.: 20/06/01A

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom 28.6.2011, Zl.: 20/06/01A Ri/Morg/Do.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der ein Bebauungsplan für das Straßengeviert Hafnerstraße – Tiroler Straße und Bleiberger Straße („Obere Fellach – Bereich Hafnerstraße“), erlassen wird.

Gemäß den Bestimmungen der §§ 24, 25 und 26 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 - K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird verordnet:

I. ALLGEMEINES

§ 1

Planungsgebiet

1. Diese Verordnung gilt für das Straßengeviert Hafnerstraße – Tiroler Straße und Bleiberger Straße und betrifft die Grundstücke 630, 643, 645, 646/1, 646/2, 648, 649/1, 649/2, 650, 651/1, 651/2, 651/3, 651/4, 651/6, 651/7, 651/10, 655, 1439/2 tlw., 1448/1 tlw. und 1728, alle in der KG St. Martin.
2. Das Planungsgebiet hat ein Ausmaß von ca. 53.700 m².

II. BEBAUUNG

§ 2

Geltungsbereich

Die zukünftige Bebauung und Straßenführung im Planungsgebiet (§ 1) darf nur nach Maßgabe des einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden Bebauungsplanes „Obere Fellach – Bereich Hafnerstraße“, Zl.: 20-06-01A, vom 27.6.2011, Plan-Nr. 0601A (Maßstab 1:1000), erfolgen.

§ 3**Baulinien**

1. „Baulinien“ sind jene Grenzlinien auf einem Baugrundstück, innerhalb welcher Gebäude und bauliche Anlagen errichtet werden dürfen.
2. Die Baulinien sind in den zeichnerischen Darstellungen festgelegt und gelten nur für oberirdische Bauteile.
3. Von der Einhaltung der Baulinie nicht berührt sind die baulichen Anlagen im Rahmen der Freiflächengestaltung (Böschungsbefestigungen, Einfriedungen, Rampen, Stiegen zur Höhenüberwindung, Stützmauern usw.) sowie untergeordnete Baulichkeiten oder Bauteile (wie z. B. Werbepylone, Trafos, Überdachung Parkplätze und Hauszugänge, Vordächer usw.).
4. Außerhalb der Baulinie ist die Errichtung von untergeordneten Baulichkeiten (wie z. B. Einhausungen und Überdachungen von Müllsammelplätzen, Einhausungen und Überdachungen von Fahrradabstellplätzen, Überdachungen von Tiefgaragenein- und ausfahrten, Gartengerätehäuser usw.) in eingeschossiger Bauweise möglich.
5. Darüber hinaus von der Einhaltung der Baulinie nicht berührt sind sicherheits- oder brandschutztechnische Maßnahmen, welche in Verbindung mit einem Bestandsbau ausgeführt werden, um den Anforderungen der Sicherheit und des Brandschutzes nach den neuesten Erkenntnissen der technischen Wissenschaften zu entsprechen.

§ 4**Bauliche Ausnutzung**

Die maximale bauliche Ausnutzung (GFZ) für das Planungsgebiet ist in der zeichnerischen Darstellung (§2) festgelegt.

§ 5**Geschoßanzahl oder maximale Gebäudehöhen**

Die maximale Höhe der Gebäude wird mit der maximalen Geschossanzahl bestimmt und ist der zeichnerischen Darstellung zu entnehmen. Dieser Wert kann für betriebsspezifisch erforderliche Anlagen (wie z.B. Klimageräte, Belichtungselemente, Liftüberfahrten, Rauchabzugsanlagen u. ä.) im technisch erforderlichen Ausmaß erhöht werden.

§ 6**Ausmaß von Verkehrsflächen**

Das Ausmaß und der Verlauf der Verkehrsflächen ist der zeichnerischen Darstellung zu entnehmen.

§ 7

Anwendung des Textlichen Bebauungsplanes

Sofern in den §§ 3 bis 6 bzw. in der graphischen Darstellung (§ 2) nichts anderes vorgesehen ist, gelten für dieses Planungsgebiet die Festlegungen des Textlichen Bebauungsplanes 2007 der Stadt Villach (Verordnung des Gemeinderates vom 23.5.2007, Zl.: 20/90/07).

§ 8

Inkrafttreten

1. Diese Verordnung tritt gemäß § 16 Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes 1998 - K-VStR 1998, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.F. LGBl. Nr. 12/2004, in Verbindung mit § 26 Abs. 5 K-GplG 1995 nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie an der Amtstafel des Rathauses angeschlagen worden ist.
2. Gleichzeitig tritt der graphische Teilbebauungsplan mit der Zahl 20-610/2-186 Hu/Mi und dem Beschluss des Gemeinderates der Stadt Villach vom 26.1.1994 außer Kraft.

Pkt. 97.) Erstellung eines Teilbebauungsplanes „Bürohaus am Burgplatz“,
Gst. Nr. 51 und .12/2, KG Villach; Zl.: 20/16/05

Vizebürgermeister Pfeiler

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
28.10.2011, Zl.: 20/16/05 Ri/Do.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Ich möchte nur daran erinnern, dass in diesem Amtsvortrag festgehalten wird,
dass der Architekturbeirat uns dort von einem zu hohen Gebäude abrät. In
irgendeinem anderen Amtsvortrag hat es geheißen, dass wir uns an die Vorgaben
unserer Berater halten sollen. Ich kann mir das geplante Projekt am Burgplatz
noch nicht vorstellen. Der Architekturbeirat als Expertengremium sagt, dass
dieses Gebäude nicht empfehlenswert ist, da es nicht zur Flucht des Gässchen
passt, das vom Kaiser-Josef-Platz an der Musikschule vorbei zum Burgplatz führt.
Außerdem besteht die Gefahr, dass das Ensemble am Burgplatz, nämlich die
Burg, nicht mehr gut zur Geltung kommt. Der Architekturbeirat hat geschrieben:
Es reicht eigentlich das hässliche Hochhaus auf der Markthalle.

Frau Gemeinderätin Zimmermann auf einen Zuruf:

Ich habe nur gesagt, was der Architekturbeirat uns rät. Natürlich müssen wir uns
nicht daran halten. Trotzdem sollten wir bei der Abstimmung daran denken, was
der Architekturbeirat rät, nämlich dass wir das geplante Gebäude nicht bauen
lassen sollen. Wir von den Grünen werden uns auf den Architekturbeirat berufen.
Sie müssen selbst entscheiden, wie Sie abstimmen werden.

Gemeinderat Dr. Lausegger:

Ich halte das alte Haus des Dachdeckers Nais für erhaltenswürdig. Er hat
vergeblich versucht, dieses zu einem gar nicht hohen Preis zu verkaufen. Ich
habe das Haus besichtigt. Es wäre erhaltenswert, wenn nicht das hässliche
Hochhaus davor stehen würde. Es wäre sicherlich auch so erhaltenswürdig wie
die Dependance des Hotels Mosser. Ich hoffe sehr, dass dieses auch erhalten
werden wird. Ich und somit meine Fraktion sind dagegen, dort ein weiteres
hässliches Hochhaus zu errichten.

Bürgermeister Manzenreiter:

Es gibt einen Wechsel. Anzugeloben ist Frau Carmen Strauss.

Gemeinderat Günther Albel verlässt die Sitzung, Frau Carmen Strauss nimmt an
seiner Stelle an der Sitzung teil.

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart spricht die Gelöbnisformel vor.

Frau Gemeinderätin **Carmen Strauss** leistet als neues Mitglied des Gemeinderates das Gelöbnis gemäß § 21 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Es gibt bei der Beurteilung derartiger Dinge natürlich mehrere Interessen zu berücksichtigen. Wir haben hier das übergeordnete Interesse, dass wir uns im urbanen Gebiet befinden. Es ist als urbanes Kerngebiet mit zentralörtlichen Funktionen ausgewiesen. Das heißt, dass dort auch Firmen anzusiedeln sind. Es wird immer wieder gesagt, dass mit der Errichtung von Einkaufszentren am Stadtrand Firmen aus der Altstadt abgezogen werden. Das ist das eine Interesse. Das zweite Interesse ist ästhetischer Art. Ob man alle Anforderungen, die man an die Ästhetik stellt, berücksichtigen kann, ist die Frage. Der Architekturbeirat stellt in Villach ein beratendes Gremium dar, mit welchem wir zu 99 Prozent einer Meinung sind. In dieser Frage waren die Mitarbeiter der Stadtplanung des Hauses, die auch Fachleute sind, der Meinung, dass wir durchaus geringfügig von der Empfehlung des Architekturbeirates abweichen können. Ich kann mich dieser Fachmeinung anschließen. Hier geht es auch um wirtschaftliche Interessen der Altstadt, nämlich dass in diesem Bereich etwas passiert. In diesem Sinne ersuche ich antragsgemäß abzustimmen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion,
gegen den Antrag: 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion):**

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der ein Teilbebauungsplan für die Grundstücke 51 und .12/2, KG Villach („Bürohaus am Burgplatz“), erlassen wird.

Gemäß den Bestimmungen der §§ 24, 25 und 26 des Kärntner Gemeindeplanungsgesetzes 1995 - K-GplG 1995, LGBl. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird verordnet:

I. ALLGEMEINES

§ 1

Planungsgebiet

1. Diese Verordnung gilt für die Grundstücke 51 und .12/2 KG Villach.

2. Das Planungsgebiet hat insgesamt ein Ausmaß von 350 m².

II. BEBAUUNG

§ 2

Geltungsbereich

Die Bebauung im Planungsgebiet (§ 1) darf nur nach Maßgabe des einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden Bebauungsplanes „Bürohaus am Burgplatz“ vom 26.8.2011, Zl.: 20-16-05, Plan-Nr. 1605-1 (Maßstab 1:250), erfolgen.

§ 3

Baulinien

1. „Baulinien“ sind jene Grenzlinien auf einem Baugrundstück, innerhalb welcher Gebäude und bauliche Anlagen errichtet werden dürfen.
2. Die Baulinien sind in den zeichnerischen Darstellungen festgelegt und gelten nur für oberirdische Bauteile.
3. Von der Einhaltung der Baulinie nicht berührt sind die baulichen Anlagen im Rahmen der Freiflächengestaltung (Böschungsbefestigungen, Einfriedungen, Rampen, Stiegen zur Höhenüberwindung, Stützmauern usw.) sowie untergeordnete Baulichkeiten oder Bauteile (wie z.B. Werbepylone, Trafos, Überdachung Parkplätze und Hauszugänge, Vordächer, Balkone usw.).
4. Außerhalb der Baulinie ist die Errichtung von untergeordneten Baulichkeiten (wie z.B. Einhausungen und Überdachungen für Müllsammelplätze, Einhausungen und Überdachungen für Fahrradabstellplätze, Gartengerätehäuser usw.) in eingeschossiger Bauweise möglich.
5. Darüber hinaus von der Einhaltung der Baulinie nicht berührt sind sicherheits- oder brandschutztechnische Maßnahmen, welche in Verbindung mit einem Bestandsbau ausgeführt werden, um den Anforderungen der Sicherheit und des Brandschutzes nach den neuesten Erkenntnissen der technischen Wissenschaften zu entsprechen.

§ 4

Bauliche Ausnutzung

Die maximale bauliche Ausnutzung (GFZ) für das Planungsgebiet ergibt sich aus den planlich (§ 2) festgelegten Baulinien und der maximalen Gebäudehöhe sowie den im § 3 Abs. 3 bis 5 des Verordnungstextes festgelegten Ausnahmen.

§ 5

Maximale Bauhöhe

1. Die Festlegung der absoluten Höhe ist in der zeichnerischen Darstellung (§ 2) ersichtlich.
2. Die maximale Höhe der Gebäude wird mit der maximalen Attikaoberkante über dem festgelegten Bezugspunkt bestimmt und ist der zeichnerischen Darstellung zu entnehmen. Dieser Wert kann für betriebsspezifisch erforderliche Anlagen (wie z.B. Klimageräte, Belichtungselemente, Liftüberfahren, Geländerkonstruktionen, Rauchabzugsanlagen, Kollektoren u. ä.) im technisch notwendigen Ausmaß erhöht werden.

§ 6

Anwendung des Textlichen Bebauungsplanes

Sofern in den §§ 3 bis 5 bzw. in der graphischen Darstellung (§ 2) nichts anderes vorgesehen ist, gelten für dieses Planungsgebiet die Festlegungen des Textlichen Bebauungsplanes 2007 der Stadt Villach (Verordnung des Gemeinderates vom 23.05.2007, Zl.: 20/90/07).

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 16 Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes 1998 – K-VStR 1998, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.F. LGBl. Nr. 12/2004, in Verbindung mit § 26 Abs. 5 K-GplG 1995 nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie an der Amtstafel des Rathauses angeschlagen worden ist.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Helmut Manzenreiter verlässt die Sitzung, Vizebürgermeister Richard Pfeiler nimmt an seiner Stelle an der Sitzung teil. Gemeinderat Harald Sobe nimmt an Stelle von Vizebürgermeister Richard Pfeiler an der Sitzung teil. Frau Gemeinderätin Ecaterina Esterl nimmt an Stelle von Gemeinderat Harald Sobe an der Sitzung teil.

Pkt. 98.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Erholung für japanische Familien in Villach

Frau Stadträtin Mag.^a Sandriesser

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 4.4.2011 wie folgt:

Der Antrag lautet wie folgt: Im Jahr 2011 sollen analog den Kosten des laufenden Projektes „Erholung für Kinder aus Tschernobyl“ japanische Familien zur Erholung nach Villach eingeladen werden. Ich empfehle die Ablehnung dieses Antrages der FPK-Fraktion aus folgendem Grund: Die Kosten würden massiv überschritten werden, da erstens die Familien von Japan nach Österreich eingeflogen werden müssten. Zweitens muss ich sagen, dass Villach, was die Aktion für Kinder aus Tschernobyl betrifft, nicht einladende Stadt ist, sondern Privatpersonen, die in Kooperation mit NGO's arbeiten, lediglich subventioniert. Aus diesen Gründen empfehle ich die Ablehnung dieses Antrages. Der Antrag ist im Sozialausschuss mit den Stimmen der FPK-Fraktion in der Minderheit geblieben ist. Ebenso war dies im Stadtsenat der Fall.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“),

der Gemeinderat möge folgenden Antrag **ablehnen**:

Im Jahr 2011 sollen analog den Kosten des laufenden Projektes „Erholung für Kinder aus Tschernobyl“ japanische Familien zur Erholung nach Villach eingeladen werden.

Frau Stadträtin Mag.^a Sandriesser

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Kindergärten und Schulen vom 12.7.2011, Zl.: 2052-07.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

dem Förderungsbetrag des Amtes der Kärntner Landesregierung in der Höhe von brutto € 197.000,00 zuzustimmen und die beigelegte Pauschalierungsvereinbarung zu unterzeichnen.

Pkt. 100.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Lückenschluss des Radweges von der Tirolerstraße über die Tirolerbrücke zum Hans-Gasser-Platz

Stadtrat Mag. Weidinger

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 4.4.2011 wie folgt:

Die fachliche Empfehlung, der ich mich anschließe, lautet, diesem Antrag, auch wenn er inhaltlich sehr gut ist, die Zustimmung nicht zu geben. Im Jahr 2012 soll eine entsprechende Planung erfolgen. Daher hat die Stadtplanung darum gebeten, sich diesbezüglich alle Varianten offen halten zu können. Natürlich favorisiere ich persönlich die Radwegvariante, aber die Stadtplanung soll sich alle Varianten ansehen und durchdiskutieren. Wenn das Projekt am Tisch liegt, muss ohnehin eine gesonderte Beschlussfassung erfolgen. In den vorberatenden Gremien war die Abstimmung negativ. Aus dem von mir genannten Grund ersuche ich, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Die Stadt Villach schafft einen Lückenschluss des Radweges von der Tirolerstraße über die Tirolerbrücke ins Zentrum.

Pkt. 101.) Harley Davidson – Jubiläumsveranstaltung 2013; „European Bike Week“ Herbst 2014 bis 2018

Stadtrat Mag. Weidinger

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tourismus vom 23.11.2011, Zl.: FW-286/2011/Mag.B., wie folgt:

Es handelt sich hierbei um einen wirklich wichtigen, großartigen Schritt, der auch in den vorberatenden Gremien einstimmig angenommen wurde. Die Harley-Davidson-Veranstaltung ist in aller Munde und muss nicht großartig erklärt werden. Ein Faktum sei noch gesagt: Die Herbst-Veranstaltung schafft jedes Jahr eine Wertschöpfung von über zehn Millionen Euro. Die Gästebetten werden gefüllt. Ein positives Image wird außerdem weit über die Grenzen von Villach, Kärnten und auch Österreich hinaus getragen. Mit dem Beschluss dieses Amtsvortrages gibt es eine fünfjährige Verlängerung des Herbsttermins und eine einmalige Durchführung des Frühjahrstermins. Für das 110-jährige Jubiläum, das Harley Davidson im Frühjahr 2013 feiert, ist auf jedem Kontinent eine Großveranstaltung für Händler geplant. Wir dürfen uns glücklich schätzen, dass für Europa Villach und der Faaker See ausgewählt wurden. Ich bitte um die Zustimmung und die Übernahme der vorberatenden Gremien.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Für die Unterstützung und Abwicklung der zusätzlichen Harley Davidson Jubiläumsveranstaltung im Frühjahr 2013 wird der VI-FA-OS Tourismus GmbH, Töbringer Straße 1, 9523 Villach-Landskron, seitens der Stadt Villach gemäß den Darstellungen im Amtsvortrag eine Gebarungsabgangsdeckung in Höhe von EUR 37.500,00 gewährt. Den Nachweis über die Mittelverwendung stellt der Jahresabschluss der VI-FA-OS Tourismus GmbH dar.“
2. „Für die Unterstützung und Abwicklung der Harley Davidson „European Bike Week“ (Septemberversammlung) für die Jahre 2014 bis einschließlich 2018 wird der VI-FA-OS Tourismus GmbH, Töbringer Straße 1, 9523 Villach-Landskron, seitens der Stadt Villach gemäß den Darstellungen im Amtsvortrag jährlich eine Gebarungsabgangsdeckung in Höhe von EUR 42.000,00 gewährt. Den Nachweis über die Mittelverwendung stellt der Jahresabschluss der VI-FA-OS Tourismus GmbH dar.“
3. „Die entsprechenden Vorbelastungen der Budgets der Stadt Villach für das Jahr 2013 mit EUR 37.500,00 und für die Jahre 2014 bis 2018 mit jeweils EUR 42.000,00 werden genehmigt.“

4. „Dem Vorschlag der Kostenaufteilung zwischen Tourismus- und Wirtschaftsreferat zu je 50% wird die Zustimmung erteilt.“
5. Die zustimmende Beschlussfassung der Stadt Villach ist an die Bedingung geknüpft, dass vom Landesgesetzgeber bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Neuregelung der Organisation und Finanzierung des Tourismus in Kärnten (K-TG) tatsächlich die vorgeschlagene Regelung aufgenommen wird, dass *„Tourismusverbände verpflichtet sind – sofern dies rechtlich möglich ist – in bestehende Vereinbarungen der Gemeinden über Großveranstaltungen einzutreten.“*
6. In dem abzuschließenden Vertrag mit Harley Davidson Europe Ltd. soll berücksichtigt werden, dass die Harley Davidson Europe Ltd. einem möglichen Übergang der vertraglichen Verpflichtungen auf einen Tourismusverband bereits vorab die Zustimmung erteilt.

Pkt. 102.) Straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich

Stadtrat Mag. Weidinger

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 1 –
Behördenverwaltung (Straßenrecht) vom 16.11.2011, Zl.: 1/Str-Allg-110/2011.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Nach erfolgter Befassung des Stadtpolizeikommandos Villach und der Abteilungen
Stadt- und Verkehrsplanung und Tiefbau wurden folgende straßenpolizeiliche
Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich erlassen:

Verordnung im eigenen Wirkungsbereich:

1/Str-V-201/2011	Oswaldibergstraße – 20 km/h Geschwindigkeitsbe- schränkung – Fahrverbot, ausgenommen Anrainer- verkehr
------------------	--

Pkt. 103.) Vorübergehende straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich

Stadtrat Mag. Weidinger

bringt die Berichte der Geschäftsgruppe 1 - Behördenverwaltung (Straßenrecht) vom 24.8.2011, Zl.: 1/Str-Allg-86/2011, und vom 21.9.2011, Zl.: 1/Str-Allg-96/2011, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den nachstehenden Bericht zur Kenntnis nehmen:

Nach erfolgter Befassung des Stadtpolizeikommandos Villach und der Abteilungen Stadt- und Verkehrsplanung und Tiefbau wurden folgende vorübergehende straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich erlassen:

Vorübergehende Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich:

1/Str-V-116/2011	Oswaldibergstraße – 30-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung
1/Str-V-131/2001	Villacher Alpenstraße – vorübergehende Verkehrsbehinderungen wegen Sportveranstaltung

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den nachstehenden Bericht zur Kenntnis nehmen:

Nach erfolgter Befassung des Stadtpolizeikommandos Villach und der Abteilungen Stadt- und Verkehrsplanung und Tiefbau wurden folgende vorübergehende straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich erlassen:

Vorübergehende Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich:

1/Str-V-141/2011	European Bike Week – vorübergehende Verkehrsbeschränkungen
1/Str-V-143/2011	L49 – Ruderregatta – vorübergehende Verkehrsbehinderungen
1/Str-V-151/2011	Goritschacher Weg – vorübergehende Verkehrsbehinderungen

Pkt. 104.) ORF-Film „Erlebnis Österreich – Naturpark Dobratsch“

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 3.10.2011, Zl.: G3W256/11/SD, wie folgt:

Das Projekt Naturpark Dobratsch ist weit über die Grenzen der Stadt Villach sowie Kärntens und Österreichs anerkannt. In der ORF-Sendung „Erlebnis Österreich“ wird der Naturpark einen Filmbeitrag bekommen. Es geht in dem vorliegenden Antrag um die Vorgenehmigung von 18.090,00 Euro, die eine Vorbelastung des Budgets 2012 bedeuten.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Dem Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Österreichischen Rundfunk, Landesstudio Kärnten, Sponheimer Straße 13, 9020 Klagenfurt (ORF), und der Stadt Villach über die Produktion einer Sendung „Erlebnis Österreich – Naturpark Dobratsch“ wird die Zustimmung erteilt.“
2. „Der Vorbelastung des Budgets 2012 in Höhe von EUR 18.090,00 für den Kostenbeitrag zur Erstellung der Sendung „Erlebnis Österreich – Naturpark Dobratsch“ wird die Zustimmung erteilt.“

Pkt. 105.) WVA Villach BA 22 HB Oberwollanig; Genehmigung eines Fondsdarlehens

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger

berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Wasserwerks vom 20.7.2011, Zl.: TW 7.2.3.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

dass das Fondsdarlehen des Kärntner Wasserwirtschaftsfonds, Zl.: K-WWF-103/24/2011, vom 27.6.2011 zur Förderung der WVA Villach BA 22 in der vorläufigen Höhe von € 39.600,00 angenommen wird.

Pkt. 106.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Eislaufen am Rathausplatz mit synthetischen Eisoberflächen

Stadtrat Mag. Dr. Zauchner

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2011 wie folgt:

Ich empfehle, diesen Antrag abzulehnen. Grund der Ablehnung sind mangelnde bis fast nicht vorhandene Testergebnisse. Diese Eislaufanlage entspricht nicht der Ö-Norm. Außerdem gibt es eine ablehnende Haltung des dafür zuständigen ÖISS, das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau. Meine persönliche Meinung dazu lautet: Mir ist es lieber, wenn es am Rathausplatz Eis anstelle von Kunststoff gibt. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion),**

folgenden Antrag **abzulehnen**:

Die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die zuständige Abteilung der Stadt Villach das im Antrag beschriebene Produkt für einen etwaigen Einsatz untersucht und die Kosten für die Gestaltung der Eisoberfläche am Rathausplatz eruiert, um einen Vergleich mit dem derzeitigen Kostenaufwand zu ermöglichen.

Stadtrat Mag. Dr. Zauchner

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 18.8.2011, Zl.: 196/11, wie folgt:

Die CTR AG am Standort Villach ist Kärntens größtes Forschungsinstitut. Die Beschlüsse, diese Förderung zu gewähren, sind bisher einstimmig erfolgt. Ich darf dazu noch anmerken, dass sich das Land an der Förderung beteiligt. Ich nenne dazu eine Vergleichszahl. Villach fördert die CTR AG mit 290.000,00 Euro, das Land mit 870.000,00 Euro. Das ist durchaus ein ansehnlicher Beitrag. Es besteht auch die Zusage des Landes, dass die CTR AG in Villach bleibt. Ich ersuche um Abstimmung.

Frau Gemeinderätin Zimmermann:

Ich habe etwas vermisst. In der Antragsformel steht nur, mit welchem Betrag die Stadt Villach das CTR AG finanziert. Im Text des Amtsvortrages hingegen ist angeführt, dass es die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt nur unter der Bedingung gibt, dass auch das Land Kärnten die CTR AG finanziell unterstützt. Ich hätte gerne, dass mir Herr Magistratsdirektor sagt, dass ich mir keine Sorgen darüber machen muss, dass diese im Amtsvortrag angeführte Vereinbarung nicht zum Tragen kommt.

Frau Gemeinderätin Zimmermann auf einen Zuruf:

Es stimmt, dass in der Antragsformel „maximal 290.692,00 Euro“ steht.

Trotzdem bin ich dafür, dass in der Antragsformel extra angeführt werden soll, dass wir unsere finanzielle Unterstützung davon abhängig machen, dass auch das Land seinen finanziellen Beitrag leistet. Wenn Sie jedoch der Meinung sind, dass das nicht notwendig ist, dann belassen wir den Text in der Antragsformel wie gehabt

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

„Dem Forschungszentrum CTR AG wird eine projektunabhängige Basisfinanzierung für die Jahre 2012 bis 2015 in der Höhe von maximal EUR 290.692,00 jährlich gewährt, und die damit in Verbindung stehende Vorbelastung der Budgets für die Jahre 2012 bis 2015 wird genehmigt.“

Vizebürgermeister Pfeiler:

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 108. Schriftliche - Anträge und Anträge gemäß § 43 Villacher Stadtrecht.

Es liegen ein Antrag der SPÖ-Gemeinderäte, fünf Anträge der ÖVP-Gemeinderäte und fünf Anträge der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vor.

Der Antrag der SPÖ-Gemeinderäte betrifft:

- Villachs Dörfer

Die Anträge der ÖVP-Gemeinderäte betreffen:

- Mehr Sicherheit für Villach durch den fortgeführten Einsatz einer Sicherheitsstreife für die Villacher Innenstadt
- Kostenloser, kabelloser Internetzugang auf öffentlichen Plätzen – WLAN
- Forderung einer Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drauriviera
- Sonderförderungen zur Belebung leer stehender Geschäfte in der Villacher Innenstadt
- Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt

Die Anträge der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffen:

- Abschließbare Fahrradboxen im Bahnhofsbereich
- Schaffung einer Startförderung für Neuimker und eine Überwinterungsprämie von 7 Euro pro Bienenvolk für alle Villacher Bienenzüchter
- Erhalt des Wanderweges am Fuße des Dobratsches und weiterführend Ausbau zu einer Mountainbikestrecke in Verbindung eines Geotrail
- Errichtung eines Müll-Lehrpfades im Landschaftschutzgebiet Vassachersee
- Einleitung eines Behördenverfahrens mit dem Ziel der Aufstellung eines technischen Geschwindigkeitsüberwachungsgerätes z.B. Radargerät

Die Anträge werden der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPK- und ÖVP-Gemeinderäte, der Gemeinderäte der „Grünen Villach“, Gemeinderat Warmuth und Gemeinderat Gangl vor. Weiters liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte, ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte und ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte gemeinsam mit den FPK-Gemeinderäten vor.

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPK- und ÖVP-Gemeinderäte, der Gemeinderäte der „Grünen Villach“, Gemeinderat Warmuth und Gemeinderat Gangl betrifft:

- Resolution Kärntner Mindestsicherungsgesetz

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte betrifft:

- Gleichstellungsbeirat der Stadt Villach

Der Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte betrifft:

- Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte gemeinsam mit den FPK-Gemeinderäten betrifft:

- Rückzahlung Förderung Verein „Sicher furtgehen“

- Pkt. 108.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
- a) Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPK- und ÖVP-Gemeinderäte, der Gemeinderäte der „Grünen Villach“, Gemeinderat Warmuth und Gemeinderat Gangl betreffend Resolution Kärntner Mindestsicherungsgesetz
-

Vizebürgermeister Pfeiler

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPK- und ÖVP-Gemeinderäte, der Gemeinderäte der „Grünen Villach“, Gemeinderat Warmuth und Gemeinderat Gangl wie folgt:

Das Land Kärnten plant, das Kärntner Mindestsicherungsgesetz und das Kärntner Chancengleichheitsgesetz zu ändern. Der vorliegende Gesetzesentwurf enthält gravierende Änderungen in verschiedenen Bereichen, wie die Kostenbeteiligung der unterhaltspflichtigen Angehörigen und die damit verbundenen Einkommenserhebungen bei sämtlichen unterhaltspflichtigen Familienmitgliedern, die Änderung des Vermögensfreibetrages, die Kürzungsmöglichkeiten von Leistungen und verschiedene Änderungen, die den administrativen Ablauf betreffen.

Die für die Stadt Villach wohl gravierendste Änderung betrifft eine Neuregelung der Verteilung der Kosten auf die Gemeinden des Landes. Bisher wurden die Kosten über einen Direktanteil und nach Maßgabe der Volkszahl einer jeden Gemeinde verrechnet. Nun soll zwischen den einzelnen Leistungsarten nicht mehr unterschieden werden und die Verteilung der Kosten nach einem einheitlichen Berechnungsmodell erfolgen. Dies sieht vor, dass neben der Volkszahl auch die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde berücksichtigt wird. Die Leistungsfähigkeit soll durch die Einbeziehung der Finanzkraft zum Ausdruck kommen. Eine dem Gesetzesentwurf beigelegte Berechnung ergab, dass die Stadt Villach auf Basis der Daten des Jahres 2010 um EUR 1.994.480,74 oder + 15,8 % mehr an das Land im Bereich der Sozialhilfe zu überweisen hätte. Eine jährliche Mehrbelastung von zukünftig über EUR 2 Mio. sprengt auch die Leistungsfähigkeit des Villacher Haushaltes, insbesondere da in den vergangenen Jahren laufend Einnahmeverluste durch Änderungen beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel gesetzlich festgelegt wurden.

Die Finanzkraft kann ohne Berücksichtigung der zentralörtlichen Aufgaben und der sonstigen Transferleistungen an das Land, wie die Landesumlage, die Krankenanstaltenfinanzierung und die Beiträge zum Verkehrsverbund nicht als Beurteilungsmaß für die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde herangezogen werden, da sich daraus ein völlig falsches Bild der finanziellen Ausstattung einer Kommune ergibt.

Welchen finanziellen Aufwand zentralörtliche Aufgaben nach sich ziehen, soll anhand einiger Beispiele dargelegt werden.

Viele dieser Aufgaben schlagen sich einerseits in den Investitionskosten und andererseits in den jährlichen laufenden Ausgaben nieder. So belaufen sich die von der Stadt zu tragenden Investitionskosten für die KärntenTherme auf rd. EUR 27,8 Mio., beim Congress Center Villach auf rd. EUR 16,5 Mio., beim Technologiepark auf rd. EUR 12,00 Mio. und für die neue Kletterhalle sind EUR 1,85 Mio. veranschlagt.

Das laufende Budget wird durch zentralörtliche Aufgaben mit einem Gesamtbetrag von jährlich rd. EUR 11,6 Mio. belastet. Dazu zählen die laufenden Aufwendungen für das Congress Center Villach, die KärntenTherme, die Stadthalle, das Forschungszentrum Carinthian Tech Research, das Studentenwohnheim, den Technologiepark, die Alpen Arena, den Naturpark Dobratsch, den Beitrag an die Tourismusregion, die Seebäder, den Beitrag zum Verkehrsverbund und zur IT-HTL, die Zusatzkosten zur Musikschule, das Kulturprogramm im Bereich Theater und Musik, die zukünftige Kletterhalle und für kleinere sonstige über die Stadt hinausreichende Projektförderungen.

Wie die Beispiele zeigen, leistet die Stadt Villach einen enormen Beitrag für zentralörtliche Aufgaben, die jetzt bei Weitem nicht mehr durch die erhöhten Einnahmen aus den Ertragsanteilen ausgeglichen werden können. Zusätzlich hat die Stadt alleine für die Agenden einer Bezirksverwaltung aufzukommen, die jährlichen Kosten dafür betragen rd. EUR 7,00 Mio.

Da die Stadt Villach bereits jetzt auf Grund laufend neuer Belastungen durch Dritte an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt ist, wird von der Stadt Villach schärfster Protest gegen die Änderung der Kostenverteilung im Gesetzesentwurf zur Mindestsicherung eingebracht.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat möge nachstehende

Resolution

beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Villach fordert die Kärntner Landesregierung auf, die Verteilung der Kosten der Mindestsicherung wie bisher zu belassen und in jedem Fall von der Änderung der Kostenverteilung eine Studie über die finanziellen Transferbeziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden sowie die tatsächliche finanzielle Ausstattung der Kärntner Kommunen unter Berücksichtigung der jeweiligen Aufgaben als Entscheidungsgrundlage erstellen zu lassen.

Eine Änderung der bisherigen Kostenverteilung im geplanten gravierenden Ausmaß ohne sichere Entscheidungsgrundlagen sollte nur erfolgen, wenn den Statutarstädten entweder die Kosten der Bezirksverwaltung zu 50 Prozent ersetzt oder rd. 40 Prozent der einbehaltenen Bedarfszuweisungen wieder rücküberwiesen werden.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

**einstimmig,
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der SPÖ-; FPK- und ÖVP-Gemeinderäte, der Gemeinderäte der „Grünen Villach“, Gemeinderat Warmuth und Gemeinderat Gangl die Resolution Kärntner Mindestsicherungsgesetz betreffend

die Dringlichkeit **zuzuerkennen.**

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Der Gemeinderat der Stadt Villach fordert die Kärntner Landesregierung auf, die Verteilung der Kosten der Mindestsicherung wie bisher zu belassen und in jedem Fall von der Änderung der Kostenverteilung eine Studie über die finanziellen Transferbeziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden sowie die tatsächliche finanzielle Ausstattung der Kärntner Kommunen unter Berücksichtigung der jeweiligen Aufgaben als Entscheidungsgrundlage erstellen zu lassen.

Eine Änderung der bisherigen Kostenverteilung im geplanten gravierenden Ausmaß ohne sichere Entscheidungsgrundlagen sollte nur erfolgen, wenn den Statutarstädten entweder die Kosten der Bezirksverwaltung zu 50 Prozent ersetzt oder rd. 40 Prozent der einbehaltenen Bedarfszuweisungen wieder rücküberwiesen werden.

Pkt. 108.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
b) Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte betreffend Gleichstellungsbeirat der Stadt Villach

Vizebürgermeister Pfeiler

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte wie folgt:

Schon bisher war die Berücksichtigung der Interessen unserer MitbürgerInnen mit Beeinträchtigungen ein zentrales Planungsziel bei städtischen Bauvorhaben. Trotzdem stoßen Menschen mit Behinderungen immer wieder im öffentlichen Raum auf unterschiedlichste Barrieren, wodurch ihnen vieles erschwert oder sogar verhindert wird.

Um optimale Ergebnisse für ein behindertengerechtes Villach zu erzielen, soll ein Beirat eingerichtet werden.

Alle Villacher Organisationen, die Behinderte betreuen, sollen einen Vertreter in diesen Beirat entsenden.

Dieser Gleichstellungsbeirat soll sich mit den verschiedensten Fachbereichen wie Hochbau, Tiefbau, Verkehr, Information und Schule sowie Ausbildung beschäftigen.

Menschen mit diversen Behinderungen oder chronischen Erkrankungen werden damit über den Beirat und dessen aktive Beteiligung direkt in strategische Planungsentscheidungen eingebunden.

Der Beirat soll darüber hinaus auch die Stadt bei der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes unterstützen und des Weiteren auch auf die Einhaltung aller relevanten Vorschriften für Menschen mit Behinderungen achten.

Es ergeht daher der Antrag:

Um optimale Ergebnisse für ein behindertengerechtes Villach zu erzielen, wird ein Gleichstellungsbeirat eingerichtet. Dieser Beirat soll beratend in den Fachbereichen Hochbau, Tiefbau, Verkehr und Information tätig sein. Alle Organisationen, die Behinderte betreuen, sollen aufgefordert werden, eine Vertreterin/einen Vertreter in diesen Beirat zu entsenden.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Welche Kosten entstehen dadurch, und auf welchem Konto ist die Bedeckung vorgesehen? Genau deswegen haben wir heute den Amtsvortrag, in welchen es um selbständige Anträge an den Gemeinderat mit finanziellen Auswirkungen geht, nicht beschlossen.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Erstens muss ich sagen, dass Sie nun daraus erkennen können, warum wir einen solchen Beschluss haben wollten. Zweitens ist zu ergänzen, dass dieses Thema zum größten Teil in den Bereich der Ehrenamtlichkeit fällt. Das ist in Klagenfurt auch so.

Sie wollten ja den Beschluss, der die selbständigen Anträge an den Gemeinderat mit finanziellen Auswirkungen regelt, nicht haben.

Der Gemeinderat beschließt

**einstimmig,
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der SPÖ-Gemeinderäte den Gleichstellungsbeirat der Stadt Villach betreffend

die Dringlichkeit **zuzuerkennen.**

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich finde, dass diese Einrichtung eine tolle Geschichte ist. Die Einrichtung eines Gleichstellungsbeirates wurde von unserer Gemeinderätin Siegrid Bister bereits mehrmals gefordert, und das Thema wurde von verschiedenen Medien monatelang diskutiert. Wir stehen zu diesem Projekt. Als Verkehrsplanungsreferent stellt sich für mich auch die Frage, wie es vom Procedere her abläuft. Wie oft soll dieses Gremium tagen? Welche Thematiken werden dort eingespeist? Wer bestimmt diese? Sind die zuständigen Referenten, das heißt der Verkehrs- und der Planungsreferent, in diesem Gleichstellungsbeirat vertreten? Gerade das wäre mir ein besonderes Anliegen, um dort aus erster Hand wertvolle Informationen zu bekommen.

Vizebürgermeister Pfeiler:

In diesem Antrag sind die Bereiche Hochbau, Tiefbau und Verkehr genannt, wie ich es bereits vorgelesen habe. Nun geht es darum, dass auf Basis dieses Antrages ein Amtsvortrag erarbeitet wird, in welchem alle Regulative enthalten sind. Dieser Auftrag, nämlich einen Amtsvortrag mit einer bescheidenen Geschäftsordnung zu erstellen, geht an die Verwaltung. Der Amtsvortrag wird dann dem Gemeinderat vorgelegt und soll hier definitiv beschlossen werden, denn es müssen auch die Namen der Beiräte beschlossen werden. Heute handelt es sich um den ersten Schritt, nämlich mit dem Beschluss dieses dringlichen Antrages der Verwaltung den Auftrag zu geben, das Thema in Angriff zu nehmen. Wenn der Amtsvortrag vorliegt, können wir beraten, ob etwas im Detail falsch oder richtig ist.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Um optimale Ergebnisse für ein behindertengerechtes Villach zu erzielen, wird ein Gleichstellungsbeirat eingerichtet. Dieser Beirat soll beratend in den Fachbereichen Hochbau, Tiefbau, Verkehr und Information tätig sein. Alle Organisationen, die Behinderte betreuen, sollen aufgefordert werden, eine Vertreterin/einen Vertreter in diesen Beirat zu entsenden.

Pkt. 108.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
c) Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Live-Übertragungen der Gemeinderatssitzungen

Vizebürgermeister Pfeiler

verliest den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte wie folgt:

Die Gemeinderatssitzungen in Villach sind öffentlich und für jedermann zugänglich. Um die Villacher Bevölkerung noch mehr in das kommunalpolitische Geschehen einzubinden und vor allem Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich Gemeinderatssitzungen anzusehen, ist es notwendig, diese auch via Internet „live“ zu übertragen. (Die letzte Landtagssitzung vom 7.7.2011 wurde ebenso erstmals live übertragen. Über 1.000 Zuseher folgten der Sitzung im Landesparlament).

Daher stellt die ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die Villacher Bevölkerung an der Arbeit der gewählten Mandatäre noch besser teilhaben kann. Daher sollen die Gemeinderatssitzungen so schnell als möglich via Internet „Live“ übertragen werden und jederzeit wieder auf der Homepage der Stadt Villach (www.villach.at) abrufbar sein.

Der Gemeinderat beschließt

**einstimmig,
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der ÖVP-Gemeinderäte die Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen betreffend

die Dringlichkeit **zuzuerkennen.**

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich muss an die ÖVP einen dringenden Appell richten: Pflanzen Sie den Gemeinderat der Stadt Villach nicht, indem Sie drei Mal im Jahr die gleichen Anträge stellen! Soviel ich weiß, sollte ein Antrag, der in einem Jahr gestellt und schon abgelehnt worden ist, nicht mehr zugelassen werden. Das haben wir in den letzten

21 Jahren in den Gemeinderatssitzungen so gehandhabt. Bei jeder Sitzung aber den gleichen Antrag nochmals zu stellen – ein Mal als dringlichen Antrag und das zweite Mal in Form eines normalen Antrages – ist eine „Pflanzerei“ des Gemeinderates und eine Herabwürdigung der Intelligenz des Gemeinderates.

Es herrscht Unruhe im Plenum.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die Villacher Bevölkerung an der Arbeit der gewählten Mandatäre noch besser teilhaben kann. Daher sollen die Gemeinderatssitzungen so schnell als möglich via Internet „Live“ übertragen werden und jederzeit wieder auf der Homepage der Stadt Villach (www.villach.at) abrufbar sein.

- Pkt. 108.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
d) Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte gemeinsam mit den FPK-Gemeinderäten betreffend Rückzahlung Förderung Verein „Sicher furtgehen“
-

Vizebürgermeister Pfeiler

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte gemeinsam mit den FPK-Gemeinderäten wie folgt:

Im Zusammenhang mit der Förderung der „Citystreife“ des Vereins „Sicher furtgehen“ mit Steuermitteln in der Höhe von EUR 21.303,71 durch Herrn Landesrat

Dr. Josef Martinz hat die Kärntner Krone in ihrer Ausgabe vom 7.12.2011 eine Überschreitung der verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Landes Kärnten in Fragen der allgemeinen Sicherheit aufgedeckt. Auf Grund dieser Verfassungsübertretung sowie des im Raum stehenden Verdachtes der Parteienfinanzierung möge der Gemeinderat der Stadt Villach beraten und beschließen und sich mit dieser

Resolution

an die Verantwortlichen der ÖVP Villach wenden und sie aufrufen:

Die Förderung aus Steuermitteln von Herrn Landesrat Dr. Josef Martinz zur Finanzierung der „Citystreife“ des Vereines „Sicher furtgehen“ in der Höhe von EUR 21.303,71 wird umgehend an das Land Kärnten zurückbezahlt.

Der Gemeinderat beschließt

**einstimmig,
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der SPÖ-Gemeinderäte gemeinsam mit den FPK-Gemeinderäten die Rückzahlung der Förderung Verein „Sicher furtgehen“ betreffend

die Dringlichkeit **zuzuerkennen.**

Stadtrat Mag. Weidinger:

Manche sind immer ganz schlau und gescheit und wissen alles drei Mal besser. Ich würde Ihnen in Ihrem eigenen Interesse empfehlen, doch so gescheit zu sein, hier keine Forderungen zu stellen, die Sie im Nachhinein bitter bereuen werden. Nur weil in der Kronen Zeitung über irgendetwas berichtet wird, muss deshalb kein Wahrheitsgehalt dahinter stecken. Das ist meine Empfehlung, denken Sie bitte darüber nach.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Zerreißen Sie den Antrag nicht! Wenn das, was in der Kronen Zeitung steht, nicht stimmen sollte, ist der Antrag ohnehin hinfällig. Es liegt jedoch der Verdacht nahe, dass es stimmt. Wie Bürgermeister Manzenreiter gesagt hat, gibt es diesen Verdacht nicht nur seitens der Kronen Zeitung. Wenn dem so ist, würde es der ÖVP im Sinne politischer Hygiene und Sauberkeit gut stehen, dass sie die Bedeckung aus der eigenen Kasse erbringt und diesen Betrag dem Steuerzahler reumütig zurückgibt.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich empfehle, wie Stadtrat Mag. Weidinger gesagt hat, dieser Resolution nicht zuzustimmen. Es wurden in der genannten Zeitung Behauptungen aufgestellt, die einfach nicht stimmen.

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger in einem Zwischenruf:

Dann können Sie diesem Antrag ja zustimmen, wenn die Behauptung ohnehin nicht stimmt.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich stimme solch schlimmen Behauptungen nicht zu. Wenn der Kontrollamtsbericht fertig gestellt ist, ist er ohnehin öffentlich. Ich gebe jedoch nichts auf die Behauptung, dass hier irgendetwas verfassungswidrig sein soll.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Die Aussage, dass etwas verfassungswidrig ist, ist ein Zitat. Dieses müssen wir glauben und werden wir auch glauben. Ich glaube nicht, dass die Kronen Zeitung lügt.

Gemeinderat Sobe:

Ich möchte hier zwei Dinge anführen. Zum Ersten glaube ich nicht, dass sich ein verantwortlicher Redakteur getraut, einfach irgendetwas zu schreiben und schon gar nicht in einer solchen Causa. Zum Zweiten glaube ich, dass schon ein gewisser Wahrheitsgehalt in diesem Artikel enthalten sein wird. Das wird sich auch noch herausstellen. Ich würde der ÖVP wirklich dringend empfehlen, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, denn ich sehe überhaupt kein Problem darin, zuzustimmen. Wenn sich die Sache nicht bewahrheiten sollte, passiert ohnehin nichts. Ich würde mir einen Ruck geben und der vorliegenden Resolution allein aus dem Rechtsverständnis Ihres Berufstandes heraus, Herr Gemeinderat Mag. Steinacher, zustimmen. Damit wäre alles erledigt.

Frau Stadträtin Mag. Schaumberger:

Ich habe zum Grundverständnis eine Frage. Wenn das, was in der Kronen Zeitung steht, nämlich dass es sich im vorliegenden Fall um eine Verfassungswidrigkeit handelt, stimmt, dann zahlen Sie den genannten Betrag zurück. Habe ich Ihre Wortmeldung, Herr Gemeinderat Mag. Steinacher, so richtig verstanden?

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Wenn wir rechtswidrig gehandelt haben sollten, dann wird das Kontrollamt die entsprechenden Konsequenzen aufzeigen.

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger:

Was hindert Sie daran, jetzt dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, wenn Sie es später, wenn feststeht, dass die Behauptung stimmt, ohnehin tun müssen?

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Weil wir diesem Blödsinn nicht zustimmen.

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger:

Wir zweifeln nicht daran, dass das, was in dem Artikel in der Kronen Zeitung steht, stimmt, denn wir glauben, dass die Journalisten entsprechend recherchieren. Wenn das stimmt, zahlen Sie das Geld dann zurück? Ich möchte jetzt nur von Ihnen wissen, ob das, was Sie jetzt am Rednerpult gesagt haben, auch so stimmt.

Stadtrat Mag. Weidinger in einem Zwischenruf:

Nehmen Sie doch wieder Platz, Frau Kollegin!

Vizebürgermeister Pfeiler:

Den Vorsitz habe ich. Darf ich zur Ordnung rufen? Am Wort ist Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger.

Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger:

Herr Stadtrat Mag. Weidinger, ich gebe Ihnen auf Grund der Diskussion, die Sie heute hier geführt haben, ein Sprichwort mit auf den Weg, und denken Sie darüber nach: Das Wasser hat keine Balken.

Gemeinderat Schick:

Nachdem Frau Stadträtin Mag.^a Schaumberger schon ein Zitat auf den Lippen gehabt hat, habe ich auch noch eines zum Abschluss: Wenn dir das Wasser bis zum Halse steht, lass den Kopf nicht hängen.

Vizebürgermeister Pfeiler:

Es ist schön, dass man an ernsten Geschichten doch noch humorvolle Seiten entdecken kann, auch wenn sie sehr traurig sind. Ich sehe keine Wortmeldung mehr, und wir kommen somit zur inhaltlichen Abstimmung über diesen Antrag. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 12 Stimmen der FPK-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-Fraktion;
gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion),**

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Resolution

an die Verantwortlichen der ÖVP Villach:

Die Förderung aus Steuermitteln von Herrn Landesrat Dr. Josef Martinz zur Finanzierung der „Citystreife“ des Vereines „Sicher furtgehen“ in der Höhe von EUR 21.303,71 wird umgehend an das Land Kärnten zurückbezahlt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt **Vizebürgermeister Pfeiler** für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

Die Protokollführerinnen:

Der Bürgermeister:

Barbara Ortner

Helmut Manzenreiter

Claudia Godec

Die Protokollprüfer:

GR Gerhard Kofler

GR Dipl.-HTL-Ing. Christian Struger, MSc

